

### **Das Konzept der Verwirklichungschancen (A. Sen): empirische Operationalisierung im Rahmen der Armuts- und Reichtumsmessung ; Machbarkeitsstudie; Endbericht an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales**

Arndt, Christian; Dann, Sabine; Kleimann, Rolf; Strotmann, Harald; Volkert, Jürgen

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Gutachten / final report

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**  
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Arndt, C., Dann, S., Kleimann, R., Strotmann, H., & Volkert, J. (2006). *Das Konzept der Verwirklichungschancen (A. Sen): empirische Operationalisierung im Rahmen der Armuts- und Reichtumsmessung ; Machbarkeitsstudie; Endbericht an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales*. Tübingen: Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. (IAW); Bundesministerium für Arbeit und Soziales. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-265292>

#### **Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer Basic Digital Peer Publishing-Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier:  
<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

#### **Terms of use:**

This document is made available under a Basic Digital Peer Publishing Licence. For more Information see:  
<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>



Institut für  
Angewandte  
Wirtschaftsforschung e.V.

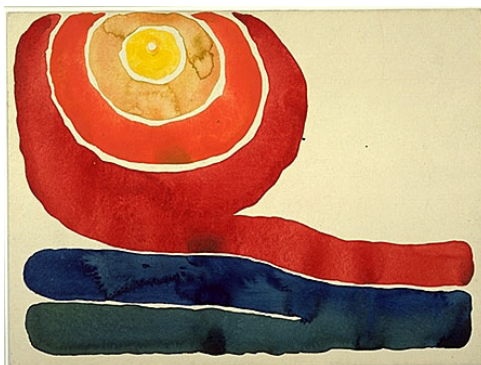
Endbericht  
an das Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

## **Das Konzept der Verwirklichungschancen (A. Sen)**

**– Empirische Operationalisierung im Rahmen  
der Armuts- und Reichtumsmessung –**

### **Machbarkeitsstudie**

Bearbeitung:  
Diplom-Volkswirt Christian Arndt  
Diplom-Volkswirtin Sabine Dann  
Diplom-Soziologe Rolf Kleimann  
Dr. Harald Strotmann  
Professor Dr. Jürgen Volkert



Mai 2006



## Vorwort

In der nationalen und internationalen Diskussion zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung, beispielsweise auf EU-Ebene im Rahmen der Weiterentwicklung der Laeken-Indikatoren, besteht ein Konsens, dass Armut künftig – mehr noch als bisher – multidimensional verstanden und operationalisiert werden muss. Hierbei kommt Amartya Sens Ansatz der Verwirklichungschancen („Capabilities“) eine wichtige Bedeutung zu. Das IAW<sup>1</sup> hat gezeigt, dass der Ansatz der Verwirklichungschancen eine vielversprechende konzeptionelle und methodische Basis für die nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung sowie für die „Nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ darstellt.

Im nun vorliegenden Forschungsprojekt hat das IAW konkrete Vorschläge zur empirischen Operationalisierung des Konzepts der Verwirklichungschancen für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung erarbeitet und deren Umsetzbarkeit anhand der verfügbaren Datenquellen beurteilt. Ziel dieser Studie ist eine Überprüfung, ob im SOEP ausreichend Informationen für eine empirische Umsetzung von Sens Ansatz der Verwirklichungschancen vorhanden sind. Insofern werden für die einzelnen Dimensionen der Verwirklichungschancen verfügbare Daten im SOEP auf ihre Aussagefähigkeit beurteilt, Datenprobleme besprochen und Alternativvorschläge unterbreitet.

Der vorliegende Endbericht gibt in Teil I zunächst einen Überblick über das Grundkonzept und die wesentlichen Dimensionen des Ansatzes der Verwirklichungschancen für den Kontext der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung.

Anschließend werden in Teil II und Teil III Vorschläge für ein umfassendes Indikatorensystem erarbeitet, und mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) operationalisiert. Hierbei widmet sich Teil II ausschließlich der empirischen Armutsmessung und Teil III der empirischen Reichtumsmessung. Dabei werden neben eindimensionalen Analysen von Armuts- und Reichtumsindikatoren auch deskriptive und multivariate Analysen von Mehrfachdefiziten und Mehrfachprivilegierungen durchgeführt.

Teil IV enthält eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Empfehlungen, insbesondere mit Blick auf die Verwendung des neuen europäischen Paneldatensatzes EU-SILC.

Wir danken Birgit Ullrich für die Umsetzung des Layouts sowie Franziska Peter, Martin Schlotter und Niina Zuber für die hilfreiche Unterstützung bei der Erstellung des Gutachtens.

---

<sup>1</sup> Vgl. Volkert et al. (2004), Kapitel 3.



Vorwort.....	1
<b>Kurzbericht .....</b>	<b>V</b>
<b>Teil I: Grundlagen.....</b>	<b>5</b>
1 Problemstellung und Zielsetzungen der Studie .....	5
2 Amartya Sens Ansatz der Verwirklichungschancen: ein kurzer Überblick.....	7
2.1 Wesentliche Dimensionen der Verwirklichungschancen .....	7
2.2 Capabilities als zielführender Ansatz für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung .....	10
2.3 Verwirklichungschancen und Lebenslagen: Übereinstimmungen, Unterschiede und gemeinsame Potenziale .....	13
2.4 Operationalisierung des Ansatzes der Verwirklichungschancen nach Atkinsons „Drei-Ebenen-Konzept“ .....	17
2.5 Zusammenfassung Teil I .....	18
<b>Teil II: Empirische Umsetzung der Armutsmessung .....</b>	<b>21</b>
3 Überblick über das verwendete Indikatorensystem der mehrdimensionalen Armutsmessung .....	25
4 Eindimensionale Armutsmessung.....	31
4.1 Finanzielle Armut .....	31
4.1.1 Einkommensarmut.....	32
4.1.2 Überschuldung.....	36
4.1.3 Mangel an finanziellen Ressourcen .....	41
4.1.4 Lebensstandard und Deprivation .....	45
4.2 Nichtfinanzielle individuelle Potenziale .....	47
4.2.1 Gesundheit .....	49
4.2.2 Behinderung.....	53
4.2.3 Bildung .....	54
4.2.4 Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich der nichtfinanziellen individuellen Potenziale .....	59

4.3	Gesellschaftlich bedingte Chancen („Instrumentelle Freiheiten“)	63
4.3.1	Politische Chancen	64
4.3.2	Ökonomische Chancen	68
4.3.2.1	Personen in erwerbslosen Haushalten	68
4.3.2.2	Langzeitarbeitslose	72
4.3.2.3	Niedriglohnempfänger	74
4.3.2.4	Working Poor	77
4.3.3	Soziale Chancen	81
4.3.3.1	Zugang zum Bildungssystem	81
4.3.3.2	Zugang zum Gesundheitssystem	84
4.3.3.3	Zugang zu angemessenem Wohnraum	87
4.3.4	Sozialer Schutz	94
4.3.4.1	Sozialhilfebezug als Mangel an unabhängig verfügbaren Verwirklichungschancen	94
4.3.4.2	Schutz vor Kriminalität	97
4.3.5	Ökologischer Schutz	97
4.3.6	Aggregierte Betrachtung gesellschaftlicher Armut	97
4.4	Transparenzgarantien	102
5	Ausmaß von Mehrfachbelastungen und Zusammenhänge zwischen finanzieller und nichtfinanzieller Armut	103
5.1	Zusammenschau über die (aggregierte) Betroffenheit von Armut nach sozio-ökonomischen Differenzierungskriterien	103
5.2	Zusammenhänge zwischen finanzieller und nichtfinanzieller Armut und Mehrfachbelastungen auf individueller Ebene	113
6	Zusammenfassung Teil II	128
<b>Teil III: Empirische Umsetzung der Reichtungsmessung</b>		<b>133</b>
7	Überblick über das mehrdimensionale Indikatorensystem der Reichtums- messung	135

8	Eindimensionale Reichtungsmessung .....	139
8.1	Reichtum an finanziellen Potenzialen .....	139
8.1.1	Einkommensreichtum .....	139
8.1.2	Vermögensreichtum.....	140
8.1.3	Typische Ausstattungsmkmale reicher Haushalte: Luxusgüter .....	144
8.2	Nichtfinanzielle individuelle Potenziale .....	147
8.2.1	Gesundheit.....	147
8.2.2	Bildung .....	151
8.3	Gesellschaftlich bedingte Chancen („Instrumentelle Freiheiten“) .....	155
8.3.1	Politische Chancen .....	155
8.3.2	Ökonomische Chancen.....	157
8.3.3	Soziale Chancen.....	158
8.3.4	Sozialer Schutz .....	162
8.3.5	Ökologischer Schutz .....	164
8.4	Transparenzgarantien.....	164
9	Ausmaß von Mehrfachprivilegierung und Zusammenhänge zwischen finanziellem und nichtfinanziellem Reichtum .....	166
9.1	Zusammenschau über die (aggregierte) Mehrfachprivilegierung nach sozio-ökonomischen Differenzierungskriterien .....	166
9.2	Zusammenhänge zwischen finanziellem und nichtfinanziellem Reichtum an Verwirklichungschancen und Mehrfachprivilegierung auf individueller Ebene .....	173
10	Zusammenfassung Teil III.....	182
11	Exkurs: Armut, Reichtum und politische Partizipation .....	186
<b>Teil IV: Zusammenfassung und Ausblick .....</b>		<b>195</b>
Literaturverzeichnis .....		XI
Anhang .....		XVII





# **Kurzbericht**



**IAW-Machbarkeitsstudie**  
**„A. Sens Konzept der Verwirklichungschancen. Empirische Operationalisierung**  
**im Rahmen der Armuts- und Reichtumsmessung“**

**Kurzbericht**

**1 Zielsetzungen und konzeptionelle Grundlagen der Studie**

Der Ansatz der Verwirklichungschancen des Ökonomie-Nobelpreisträgers Amartya Sen stellt eine neue konzeptionelle Grundlage der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung dar (Deutscher Bundestag 2005). Zielsetzung dieser IAW-Studie ist es, die Verfügbarkeit einer hinreichenden Datenbasis zur empirischen Umsetzung des Konzepts für Deutschland sowie Möglichkeiten zur Schließung von Datenlücken zu klären. Hierauf aufbauend werden exemplarisch erste empirische Ergebnisse, auch zu finanziellen und nichtfinanziellen Mehrfachbeeinträchtigungen und -privilegierungen auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) sowie der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS) vorgestellt. Abschließend werden Konsequenzen für die weitere Operationalisierung des Ansatzes formuliert.

Nach Sens Konzeption sind **Verwirklichungschancen** „die Möglichkeiten oder umfassenden Fähigkeiten („Capabilities“) von Menschen, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten, und das die Grundlagen der Selbstachtung nicht in Frage stellt“ (Sen 2000). Demnach lässt sich **Armut als ein Mangel**, **Reichtum** dagegen **als ein hohes Maß an Verwirklichungschancen** interpretieren. Sozialpolitisch bedeutsam ist daher die Untersuchung wesentlicher Bestimmungsfaktoren der Verwirklichungschancen; diese lassen sich in individuelle Potenziale und gesellschaftlich bedingte Chancen untergliedern.

**Individuelle Potenziale** stellen jene Faktoren dar, die in jede Gesellschaft der Welt mitgenommen werden können oder müssen. Dazu gehören finanzielle Potenziale, wie das **Einkommen** oder **Vermögen**, aber auch die Güterausstattung sowie nichtfinanzielle Potenziale wie der eigene **Gesundheitszustand** oder die eigene **Bildung**.

Inwiefern diese individuellen Potenziale in Verwirklichungschancen umgewandelt werden können, hängt jedoch entscheidend von den **gesellschaftlich bedingten Chancen** (oder synonym „Instrumentelle Freiheiten“) ab. Zu den gesellschaftlich bedingten Chancen gehören beispielsweise **soziale Chancen**, wie der Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem sowie zu angemessenem Wohnraum oder die **ökonomischen Chancen**, etwa die Integration in oder Ausgrenzung vom Erwerbsleben. Ferner zählen der **soziale Schutz** (soziale Sicherheit und Schutz vor Kriminalität), **ökologischer Schutz**, **politische Chancen** und **Partizipation** sowie **Transparenzgarantien** (z. B. geringe Nichtinanspruchnahmequoten oder Steuerhinterziehung) zu diesen gesellschaftlich bedingten Chancen.

Zwischen individuellen Potenzialen und gesellschaftlich bedingten Chancen bestehen enge Wechselwirkungen. Ungeachtet dessen kommt den gesellschaftlich bedingten Chancen eine besondere Rolle für die offizielle deutsche Armuts- und Reichtumsberichterstattung zu. Zum einen, weil Staat und Gesellschaft vor allem die gesellschaftlich bedingten Chancen unmittel

bar beeinflussen können. Zum anderen, weil Ausgrenzung als ein Mangel und Privilegierungen als ein hohes Maß an gesellschaftlich bedingten Chancen interpretiert werden können.

Insgesamt erleichtert die Orientierung an Sens Ansatz eine zielorientierte Berichterstattung und stellt eine komplementäre Bereicherung für die traditionell in Deutschland verfolgten Ansätze dar, die auch die angestrebte Einbindung der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung in die internationale Diskussion fördert.

Gleichwohl ist die Auswahl der für die Verwirklichungschancen als relevant angesehenen Bereiche und Indikatoren immer mit Werturteilen verbunden. Aus diesem Grund verlangt deren Bestimmung für die deutsche Armuts- und Reichtumsberichterstattung einen möglichst umfassenden Konsens unter Beteiligung aller relevanten Akteure. Vor diesem Hintergrund sind die nachfolgenden ersten empirischen Konkretisierungen dieser Machbarkeitsstudie lediglich als ein erster Diskussionsvorschlag zu interpretieren.

## 2      **Armut als Mangel an Verwirklichungschancen: Datenlage und Empirie für Deutschland**

Die empirischen Auswertungen zeigen, dass bereits mit der SOEP-Welle 2002 Aussagen zu den meisten Bestimmungsgründen von Armut als Mangel an Verwirklichungschancen gemacht werden konnten. Im Bereich der individuellen Potenziale ist das SOEP für Analysen der **finanziellen Potenziale** Einkommen und – ungeachtet einiger Ergänzungspotenziale – auch Überschuldung durchaus gut geeignet. Angaben zu individuellen **nichtfinanziellen Potenzialen (Gesundheit, Behinderungen, Bildungsstand)** sind im SOEP vorhanden und erlauben erste Rückschlüsse auf bestehende Beeinträchtigungen aufgrund der individuellen Gesundheitssituation und des Bildungsstandes. Allerdings finden sich hier durchaus noch Verbesserungsnotwendigkeiten (z. B. bei der Erfassung chronischer Krankheiten, Beeinträchtigungen durch Krankheiten und Behinderungen sowie Weiterbildung).

Innerhalb der **gesellschaftlich bedingten Chancen** ist die Datenlage für die Ermittlung des **Zugangs zum Gesundheits- und Bildungssystem** als Teil der sozialen Chancen ebenfalls verbesserungsfähig, wenngleich erste Rückschlüsse bereits heute möglich sind. Das SOEP enthält ferner Angaben zum **Zugang zu angemessenem Wohnraum** als weiteren Teil der sozialen Chancen. Hier sollten allerdings bessere Informationen über gesundheitsgefährdende Wohnsituationen aufgenommen werden. Mit Blick auf die **Arbeitslosigkeit** in Deutschland kommt den **ökonomischen Chancen** eine ganz besondere Bedeutung zu. Über sie sind im SOEP eine ganze Reihe von sehr wertvollen Informationen insbesondere zu den Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige, zu Langzeitarbeitslosigkeit, zu Working Poor-Problemen und zu Niedriglöhnen verfügbar. Wünschenswert wären jedoch weitere Angaben zu den Arbeitsbedingungen. Die Analyse eines Mangels an „unabhängig vom System des **sozialen Schutzes** verfügbaren Verwirklichungschancen“ kann sich für 2002 auf SOEP-Daten zum Sozialhilfebezug und inzwischen auf Angaben zum Bezug von Arbeitslosengeld II stützen. Eine umfassende Analyse sollte darüber hinaus die Gerechtigkeit und Effizienz des gesamten Systems der Sozialen Sicherung einbeziehen. Erfreulich ist, dass jüngste Weiterentwicklungen des SOEP ab der Welle 2004 erste Aussagen zum **Schutz vor Kriminalität** als weiterem Teilbereich des sozialen Schutzes zulassen. Ebenso liegen im SOEP ab 2004 erstmals Informationen über den **ökologischen Schutz** vor. Wie mehrere Vorarbeiten zeigen, ist eine Abbildung der Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen im Sinne eines Mangels an **Transparenzgarantien** mit dem SOEP möglich, hätte aber den Rahmen dieser ersten Machbarkeitsstudie gesprengt. Die erheblichsten Datenlücken

und Defizite weist die Erfassung **der politischen Chancen** auf. Dieser Bereich bedarf einer grundlegenden, differenzierten Ergänzung zumindest um elementare Formen der politischen Beteiligung sowohl hinsichtlich institutionalisierter (Wahlbeteiligung, Partei-, Gewerkschafts- oder Verbandsmitgliedschaft) wie auch nicht institutionalisierter (Bürgerinitiativen, Demonstrationen etc.) Formen der politischen Beteiligung.

### 3 Reichtum als hohes Maß an Verwirklichungschancen in Deutschland: Datenlage und Empirie für Deutschland

Wie in der Armutsanalyse ist auch die Erfassung des Reichtums an Verwirklichungschancen bei den finanziellen **individuellen Potenzialen** für den **Einkommensreichtum** und – mit vertretbaren Abstrichen – auch für den **Vermögensreichtum** mit Hilfe des SOEP durchaus möglich. Im Bereich der nichtfinanziellen Potenziale ist die Erfassung einer uneingeschränkt guten **Gesundheit** und hohen **Bildung** jedoch nur bedingt möglich; zum Beispiel sind über den Bildungsstand Informationen über den Hochschulabschluss verfügbar, doch wäre eine gezielte Ergänzung durch Angaben über Promotionen wünschenswert. Innerhalb der **gesellschaftlich bedingten Chancen** lässt sich ein sehr hohes Maß an **ökonomischen Chancen** mit dem SOEP durchaus darstellen und bei Bedarf auch weiter differenzieren. Zur Abbildung hoher **sozialer Chancen** kann zwar auf die SOEP-Angaben zum Abschluss privater Kranken(zusatz-)versicherungen zurückgegriffen werden, doch fehlen geeignete Angaben über einen privilegierten Zugang zum Bildungssystem, etwa den Besuch von in- und ausländischen Elitehochschulen. Privilegien bei der Finanzierung des **sozialen Schutzes** lassen sich durch die Berechnung von Transfersalden ermitteln. Ab 2004 stehen zudem Angaben zur Kriminalität bzw. Sicherheit des Wohngebiets zur Verfügung. Gleiches gilt für die neuen Angaben zu Luftverschmutzung und Lärmbelästigung im Wohngebiet, die einen Einstieg in die Analyse **ökologischer Chancen** ermöglichen. Jedoch fehlen hinreichend aussagefähige Indikatoren zur Bestimmung **politischer Chancen**, Partizipation und Privilegien; dies ist ein Mangel, dessen Überwindung angesichts der erheblichen Bedeutung politischer Beteiligung für die Verwirklichungschancen besonders vordringlich erscheint. Nicht zuletzt fehlen im SOEP Angaben zu Privilegien aufgrund eingeschränkter Transparenz, etwa in Form von Steuerhinterziehung, Korruption etc. Ergänzende Daten müssen zumindest teilweise aus externen Quellen hinzugefügt werden.

### 4 Fazit und Ausblick

Die mit dieser Machbarkeitsstudie vorliegende erste exemplarische Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung deutet an, dass das SOEP bereits heute eine umfassende Analyse von Ausmaß und Besonderheiten eines Mangels ebenso wie eines hohen Maßes an Verwirklichungschancen erlaubt. So bestätigt sie auch Sens These, die alleinige Betrachtung finanzieller Armut greife zu kurz, wenn man die Verwirklichungschancen der Menschen umfassender verstehen wolle. Sie verdeutlicht ferner den Hinweis von Sen, die Ungleichheit zwischen Gruppen, etwa zwischen Frauen und Männern, sei oft deutlich ausgeprägter, wenn man nicht nur das Ausmaß der Einkommensungleichheit, sondern auch nichtfinanzielle Bestimmungsfaktoren der Verwirklichungschancen berücksichtige. Zudem zeigt sich, dass diese beiden Thesen auch für die Bereiche des Reichtums und der Privilegierung in Deutschland relevant sind.

Ungeachtet der bereits jetzt vorhandenen Aussagefähigkeit der SOEP-Datenbasis für eine Analyse wesentlicher Bestimmungsgründe der Verwirklichungschancen sollten die bestehenden Verbesserungsnotwendigkeiten und -potenziale zum Anlass für eine gezielte Erweiterung des

SOEP genommen werden. Hierdurch würden einerseits präzisere Aussagen über aktuelle Mängel an Verwirklichungschancen sowie Privilegierungen möglich. Vor allem aber ließen sich dann Veränderungen der Verwirklichungschancen von Individuen und Gruppen im Zeitablauf sowie Erfolgsfaktoren für die soziale Mobilität und die Überwindung von Armut präzisieren, was zugleich die Potenziale dieser Datenbasis für die Evaluierung wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen erhöhen würde. Im Vordergrund sollte dabei die verbesserte Dokumentation der politischen Chancen und Partizipation stehen. Angesichts der erheblichen Bedeutung der politischen Beteiligung für die Verwirklichungschancen und der im Moment mangelhaften Datenlage erscheint dies als besonders vordringlich. Welche Bereiche und Indikatoren hierbei zumindest Berücksichtigung finden sollten, wird in einem Exkurs in dieser Studie erläutert und auf der Basis von ALLBUS-Daten veranschaulicht.

Ziel sollte es sein, die Analyse von Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen so weit wie möglich auf ein auf Haushaltsbefragungen basierendes einheitliches Mikrodatenpanel zu stützen. Erst hierdurch können politikrelevante Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Bestimmungsgrößen der Verwirklichungschancen sowie Mehrfachbeeinträchtigungen und -privilegierungen erkannt werden. Gleichwohl wird es sich aus methodischen Gründen nicht vermeiden lassen, einzelne wichtige Angaben aus anderen Quellen zu ergänzen. Hierzu gehören zum Beispiel Daten zu Kompetenzen und funktionalem Analphabetismus, Obdachlosigkeit und anderen Formen extremer Armut, sehr hohen Einkommen, Steuerhinterziehung und Korruption. Zur Schließung solcher Datenlücken bieten sich unter anderem die Ergebnisse der PISA- und weiterer OECD-Bildungsstudien, Einkommensteuerdaten oder das World Value Survey an. Sie müssten nur in Einzelfällen durch gezielte Sonderuntersuchungen (z. B. für extreme Armut) ergänzt werden.

# **Teil I: Grundlagen**





## Teil I: Grundlagen

In diesem ersten Teil der Studie:

- erläutern wir zunächst die Problemstellung und Zielsetzungen der vorliegenden Untersuchung
- werden die konzeptionellen Grundlagen der nachfolgenden empirischen Analysen in der gebotenen Kürze skizziert,<sup>2</sup>
- benennen wir wesentliche Dimensionen und Einflussgrößen der Verwirklichungschancen,
- erörtern wir, weshalb der Capability-Ansatz eine besonders geeignete konzeptionelle Basis für die Verfolgung wesentlicher Ziele der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung darstellt,
- sollen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Konzepts der Verwirklichungschancen zu traditionellen deutschen Lebenslagenansätzen ebenso deutlich werden wie die Funktion, die der Capability-Ansatz für eine Stärkung und Neuinterpretation des Lebenslagenansatzes übernehmen kann,
- wird verdeutlicht, wie eine zielführende Präsentation von Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen aussehen könnte.

### 1 Problemstellung und Zielsetzungen der Studie

Aufbauend auf einer Studie des IAW<sup>3</sup> hat die Bundesregierung in ihrem zweiten Armuts- und Reichtumsbericht im März 2005 eine zukünftige Orientierung der Berichterstattung am Konzept der Verwirklichungschancen („Capabilities“) des Ökonomie-Nobelpreisträgers Amartya Sen angekündigt.

Dementsprechend versucht bereits der zweite Armuts- und Reichtumsbericht Armut als einen Mangel an Verwirklichungschancen und Reichtum als ein sehr hohes Maß an Verwirklichungschancen zu interpretieren.<sup>4</sup> Im Einklang mit Sens Konzept definiert der Bericht:

---

<sup>2</sup> Eine ausführlichere Diskussion des Konzepts der Verwirklichungschancen findet sich in Volkert (2005a,b,c) sowie bereits in Volkert et al. (2004).

<sup>3</sup> Vgl. Volkert et al. (2004).

<sup>4</sup> Vgl. Bundesregierung (2005), S. 5.

**Verwirklichungschancen** als „die Möglichkeiten oder umfassenden Fähigkeiten („Capabilities“) von Menschen, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten, und das die Grundlagen der Selbstachtung nicht in Frage stellt.“<sup>5</sup>

So soll „... im Rahmen einer differenzierten Armuts- und Reichtumsberichterstattung nicht nur nach den verfügbaren Ressourcen gefragt [werden], sondern vor allem danach, was die Menschen damit und daraus machen können.“<sup>6</sup> Die allgemeinen Grundfragen einer solchen konzeptionellen Weiterentwicklung wurden bereits erörtert.<sup>7</sup> Was nun ansteht, sind erste Schritte einer empirischen Operationalisierung.

Vor diesem Hintergrund sind die Ziele dieser ersten empirischen Machbarkeitsstudie:

1. Klärung der Verfügbarkeit von Daten im Rahmen eines möglichst einheitlichen Mikrodatensatzes, insbesondere des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), die zur Bestimmung von Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen, erforderlich sind .
2. Darlegung der Möglichkeiten, welche bestehende Datenlücken im SOEP schließen können.
3. Empirische Konkretisierung der Ausprägung von Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen in Deutschland über zentrale Dimensionen der Verwirklichungschancen hinweg.
4. Identifikation von Umfang und Bedeutung bestehender Mehrfachbelastungen und Mehrfachprivilegierungen.
5. Formulierung wesentlicher Konsequenzen für die weitere Operationalisierung des Ansatzes der Verwirklichungschancen als zielführende Konzeption der nationalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung sowie als konzeptionelle Grundlage des ersten Leitziels des nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.

---

<sup>5</sup> Bundesregierung (2005), S. 9, Volkert et al. (2004) S. 60, aufbauend auf den Definitionen in Sen (2000a), S. 29 sowie Sen (2000b) , S. 37.

<sup>6</sup> Bundesregierung (2005), S. 5 sowie Volkert et al. (2004).

<sup>7</sup> Vgl. ausführlicher Volkert (2005a) sowie Volkert et al. (2004).

## 2 Amartya Sens Ansatz der Verwirklichungschancen: ein kurzer Überblick

In diesem Kapitel:

- werden die konzeptionellen Grundlagen der nachfolgenden empirischen Analysen in der gebotenen Kürze skizziert,<sup>8</sup>
- benennen wir wesentliche Dimensionen und Einflussgrößen der Verwirklichungschancen,
- erörtern wir, weshalb der Capability-Ansatz eine besonders geeignete konzeptionelle Basis für die Verfolgung wesentlicher Ziele der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung darstellt,
- sollen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Konzepts der Verwirklichungschancen zu traditionellen deutschen Lebenslagenansätzen ebenso deutlich werden wie die Funktion, die der Capability-Ansatz für eine Stärkung und Neuinterpretation des Lebenslagenansatzes übernehmen kann,
- wird verdeutlicht, wie eine zielführende Präsentation von Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen aussehen könnte.

### 2.1 Wesentliche Dimensionen der Verwirklichungschancen

Verwirklichungschancen, verstanden als die umfassenden Fähigkeiten und Freiheiten ein Leben nach eigenen Lebensplänen zu führen, beinhalten Fähigkeiten, wie zum Beispiel frei von vermeidbaren Krankheiten zu sein, soziale Kontakte zu pflegen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder sich ohne Scham in der Öffentlichkeit zu zeigen etc.<sup>9</sup>

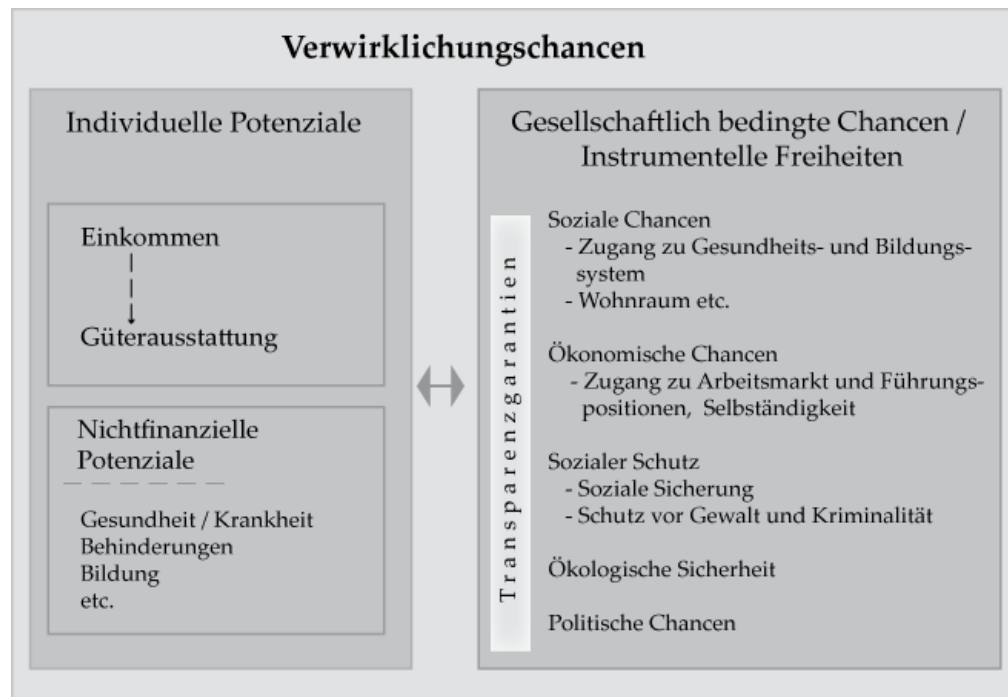
Will man die Bestimmungsfaktoren von Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen empirisch ermitteln, stellt sich zunächst die Frage nach den wesentlichen Dimensionen dieser Verwirklichungschancen. Grundsätzlich lassen sich die Determinanten der Verwirklichungschancen unterscheiden in *individuelle Potenziale*, einerseits, und gesellschaftlich bedingte Chancen bzw. *instrumentelle Freiheiten*<sup>10</sup>, andererseits, wie es Abb. 1 veranschaulicht.

---

<sup>8</sup> Eine ausführlichere Diskussion des Konzepts der Verwirklichungschancen findet sich in Volkert (2005a,b,c) sowie bereits in Volkert et al. (2004).

<sup>9</sup> Vgl. Sen (2000a), S. 94 ff.

<sup>10</sup> „Instrumentelle Freiheiten“ und „gesellschaftlich bedingte Chancen“ werden synonym verwendet. Sen definiert einerseits substanzielle Freiheit als Wahlfreiheit, die auch dann wertvoll ist, wenn sie nicht in Anspruch genommen wird: etwa die Freiheit der Religionsausübung, die auch ein Atheist schätzen kann. Andererseits sind „Instrumentelle Freiheiten“ gesellschaftlich bedingte Chancen, die als Instrumente zur Verbesserung des individuellen Wohlergehens, etwa durch Nutzung von Bildungschancen, eingesetzt werden können; vgl. Sen (2000 a), S. 50-52.

**Abbildung 1: Dimensionen der Verwirklichungschancen**

Individuelle Potenziale umfassen sowohl finanzielle Potenziale, wie Einkommen und Güterausrüstung, als auch nichtfinanzielle Potenziale, wie z. B. Bildungsstand, Gesundheit, Behinderungen, Alter, Geschlecht.<sup>11</sup> Solche individuellen Potenziale zeichnen sich dadurch aus, dass sie grundsätzlich in jede Gesellschaft mitgenommen werden können (oder müssen).

Inwieweit die Verwirklichungschancen im Bereich der individuellen Potenziale durch eine Gesellschaft vermindert, behoben oder verbessert werden, und ob ein hohes Maß an Verwirklichungschancen erreicht werden kann, hängt von den „gesellschaftlich bedingten Chancen“ ab.<sup>12</sup>

Für die offizielle Berichterstattung einer Regierung ist die konzeptionelle Abgrenzung „gesellschaftlich bedingter Chancen“ insofern hilfreich, als sie jene Dimensionen der Verwirklichungschancen hervorhebt, die vom Staat, von gesellschaftlichen Gruppen und von Unternehmen unmittelbar beeinflusst werden können. Allerdings sind individuelle Potenziale ebenso von Bedeutung, da sie einen Handlungsbedarf signalisieren können, auf den durch eine Erweiterung der gesellschaftlich bedingten Chancen reagiert werden kann und soll.<sup>13</sup>

<sup>11</sup> Solche nicht nichtfinanziellen Potenziale werden in der Capability-Literatur auch unter dem Begriff der „persönlichen Umwandlungsfaktoren“ („personal conversion factors“) zusammengefasst; siehe hierzu Robeyns (2005) sowie Volkert (2005b).

<sup>12</sup> Konzeptionell umfassen die instrumentellen Freiheiten tendenziell sowohl die in der Capability-Literatur als „gesellschaftliche Umwandlungsfaktoren“ („social conversion factors“) als auch die mit dem Begriff „umweltbedingten Umwandlungsfaktoren“ („environmental conversion factors“) bezeichneten Einflussgrößen der Capabilities. Vgl. Robeyns (2005) sowie Volkert (2005b).

Insgesamt unterscheidet Sen folgende Arten **instrumenteller Freiheiten**:<sup>14</sup>

1. **Politische Freiheiten** („Political Freedoms“) und **gesellschaftliche Partizipation**: Hierzu gehören politische Freiheiten im weiten Sinne, d.h. einschließlich der bürgerlichen Rechte, der Mitentscheidung über die Auswahl, Kontrolle und Kritik der Regierenden, der Möglichkeit zur freien politischen Meinungsäußerung, Informationen über eine unzensurierte Presse sowie politische Partizipation.
2. **Ökonomische Institutionen bzw. Ökonomische Chancen** („Economic Facilities“): Hierunter sind die Chancen der Individuen zu verstehen, eigene Mittel für den Konsum, die Produktion oder den Tausch zu verwenden. Hierzu gehört z. B. die Fähigkeit mit Hilfe der eigenen Arbeitskraft am Produktionsprozess teilzunehmen, sich mit eigenem Kapital selbstständig zu machen und dabei ein Einkommen zu erzielen, das einen hinreichenden Konsum ermöglicht. Diese hängt von ökonomischen Zugangsrechten sowie von Ressourcen ab, über die diese Personen verfügen, aber auch von den Tauschbedingungen (relative Preise, Funktionieren der Märkte).
3. **Soziale Chancen** („Social Opportunities“): Sie fassen u.a. den Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen und angemessenem Wohnraum in einer Gesellschaft zusammen.
4. **Sozialer Schutz** („Protective Security“): Hierunter fallen sämtliche Institutionen und Maßnahmen, die Einzelne vor einer Verelendung und vor der Gefährdung der körperlichen Unversehrtheit absichern sollen. Zum sozialen Schutz gehören beispielsweise Einrichtungen der Arbeitslosenunterstützung, der Sozialhilfe, öffentliche Beschäftigungsprogramme usw.<sup>15</sup> Ein weiterer wichtiger Bereich des sozialen Schutzes ist der Schutz vor Kriminalität und gewaltsamen Übergriffen.
5. **Ökologischer Schutz** („Ecological Security“) lässt sich als die Gesamtheit von Institutionen und Maßnahmen zur Gewährleistung ökologischer Funktionen interpretieren.<sup>16</sup> Schließlich ist die arme Bevölkerung oft weniger in der Lage, sich vor den Folgen von Umweltverschmutzung und ökologischen Katastrophen zu schützen. Es ist daher sinnvoll, die Zusammenhänge zwischen Armut und Umwelt in Deutschland intensiver als bisher zu untersuchen und zu dokumentieren.<sup>17</sup>
6. **Transparenzgarantien** übernehmen die wichtige Funktion, formal zugesicherte instrumentelle Freiheiten den Menschen auch faktisch zur Verfügung zu stellen. Formal garan-

<sup>13</sup> Vgl. hierzu Volkert u. a. (2004), S. 59-69.

<sup>14</sup> Vgl. Sen (2000 a), S. 52-54 sowie zur ökologischen Sicherheit u.a. UNEP/iisd (2004).

<sup>15</sup> Zur instrumentellen Freiheit der sozialen Sicherung vgl. ausführlicher Volkert u.a. (2004), S. 65.

<sup>16</sup> Die Beiträge des Ökosystems zum Wohlergehen lassen sich in die Bereiche Versorgung (Nahrung, Wasser, Rohstoffe etc.), Regulatoren (Schadstoffabbau, UV-Schutz, Biodiversität etc.) und kulturelle Funktionen (religiös-spirituell, ästhetisch etc.) unterscheiden. Siehe hierzu ausführlich UNEP/iisd (2004).

<sup>17</sup> Zum (begrenzten) Forschungsstand über Armut, Reichtum und Ökologie in Deutschland siehe Lorek/Spangenberg (2001).

tierte Sozialleistungen erhöhen die Verwirklichungschancen nicht, insofern sie aufgrund von Intransparenz für die Berechtigten nicht erkennbar, wegen bürokratischer Hürden unerreichbar oder aufgrund von korrupten Vergabepraktiken nicht erhältlich sind. Umgekehrt kann der Missbrauch von Sozialleistungen ebenso wie Steuerhinterziehung die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherung sowie des gesamten Bereichs der sozialen Chancen beeinträchtigen.

Dass sich diese instrumentellen Freiheiten wechselseitig beeinflussen, beispielsweise höhere Bildung zu mehr ökonomischen und sozialen Chancen führt, ist offensichtlich. Individuelle Potenziale und instrumentelle Freiheiten bestimmen gemeinsam den Umfang an Verwirklichungschancen, die den Einzelnen zur Verfügung stehen. So entscheidet der Zugang zum (Hoch-)Schul-, Aus- und Weiterbildungssystem sowie die Transparenz vorhandener Möglichkeiten einer Gesellschaft darüber, ob beispielsweise Bildungsdefizite von Jugendlichen aus Immigrantenfamilien behoben werden oder ob sie deren Verwirklichungschancen dauerhaft beeinträchtigen. Ungeachtet solcher Wechselwirkungen ist die konzeptionelle Unterscheidung zwischen individuellen Potenzialen und gesellschaftlich bedingten Chancen für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung hilfreich. Gesellschaftlich bedingte Chancen zeigen den Bereich jener Chancen, die Staat und Gesellschaft eröffnen können, ebenso wie deren Grenzen, die von individuellen Potenzialen und Entscheidungen maßgeblich beeinflusst werden. Beispielsweise können Staat und Gesellschaft die gesellschaftlich bedingten Chancen durch ein besseres Bildungssystem erhöhen. Wird dieses Angebot genutzt, nehmen mit der Qualifikation zugleich die individuellen Potenziale zu. Schließlich steht eine höhere Qualifikation den Betroffenen auch dann zur Verfügung, wenn sie in ein anderes Land mit einem schlechteren Bildungssystem auswandern. Nutzt dagegen niemand die verbesserten Bildungschancen, so nimmt die Qualifikation nicht zu, auch wenn sich die gesellschaftlich bedingten Chancen verbessert haben. Staat und gesellschaftliche Gruppen können oft nur Chancen schaffen. Die Individuen entscheiden darüber, ob sie tatsächlich genutzt werden. Insofern dient eine konzeptionelle Unterscheidung von individuellen Potenzialen und gesellschaftlich bedingten Chancen auch dazu, den Verantwortungsbereich von Gesellschaft und Staat in der Berichterstattung abzustecken.<sup>18</sup>

## **2.2 Capabilities als zielführender Ansatz für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung**

Die deutsche Armuts- und Reichtumsberichterstattung verfolgt eine Reihe expliziter Ziele, an denen sich eine Berichtskonzeption auszurichten hat:<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Ungeachtet dessen kann es sich anbieten, eng zusammenhängende individuelle Potenziale und gesellschaftlich bedingte Chancen, etwa die Qualifikation und den Zugang zum Bildungssystem, in der Berichterstattung in einem gemeinsamen Abschnitt darzustellen.

<sup>19</sup> Vgl. Bundesregierung (2005), S. 3 f. sowie BMA (2001), S. 25 ff.

1. Versachlichung und Enttabuisierung der Armuts- und Reichtumsdiskussion
2. Auseinandersetzung mit den Themenbereichen Ausgrenzung und Privilegierung
3. Fundierung einer zielgenauen Armutsbekämpfung zur Stärkung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit
4. Prüfung, inwieweit politische Maßnahmen den Aspekt der Armutsbekämpfung im Sinne des „Mainstreaming“ berücksichtigen
5. Beachtung des Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe
6. Verstärkung des internationalen Erfahrungsaustausches

Das erste Ziel wendet sich an eine breite Öffentlichkeit, die unterschiedlichste Vorstellungen davon hat, was Armut und Reichtum bedeuten. Voraussetzung für eine Versachlichung und Enttabuisierung ist daher ein weites Konzept von Armut und Reichtum. Es sollte – anders als etwa rein finanziell orientierte Armuts- und Reichtumskonzepte – weitere Aspekte über das Einkommen oder Vermögen hinaus berücksichtigen und so die Bandbreite der Vorstellungen und Werturteile über Armut und Reichtum angemessen widerspiegeln. Darüber hinaus lässt sich zeigen, dass sich Amartya Sens Ansatz der Verwirklichungschancen auch in besonderem Maße eignet, um den weiteren Zielen der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung zu entsprechen.

Als Untersuchungsgegenstand des zweiten Ziels kann Ausgrenzung als ein Mangel an gesellschaftlich bedingten Chancen konzipiert werden. Demgegenüber lässt sich Privilegierung als ein die Verwirklichungschancen Dritter zum Teil beeinträchtigendes, sehr hohes Maß an gesellschaftlich bedingten Chancen interpretieren. Hieraus ergibt sich also ein umfassender konzeptioneller Rahmen zur Verfolgung des zweiten Berichterstattungsziels. Die Fokussierung der gesellschaftlich bedingten Chancen auf jene Aspekte der Verwirklichungschancen, auf die gesellschaftliche Gruppen und Staat Einfluss haben, kommt auch dem dritten Berichterstattungsziel zugute: so lassen sich jene Auswirkungen staatlichen Handelns und gesellschaftlicher Initiativen leichter ins Blickfeld rücken, durch die soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit gestärkt werden können.<sup>20</sup> Hinsichtlich des vierten Berichterstattungsziels ist von Bedeutung, dass gesellschaftlich bedingte Chancen einen weiten Bereich der Gesellschaftspolitik umfassen. Dies ist eine Voraussetzung, um armutsrelevante Wirkungen allgemeiner politischer Maßnahmen ausmachen zu können.

---

<sup>20</sup> Von Vorteil ist hierbei insbesondere das starke ethische Fundament des Sen'schen Ansatzes, welches auf Gerechtigkeitskonzeptionen gründet. So lässt sich Sens umfangreiches ethisches Werk, das die sozial-ökonomischen Ansätze fundiert, als kritische Weiterentwicklung des Rawls'schen Konzepts interpretieren. Für eine Diskussion des philosophisch-ethischen Werks von Sen sei u.a. auf Sen (1987) sowie auf Scholtes (2005) verwiesen.



Darüber hinaus stellt die Analyse von Verwirklichungschancen als Chancenverteilung innerhalb von Haushalten bis hin zu gesellschaftlich bedingten Chancen und Abhängigkeiten eine gute Voraussetzung für eine Gender Mainstreaming-Perspektive dar, wie sie im fünften Ziel der Armuts- und Reichtumsberichterstattung angestrebt wird. Entsprechend umfangreich ist die Literatur von Sen selbst und weiterer Capability-Vertreter – allen voran Martha Nussbaum – zu Genderfragen.<sup>21</sup>

Eine besondere Stärke des Sen'schen Capability-Ansatz – auch im Vergleich zum Lebenslageansatz – ist die Gewährleistung des sechsten Ziels, des stimmigen, umfassenden Anschlusses an die internationale Diskussion. So stellt die Capability-Konzeption die Grundlage für die Human Development Reports der Vereinten Nationen sowie deren Human Poverty Indizes (I für arme und II für reiche Länder) dar.<sup>22</sup> Zudem orientieren sich inzwischen auch die Weltbank und die OECD verstärkt an Sens Ansatz.<sup>23</sup> Ferner hat Atkinson eine Orientierung an Sen bei einer/ seiner Weiterentwicklung der europäischen Armutsberichterstattung betont.<sup>24</sup>

Insgesamt eignet sich Sens Ansatz der Verwirklichungschancen zur Verfolgung sämtlicher Ziele der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Aus diesem Grund wurde das Konzept für die deutsche Armutsberichterstattung vorgeschlagen.<sup>25</sup> Doch entsprechen auch die Ansätze von Schulze<sup>26</sup> zur Operationalisierung von Reichtum als ein „persönlicher Möglichkeitenraum“ und „persönliches Realisierungspotenzial“ weitgehend Sens Konzeption der Verwirklichungschancen, da sie die Gesamtheit der Bedingungen zur Verwirklichung von Möglichkeiten darstellen. Die Forderung von Eissel<sup>27</sup> ein analog zu den auf Sens Ansatz aufbauenden Human Development Indicator und Human Poverty Indicator II der UN orientiertes mehrdimensionales Reichtumskonzept für Deutschland zu etablieren, ist ebenso eine Forderung nach einer Reichtumsanalyse und Reichtumsberichterstattung, welche sich an Sens Konzept orientieren soll. Nicht zuletzt ergeben sich deutliche Parallelen zu den in Deutschland weit verbreiteten Lebenslagenansätzen, wie im Folgenden zu zeigen ist.

<sup>21</sup> Siehe beispielsweise Agrawal et al. (2006, 2005); Nussbaum (2004a,b und 2000).

<sup>22</sup> Unterstützt von Sen selbst, hat das Umweltprogramm der Vereinten Nationen 2004 die oft unverbunden nebeneinander verlaufenden Diskussionen zu ökologischen Nachhaltigkeitsfragen einerseits und zu sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeitsfragen andererseits auf eine gemeinsame Capability-Basis gestellt ausgerichtet. Siehe UNEP/iisd (2004).

<sup>23</sup> Vgl. World Bank (2001) sowie OECD (2005).

<sup>24</sup> Vgl. Atkinson (2003), S. 186 f., der die Konzeption der Wissenschaftlergruppe zur Erarbeitung von EU-Indikatoren der Armut und Ausgrenzung folgendermaßen beschreibt: „... we emphasise the multidimensionality of social disadvantage, fully agreeing with those who argue that it is inadequate to look only at income. As Amartya Sen has put it, 'the role of income and wealth ... has to be integrated into a broader and fuller picture of success and deprivation' (1999, p. 20).“

<sup>25</sup> Vgl. beispielsweise Krämer (2000), S. 52 sowie ausführlich Volkert et al. (2004).

<sup>26</sup> Vgl. Schulze (1997).

<sup>27</sup> Vgl. Eissel (2001), S. 107.

### 2.3 Verwirklichungschancen und Lebenslagen: Übereinstimmungen, Unterschiede und gemeinsame Potenziale

Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung formuliert schon zu Beginn:<sup>28</sup>

„Ausgehend von relevanten Lebenslagen stützt sich [die] ... Konzeption im Bericht auf Amartya Sens Konzept der Verwirklichungschancen. Armut ist dann gleichbedeutend mit einem Mangel an Verwirklichungschancen, Reichtum mit einem sehr hohen Maß an Verwirklichungschancen...“

Die Verknüpfung von Lebenslagen mit Verwirklichungschancen wirft die Frage auf, in welchem Verhältnis beide Ansätze zueinander stehen. Ihre Beantwortung ist umso wesentlicher, als dem Lebenslagenansatz in der bisherigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung eine tragende Rolle zukommt. Eine genauere Analyse zeigt die erheblichen Parallelen zwischen diesen beiden Ansätzen. So hat sich auf internationaler Ebene mit dem Capability-Konzept und parallel dazu in Deutschland auf der Grundlage des Lebenslagenansatzes die Überzeugung durchgesetzt, dass eine Analyse der Einkommen für differenzierte Aussagen über Armut nicht ausreichend ist.

Voges et al. (2005)<sup>29</sup> benennen als die vom Lebenslagenansatz meist ins Zentrum gestellten Lebensbereiche – über das Einkommen hinaus – die Erwerbsarbeit, Bildung, Wohnsituation und Gesundheit. Hier zeigen sich deutliche Parallelen zu den nichtfinanziellen Potenzialen und gesellschaftlich bedingten Chancen in Sens Ansatz. Zwar geht der Capability-Ansatz grundsätzlich inhaltlich über die genannten Lebensbereiche hinaus. So besitzen – über die Einbeziehung der sozialen Sicherung sowie des Schutzes vor Kriminalität hinaus – vor allem die politische und gesellschaftliche Partizipation eine große Bedeutung für die Verwirklichungschancen. Jedoch ergänzen auch einzelne Studien zum Lebenslagenansatz die von Voges als zentral genannten Bereiche um Dimensionen wie politische und kulturelle Beteiligung sowie Integration in gesellschaftliche Gruppen.<sup>30</sup> Insofern bestehen zwischen einzelnen deutschen Lebenslagen-Studien und dem Capability-Ansatz zum Teil größere Übereinstimmungen als innerhalb der unterschiedlichen deutschen Lebenslagen-Untersuchungen. Inhaltlich sind die Analysen und Ergebnisse beider Konzepte daher komplementär und von beiderseitigem Interesse. Allerdings kann der Capability-Ansatz auf ein inhaltlich umfangreicheres Spektrum an internationalen Erfahrungen unter unterschiedlichsten Bedingungen zurückgreifen, die auch für Deutschland aufschlussreich sind.

---

<sup>28</sup> Bundesregierung (2005), S. XVI.

<sup>29</sup> Vgl. Voges et al. (2005/2003), S. 31f.

<sup>30</sup> Vgl. beispielsweise Hauser/Neumann (1992, S. 247), die außerdem Transportmöglichkeiten und Rechtsschutz einbeziehen, die auch als Teile der Verwirklichungschancen von Interesse sein können.

Methodisch-konzeptionell erscheint der Ansatz der Verwirklichungschancen umfassender. So integriert das Capability-Konzept eine ausgeprägte ethische Fundierung<sup>31</sup> mit verschiedensten sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Analysen sowie mit sozial- und entwicklungspolitischer Empirie. Ferner ist Sens Konzept in einigen zentralen konzeptionellen Fragen klarer, in denen der Lebenslagenansatz im Lauf der Zeit an Stringenz verloren zu haben scheint. Dies gilt, wie Leßmann (2005) darlegt, insbesondere für die konzeptionell wesentliche Unterscheidung zwischen Verwirklichungschancen („Capabilities“) und Ergebnissen („Functionings“). Eine solche Unterscheidung traf zunächst auch der Lebenslagenansatz. So hat Weisser die Lebenslage definiert als „Spielraum ... für die Erfüllung der Grundanliegen, die [den Menschen] bei der Gestaltung seines Lebens leiten oder bei möglichst freier und tiefer Selbstbesinnung und „...Willensstärke leiten würden“.<sup>32</sup> Ebenso wie im Capability-Ansatz geht es also zunächst vorrangig um Spielräume. Verwirklichungschancen, verstanden als Spielraum, werden von Sen in den letzten Jahren zugleich als Freiheiten bezeichnet. Es gilt von diesen Freiheiten das deren Verwirklichung, also, das, was Individuen tatsächlich aus ihren Chancen machen, zu unterscheiden. Die tatsächlichen Lebensbedingungen („Doings and Beings“) nennt Sen (2000/1981) „Functionings“. Die Kombination der Functionings einer Person spiegelt ihre faktischen Lebensbedingungen, also die *verwirklichten* Chancen wider. Beispiele hierfür sind: frei von vermeidbaren Krankheiten zu sein, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, gut ernährt und ausreichend gebildet zu sein, sich ohne Scham in der Öffentlichkeit zu zeigen etc.

Eine Zeitlang hat auch Weisser im Rahmen seines Lebenslagenansatzes die Lebenslage, verstanden als Spielraum, begrifflich abgegrenzt von dem, was der Einzelne aus diesem Spielraum macht. Hierzu hat er in Anlehnung an Grelling den Begriff der Lebenshaltung eingeführt. Die „Lebenshaltung“ oder auch „tatsächliche Gestaltung des Lebens“ stellt demnach für Weisser die Gesamtheit der von einem Menschen faktisch beschriebenen Interessen dar.<sup>33</sup>

Bei Sen wie bei Weisser entsteht insofern eine Trennung zwischen den Verwirklichungschancen und den Lebenslagen, die die Spielräume abstecken, einerseits von den faktischen Lebensumständen andererseits, die bei Sen als Functionings, bei Weisser als Lebenshaltung bezeichnet werden. In beiden Ansätzen sollen die Verwirklichungschancen und Lebenslagen, das heißt der Spielraum und nicht die Ergebnisse im Vordergrund stehen.

---

<sup>31</sup> In ethischer Hinsicht hat Sen eine Alternative zum einseitigen ökonomisch-utilitaristischen Wohlfahrtskonzept erarbeitet. Seine Position lässt sich als kritische Weiterentwicklung der Rawls'schen Gerechtigkeitskonzeption interpretieren. Zu den Grundzügen dieser ethischen Fundierung siehe Sen (2000a), Kapitel 3 („Freiheit und Grundlagen von Gerechtigkeit“) sowie ausführlich Sen (2002) und im Überblick Arndt/Volkert (2006).

<sup>32</sup> Vgl. Weisser (1972, 1951) zitiert in Leßmann (2005).

<sup>33</sup> Vgl. Weisser (1951) sowie Grelling (1921), zitiert in Leßmann (2005).

Allerdings ist die sorgfältige Differenzierung zwischen dem Spielraum bzw. den Chancen und der Lebenshaltung bzw. den Functionings nur im Capability-Ansatz konsequent verfolgt worden. Im Lebenslagenansatz, etwa von Weisser, scheint sie im Laufe der Zeit vernachlässigt worden zu sein.

Die Vorrangstellung der Verwirklichungschancen im Capability-Ansatz bedeutet nicht, dass die faktischen Lebensumstände ohne Belang wären.

- In Fällen extremer Beeinträchtigung des materiellen und körperlichen Wohlergehens, etwa bei erlittener Gewalt, Mangel- und Unterernährung, Wohnungslosigkeit u.ä., sind diese faktischen Notsituationen eine hinreichende Information auch für die Analyse von Verwirklichungschancen. Schließlich ist davon auszugehen, dass sich niemand freiwillig und mit guten Gründen massiver Gewalt, Unterernährung oder Wohnungslosigkeit aussetzt. Eventuelle Probleme bei der Ermittlung eines Mangels an Verwirklichungschancen dürfen nicht verhindern, dass klar bestehende Notlagen als Mangel an Verwirklichungschancen ausgewiesen werden.
- Darüber hinaus sind Ursachen zu analysieren, die das Erreichen bestimmter Lebensumstände verhindern. Manche davon sind unproblematisch, weil sie, wie etwa das Fasten, das Ergebnis einer freien Entscheidung darstellen. Sie signalisieren keinen Handlungsbedarf, denn hier reicht es, wenn ausreichend Verwirklichungschancen vorhanden sind, z. B. eine bestimmte Kalorienaufnahme ohne weiteres möglich wäre. Anders sind dagegen Entscheidungen zu beurteilen, welche durch äußere Beeinflussungen und Manipulationen, bestimmt werden und/oder die zu gesellschaftlich nicht akzeptablen Ergebnissen führen: z. B. die Diskriminierung von Frauen, die dadurch im Erwerbsleben systematisch weniger erreichen können. Entsprechend gilt auch hier, dass gesellschaftlich inakzeptable Ergebnisse („Functionings“) ausreichen, um – unabhängig von einer weiteren Analyse der Verwirklichungschancen – Handlungsbedarf zu signalisieren.
- Nicht zuletzt muss man Functionings bei empirischen Studien zumindest vorübergehend und behelfsweise heranziehen, wenn eine Operationalisierung von Verwirklichungschancen – auch aus Gründen der Datenverfügbarkeit – schwierig ist. Aus diesem Grund konzentrieren sich zahlreiche internationale empirische Studien auf Functionings.<sup>34</sup> Auch in dieser ersten empirischen Studie für Deutschland wird aus Gründen der Datenverfügbarkeit teilweise auf Functionings zurückgegriffen. Die Ergebnis-

---

<sup>34</sup> Allerdings mehren sich in jüngster Zeit empirische Ansätze, die gezielt auf Verwirklichungschancen abstellen. Vgl. Kuklys (2005a) sowie die in Kuklys (2005b) genannten Quellen.

se lassen sich dann zunächst lediglich in der Weise interpretieren, dass dort, wo bestimmte Ergebnisse erreicht werden, offensichtlich ausreichende Verwirklichungschancen vorhanden sind. Schließlich stellen Functionings realisierte Chancen dar. Um Rückschlüsse auf die Verwirklichungschancen jener Gruppen zu ziehen, die bestimmte Functionings nicht aufweisen, bedarf es weitergehender Untersuchungen zu Ursachen und Motiven eines solchen Mangels.

Diese Faktoren mögen auch die Gründe sein, weshalb Lebenslagenkonzepte wie das von Voges et al.<sup>35</sup> auf die tatsächliche Versorgungslage von Personen oder Haushalten in verschiedenen Lebensbereichen abzielen. Armut bedeutet damit das Unterschreiten von Minimalstandards in einer oder mehreren Dimensionen. Diese Herangehensweise konzentriert sich mithin bereits konzeptionell auf faktische Ergebnisse und nicht auf Chancen. Sie wurde und wird von vielen, allerdings nicht allen, Vertretern des Lebenslageansatzes geteilt. Sie ist gleichbedeutend mit der einfachst denkbaren Form des Capability-Konzepts, welche Armut als Mangel an elementaren Functionings, also als Defizite grundlegender Seinszustände und Aktivitäten erklärt.<sup>36</sup> Konzeptionell ist dies problematisch, da sich in den Handlungsergebnissen bereits Präferenzen widerspiegeln. Freiwilliger Verzicht ist aber anders zu beurteilen als erzwungene Armut.

Es ist daher notwendig, den wesentlichen konzeptionellen Unterschied zwischen Chancen und präferenzabhängigen Ergebnissen auch für den Lebenslagenansatz wiederzuentdecken. Das Konzept der Verwirklichungschancen kann dabei eine wichtige Orientierungsfunktion übernehmen. Dementsprechend sieht Leßmann<sup>37</sup> in Sens Konzept der Verwirklichungschancen die wesentliche Grundlage für eine notwendige konzeptionelle Klärung und Neuinterpretation des Lebenslagenansatzes, in welchem die Lebenslagen und Ergebnisse („Lebenshaltung“) konzeptionell klar getrennt werden.<sup>38</sup>

Insgesamt stellt der Ansatz der Verwirklichungschancen keine Konkurrenz, sondern eine Bereicherung und Stärkung einer an Lebenslagen orientierten Berichterstattung dar. So erfüllt Sens Konzept sämtliche Kriterien, die Wolfgang Voges (2005/2003) als dauerhaften Kern des Lebenslagenansatzes identifiziert hat.<sup>39</sup> Man könnte den Sen'schen Ansatz daher auch als eine international verbreitete Variante des Lebenslagenansatzes ansehen. All dies legt es nahe, in der

---

<sup>35</sup> Vgl. Voges et al. (2005/2003).

<sup>36</sup> Vgl. Kuklys (2005a).

<sup>37</sup> Vgl. Leßmann (2005).

<sup>38</sup> Leßmann (2005) arbeitet eine Reihe weiterer Faktoren heraus, durch die der Lebenslagenansatz mit Hilfe des Capability-Konzepts geklärt und gestärkt werden könnte und sollte, etwa die unerlässliche Differenzierung von Grundanliegen als Dimensionen des Bewertungsraums, Präferenzen und persönlichen Eigenschaften. Auf sie kann in diesem Rahmen nicht näher eingegangen werden.

<sup>39</sup> Im Einzelnen nennt Voges (2003, S. 43) als Konstanten der Lebenslagenansätze die Multidimensionalität, die Einbeziehung nicht-ökonomischer, immaterieller Dimensionen, die Beibehaltung des Haushaltseinkommens als bedeutendes Merkmal, sowie die Betonung der prinzipiellen Handlungsspielräume und ihrer spezifischen Grenzen.

deutschsprachigen Lebenslagenforschung die ethische Fundierung und konzeptionellen Beiträge sowie die vielfältigen empirischen Untersuchungen des Capability-Ansatzes in sehr unterschiedlichen Ländern stärker wahrzunehmen und zu nutzen. Ebenso bilden jedoch die empirischen Untersuchungen sowie eine Reihe konzeptioneller Arbeiten der deutschen Lebenslagenansätze eine bedeutsame Grundlage für eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung, die Verwirklichungschancen bzw. Lebenslagen ins Zentrum stellt. Zugleich könnten sie die internationale Capability-Diskussion bereichern, was wiederum im Sinne der angestrebten stärkeren Einbindung in die internationale Diskussion wäre.

## **2.4 Operationalisierung des Ansatzes der Verwirklichungschancen nach Atkinsons „Drei-Ebenen-Konzept“**

Darüber hinaus stellen sich im Lebenslagenansatz ebenso wie im Konzept der Verwirklichungschancen weitergehende Fragen der Ergebnispräsentation. In beiden Fällen ist eine größere Zahl und Bandbreite von Indikatoren armuts- und reichumsrelevant. Um eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit als Basis einer breiten, informierten und sachlichen Diskussion erreichen zu können, erfordert dies sowohl im Lebenslagen- wie auch im Capability-Ansatz ein durchdachtes Präsentationskonzept. Es gilt, einen Weg zu finden, der die Aussagekraft des Gesamtspektrums an relevanten Indikatoren erhält, sich aber gleichzeitig auf wesentliche Aspekte beschränkt, soweit diese als Basis für eine Versachlichung der Diskussion in der breiten Öffentlichkeit notwendig sind. Um dieses Ziel zu erreichen, schlagen wir eine Modifikation des von Atkinson et al.<sup>40</sup> für die EU-Armutsberichterstattung erarbeiteten Mehrebenenkonzepts vor. Es differenziert die Zahl- und Bandbreite der eingesetzten Indikatoren je nach Zielgruppe und Funktion. Leitindikatoren, die so genannten „Primär-“ sowie „Sekundärindikatoren“, dienen der aussagefähigen und wirksamen Information einer breiten Öffentlichkeit. Insgesamt ergibt sich damit folgendes Drei-Ebenen-Konzept:

1. Primärindikatoren im Sinne von Leitindikatoren für die wesentlichen Dimensionen der Verwirklichungschancen, die eine schnelle Information über zentrale Sachverhalte ermöglichen sollen.
2. Sekundärindikatoren, die die Primärindikatoren dort präzisieren und ergänzen, wo dies regelmäßig für eine breite Öffentlichkeit von Interesse ist.

Über diese Leitindikatoren hinaus ist:

3. eine weitere Ebene an Tertiärindikatoren vorzusehen, die zur professionellen Interpretation von Primär- und Sekundärindikatoren beiträgt und Besonderheiten aufzeigt.

---

<sup>40</sup> Vgl. Atkinson et al. (2002), S.70 ff.

Diese dritte Ebene spricht insbesondere ein Fachpublikum sowie eine sehr interessierte Öffentlichkeit an.

Diese Machbarkeitsstudie setzt sich zum Ziel, vor allem die Primär- und Sekundärindikatoren zu identifizieren, ihre Verfügbarkeit im SOEP zu untersuchen und auf ihre Darstellbarkeit und Aussagefähigkeit hin zu überprüfen. Dies schließt jedoch nicht aus, dass dort, wo es sinnvoll erscheint, auch einzelne Tertiärindikatoren beispielhaft und vertiefend dargestellt werden.

Insgesamt erzeugt ein solches Mehrebenenkonzept das notwendige Gleichgewicht zwischen relevanter Vielfalt und notwendiger Vereinfachung. Es trägt zugleich der Verschiedenheit der Zielgruppen eines Armuts- und Reichtumsberichtes Rechnung. Zudem ermöglicht es eine Verzahnung der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung mit den nationalen Aktionsplänen zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung im europäischen Kontext (NAPincl), die auf einem vergleichbaren Präsentationskonzept beruhen (Laeken-Indikatoren). Nicht zuletzt erscheint ein zielgruppenspezifisch differenziertes, zugleich aber übersichtliches, Präsentationskonzept einem aggregierten Indikator oder synthetischen Armuts- sowie Reichtumsindex hinsichtlich der Zielsetzungen der Berichterstattung als überlegen.<sup>41</sup>

Alles in allem kann in dieser Machbarkeitsstudie nur eine erste Diskussionsgrundlage zur empirischen Operationalisierung vorgestellt werden. Ohnehin ist es ein zentrales Prinzip des Capability-Ansatzes, dass die Auswahl und gegebenenfalls auch die Gewichtung der Indikatoren, die die Zuordnung zu den entsprechenden Ebenen mitbestimmen, unter möglichst breiter Beteiligung zustande kommen und regelmäßig überprüft werden.

## 2.5 Zusammenfassung Teil I

Der Ansatz der Verwirklichungschancen („Capabilities“) des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften, Amartya Sen, stellt eine neue konzeptionelle Grundlage der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung dar. In den letzten beiden Jahren wurden bereits die Grundlagen und Eignung dieses Konzepts ausführlicher erörtert. Hierauf aufbauend sind die Ziele dieser Studie:

---

<sup>41</sup> Vgl. zu diesen Fragen ausführlich Volkert et al. (2004), S. 69. Eine beispielhafte Veranschaulichung eines solchen Mehrebenenkonzepts für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung findet sich in Volkert et al. (2004), S. 251 (Leitindikatoren) sowie S. 252-259 (Tertiärindikatoren).

1. Klärung der Verfügbarkeit der zur Bestimmung von Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen erforderlichen Daten im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).
2. Darlegung der Möglichkeiten zur Schließung bestehender Datenlücken.
3. Empirische Konkretisierung der Ausprägung von Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen in Deutschland über zentrale Dimensionen der Verwirklichungschancen hinweg.
4. Identifikation von Umfang und Bedeutung bestehender Mehrfachbelastungen und Mehrfachprivilegierungen.
5. Formulierung wesentlicher Konsequenzen für die weitere Operationalisierung des Ansatzes der Verwirklichungschancen.

Armut bedeutet in Sens Ansatz grundsätzlich einen Mangel, Reichtum lässt sich als sehr hohes Maß an Verwirklichungschancen interpretieren. Die empirische Operationalisierung der Verwirklichungschancen hat damit wesentliche Dimensionen und Bestimmungsfaktoren der Verwirklichungschancen zu untersuchen. Einen Überblick hierzu gibt die Abbildung 1 in Abschnitt 2.1).

Welche Verwirklichungschancen sich erreichen lassen, hängt von zunächst gegebenen individuellen Potenzialen, aber auch stark von den gesellschaftlich bedingten Chancen („instrumentelle Freiheiten“) ab. „Gesellschaftlich bedingte Chancen“ (bzw. synonym: instrumentelle Freiheiten) umfassen jene Bestimmungsfaktoren der Verwirklichungschancen, auf die der Staat und gesellschaftliche Gruppen unmittelbar Einfluss ausüben können. Insofern ermöglicht die konzeptionelle Abgrenzung gesellschaftlich bedingter Chancen den direkten Einflussbereich von Staat und gesellschaftlichen Gruppen für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung abzustecken. Darüber hinaus und ebenso bedeutsam für die Berichterstattungsziele ist der Fokus auf die gesellschaftlich bedingten Chancen, da sich Ausgrenzung als ein Mangel und Privilegierung als ein hohes Maß an instrumentellen Freiheiten interpretieren lassen.

Das Konzept der Verwirklichungschancen ist gut geeignet, um alle wesentlichen Ziele der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung zu verfolgen. In besonderem Maße gilt dies für die Anbindung der Berichterstattung an die internationale Diskussion, etwa in der EU. Darüber hinaus ist der Ansatz nicht nur mit den traditionellen deutschen Lebenslagenansätzen sehr gut vereinbar, sondern eignet sich auch für deren konzeptionelle Klärung und Neuinterpretation. Wie bei jedem mehrdimensionalen Armuts- und Reichtumskonzept stellt sich die Frage nach einer

aussagefähigen und nichts desto trotz klaren Ergebnispräsentation. Im Einklang mit der europäischen Berichterstattung schlagen wir hierzu die Bildung von Leitindikatoren (Primär- und Sekundärindikatoren) für die Öffentlichkeitsarbeit vor. Ihre empirische Verfügbarkeit steht in dieser



Studie im Vordergrund. Darüber hinaus sollten sie in einem ausführlichen Bericht durch weitere Tertiärindikatoren ergänzt werden.

In dieser Studie kann nur eine Diskussionsgrundlage für die Präzisierung geeigneter Indikatoren erarbeitet werden. Die verbindliche Festlegung von Indikatoren sollte unter Beteiligung einer möglichst breiten Öffentlichkeit erfolgen. Gleiches gilt für die Auswahl und Differenzierung in Primär-, Sekundär- und Tertiärindikatoren.

## **Teil II:    Empirische Umsetzung der Armutsmessung**



## Teil II: Empirische Umsetzung der Armutsmessung

In Teil I dieser Studie wurde das Capability-Konzept von Sen erläutert und in seinen zentralen Bestandteilen vorgestellt.

Im nachfolgenden zweiten Teil:

- überprüfen wir insgesamt, ob und inwieweit eine empirische Umsetzung der Sen'schen Konzeption von Armut als Mangel an Verwirklichungschancen für Deutschland auf der Grundlage des SOEP bereits heute möglich ist
- erklären wir zunächst das hierzu verwendete Indikatorensystem (Kapitel 3)
- zeigen wir, wo im SOEP derzeit Defizite hinsichtlich einer sachgerechten Untersuchung der wesentlichen Bestimmungsgrößen von Armut als Mangel an Verwirklichungschancen auftreten (Kapitel 4)
- erörtern wir, ob und gegebenenfalls wie solche Datenlücken innerhalb des SOEP oder mit Hilfe anderer Datensätze geschlossen werden können (Kapitel 4)
- ermitteln wir exemplarisch erste empirische Ergebnisse zu wesentlichen Aspekten von Armut als Mangel an Verwirklichungschancen in Deutschland (Kapitel 4 und 5)
- skizzieren wir, welche Bedeutung Mehrfachbeeinträchtigungen an Verwirklichungschancen für einzelne Gruppen und Individuen besitzen (Kapitel 5)
- untersuchen wir, inwieweit eine Analyse der Beeinträchtigungen von Verwirklichungschancen eine über die Betrachtung von Einkommensarmut hinausgehende Perspektive verlangt (Kapitel 5) und
- ziehen einige zusammenfassende Schlussfolgerungen (Kapitel 6).

Um eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung auf Basis von Sens Konzept der Verwirklichungschancen grundsätzlich zu ermöglichen, ist zunächst zu prüfen, inwieweit die für Deutschland exemplarisch vorgeschlagenen Leitindikatoren für die verschiedenen Dimensionen der Verwirklichungschancen<sup>42</sup> in bestehenden Mikrodatsätzen bereits verfügbar sind. Für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist es von Vorteil, einen möglichst großen Teil der benötigten Leitindikatoren aus ein und derselben Panel-Mikrodatenquelle abzudecken, da nur auf einer solchen Basis multidimensionale Analysen, Analysen von Mehrfachdefiziten und Mehrfachprivilegierungen sowie Untersuchungen der Dynamik von Armut und Reichtum möglich sind.

---

<sup>42</sup> Zum exemplarischen Vorschlag von Leitindikatoren siehe Volkert et al. (2004), insbesondere S. 251, zur Darstellung des Mehrebenenkonzepts Abschnitt 2.2.2 dieser Studie sowie ausführlich Volkert et al. (2004), S.69 ff.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)<sup>43</sup> ist die derzeit einzige repräsentative Mikrodatenbasis, die diesen Anforderungen hinsichtlich der Beobachtungstiefe und des Panelcharakters zumindest annähernd gerecht wird. Das SOEP ist eine seit 1984 laufende jährliche Wiederholungsbefragung von Deutschen, Ausländern und Zuwanderern in den alten und neuen Bundesländern. Für die Welle 2002 wurden knapp 24.000 Personen aus insgesamt über 12.000 Haushalten befragt. Teilweise jährlich wechselnde Themenschwerpunkte sind unter anderem Haushaltszusammensetzung, Erwerbsbiographie und -beteiligung, Einkommensverläufe, sowie Gesundheit und Lebenszufriedenheit.

Insbesondere verfügt das SOEP über eine Reihe von Indikatoren, die eine Analyse sowohl der monetären als auch der nichtmonetären Aspekte der Verwirklichungschancen zulassen. Darüber hinaus hat das SOEP den Vorzug, dass in verschiedenen europäischen Ländern vergleichbare Datensätze existieren, die zum Teil identische Fragestellungen beinhalten. Hierdurch wird eine international vergleichbare Armuts- und Reichtumsberichterstattung ermöglicht.

Die Teile II und III dieser Machbarkeitsstudie verfolgen das Ziel, die konkrete Umsetzbarkeit des Sen'schen Konzepts der Verwirklichungschancen anhand des SOEP für Deutschland exemplarisch zu überprüfen. Bei der Operationalisierung der Leitindikatoren für Armut orientiert sich das IAW – soweit für eine Analyse von Verwirklichungschancen zielführend und vorhanden – an den vom Europäischen Rat in Laeken im Dezember 2001 angenommenen Indikatoren (im Folgenden: Laeken-Indikatoren), um parallele Erhebungen sehr ähnlicher Daten zu vermeiden. Teil IV untersucht vertiefend die Dimension der politischen Partizipation und zieht dazu alternativ den ALLBUS-Datensatz heran, der eine differenziertere Betrachtung verschiedener Aspekte der politischen Partizipation erlaubt. Abschließend werden in Teil V Konsequenzen für die weitere Operationalisierung – auch mit Blick auf die künftig verfügbaren Daten der neuen europäischen Erhebung EU-SILC – gezogen.

In diesem Gutachten wird exemplarisch anhand der Welle 2002 des SOEP ein mögliches Indikatorensystem einer mehrdimensionalen Armuts- und Reichtumsmessung entwickelt. Dabei wird die Welle 2002 – und nicht die zum Zeitpunkt der Analyse aktuelle Welle 2003 – verwendet, da Fragen zu den gesundheitlichen Einschränkungen, ebenso wie zu wesentlichen Aspekten des Vermögensreichtums nur im Jahr 2002, nicht jedoch im Jahr 2003 gestellt wurden. Sowohl die Präsentation einzelner Indikatoren als auch die mehrdimensionalen Betrachtungen werden daher aus Konsistenzgründen für die Welle 2002 explizit vorgestellt.

---

<sup>43</sup> Die Durchführung und Entwicklung erfolgt in Form einer "Serviceeinrichtung für die Forschung" im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) mit Sitz am DIW Berlin unter Leitung von Prof. Dr. Gert G. Wagner (TU Berlin). Die Feldarbeit führt TNS Infratest Sozialforschung (München) durch.

Im Zusammenhang mit der Indikatorendiskussion wird ausgehend von den Laeken-Indikatoren und der zugehörigen Abstimmung auf EU-Ebene jeweils auch aufgezeigt, inwiefern Ergänzungsbedarf besteht bzw. inwiefern eine andere Abbildung der verschiedenen Aspekte der Verwirklichungschancen wünschenswert wäre.

Kapitel 3 gibt zunächst einen zusammenfassenden Überblick über das vorgeschlagene Indikatorensystem zur mehrdimensionalen Armutsmessung. Kapitel 4 stellt dann die konkrete Operationalisierung der verschiedenen Aspekte mit dem SOEP vor, diskutiert diese gegebenenfalls kritisch, und beschreibt exemplarisch die empirischen Ergebnisse der jeweils zunächst eindimensionalen Armutsbetrachtungen, bevor in Kapitel 5 die Untersuchung einer mehrdimensionalen Beeinträchtigung in den Verwirklichungschancen sowie typischer Armutskonstellationen erfolgt. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, ob und in welchem Maße sich empirisch Zusammenhänge zwischen monetärer und nichtmonetärer Armut finden lassen.

### **3 Überblick über das verwendete Indikatorensystem der mehrdimensionalen Armutsmessung**

Ausgangspunkt ist das in Teil I der Studie vorgestellte und auf dem Ansatz von Sen basierende Konzept der mehrdimensionalen Armut- und Reichtumsmessung. In Anlehnung an diese Konzeption kann ein Mangel an Verwirklichungschancen für ein Individuum verursacht sein durch

1. einen Mangel an finanziellen Potenzialen,
2. Einschränkungen hinsichtlich seiner nichtfinanziellen individuellen Potenziale, d.h. insbesondere hinsichtlich seiner Gesundheit und Bildung,
3. eine Beeinträchtigung der gesellschaftlich bedingten Chancen.

Mit dem folgenden Indikatorensystem wird einerseits das Ziel verfolgt, die verschiedenen Bestimmungsgründe eines Mangels an Verwirklichungschancen differenziert darzustellen, um insbesondere der Mehrdimensionalität des Sen'schen Armutverständnisses möglichst gut gerecht zu werden. Gleichzeitig wird jedoch auch eine Verdichtung der Informationen herbeigeführt, welche die Übersichtlichkeit und Interpretierbarkeit der Ergebnisse erhöht und letztlich die Frage beantworten soll, ob ein Individuum hinsichtlich der verschiedenen Dimensionen in seinen Verwirklichungschancen beeinträchtigt ist oder nicht.

Ein mehrstufiges Indikatorensystem soll diesem Trade-off zwischen hinreichender Differenziertheit der Ergebnisdarstellung und Notwendigkeit zur Informationsverdichtung Rechnung tragen. Abbildung 2 veranschaulicht im Überblick den Aufbau des Indikatorensystems, wobei die kon-

krete Operationalisierung der einzelnen Indikatoren und Teilindikatoren erst in Kapitel 4 vorgestellt wird. Dabei wird auch auf Probleme bei der Operationalisierung sowie wünschenswerte Ergänzungen eingegangen. Zu erwähnen ist, dass teilweise einige vertiefende Zusatzindikatoren jeweils nur nachrichtlich wiedergegeben werden, die in die Bildung der aggregierten Indikatoren nicht eingehen.

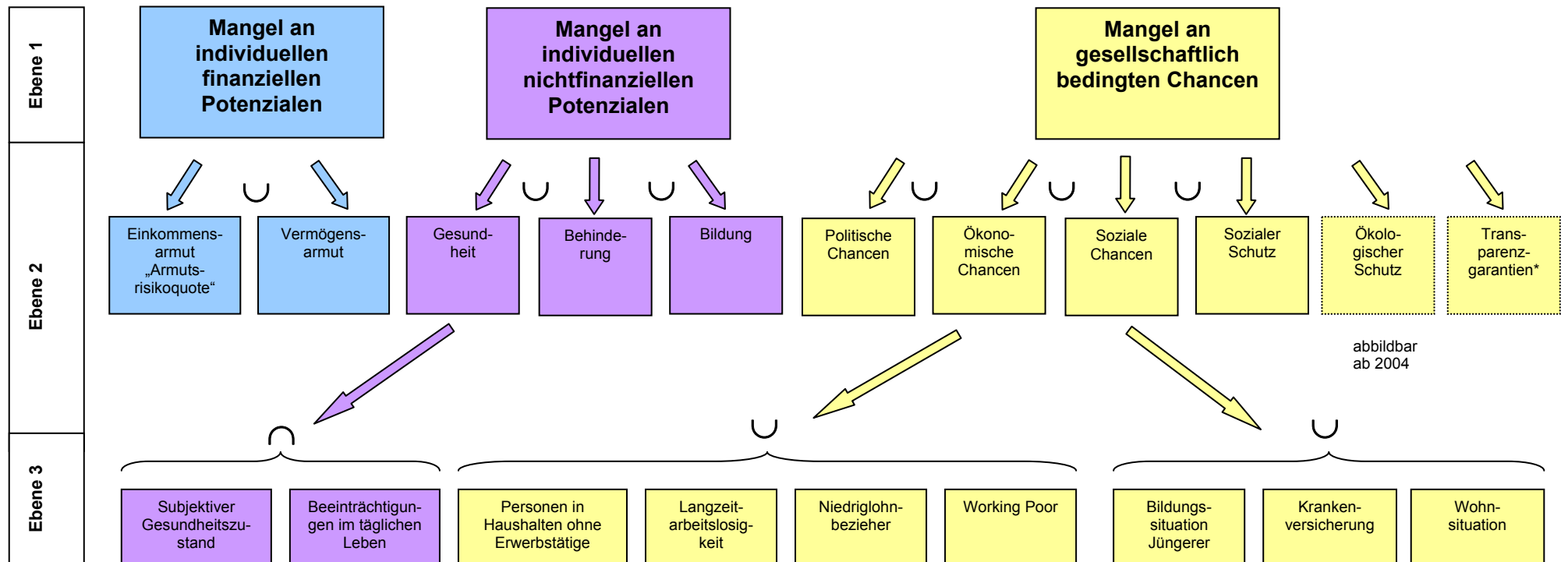
Im Weiteren bezeichnen wir eine Person als arm hinsichtlich ihrer *finanziellen Potenziale*, wenn sie als einkommensarm oder überschuldet eingestuft werden kann. Details zur Operationalisierung der Einkommens- und Vermögensarmut sowie zu den nur nachrichtlich angegebenen Indikatoren werden in Kapitel 4.1 beschrieben.

Eine Person ist beschränkt hinsichtlich ihrer *nichtfinanziellen individuellen Potenziale*, wenn sie gesundheitlichen Einschränkungen unterliegt, unter einer Behinderung leidet oder aber als bildungsarm charakterisiert werden muss (vgl. Kapitel 4.2). Als gesundheitlich eingeschränkt gilt eine Person, wenn sie objektiv gesehen in starkem Maße von gesundheitlichen Einschränkungen betroffen ist und gleichzeitig ihren eigenen Gesundheitszustand auch subjektiv als schlecht einstuft.

Eine Person gilt als hinsichtlich ihrer *gesellschaftlich bedingten Chancen* eingeschränkt, wenn sie entweder bezüglich ihrer politischen Chancen, ihrer ökonomischen Chancen, ihrer sozialen Chancen oder des sozialen Schutzes als eingeschränkt betrachtet werden kann (vgl. Kapitel 4.3). Während die Aspekte der politischen Chancen (Armut an politischem Interesse) und des sozialen Schutzes (Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt) im Weiteren jeweils nur anhand eines einzigen Indikators operationalisiert werden, werden die Aspekte der ökonomischen Chancen und der sozialen Chancen jeweils weiter differenziert. Als in ihren ökonomischen Verwirklichungschancen eingeschränkt gelten dabei alle Personen, die entweder in Haushalten ohne Erwerbstätige leben, oder langzeitarbeitslos sind, oder als Erwerbstätige Niedriglöhne beziehen, oder in einem *Working Poor*-Haushalt leben. Die Beschränkung hinsichtlich der sozialen Verwirklichungschancen wird über die Wohnsituation der Menschen, die Krankenversicherung und die Bildungsarmut gerade Jüngerer abgebildet, wobei die Indikatoren erneut durch eine „ODER“-Verknüpfung verbunden sind.

Das folgende Kapitel 4 widmet sich nun eingehend einer empirischen Untersuchung der verschiedenen Dimensionen von mehrdimensionaler Armut und geht dabei jeweils auch auf die konkrete Operationalisierung der einzelnen Indikatoren und Subindikatoren ein. Darüber hinaus werden jeweils mögliche Probleme bei der Operationalisierung sowie ein möglicher Ergänzungsbedarf diskutiert.

Abbildung 2: Mehrstufiges Indikatorensystem für eine mehrdimensionale Armutsmessung nach Sen



- ⌋ „UND“-Verknüpfung der Subindikatoren
- ⌋ „ODER“-Verknüpfung der Subindikatoren; \* prinzipiell – auch mit dem SOEP – abbildbar, nicht aber im begrenzten Rahmen dieser Studie.



Für die folgenden empirischen Auswertungen wurde prinzipiell als Grundgesamtheit die Bevölkerung in Privathaushalten ohne Kinder unter 16 Jahren gewählt. Mit Blick auf die Kinder ist zu beachten, dass

- nicht alle Indikatoren für junge Personen sinnvoll sind, z.B. die Langzeitarbeitslosigkeit unter den ökonomischen Chancen,
- für die Verwirklichungschancen von Kindern nicht dieselben Faktoren ausschlaggebend sind wie für Erwachsene<sup>44</sup>
- im SOEP nicht alle Fragen auch für Kinder vorhanden sind, da Kinder unter 16 Jahren nicht selbst antworten. In diesem Fall wird der so genannte Haushaltsvorstand zusätzlich über verschiedene Eigenschaften der Kinder in einem Kinderfragebogen befragt.

Kinderarmut sollte somit als ein eigener Problembereich betrachtet werden, bei dem gerade mit Blick auf das SOEP auf Grund der Erfahrungen noch Verbesserungsvorschläge zu machen sind (vgl. dazu auch die Ausführungen bei der Zusammenfassung in Teil IV). Wo es jedoch sinnvoll erscheint, werden teilweise auch ausgewählte Ergebnisse unter Berücksichtigung der Kinder bis unter 16 Jahren angegeben.

Sämtliche empirischen Ergebnisse werden in Teil II bei der Analyse bestehender Einschränkungen der Verwirklichungschancen – wie auch in Teil III bei der entsprechenden Umsetzung der empirischen Reichtumsmessung – jeweils auch systematisch nach verschiedenen sozio-demographischen Kriterien differenziert. Dabei werden betrachtet:<sup>45</sup>

- Ost- und Westdeutschland
- Geschlecht
- Haushaltstyp
- Alter
- Schulabschluss
- Erwerbsstatus
- Berufliche Stellung
- Nationalität
- Einkommensarmut (in Teil II)

---

<sup>44</sup> Vgl. Biggeri et al. (2006).

<sup>45</sup> Eine solche Betrachtung erweitert zugleich die Analyse über die bereits genannten Gesundheits-, Behinderungs- und Bildungsaspekte hinaus auf weitere ‚personelle Umwandlungsfaktoren (‚personal conversion factors‘) wie Alter, Geschlecht, Nationalität, die Einfluss darauf haben, inwieweit finanzielle Potenziale in Verwirklichungschancen umgewandelt werden können.

Kasten 1 informiert im Detail über die verwendeten Definitionen, Tabelle 1 gibt die entsprechenden hochgerechneten Häufigkeitsverteilungen für die Differenzierungsvariablen wieder.

#### **Kasten 1:**

Um besonders betroffene Teile der Gesamtbevölkerung identifizieren zu können, werden die empirischen Ergebnisse auf Grundlage des SOEP stets auch für verschiedene Bevölkerungsgruppen in so genannten bivariaten Teilmassenanalysen<sup>46</sup> berichtet: Tabelle 1 vermittelt die Bedeutung der jeweiligen Teilgruppen bezogen auf die Gesamtbevölkerung über 16 Jahre. Im Detail wird die Betroffenheit bzw. Privilegierung nicht nur für alle in Deutschland lebenden Personen die älter sind als 16 Jahre, sondern auch für die **Regionen** Ost (neue Bundesländer) und West (alte Bundesländer) sowie nach **Geschlecht** ausgewiesen. Auch werden die Personen danach unterschieden, in welchem **Haushaltstyp** sie leben: Personen, die alleine leben, Alleinerziehende, Paare ohne sowie mit Kindern und schließlich Personen in sonstigen Haushaltstypen (darunter z.B. auch Mehrgenerationenhaushalte). Darüber hinaus werden die Personen in vier **Altersgruppen** mit unterschiedlichen Klassenbreiten eingeordnet.

Die Gesamtbevölkerung wird auch nach dem erreichten **Schulabschluss** differenziert, nach Personen mit Hauptschulabschluss, mit mittlerer Reife, mit Fachhochschulreife bzw. Abitur, sowie Personen mit anderen Abschlüssen (davon haben mit knapp 90 % nahezu alle den Abschluss im Ausland gemacht). Auch werden Bevölkerungsteile mit jeweils unterschiedlichem **Erwerbsstatus** betrachtet (voll erwerbstätig, teilzeitbeschäftigt sowie nicht erwerbstätig). Unter den Personen mit sonstigem Erwerbsstatus finden sich z.B. Personen in betrieblicher Ausbildung, geringfügig oder unregelmäßig Erwerbstätige, Personen in Altersteilzeit mit Arbeitszeit null, Wehrpflichtige sowie Zivildienstleistende. Ebenso werden die Personen mit Blick auf die **berufliche Stellung** in sechs Kategorien gruppiert: Selbständige, Beamte, Angestellte, Arbeiter, Rentner, sowie Arbeitslose. Einigen Personen (16,3% der Gesamtbevölkerung über 16 Jahre) wurde dabei *keine Kategorie* zugeordnet (darunter befinden sich Nichterwerbstätige, Personen in Ausbildung, Wehr- oder Zivildienstleistende sowie Praktikanten).

Schließlich wird die Bevölkerung nach der **Nationalität**, in gebürtige Deutsche, in eingebürgerte Deutsche, sowie in Nichtdeutsche aufgeteilt. Auf eine weitere Differenzierung hinsichtlich der Herkunft wurde verzichtet (z.B. deutsche Aussiedler oder in Deutschland Geborene mit ausländischer Nationalität).

<sup>46</sup> Die Ergebnisse in Teil I sind somit *eindimensional*, in dem sie sich jeweils nur auf einen Armuts- bzw. Reichtumsindikator beziehen und gleichzeitig *bivariat*, in dem weitere Eigenschaften der Mikroeinheiten in die Berechnungen einbezogen werden.

**Tabelle 1: Anteile der ausgewählten Bevölkerungsgruppen an allen Personen älter als 16 Jahre (2002)**

	Anteile an der Gesamtbevölkerung älter als 16 Jahre
<b>Gesamt</b>	100 %
<b>Region</b>	
Ost	18,8 %
West	81,2 %
<b>Geschlecht</b>	
Männlich	46,7 %
Weiblich	53,3 %
<b>Haushaltstyp</b>	
1-Personen-HH	22,0 %
Alleinerziehend	5,4 %
Paar ohne Kinder	32,3 %
Paar mit Kindern	37,0 %
Sonstige	3,3 %
<b>Altersgruppen</b>	
16-29	18,2 %
30-44	28,8 %
45-64	32,8 %
65 und älter	20,2 %
<b>Schulabschluss</b>	
Hauptschulabschluss	38,9 %
Mittlere Reife	28,0 %
FH-Reife/Abitur	22,1 %
Anderer Abschluss	6,3 %
Noch kein Abschluss	2,3 %
Ohne Abschluss	2,4 %
<b>Erwerbsstatus</b>	
Voll erwerbstätig	38,6 %
Teilzeitbeschäftigt	9,2 %
Sonstiges	7,3 %
Nicht erwerbstätig	44,9 %
<b>Berufliche Stellung</b>	
Selbständige	5,4 %
Beamte	3,8 %
Angestellte	26,3 %
Arbeiter	15,6 %
Rentner	26,5 %
Arbeitslose	6,1 %
Ohne Kategorie	16,3 %
<b>Nationalität</b>	
Deutsch, seit Geburt	89,0 %
Deutsch, 2. Nationalität	3,7 %
Nicht deutsch	7,3 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

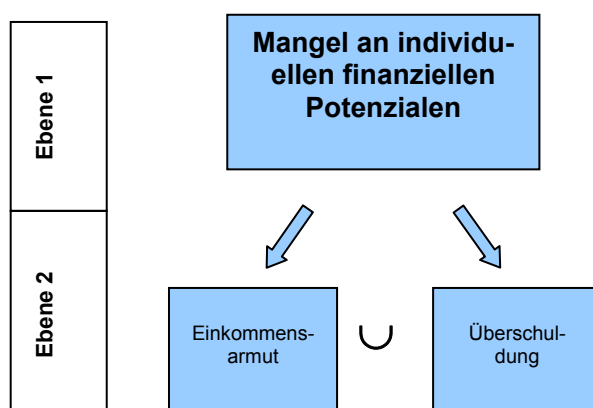
## 4 Eindimensionale Armutsmessung

### 4.1 Finanzielle Armut

Einkommen und Vermögen als „finanzielle Potenziale“ sind wesentliche Mittel, um ein möglichst hohes Maß an Verwirklichungschancen erreichen zu können. Jedoch betont der Capability-Ansatz, dass Einkommen und Vermögen nur eine begrenzte Bedeutung für die Verwirklichungschancen besitzen, da diese trotz hinreichender finanzieller Mittel sowohl auf Grund eingeschränkter nichtfinanzieller Potenziale (insbesondere Gesundheit und Bildung) als auch durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen eingeschränkt sein können. Bei zwei Personen mit der gleichen finanziellen Ausstattung können sich aufgrund der individuellen Potenziale und je nach Verfügbarkeit gesellschaftlich bedingter Chancen insgesamt sehr unterschiedliche Verwirklichungschancen ergeben.<sup>47</sup> Ungeachtet dessen ist es sinnvoll, eine Analyse der Verwirklichungschancen mit den finanziellen Potenzialen zu beginnen: erstens, um ihrer Bedeutung als umfassende Mittel zur Realisierung einer Vielzahl von Verwirklichungschancen gerecht zu werden; und zweitens, um zumindest bis zu einem gewissen Grad jene Verwirklichungschancen mitberücksichtigen zu können, die nicht im Einzelnen erfassbar waren, aber vom Einkommen zumindest nicht völlig unabhängig sind, wie z. B. die Möglichkeit der Finanzierung von Nachhilfe für Schüler/innen oder der Zugang zu teuren Elitehochschulen im Bereich der Bildung.<sup>48</sup>

Als arm in finanzieller Hinsicht gilt im Weiteren eine Person, die entweder als einkommensarm oder als überschuldet bezeichnet werden kann.

**Abbildung 3: Indikatoren der Dimension finanzielle Armut**



<sup>47</sup> Vgl. Sen (1999), S. 87-88.

<sup>48</sup> Vgl. Anand und Sen (2000), Sen (1992), S. 111, Volkert (2005b) und Volkert et al. (2004).

Hierfür spricht, dass ein Mangel an finanziellen Potenzialen auftreten wird, unabhängig davon, ob ein zu niedriges Einkommen oder Überschuldung (trotz höheren Einkommens) die Ursache ist. Eine „UND“-Verknüpfung wäre dagegen nicht sachgerecht, da überschuldete Haushalte auch dann unter einem Mangel an finanziellen Potenzialen leiden, wenn z. B. ihr Einkommen über der Einkommensarmutsrisikogrenze liegt, weil ein sehr hoher Schuldendienst auch hier zur Überschuldung führt.

#### 4.1.1 Einkommensarmut

Zentrale Kenngröße der Messung von Einkommensarmut ist im Weiteren die **Armutsrisikoquote (head-count-ratio)**. Diese gibt an, wie viel Prozent der Personen in Haushalten leben, deren äquivalenzgewichtetes Haushaltsmonatsnettoeinkommen geringer ausfällt als 60% des entsprechenden Medianeinkommens aller Haushalte (sog. Armutsrisikoschwelle). Somit beruht die Einkommensermittlung auf einem Haushaltskonzept, in dem alle Personen als einkommensarm gelten, die in einem armen Haushalt leben. Die Armutsrisikoquote weist dennoch repräsentative Anteile von armen Personen aus. Zur Äquivalenzgewichtung wurde die modifizierte OECD-Skala verwendet, die für die erste Person ein Gewicht von 1, ein Gewicht von 0,5 für jeden weiteren Erwachsenen sowie für Kinder unter 14 Jahren von 0,3 vorsieht und von Hagenaars et al. (1994) vorgeschlagen wurde.<sup>49</sup>

Der zur Ermittlung von Einkommensarmutsrisiken willkürlich gesetzte Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens ist – nicht nur mit Blick auf den Ansatz der Verwirklichungschancen – methodisch umstritten<sup>50</sup>, wird in dieser Studie aber aufgrund seiner derzeit noch weiten Verbreitung in der EU und seiner Relevanz für die Laeken-Indikatoren übernommen.

Darüber hinaus schlagen wir – den Laeken-Indikatoren folgend – vor, zur näheren Beschreibung der Situation der in monetärer Armut Lebenden zusätzlich die folgenden Indikatoren zu berichten, jedoch ohne diese in den Gesamtindikator mit einzubeziehen:

- *Quote persistenter Einkommensarmut*

Die Quote persistenter Armut basiert auf der Armutsdefinition, die der oben beschriebenen Armutsrisikoquote zugrunde liegt, berücksichtigt jedoch ergänzend die zeitliche Dimension der

<sup>49</sup> Nicht verwendet wird die aktuell auch sehr gebräuchliche sog. Buhmann-Skala mit einer Skalenelastizität von 0,5 (Gesamtgewicht ist  $(n^{0,5})^{-1}$  mit  $n$ , der Anzahl der Personen im Haushalt).

<sup>50</sup> Anders als das – allerdings in anderer Hinsicht problematische – US-Armutsmaß vernachlässigt die europäische Vorgehensweise die durchaus auch in der EU vorhandene absolut-primäre Einkommensarmut, ohne dass es ihr umgekehrt gelänge, der darüber hinaus zu berücksichtigenden Relativität der Einkommensarmut gerecht zu werden. Eine Diskussion der zahlreichen grundlegenden konzeptionellen Mängel, auch aus der Perspektive der Verwirklichungschancen sowie ein alternativer „Adäquate-Methoden-Ansatz“ finden sich in Volkert (2005b, 2006).

Einkommensarmut. In der Welle 2002 gilt eine Person als dauerhaft arm, wenn sie sowohl in der Welle 2002 als auch in mindestens zwei der drei vorangegangenen Wellen einkommensarm ist bzw. war.<sup>51</sup>

- *Einkommenslücke*

Als Einkommenslücke wird die Differenz zwischen dem Median des Äquivalenzeinkommens der ärmeren Bevölkerungsgruppen und der Einkommensarmutsrisikoschwelle, der 60%-Median-Grenze, bezeichnet.<sup>52</sup> Sie informiert ergänzend über das Ausmaß der Einkommensarmut.

Betrachtet man die empirischen Ergebnisse auf der Grundlage des SOEP für die Welle 2002 (vgl. Tabelle 2), so sind 12,1% der Personen ab 16 Jahren in Deutschland einkommensarm im Sinne der oben angeführten Definition.

Fast jede achte Person lebt somit in einem Haushalt, dessen Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians der Nettoäquivalenzeinkommen aller Haushalte in Deutschland beträgt. In Ostdeutschland liegt die Einkommensarmutsrisikoquote dabei um vier Prozentpunkte höher als im Westen. Die Einkommensarmutsrisikoquote der Frauen fällt etwas höher aus als die der Männer. Besonders auffällig ist die hohe Einkommensarmutsrisikoquote unter den Alleinerziehenden, die mit 25,6% eindeutig über der Quote der anderen Haushaltstypen liegt. Das neben der Arbeitslosigkeit größte Risiko für Einkommensarmut geht gemessen an diesen Anteilen von einem unzureichenden Bildungsniveau aus: Fast vier von zehn Personen ohne Schulabschluss sind nach dem hier verwendeten Konzept einkommensarm. Des Weiteren ist zu erkennen, dass die Einkommensarmut bei voll Erwerbstätigen wesentlich geringer ist als bei Personen mit anderem Erwerbsstatus. Deutlich ist auch die wesentlich höhere Einkommensarmut der Ausländer.

Als persistent arm werden wie erläutert Personen bezeichnet, die in der Welle 2002 und in mindestens zwei der drei vorherigen Wellen einkommensarm waren. Insgesamt zählen hierzu immerhin 5% der Bevölkerung in Deutschland. Hinsichtlich der Differenzierungskriterien fällt auf, dass die Risiken für Einkommensarmut und persistente Einkommensarmut weitgehend identisch sind. Bei einer Betrachtung der einzelnen Bevölkerungsgruppen sind erneut besonders hohe Werte für Alleinerziehende, Personen ohne Schulabschluss und Ausländer auffallend. Ebenso ist

---

<sup>51</sup> Da nicht alle in der Welle 2002 befragten Personen auch in den drei vorangegangenen Wellen an der Befragung teilgenommen haben, wurden hier Längsschnittgewichte verwendet, die sich als Produkt aus der reziproken Auswahlwahrscheinlichkeit in der Welle 1999 und den reziproken Bleibewahrscheinlichkeiten für die folgenden drei Wellen bis 2002 ergeben. Da dieser Indikator nicht in den Gesamtindikator einfließt, besteht hier beim Gesamtindikator kein Problem der Panelmortalität bzw. Einengung der Grundgesamtheit und somit in der Folge keine Gewichtungssproblematik.

<sup>52</sup> Vgl. z. B. Denis und Guio (2003), S.1.

der Prozentsatz der persistent Einkommensarmen mit 8% in Ostdeutschland wesentlich höher als in Westdeutschland (4,2%).

**Tabelle 2: Armutsrisikoquoten und Quoten persistenter Armut (2002)**

	<b>Armutsrisikoquote</b> Gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen < 60% des Medians der gewichteten HH- Nettoeinkommen	<b>Quote persistenter Armut</b> In 2002 sowie in mindestens zwei der drei vorausgegangenen Wellen unterhalb der Armutsrisikoquote
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteile an Personen älter als 16 Jahre</b>	
<b>Gesamt</b>	12,1 %	5,0 %
<b>Region</b>		
Ost	15,4 %	8,0 %
West	11,3 %	4,2 %
<b>Geschlecht</b>		
Männlich	10,9 %	4,3 %
Weiblich	13,2 %	5,6 %
<b>Haushaltstyp</b>		
1-Personen-HH	17,8 %	8,6 %
Alleinerziehend	25,6 %	13,0 %
Paar ohne Kinder	7,3 %	2,7 %
Paar mit Kindern	10,3 %	3,4 %
Sonstige	20,7 %	10,6 %
<b>Altersgruppen</b>		
16-29	18,4 %	7,8 %
30-44	9,5 %	3,1 %
45-64	11,0 %	4,7 %
65 und älter	11,9 %	5,7 %
<b>Schulabschluss</b>		
Hauptschulabschluss	13,7 %	6,5 %
Mittlere Reife	8,9 %	3,3 %
FH-Reife/Abitur	6,9 %	1,5 %
Anderer Abschluss	20,4 %	7,9 %
Noch kein Abschluss	14,4 %	5,2 %
Ohne Abschluss	38,3 %	18,8 %
<b>Erwerbsstatus</b>		
Voll erwerbstätig	3,9 %	1,0 %
Teilzeitbeschäftigt	10,8 %	3,0 %
Sonstiges	17,6 %	8,3 %
Nicht erwerbstätig	18,5 %	8,2 %
<b>Berufliche Stellung</b>		
Selbständige	8,3 %	3,3 %
Beamte	1,5 %	0,3 %
Angestellte	3,2 %	0,7 %
Arbeiter	10,5 %	3,0 %
Rentner	11,8 %	5,9 %
Arbeitslose	41,9 %	20,0 %
<b>Nationalität</b>		
Deutsch, seit Geburt	10,6 %	4,5 %
Deutsch, 2. Nationalität	22,0 %	6,2 %
Nicht deutsch	25,3 %	10,2 %
<b>Einkommen</b>		
≤ Armutsrisikoschwelle	100,0 %	52,0 %
> Armutsrisikoschwelle	0,0 %	0,0 %
<b>HLU-Empfänger</b>	77,2 %	58,0 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Im Vergleich zum Anteil von 12,1% der finanziell Armen (Einkommen < 60% des Medians) an der Gesamtbevölkerung liegt die Armutsrisikoquote bei den Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>53</sup> empfangen (ca. 1,7% der Personen im Alter von 16 Jahren und älter) mit 77,2%

<sup>53</sup> Zur Operationalisierung der Indikatorvariablen „Empfang von Hilfe zum Lebensunterhalt“ mit dem SOEP vgl. die Beschreibung in Abschnitt 4.3.4.1.

wesentlich höher. Auch sind Personen, die Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt bezogen, mit 58% in besonders starkem Maße von Dauerarmut betroffen (vgl. Tabelle 2).

Kinder bis einschließlich 16 Jahre sind überdurchschnittlich häufig von Einkommensarmut betroffen. Rund 15% der Kinder leben in einkommensarmen Haushalten, wobei auch hier die Einkommensarmut im Osten (21,5%) erheblich größer ist als im Westen (14%). Kinder, die bei Alleinerziehenden aufwachsen, sind mit einer Armutsrisikoquote von 41,2% bei weitem am häufigsten von Einkommensarmut betroffen.

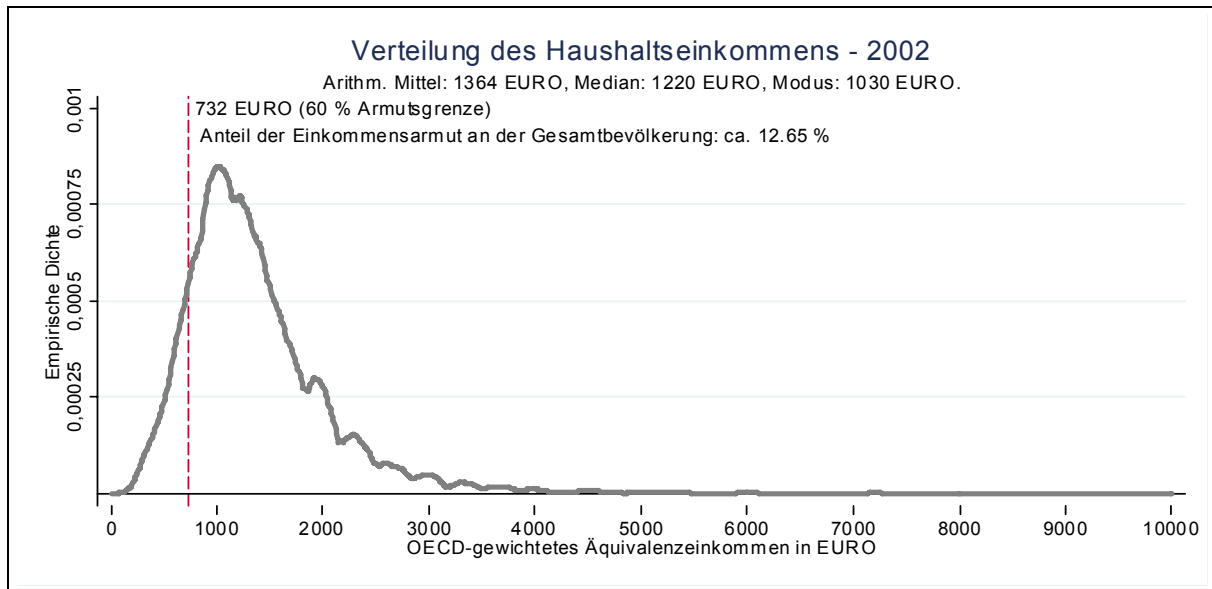
**Tabelle 3: Armutsrisikoquoten und Quoten persistenter Armut bei Kindern (2002)**

	Armutsrisikoquote	Quote persistenter Armut
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteile an Kindern unter 16 Jahren</b>	
<b>Gesamt</b>	15,1 %	6,3 %
<b>Region</b>		
Ost	21,5 %	16,2 %
West	14,0 %	4,1 %
<b>Geschlecht</b>		
Männlich	14,6 %	6,7 %
Weiblich	15,7 %	5,8 %
<b>Haushaltstyp</b>		
Alleinerziehend	41,2 %	17,7 %
Paar mit Kindern	11,1 %	4,2 %
Sonstige	20,8 %	17,5 %
<b>Altersgruppen</b>		
0-6	13,8 %	4,6 %
7-10	15,2 %	5,8 %
11-16	16,3 %	7,4 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.



**Abbildung 4: Verteilung des äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommens, Einkommensarmutsrisikogrenze und Anteil der einkommensarmutsgefährdeten Bevölkerung, Gesamtbevölkerung einschließlich Kinder (2002)**



Die Einkommensarmutsrisikoquote insgesamt steigt unter Berücksichtigung der Kinder von 12,1% auf knapp 12,7% an, wie Abbildung 4 auch graphisch illustriert.

Über die Intensität der Armut informiert ergänzend die Einkommenslücke, die als Differenz zwischen der Einkommensarmutsrisikoschwelle und dem Medianeinkommen der ärmeren Bevölkerungsgruppen definiert ist. Sie beträgt in Deutschland im Jahr 2002 132 EURO und somit etwa 18 % der Einkommensarmutsrisikogrenze. Somit verfügt jeweils die Hälfte der einkommensarmen Bevölkerung über ein äquivalenzgewichtetes Haushaltseinkommen von mehr bzw. weniger als 600 EURO bzw. 82% der Einkommensarmutsrisikogrenze.

#### 4.1.2 Überschuldung

Die Einkommenssituation zeigt nur einen Ausschnitt aus der finanziellen Situation eines Haushalts. Bei gleichem Einkommen wird der materielle Spielraum eines Haushalts maßgeblich vom Umfang des Vermögens oder der Schulden bestimmt. Vermögen ermöglicht es, eigenständige Ziele zu verwirklichen, zum Beispiel private Vorsorge für unerwartete finanzielle Belastungen aufzubauen oder einen Teil des Vermögens auf Familienmitglieder zu übertragen (Vererben, Schenken).<sup>54</sup>

<sup>54</sup> Vgl. zu den Vermögensfunktionen Faik (2001).

Selbst bei Vermögenslosigkeit kann es jedoch möglich sein, unerwartete finanzielle Notsituationen zu überbrücken, falls ausreichend Liquidität beschafft werden kann. Die Chancen, auch unvorhergesehene finanzielle Engpässe überbrücken zu können, ohne massive Abstriche vornehmen zu müssen, sind daher ein weiterer wesentlicher Aspekt der Verwirklichungschancen eines Haushalts.<sup>55</sup> Es bietet sich daher an, die kurzfristige Verfügbarkeit eines vorgegebenen Betrages zu ermitteln. Insgesamt sollte ein Indikator zur Beurteilung der kurzfristigen Verfügbarkeit von Liquidität anzeigen, inwieweit die Verwirklichungschancen auch bei unvorhergesehener finanzieller Anspannung aufrechterhalten werden können.<sup>56</sup>

Überschuldung lässt sich als eindeutiger Hinweis auf eingetretene Armut ansehen. Die Folge ist eine ausgeprägte Unterversorgung, welche kaum Chancen auf eine Verwirklichung eigener Ziele zulässt. Häufig kommt es zu Mehrfachbelastungen, die den Beruf, die Wohnverhältnisse, persönliche Beziehungen und Kontakte beeinträchtigen, und die Gesundheit der Betroffenen erheblich verschlechtern. Mehrfachbelastungen treffen nicht allein die Schuldner, sondern ebenso ihre Familien und gefährden die Integrations- und Entwicklungschancen der Kinder.<sup>57</sup> Um eine Vorform der Überschuldung erkennen zu können, bietet es sich an, auch den Zahlungsverzug von Haushalten auszuweisen.<sup>58</sup>

Die Ermittlung des Nettovermögens von Personen und Haushalten ist mit dem SOEP nicht ohne weiteres durchzuführen. Daher lässt sich die Vermögensarmut anhand des SOEP bei weitem nicht so differenziert analysieren, wie es aufgrund der beschriebenen Konzeption wünschenswert wäre.

Probleme ergeben sich insbesondere dadurch, dass im Fall von Telefonbefragungen (CAPI) Vermögens- und Schuldenwerte teilweise nur in Intervallen vorliegen. Da die gewählten Intervalle sehr grob sind, wäre die Festlegung eines Punktwertes willkürlich. Die Anwendung von Methoden zur Schätzung dieser Werte wäre im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie – wie auch im Rahmen einer regulären Armuts- und Reichtumsberichterstattung – zu aufwändig. Ein weiteres Problem bei der Berechnung des Nettovermögens ist, dass bei bestimmten Variablen (selbst genutzte Immobilien, sonstige Immobilien, Geldanlagen) je Individuum nur Anteile am Vermögen angegeben werden, was vermutlich zu ungenauen Angaben führt. Bei gemeinsamem Betriebsvermögen,

---

<sup>55</sup> Vgl. Atkinson u.a. (2002), S. 174.

<sup>56</sup> Vgl. Atkinson et al. (2005), S. 133.

<sup>57</sup> Vgl. Korczak (2001), S. 68 sowie Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001), S. 63 ff.

<sup>58</sup> Zahlungsverzug wird auch im EU-SILC erhoben, etwa ein Zahlungsrückstand bei Hypothekendarlehen, Mietschulden und Konsumentenkrediten; siehe Atkinson et al. (2005), Annex, S. XLVII), Table 5.1. Das SOEP enthält eine Frage, ob monatlich in der Regel ein gewisser Betrag übrigbleibt, der gespart oder zurückgelegt werden kann, etwa für größere Anschaffungen, für Notlagen oder für Vermögensbildung. Diese Frage ist weniger geeignet, da sie keine Rückschlüsse auf bereits in der Vergangenheit aufgebaute Vermögensbestände sowie auf das laufende Einkommens- und Konsumniveau sowie die damit verbundenen Einsparpotenziale zulässt.

Gebrauchs- und Sachvermögen sowie bei Schulden werden keinerlei Angaben zum persönlichen Anteil gemacht. Der Besitz von Bausparverträgen wird zwar abgefragt, nicht aber der jeweilige Wert der Bausparguthaben.

Exemplarisch werden für die weiteren Analysen Personen als vermögensarm bezeichnet, die in überschuldeten Haushalten leben. Als überschuldet gilt ein Haushalt in Anlehnung an Fricke et al.<sup>59</sup> (2005), wenn der Haushalt einen Kredit aufgenommen hat und das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen unterhalb des Pfändungsfreibetrags liegt. Das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen ist das aktuelle Haushaltsnettoeinkommen abzüglich der Kreditverpflichtungen. Die hier verwendete Pfändungsfreigrenze richtet sich allein nach der Anzahl der Personen im Haushalt: Einem Haushalt mit einer Person wird ein Freibetrag von 930 Euro zugeordnet. Der Freibetrag steigt bei einem Haushalt mit zwei Personen um 350 Euro. Ab einer Haushaltsgröße von drei Personen steigt der Freibetrag für jede weitere Person um 195 EURO. Ausgewiesen wird der Anteil der auf diese Weise überschuldeten Personen an allen Personen. Wohnkosten werden in dieser Machbarkeitsstudie bislang grundsätzlich nicht berücksichtigt, wobei hier ebenso wie bei der Ermittlung der Überschuldung insgesamt<sup>60</sup> – allerdings bei höherem Aufwand – noch detaillierter vorgegangen werden könnte.

Eine direkte Frage nach subjektiver Überschuldung (hohe Belastung nach eigener Wahrnehmung) bzw. objektiver Überschuldung (z.B. erfolgte Pfändung von Eigentum, Lohn und Gehalt) ist nicht im SOEP enthalten. Die Abfrage dieser Angaben wäre jedoch wünschenswert, um die Betroffenheit und Folgen von Überschuldung präziser einschätzen zu können.

Gemäß unserer Definition der Überschuldung als Teil eines Mangels an finanziellen Potenzialen müssen rund 6,5% der Personen in Deutschland als überschuldet bezeichnet werden (vgl. Tabelle 4). Erneut sind mangelhafte finanzielle Potenziale auch hinsichtlich der Überschuldung im Osten mit 9,3% deutlich ausgeprägter als im Westen Deutschlands mit 5,8%. Die weiteren besonders betroffenen Risikogruppen sind, wie auch bei der Einkommensarmut, Alleinerziehende (36,3%), Personen ohne Schulabschluss (39,6%), Teilzeitbeschäftigte (17,3%), Arbeitslose (38,3%) und Nichtdeutsche (36%).

Neben dem Indikator Überschuldung, der in den Gesamtindikator eingeht, wird im Bereich der Vermögensarmut nachrichtlich noch der Indikator *Anteil der Personen, die im betrachteten Jahr*

---

<sup>59</sup> Vgl. Fricke et al. (2005).

<sup>60</sup> Vgl. Korczak (2001).

*keinerlei Vermögenseinkünfte bezogen haben*<sup>61</sup> ausgewiesen. Diese Angaben sind insbesondere bedeutend für die Analyse von Vermögenslosigkeit i. S. eines Mangels an privater Vorsorge.<sup>62</sup>

Betrachtet man ergänzend diesen nachrichtlichen Indikator „Personen ohne Vermögenseinkommen“, so kann man festhalten, dass etwas mehr als 18% der Personen in Deutschland über keinerlei Vermögenseinkommen verfügen, wobei zwischen West und Ost kaum Unterschiede bestehen. Wiederum sind es Alleinerziehende, Personen ohne Schulabschluss und Nichtdeutsche bzw. eingebürgerte Deutsche, die auch mit Blick auf diesen Indikator besonders häufig unter den Vermögensarmen vertreten sind. Besonders stark von Vermögensarmut betroffen sind, wie bei der Einkommensarmut auch, Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten (75,6%). Der Gesamtanteil der Personen ohne Vermögenseinkommen im Jahr 2002 liegt mit 18,3% nur unbedeutend unter dem des Jahres 2003.

---

<sup>61</sup> Vgl. Lillard et al. (2003). Die SOEP-Definition der Vermögenseinkommen „income from assets“ enthält Dividenden, Zinsen und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von Haus- und Grundbesitz (abzüglich von Betriebs- und Instandhaltungskosten. Kalkulatorische Miete wird dabei nicht berücksichtigt.

<sup>62</sup> Dabei ist allerdings zu beachten, dass das Fehlen von Vermögenseinkommen zumindest dann nicht auf Vermögenslosigkeit schließen lässt, wenn das Vermögen in Schmuck, Kunstgegenständen oder ähnlichen Objekten angelegt ist, die keine Vermögenserträge abwerfen. Allerdings dürfte zumindest die – unrentable – Bildung sehr hoher Vermögen ohne jegliche Vermögenseinkünfte eher die Ausnahme sein.

**Tabelle 4: Überschuldung und Personen ohne Vermögenseinkommen (2002)**

	Personen in überschuldeten Haushalten	Personen ohne Vermögenseinkommen
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteile an Personen älter als 16 Jahre</b>	
<b>Gesamt</b>	6,5 %	18,3 %
<b>Region</b>		
Ost	9,3 %	17,4 %
West	5,8 %	18,6 %
<b>Geschlecht</b>		
Männlich	6,3 %	18,0 %
Weiblich	6,6 %	18,6 %
<b>Haushaltstyp</b>		
1-Personen-HH	5,1 %	24,7 %
Alleinerziehend	11,9 %	36,3 %
Paar ohne Kinder	3,0 %	14,7 %
Paar mit Kindern	9,3 %	14,8 %
Sonstige	9,0 %	22,0 %
<b>Altersgruppen</b>		
16-29	8,6 %	21,6 %
30-44	9,9 %	18,2 %
45-64	5,4 %	17,1 %
65 und älter	1,3 %	17,6 %
<b>Schulabschluss</b>		
Hauptschulabschluss	6,0 %	19,6 %
Mittlere Reife	7,4 %	14,6 %
FH-Reife/Abitur	4,2 %	11,7 %
Anderer Abschluss	8,6 %	33,2 %
Noch kein Abschluss	9,8 %	19,7 %
Ohne Abschluss	10,0 %	39,6 %
<b>Erwerbsstatus</b>		
Voll erwerbstätig	6,6 %	14,5 %
Teilzeitbeschäftigt	7,3 %	17,3 %
Sonstiges	8,5 %	19,4 %
Nicht erwerbstätig	5,8 %	21,7 %
<b>Berufliche Stellung</b>		
Selbständige	7,3 %	15,8 %
Beamte	2,4 %	8,0 %
Angestellte	5,5 %	12,2 %
Arbeiter	10,2 %	21,4 %
Rentner	2,3 %	17,7 %
Arbeitslose	14,2 %	38,3 %
<b>Nationalität</b>		
Deutsch, seit Geburt	5,9 %	16,5 %
Deutsch, 2. Nationalität	11,3 %	28,5 %
Nicht deutsch	10,1 %	36,0 %
<b>Einkommen</b>		
≤ Armutsrisikoschwelle	14,7 %	45,0 %
> Armutsrisikoschwelle	5,3 %	14,1 %
<b>HLU-Empfänger</b>	18,5 %	75,6 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Auch hinsichtlich der Überschuldung sind Kinder im Vergleich zu Personen ab 16 Jahren überdurchschnittlich häufig betroffen (vgl. Tabelle 5). 14,3% der Kinder und somit rund jedes siebte Kind lebt in einem Haushalt, der nach der hier verwendeten Definition überschuldet ist (gegenüber 6,5% der Erwachsenen).

**Tabelle 5: Vermögensarmut: Überschuldung und Personen ohne Vermögenseinkommen bei Kindern (2002)**

	Kinder in überschuldeten Haushalten	Kinder ohne Vermögenseinkommen
Bevölkerungsteile	Anteile an Kindern unter 16 Jahre	
<b>Gesamt</b>	14,3 %	20,6 %
<b>Region</b>		
Ost	17,6 %	19,8 %
West	13,6 %	20,8 %
<b>Geschlecht</b>		
Männlich	14,6 %	20,1 %
Weiblich	13,9 %	21,2 %
<b>Haushaltstyp</b>		
Alleinerziehend	22,9 %	50,4 %
Paar mit Kindern	12,6 %	16,0 %
Sonstige	27,4 %	28,0 %
<b>Altersgruppen</b>		
0-6	14,7 %	19,8 %
7-10	14,6 %	21,9 %
11-16	13,7 %	20,8 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

#### 4.1.3 Mangel an finanziellen Ressourcen

Im Folgenden werden nun die Aspekte der Einkommensarmut und der Vermögensarmut aggregiert betrachtet und dabei untersucht, in welchem Maße Personen in Deutschland aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen in ihren Verwirklichungschancen eingeschränkt sind. Insgesamt 16,7% der Personen ab 16 Jahren und somit etwa jeder sechste Bundesbürger ist einem Einkommensarmutsrisiko ausgesetzt oder überschuldet und gilt daher nach unserer Definition als finanziell arm. Auffällig ist, dass eine gleichzeitige Einkommensarmut und Überschuldung eher die Ausnahme als die Regel ist. Lediglich 1,8% aller Personen und somit ungefähr jeder neunte von finanzieller Armut betroffene Bürger ist gleichzeitig einem Einkommensarmutsrisiko ausgesetzt und überschuldet.

Zwischen Ost- und Westdeutschland besteht im Bereich der finanziellen Armut ein Unterschied von rund sechs Prozentpunkten (21,7% vs. 15,5%). Hier ist auffällig, dass im Osten Deutschlands

mit 2,9% aller Personen erheblich mehr Menschen als im Westen (1,5%) sowohl Einkommensrisiken ausgesetzt als auch überschuldet sind (vgl. Tabelle 6).

Betrachtet man die Haushaltstypen getrennt voneinander, dann zeigt sich, dass lediglich 9,7% der Paare ohne Kinder finanziell arm und nur 0,5% dieser Haushalte sowohl von Einkommensarmutsrisiken betroffen als auch überschuldet sind. Dagegen ist fast jede dritte allein erziehende Person finanziell arm und Alleinerziehende weisen mit 5,5% besonders häufig beide Formen der finanziellen Armut auf. Bei Paaren mit Kindern liegt dieser Anteil bei 2,4%.

Mit dem Lebensalter nimmt die finanzielle Armut tendenziell ab. Bei den 16- bis 29-Jährigen liegt der Anteil der Personen mit Mangel an finanziellen Mitteln bei 23,9%, was teilweise auch daran liegt, dass sich viele Personen in dieser Altersgruppe noch in der Ausbildung befinden. Bei den über 65-Jährigen ist finanzielle Armut dagegen mit knapp 13% unterdurchschnittlich ausgeprägt. Bemerkenswert ist, dass lediglich 0,4% der über 65-Jährigen und somit ein besonders geringer Anteil sowohl von Einkommensarmutsrisiken als auch Überschuldung betroffen sind. Bei den 16- bis 29-Jährigen sind es noch 3,0%.

Bildung ist mit Blick auf die finanzielle Armut ein zentraler Risikofaktor. Dies bestätigt die Disaggregation nach Schulabschluss. Fast jede zweite Person ohne Schulabschluss (44%) unterliegt Einkommensarmutsrisiken oder ist überschuldet, dagegen „nur“ 10,3% der Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur. Der Anteil der von Einkommensarmutsrisiken *und* Überschuldung betroffenen Personen liegt bei Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur mit nur 0,8% weit unter dem Durchschnitt. Bei Personen ohne Schulabschluss ist der Anteil mit 4,2% mehr als fünfmal so hoch.

Die Ergebnisse bestätigen auch, dass Erwerbstätigkeit erwartungsgemäß finanzielle Ressourcenarmut lindert. Während nur 9,4% der voll Erwerbstätigen und 16,4% der Teilzeitbeschäftigten finanziell arm sind, leiden knapp 22% der Nichterwerbstätigen und 23,1% der sonstigen Erwerbstätigen (vgl. Kasten 1: z.B. Personen in betrieblicher Ausbildung, geringfügig oder unregelmäßig Erwerbstätige, Personen in Altersteilzeit mit Arbeitszeit Null, Wehrpflichtige oder Zivildienstleistende) unter finanzieller Armut.

Mit 48,3% ist fast jeder zweite Arbeitslose finanziell arm und fast 8% aller Arbeitslosen sind gleichzeitig von Einkommensarmutsrisiken und Überschuldung betroffen. Beamte weisen dagegen mit 3,7% die mit Abstand geringste finanzielle Armut unter allen betrachteten soziodemographischen Gruppen auf. Hingegen sind Arbeiter mit 18,5% überdurchschnittlich und Selbständige und Rentner mit 13,3% bzw. 13,4% unterdurchschnittlich betroffen. Während

lediglich 0,2% der Beamten sowohl Einkommensarmutsrisiken ausgesetzt als auch überschuldet sind, ist dieser Anteil bei Selbständigen und Arbeitern ungefähr zehnmal so hoch.<sup>63</sup>

Abschließend zeigen die Ergebnisse, dass die Nationalität der Bürger eine entscheidende Rolle im Hinblick auf die finanzielle Armut spielt. Während 14,9% der Deutschen als finanziell arm eingestuft werden müssen, fällt der entsprechende Anteil bei den ausländischen Bürgern mit mehr als 30% doppelt so hoch aus. Während der Anteil der gebürtigen Deutschen, die sowohl Einkommensarmutsrisiken unterliegen als auch überschuldet sind, mit 1,6% knapp unter dem Durchschnitt liegt, ist er bei ausländischen Mitbürgern mit 3,7% etwa doppelt so hoch wie der Durchschnitt.

---

<sup>63</sup> Eine abschließende Beurteilung der Werte für die Selbständigen würde dabei eine weiter gehende Betrachtung der Scheinselbständigkeit verlangen, die über den Rahmen dieser Machbarkeitsstudie hinausgeht.



**Tabelle 6: Mangel an finanziellen Potenzialen (Ebene 1) sowie Teilindikatoren Einkommensarmutsrisiko und Überschuldung (Ebene 2) (2002)**

Bevölkerungsteile	Armutsrisikoquote	Personen in überschuldeten Haushalten	Personen mit Mangel an finanziellen Potenzialen (Einkommensarmutsrisiko oder Überschuldung)	Gleichzeitig Einkommensarmutsrisiko und Überschuldung
	Anteile an Personen älter als 16 Jahre			
<b>Gesamt</b>	12,1 %	6,5 %	16,7 %	1,8 %
<b>Region</b>				
Ost	15,4 %	9,3 %	21,7 %	2,9 %
West	11,3 %	5,8 %	15,5 %	1,5 %
<b>Geschlecht</b>				
Männlich	10,9 %	6,3 %	15,5 %	1,6 %
Weiblich	13,2 %	6,6 %	17,8 %	1,9 %
<b>Haushaltstyp</b>				
1-Personen-HH	17,8 %	5,1 %	21,5 %	1,4 %
Alleinerziehend	25,6 %	11,9 %	31,9 %	5,5 %
Paar ohne Kinder	7,3 %	3,0 %	9,7 %	0,5 %
Paar mit Kindern	10,3 %	9,3 %	17,0 %	2,4 %
Sonstige	20,7 %	9,0 %	25,8 %	3,7 %
<b>Altersgruppen</b>				
16-29	18,4 %	8,6 %	23,9 %	3,0 %
30-44	9,5 %	9,9 %	16,9 %	2,3 %
45-64	11,0 %	5,4 %	14,9 %	1,5 %
65 und älter	11,9 %	1,3 %	12,8 %	0,4 %
<b>Schulabschluss</b>				
Hauptschulabschluss	13,7 %	6,0 %	18,0 %	1,7 %
Mittlere Reife	8,9 %	7,4 %	14,4 %	1,9 %
FH-Reife/Abitur	6,9 %	4,2 %	10,3 %	0,8 %
Anderer Abschluss	20,4 %	8,6 %	25,5 %	3,4 %
Noch kein Abschluss	14,4 %	9,8 %	19,5 %	4,6 %
Ohne Abschluss	38,3 %	10,0 %	44,0 %	4,2 %
<b>Erwerbsstatus</b>				
Voll erwerbstätig	3,9 %	6,6 %	9,4 %	1,0 %
Teilzeitbeschäftigt	10,8 %	7,3 %	16,4 %	1,7 %
Sonstiges	17,6 %	8,5 %	23,1 %	2,9 %
Nicht erwerbstätig	18,5 %	5,8 %	21,9 %	2,3 %
<b>Berufliche Stellung</b>				
Selbständige	8,3 %	7,3 %	13,3 %	2,1 %
Beamte	1,5 %	2,4 %	3,7 %	0,2 %
Angestellte	3,2 %	5,5 %	8,2 %	0,6 %
Arbeiter	10,5 %	10,2 %	18,5 %	2,1 %
Rentner	11,8 %	2,3 %	13,4 %	0,6 %
Arbeitslose	41,9 %	14,2 %	48,3 %	7,8 %
<b>Nationalität</b>				
Deutsch, seit Geburt	10,6 %	5,9 %	14,9 %	1,6 %
Deutsch, 2. Nationalität	22,0 %	11,3 %	30,4 %	2,8 %
Nicht deutsch	25,3 %	10,1 %	31,6 %	3,7 %
<b>Einkommen</b>				
≤ Armutsrisikoschwelle	100,0 %	14,7 %	100,0 %	14,7 %
> Armutsrisikoschwelle	0,0 %	5,3 %	5,2 %	0,0 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Betrachtet man ergänzend den Anteil der Kinder in finanziell armen Haushalten, so liegt dieser mit 24,9% wie bei den beiden Teilindikatoren der Einkommens- und Vermögensarmut deutlich über dem Anteil der Erwachsenen (16,7%, vgl. Tabelle 7). Das gilt auch für die Haushalte, die

sowohl unterhalb der Einkommensrisikogrenze liegen als auch überschuldet sind (betroffen sind 4,2% der Kinder gegenüber 1,8 % der Personen über 16 Jahren).

**Tabelle 7: Mangel an finanziellen Potenzialen (Ebene 1) sowie Teilindikatoren Einkommensarmutsrisiko und Überschuldung (Ebene 2) bei Kindern (2002)**

	Armutsrisikoquote	Kinder in überschuldeten Haushalten	Kinder in Haushalten mit Mangel an finanziellen Potenzialen (einkommens- oder vermögensarm)	<u>Gleichzeitig</u> Einkommensarmutsrisiko und Überschuldung
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteile an Kindern unter 16 Jahren</b>			
<b>Gesamt</b>	15,1 %	14,3 %	24,9 %	4,2 %
<b>Region</b>				
Ost	21,5 %	17,6 %	32,0 %	7,1 %
West	14,0 %	13,6 %	23,7 %	3,7 %
<b>Geschlecht</b>				
Männlich	14,6 %	14,6 %	24,8 %	4,2 %
Weiblich	15,7 %	13,9 %	25,1 %	4,2 %
<b>Haushaltstyp</b>				
Alleinerziehend	41,2 %	22,9 %	50,9 %	13,0 %
Paar mit Kindern	11,1 %	12,6 %	20,6 %	2,9 %
Sonstige	20,8 %	27,4 %	44,6 %	2,6 %
<b>Altersgruppen</b>				
0-6	13,8 %	14,7 %	23,6 %	4,6 %
7-10	15,2 %	14,6 %	25,1 %	4,6 %
11-16	16,3 %	13,7 %	26,1 %	3,6 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

#### 4.1.4 Lebensstandard und Deprivation

Die Capability-Literatur betont mit Nachdruck, dass sich aus finanziellen Potenzialen allein noch nicht auf die Verwirklichungschancen schließen lässt.<sup>64</sup> Einer der Gründe hierfür liegt bereits darin, dass trotz identischen (Mängeln an) finanziellen Potenzialen eine sehr unterschiedliche Güterausstattung vorhanden sein kann.<sup>65</sup>

So lässt sich die Güterausstattung bei gegebenen finanziellen Mitteln, z. B. durch Sachleistungen der Kommunen (wie sie vor der SGB XII-Reform im Bereich der Sozialhilfe üblich waren) und durch marktunabhängige Versorgung (soziale Netze, Tauschringe, Nachbarschaftshilfe etc.) verbessern. Umgekehrt stehen weniger Waren und Dienste zur Verfügung, sofern eine ineffiziente

<sup>64</sup> Vgl. Robeyns (2005), S. 98 ff. sowie des Gasper (2002), S. 438 f.

<sup>65</sup> Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf Andreß/Krüger/Sedalcek (2004) sowie auf die Übersicht in Andress/Lipsmeier (2000).

Haushaltsführung auftritt. Nicht zuletzt werden Personen mit gleichem Einkommen – je nach ihren individuellen Präferenzen – unterschiedlich viele und andere Güter kaufen, was ebenfalls zu einer unterschiedlichen Ausstattung führt. In dieser Hinsicht kommt die Güterausstattung, bzw. der Lebensstandard im engeren Sinne<sup>66</sup>, den Verwirklichungschancen zumindest näher als das Einkommen allein.<sup>67</sup>

Zum Lebensstandard im engeren Sinne zählen alle marktgängigen Sachgüter und Dienstleistungen. So ermitteln Deprivationsmaße, inwieweit ein allgemein erwarteter minimaler Lebensstandard (nicht) erreicht wird. Dabei bedeutet das Nichterreichen des minimalen Lebensstandards, dass bestimmte gesellschaftlich erwartete Dinge im Haushalt fehlen oder wesentliche Aktivitäten nicht ausgeübt werden (können).<sup>68</sup>

Eine Gegenüberstellung der finanziellen Mittel mit der, anhand von Deprivationsmaßen ermittelten, Güterausstattung kann somit zeigen, wann im allgemeinen (ausreichende) finanzielle Potenziale im Einzelfall keine hinreichende Güterausstattung erlauben, so dass allein schon aus diesem Grund ein Mangel an Verwirklichungschancen – trotz hinreichender finanzieller Mittel – auftreten kann.

Zuweilen fehlen jedoch bestimmte Güter, weil sich eine Person bestimmte Dinge zwar leisten kann, sie diese jedoch nicht will. Für die Bestimmung von Deprivation im Kontext der Verwirklichungschancen ist eine Präferenzkontrolle, d.h. eine Prüfung, warum auf bestimmte Güter verzichtet wird (aus finanziellen Gründen oder aufgrund freiwilligen Verzichts) von besonderer Bedeutung.<sup>69</sup> Auf diese Weise lässt sich verhindern, dass von einem Mangel an Gütern auf einen Mangel an Verwirklichungschancen geschlossen würde, wenn es sich lediglich um einen freiwilligen Verzicht auf einen Teil der durchaus vorhandenen Möglichkeiten handelt. Präferenzkontrollierte Deprivationsmaße können also einen Mangel an Verwirklichungschancen zumindest für jene Items identifizieren, die von den Individuen kontrollierbar sind.<sup>70</sup> Sie ermöglichen auf diese

---

<sup>66</sup> Zum Lebensstandard in einem weiteren und dem Sen'schen Ansatz entsprechend umfassenden Sinne gehört die Gesamtheit aller realisierter Verwirklichungschancen (Functionings).

<sup>67</sup> Zu weiteren Gründen für die Abweichung von finanzieller Armut und Deprivation vgl. Volkert et al. (2004), S. 110 ff.

<sup>68</sup> Vgl. Andreß/Krüger/Sedlacek (2004) sowie Andreß (1999): hier werden auch darüber hinaus gehende Konzepte eines weiter definierten Lebensstandards vorgestellt, die beispielsweise Rechte, Versorgungsansprüche und Nutzungen von Gebrauchsgütern sowie privaten und öffentlichen Einrichtungen einbeziehen; vgl. Andreß (1999, S. 77 ff.).

<sup>69</sup> Siehe hierzu auch Atkinson et al (2005), S. 133.

<sup>70</sup> Nicht zuletzt lässt sich mit Hilfe von Lebensstandarduntersuchungen auch die Aussagefähigkeit der Ergebnisse verbessern. So stellt der aktuelle Einkommensstatus von Haushalten häufig nur eine Momentaufnahme dar und sagt nichts über deren tatsächliche Situation aus. Vor allem aufgrund der Schwierigkeiten der verlässlichen Erfassung chronischer Einkommensarmut ist von Interesse, dass lange anhaltende finanzielle Armut Defizite im Lebensstandard verursacht, während Einkommensarmut oft eher auf kurzfristige Probleme hinweist; vgl. hierzu auch Atkinson et al. (2005), S. 131 sowie Andreß/Lipsmeier (2000), S. 7.

Weise, zumindest begrenzt auf die Haushaltsausstattung, eine genauere Analyse, inwieweit eine mangelhafte Güterausstattung Ausdruck erzwungenen Verzichts oder freiwilliger Entscheidungen ist. Insofern besitzen Deprivationsansätzen eine bemerkenswerte, wenngleich inhaltlich begrenzte, Bedeutung im Rahmen der Konzeption der Verwirklichungschancen: sie analysieren Besonderheiten und Mängel, die bereits bei der Umwandlung finanzieller Potenziale in eine entsprechende Güterausstattung auftreten und zeigen damit einen Teilbereich der Ursachen für Armut als Mangel an Verwirklichungschancen. Dabei verweisen präferenzkontrollierte Ansätze auf Möglichkeiten, wie sich zwischen erzwungenem Verzicht durch fehlende Chancen und freiwilligen präferenzabhängigen Entscheidungen differenzieren lässt.

Im SOEP werden Haushalte im Abstand von zwei Jahren<sup>71</sup> befragt, ob bestimmte Güter und Dienstleistungen vorhanden sind bzw. genutzt werden. Falls die Güter nicht vorhanden sind, wird weiter abgefragt, ob dies finanziell oder anders begründet ist. Zu den abgefragten Gütern zählen beispielsweise „Farbfernseher im Haushalt“, „Auto im Haushalt“, „mindestens eine einwöchige Urlaubsreise pro Jahr“, „Einladungen von Freunden zum Essen“ und „mindestens alle zwei Tage eine warme Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder Geflügel“. Damit stellt das SOEP Daten zur Verfügung, mit denen ein präferenzkontrolliertes Deprivationsmaß berechnet werden könnte.

Auch die neue Datenbasis EU-SILC enthält verschiedene Variablen zur Haushaltsausstattung, die nahezu identisch mit jenen des SOEP sind.<sup>72</sup>

## 4.2 Nichtfinanzielle individuelle Potenziale

Die Ergebnisse zur Einkommens- und Vermögensarmut lassen erste Rückschlüsse auf Defizite der finanziellen Mittel des Gütererwerbs zu. Ergänzend können Deprivationsanalysen Hinweise darauf geben, inwieweit sich aus gleichen Einkommen nicht auf gleiche Güterausstattung und allein schon deshalb nicht auf vergleichbare Verwirklichungschancen schließen lässt.

Allerdings sind es, dem Capability-Ansatz entsprechend, nicht die Güter selbst, sondern bestimmte Eigenschaften, die für unterschiedliche Personen von – wiederum unterschiedlicher – Bedeutung sind. So ermöglicht ein PKW für Pendler die erforderliche Mobilität. Für Armuts- und Reichtumsfragen ist es besonders wichtig, ob die Betroffenen die gewünschten Eigenschaften der Sachgüter und Dienstleistungen tatsächlich nutzen können.<sup>73</sup> So vermittelt ein PKW einem

---

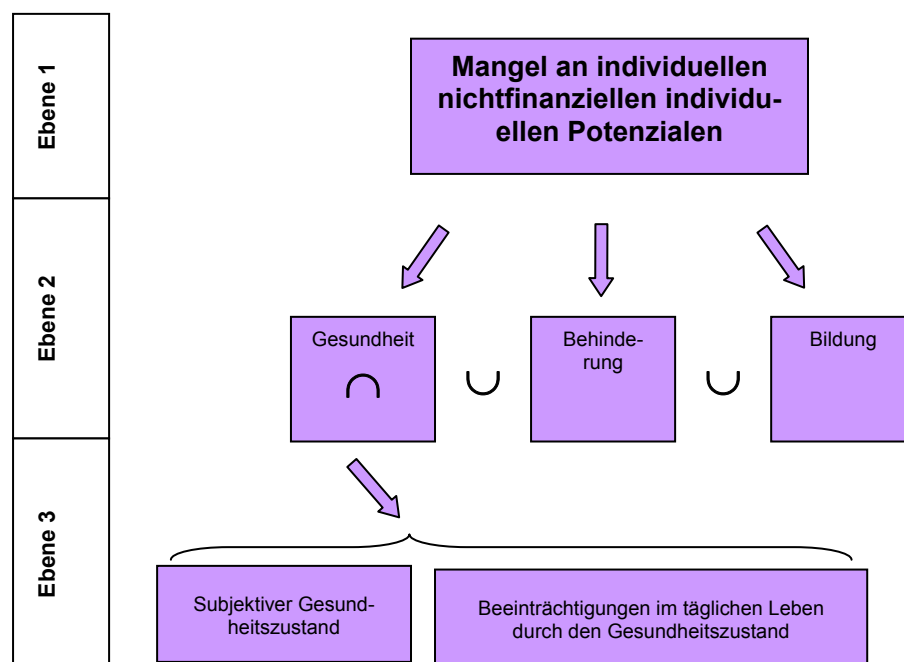
<sup>71</sup> Zuletzt 2001 und 2003.

<sup>72</sup> Siehe hierzu Atkinson et al. 2005, Annex, S. XLVII, Table 5.1.

<sup>73</sup> Vgl. Sen (1992), S. 6-7.

querschnittsgelähmten Pendler nicht die Möglichkeit, seine Mobilität zu erhöhen, solange das Fahrzeug nicht behindertengerecht umgebaut wird. Ein Mangel an Verwirklichungschancen entsteht also – selbst bei gleichem Einkommen, gleichem Vermögen und gleicher Güterausstattung – aufgrund der Einschränkungen im Bereich nichtfinanzieller individueller Potenziale. Darüber hinaus kann sich aufgrund einer Behinderung bereits die Möglichkeit des Einkommenserwerbs vermindern.<sup>74</sup> Entsprechend können – bei gegebenen identischen finanziellen Mitteln und gleicher Güterausstattung – auch Krankheiten die Chancen vermindern, eigene Ziele zu verwirklichen. Nicht zuletzt ist Bildung ein zentraler Faktor, der ebenfalls sämtliche übrige Dimensionen der Verwirklichungschancen beeinträchtigen kann, zumal er maßgeblich mitbestimmt, inwieweit eigene Ziele erreicht werden können.

**Abbildung 5: Indikatoren der Dimension nichtfinanzielle individuelle Potenziale (Armut)**



<sup>74</sup> Kuklys (2005a,b) hat gezeigt, dass es sozialpolitisch höchst bedeutsam ist, zwischen Armut als Folge von geringem Einkommen und als Folge von weitergehenden Umwandlungsproblemen bei gegebenen Einkommen zu unterscheiden. Betrachtet man nur die Einkommensarmut (60 % des Medians) von Briten mit Behinderungen für 1999, so war diese mit 23,1 % nah am britischen Durchschnitt (17,9 %). Der Unterschied spiegelt die Probleme des Einkommenserwerbs wider. Was jedoch ändert sich, wenn man auch die Umwandlungsprobleme einbezieht, welche z.B. durch einen behinderungsbedingten Mehraufwand entstehen, um den Mangel an Verwirklichungschancen präziser zu erfassen? Es zeigt sich, dass Einkommensnachteile weniger bedeutsam sind als das Umwandlungshandicap. Kuklys errechnet, dass unter Berücksichtigung von Einkommen *und* behinderungsbedingtem Mehrbedarf fast die Hälfte der Familien mit behinderten Mitgliedern, unter der 60 %-Einkommensarmutsgrenze lebt. Eine interessante Analyse, die mit anderen Methoden die Frage von Kuklys aufgreifen könnte, wäre, inwieweit Behinderte bei vergleichbarem Einkommen eine schlechtere Güterausstattung aufweisen oder wie viel mehr an Einkommen sie brauchen, um dieselbe Güterausstattung zu erreichen.

Von Armut an nichtfinanziellen individuellen Potenzialen wird im Weiteren gesprochen, wenn eine Person aufgrund ihrer Gesundheit (Abschnitt 4.2.1), einer Behinderung (Abschnitt 4.2.2) oder ihrer Bildung (Abschnitt 4.2.3) in ihren Verwirklichungschancen beschränkt ist. Abschnitt 4.2.4 fasst dann die Analysen zu dem Gesamtindikator „Mangel an nichtfinanziellen individuellen Potenzialen“ zusammen.

#### 4.2.1 Gesundheit

Ein kürzeres Leben bedeutet unter sonst gleichen Umständen eine geringere Zeitspanne, um eigene Ziele zu verwirklichen. Von Interesse für die Messung von Verwirklichungschancen sind daher zunächst Lebenswartung und Mortalitätsraten einzelner Bevölkerungsgruppen.

Darüber hinaus sollte die Beeinträchtigung der Verwirklichungschancen durch – insbesondere chronische – Krankheiten und Behinderungen in einem Armutsbericht, differenziert nach einzelnen Gruppen, ausgewiesen werden. Hier spielen weitere objektive Indikatoren eine Rolle, die insbesondere auch die Dauer gesundheitlicher Einschränkungen ins Auge fassen: Etwa ein Indikator, der chronische Krankheiten umfasst. So kann eine extrem schwere, vorübergehende Krankheit die Verwirklichungschancen weniger beeinträchtigen als eine weniger schwere, aber chronische Krankheit, die den Tagesablauf über Jahrzehnte hinweg bestimmt und die eigenen Potenziale auf Dauer vermindert. Allgemein ist weniger das Auftreten einer Krankheit an sich, sondern vielmehr die von ihr ausgehende Beeinträchtigung des Lebens von Bedeutung. Sie kann – bei gleichen Krankheiten und Behinderungen – sehr unterschiedlich ausfallen, je nach verfügbaren sozialen Netzen, Behandlungsintensität und -erfolg usw. Es bietet sich daher an, subjektive Betroffenheit und Konsequenzen von einzelnen Krankheiten und Behinderungen im Einzelfall zu erfragen.<sup>75</sup>

Unabhängig von der schulmedizinischen Diagnose können auch subjektive Leiden die Verwirklichung eigener Ziele im Alltag beeinträchtigen. Hieraus ergibt sich eine Begründung für die ergänzende Ermittlung der subjektiven Gesundheitseinschätzung.<sup>76</sup>

Insgesamt sollte die Chancenanalyse, welche auf ein langes und gesundes Leben abzielt, drei unterschiedliche Aspekte wiedergeben: erstens, die Dauer, über die Verwirklichungschancen verfolgt werden können (Lebenserwartung bzw. Mortalitätsraten), zweitens Beeinträchtigungen

---

<sup>75</sup> Vgl. Hierzu Atkinson u.a. (2002), S. 52 f.

<sup>76</sup> Vgl. Sen (2004), S. 263 ff.

bei der Verfolgung dieser Chancen<sup>77</sup> und drittens die Verminderung der subjektiv empfundenen Lebensqualität durch jede Art von Leiden.

Es gibt bislang zwei Laeken-Indikatoren zum Thema Gesundheit: „Lebenserwartung bei Geburt“ sowie „Gesundheitszustand nach Selbsteinschätzung“ im obersten und untersten Einkommensquintil. Mit Blick auf den Laeken-Indikator, „Lebenserwartung bei Geburt“, ließen sich anhand des SOEP zumindest Mortalitätsraten errechnen, doch hätte dies den Rahmen der vorliegenden Machbarkeitsstudie gesprengt. Verwiesen werden soll daher auf andere Vorarbeiten.<sup>78</sup>

Darüber hinaus ermöglicht das SOEP Aussagen über den „Gesundheitszustand nach Selbsteinschätzung“ der Menschen. Die im SOEP befragten Personen werden gebeten, auf einer Skala mit fünf Punkten ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand einzuschätzen. Davon ausgehend betrachten wir diejenigen Personen als in ihren Verwirklichungschancen beschränkt, deren Gesundheitszustand nach eigener Einschätzung schlecht ist.<sup>79</sup> Zudem können konkretere Fragen zur gesundheitlichen Situation der Menschen in die Analyse der alltäglichen Beeinträchtigungen einbezogen werden, da das SOEP alle zwei Jahre über die Frage nach der subjektiven Gesundheitseinschätzung hinausgeht.

Zur Bildung eines Indikators, der die Einschränkungen im täglichen Leben durch den Gesundheitszustand umfasst, werden die folgenden fünf Aspekte betrachtet:

- Beeinträchtigung durch den Gesundheitszustand beim Treppensteigen (*stark*)
- Beeinträchtigung bei anstrengenden Tätigkeiten im Alltag (*stark*)
- wegen gesundheitlicher Probleme körperlicher Art in der Arbeit oder der alltäglichen Beschäftigungen in den letzten 4 Wochen weniger geschafft als gewollt (*oft / immer*) oder in der Art der Tätigkeiten eingeschränkt (*oft / immer*)
- wegen seelischer oder emotionaler Probleme in Ihrer Arbeit oder Ihren alltäglichen Beschäftigungen in den letzten vier Wochen weniger geschafft haben als gewollt (*oft / immer*), oder die Arbeit oder Tätigkeit weniger sorgfältig als sonst gemacht (*oft / immer*).

---

<sup>77</sup> Der Indikator „Healthy Life Years/Disability Free Life Expectancy“ nach sozio-demographischem Status, der in den Katalog der EU-Struktur-Indikatoren aufgenommen wurde, versucht letztlich Aussagen über die Krankheitsdauer mit Aussagen über die Beeinträchtigung in der Verfolgung einzelner Ziele wiederzugeben. Er basiert auf der Lebenserwartung, kombiniert mit Befragungsdaten über das Ausmaß an gesundheitlichen Einschränkungen verschiedener Altersgruppen. Die bisherige empirische Umsetzung dieses Indikators weist allerdings noch eine ganze Reihe konzeptioneller und technischer Probleme auf, die durchaus für eine getrennte Erfassung der beiden unterschiedlichen Fragestellungen sprechen können. Zur Kritik an den „DALYs“ siehe Anand/Hanson (2004).

<sup>78</sup> Vgl. hierzu insbesondere Lampert/Ziese (2005), S. 37 f.

<sup>79</sup> Der Laeken-Indikator „Subjektiver Gesundheitszustand“ wird immer im Zusammenhang mit dem Haushaltseinkommen (oberes und unteres Quintil) ausgewiesen, um den Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und Ressourcenarmut zu veranschaulichen. Die Analyse dieser Zusammenhänge erfolgt später im Rahmen der mehrdimensionalen Betrachtungen.

- wegen gesundheitlicher oder seelischer Probleme in den sozialen Kontakten z.B. mit Freunden, Bekannten oder Verwandten in den letzten vier Wochen eingeschränkt (*oft / immer*).

Im Weiteren werden Personen als wegen ihres Gesundheitszustands im täglichen Leben eingeschränkt, gekennzeichnet, die bei mindestens drei von diesen fünf Bereichen „stark“ bzw. „immer“ oder „oft“ eingeschränkt waren. Problematisch ist dabei allerdings, dass nur Einschränkungen der letzten vier Wochen und nicht längerfristige Einschränkungen, insbesondere chronische Krankheiten, abgefragt werden, da die Momentaufnahme über die letzten vier Wochen das Ausmaß der dauerhaft ernsten Beeinträchtigungen vermutlich überschätzt.<sup>80</sup>

Vor dem Hintergrund dieser eingeschränkten Aussagefähigkeit der Datenbasis gehen wir bei jenen Personen von einer Einschränkung der Verwirklichungschancen durch gesundheitliche Probleme aus, die ihren Gesundheitszustand als subjektiv schlecht einstufen und gleichzeitig tatsächlich gesundheitlich im Alltag beeinträchtigt sind.

Knapp 3% der Personen in Deutschland sind nach dieser Definition aufgrund ihrer Gesundheit in ihren Verwirklichungschancen eingeschränkt (vgl. Tabelle 8). Dabei bewerten 4% ihren Gesundheitszustand subjektiv als schlecht und 10% leiden unter den gesundheitlichen Beeinträchtigungen in ihrem Alltagsleben. Während zwischen Ost und West und bei Männern und Frauen hier kaum Unterschiede bestehen, korrelieren der Haushaltstyp, das Alter, der Schulabschluss, der Erwerbsstatus und die berufliche Stellung in teilweise erheblichem Maße mit der Betroffenheit hinsichtlich gesundheitlicher Einschränkungen.<sup>81</sup>

Personen, die alleine wohnen und Alleinerziehende sind gesundheitlich im Durchschnitt mit jeweils 4,5% erheblich stärker eingeschränkt als Paare mit Kindern (1,1%). Die zunehmende Beeinträchtigung der Verwirklichungschancen mit steigendem Alter tritt sehr deutlich zum Vorschein: nur 0,3% der 16- bis 29-Jährigen, aber immerhin 7,4% der Personen, die 65 Jahre oder älter sind, sind durch gesundheitliche Beeinträchtigungen in ihren Verwirklichungschancen eingeschränkt.<sup>82</sup>

---

<sup>80</sup> Bei allen Gesundheitsvariablen im SOEP ist zudem zu kritisieren, dass keine Angaben über den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen abgefragt werden.

<sup>81</sup> Siehe hierzu im Einzelnen die Studie von Lampert/Ziese (2005).

<sup>82</sup> Hieraus lassen sich Rückschlüsse auf bestehenden Hilfe- und Unterstützungsbedarf ziehen, insbesondere, falls der Indikator der gesundheitlichen Beeinträchtigungen im SOEP nicht mehr lediglich für die letzten vier Wochen erfragt wird und präziser auf dauerhafte Einschränkungen abzielt. Würde sich auf diese Weise die Aussagefähigkeit des Indikators für gesundheitliche Einschränkungen im Alltag verbessern, könnte unter Umständen auch auf eine weniger restriktive Definition der gesundheitlichen Beeinträchtigungen übergegangen werden, die Einschränkungen im Alltag und persönliche Einschätzung der Gesundheit durch eine „ODER-Verbindung“ verknüpft.



**Tabelle 8: Mangel an Verwirklichungschancen aufgrund der Gesundheit (Ebene 2), des schlechten gegenwärtigen Gesundheitszustands und der Einschränkungen durch den Gesundheitszustand im Alltag (jeweils Ebene 3) (2002)**

	Gegenwärtiger Gesundheitszustand schlecht	Starke Einschränkungen im täglichen Leben durch den Gesundheitszustand	Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich Gesundheit
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteile an Personen älter als 16 Jahre</b>		
<b>Gesamt</b>	4,0 %	10,1 %	2,9 %
<b>Region</b>			
Ost	3,8 %	11,1 %	3,1 %
West	4,0 %	9,8 %	2,9 %
<b>Geschlecht</b>			
Männlich	3,8 %	8,2 %	2,6 %
Weiblich	4,1 %	11,8 %	3,2 %
<b>Haushaltstyp</b>			
Ein-Personen-HH	5,7 %	15,0 %	4,5 %
Alleinerziehend	6,0 %	9,9 %	4,5 %
Paar ohne Kinder	4,5 %	12,4 %	3,4 %
Paar mit Kindern	1,7 %	4,4 %	1,1 %
Sonstige	9,2 %	19,1 %	5,8 %
<b>Altersgruppen</b>			
16-29	0,7 %	1,1 %	0,3 %
30-44	1,6 %	3,9 %	1,1 %
45-64	4,9 %	11,0 %	3,3 %
65 und älter	8,8 %	25,9 %	7,4 %
<b>Schulabschluss</b>			
Hauptschulabschluss	6,1 %	14,7 %	4,6 %
Mittlere Reife	2,0 %	6,3 %	1,6 %
FH-Reife/Abitur	1,7 %	5,3 %	1,3 %
Anderer Abschluss	6,2 %	12,4 %	3,7 %
Noch kein Abschluss	0,1 %	0,5 %	0,1 %
Ohne Abschluss	7,8 %	16,1 %	5,8 %
<b>Erwerbsstatus</b>			
Voll erwerbstätig	1,0 %	2,4 %	0,5 %
Teilzeitbeschäftigt	0,9 %	4,8 %	0,4 %
Sonstiges	1,8 %	4,9 %	1,3 %
Nicht erwerbstätig	7,4 %	18,8 %	5,8 %
<b>Berufliche Stellung</b>			
Selbständige	1,2 %	3,1 %	0,7 %
Beamte	0,8 %	2,4 %	0,5 %
Angestellte	1,0 %	2,7 %	0,4 %
Arbeiter	1,5 %	4,1 %	0,9 %
Rentner	9,3 %	25,7 %	7,5 %
Arbeitslose	8,0 %	12,5 %	5,3 %
<b>Nationalität</b>			
Deutsch, seit Geburt	3,9 %	10,2 %	3,0 %
Deutsch, 2. Nationalität	4,6 %	9,5 %	3,0 %
Nicht deutsch	3,9 %	9,2 %	1,9 %
<b>Einkommen</b>			
≤ Armutsrisikoschwelle	7,4 %	15,2 %	5,8 %
> Armutsrisikoschwelle	3,6 %	9,5 %	2,6 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Auffällig sind auch bestehende Zusammenhänge mit dem Bildungsniveau und dem Erwerbsstatus. 4,6% der Personen mit Hauptschulabschluss, aber nur 1,3% der Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur sind demnach wegen ihrer Gesundheit in ihren Verwirklichungschancen beeinträchtigt. Darüber hinaus sind 5,3% der Arbeitslosen, aber nur 0,4% der Angestellten und 0,9% der Arbeiter in ihren gesundheitlichen Chancen stark eingeschränkt.

Die inhaltlichen Ergebnisse beider Subindikatoren zur Gesundheit gehen tendenziell in die gleiche Richtung. Insofern führt die Zusammenfassung der subjektiven Einschätzung mit der objektiven Information zwar hinsichtlich des Ausmaßes der Betroffenheit, nicht jedoch hinsichtlich der Zusammenhänge zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen.

#### **4.2.2 Behinderung**

Behinderungen können – wie auch Krankheiten – zu Beeinträchtigungen bei der Verfolgung eigener Ziele führen und die Verwirklichungschancen vermindern. Als eingeschränkt aufgrund einer Behinderung werden hier alle Personen bezeichnet, die einen Behinderungsgrad von mindestens 50% aufweisen und somit als schwerbehindert gelten.

Das Maß ist jedoch leider nur bedingt geeignet, um bei den Betroffenen die Einschränkungen der Verwirklichungschancen tatsächlich abzubilden, da der Grad der Behinderung (GdB) vor allem dazu dient, staatliche und versicherungsrechtliche Ansprüche abzudecken. Zudem verlangt eine solche Erfassung behinderungsbedingter Beeinträchtigungen die vorherige Beantragung und Bewilligung des Schwerbehindertenstatus durch die Betroffenen, was die Gefahr einer Unterschätzung der Beeinträchtigungen von Gruppen mit geringer Ämterkompetenz und hohen Nichtbeantragungsquoten erzeugt. Optimal wären dagegen Angaben zu langfristigen behinderungsbedingten Beeinträchtigungen auf der Basis von Befragungen.

Betrachtet man die empirischen Ergebnisse, so weisen nach Hochrechnungen mit dem SOEP rund 10% der Bevölkerung im Alter von über 16 Jahren einen Behinderungsgrad von 50% oder mehr auf. Im Vergleich zu den Daten der offiziellen Statistik liegt dieser Anteil etwas höher, da im SOEP keine Angaben über die Personen im Alter bis 15 Jahren enthalten sind: Für den Stichtag 31.12.2003 berichtet das Statistische Bundesamt<sup>83</sup> einen Anteil von ca. 8,0%. Der Anteil schwerbehinderter Menschen unter den Personengruppen ab 15 Jahren beträgt dagegen bereits ca. 9,2%.<sup>84</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2005).

<sup>84</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten des Statistischen Bundesamts.

Auffallend ist der hohe Anteil Behinderter in der Gruppe der Ein-Personen-Haushalte, Paare ohne Kinder und den Personen in „sonstigen“ Haushalten (mit 14,0% bzw. 14,4% vgl. Tabelle 9). Die Werte sind hier jeweils mehr als doppelt so hoch als bei anderen Haushaltstypen. Ebenso zeigt sich, dass vor allem Personen mit Hauptschulabschluss, mit anderem Abschluss, ohne Abschluss sowie in der Gruppe der Nichterwerbstätigen vermehrt Menschen mit Schwerbehinderung zu finden sind. Die Aufgliederung nach der beruflichen Stellung verdeutlicht auch die mit 26,7% hohe Belastung unter den Rentnern.<sup>85</sup>

### 4.2.3 Bildung

Der Bildungsstand eines Menschen erhöht die Verwirklichungschancen unabhängig davon in welcher Gesellschaft sie oder er lebt. Er ist von Staat und Gesellschaft nur mittelbar (über den Zugang zum Bildungssystem) zu beeinflussen, da der Erwerb von Bildung auch persönliche Eigenschaften, wie individuelle Bildungsbereitschaft und Bildungsfähigkeit voraussetzt. Insofern gehört der Bildungsstand zu den nichtfinanziellen individuellen Potenzialen.

Aus konzeptioneller Sicht kommt der Bildung im Capability-Ansatz eine sehr umfassende Bedeutung zu. Zum einen hat Bildung heute einen hohen Stellenwert für die ökonomischen (Arbeitsmarkt-)Chancen. Ein höheres Qualifikationsniveau ermöglicht beispielsweise ein tendenziell höheres Arbeitseinkommen, mehr und bessere Aufstiegschancen und vermindert das Risiko arbeitslos zu werden. Zum anderen beinhaltet eine höhere Qualifikation auch vielfältige weitere Konsequenzen für die gesamten Verwirklichungschancen. So wirkt sich Bildung u.a. nachweislich positiv auf Gesundheitszustand, Lebenserwartung, soziale Beteiligung und auf die informierte Beteiligung bei politischen Wahlen aus. Darüber hinaus sind die Kriminalitätsraten bei Gebildeten niedriger.<sup>86</sup> Weitere positive Auswirkungen der Bildung auf den sozialen Schutz gehen von der damit einhergehenden Fähigkeit aus, eigene Ansprüche im System der sozialen Sicherung vollständig zu erkennen, wahrzunehmen und durchzusetzen. Bessere Qualifikation kann mithin dazu beitragen, hohe Dunkelziffern in einem komplexen System der sozialen Sicherung zu begrenzen, den sozialen Schutz zu stärken und Transparenzgarantien zu gewährleisten.

---

<sup>85</sup> Grundsätzlich sind für eine aussagefähige Interpretation von geringer Betroffenheit von Schwerbehinderungen bei einzelnen Gruppen weiter gehende Analysen erforderlich. So wäre beispielsweise mit Blick auf die niedrigeren Anteile bei den ausländischen Mitbürgern zu ermitteln, ob dies tatsächlich auf eine geringere Betroffenheit oder auf eine geringere Fähigkeit oder Bereitschaft zur formalen Beantragung des Schwerbehindertenstatus zurück zu führen ist.

<sup>86</sup> Vgl. OECD/Statistics Canada (2000), S. 79 ff.

**Tabelle 9: Behinderungsquote (Ebene 2) (2002)**

	<b>Schwerbehinderung</b> Grad der Behinderung $\geq 50\%$
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteile an Personen älter als 16 Jahre</b>
<b>Gesamt</b>	10,0 %
<b>Region</b>	
Ost	8,7 %
West	10,2 %
<b>Geschlecht</b>	
Männlich	11,0 %
Weiblich	9,0 %
<b>Haushaltstyp</b>	
Ein-Personen-HH	14,0 %
Alleinerziehend	6,4 %
Paar ohne Kinder	14,4 %
Paar mit Kindern	4,1 %
Sonstige	12,0 %
<b>Altersgruppen</b>	
16-29	1,2 %
30-44	2,8 %
45-64	13,1 %
65 und älter	23,3 %
<b>Schulabschluss</b>	
Hauptschulabschluss	15,0 %
Mittlere Reife	5,9 %
FH-Reife/Abitur	5,9 %
Anderer Abschluss	10,8 %
Noch kein Abschluss	1,2 %
Ohne Abschluss	12,0 %
<b>Erwerbsstatus</b>	
Voll erwerbstätig	3,1 %
Teilzeitbeschäftigt	4,1 %
Sonstiges	7,1 %
Nicht erwerbstätig	17,6 %
<b>Berufliche Stellung</b>	
Selbständige	2,3 %
Beamte	3,3 %
Angestellte	3,4 %
Arbeiter	5,1 %
Rentner	26,3 %
Arbeitslose	5,7 %
<b>Nationalität</b>	
Deutsch, seit Geburt	10,3 %
Deutsch, 2. Nationalität	7,9 %
Nicht deutsch	7,0 %
<b>Einkommen</b>	
$\leq$ Armutsrisikoschwelle	11,4 %
$>$ Armutsrisikoschwelle	9,8 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Um die unterschiedlichen Funktionen der Bildung für die Verwirklichungschancen zumindest ansatzweise zu erfassen, sollte zwischen Kompetenzen (z. B. Lese-, Schreib- und Rechenkenntnisse, naturwissenschaftliches Verständnis) und Bildung (Bildungsabschlüssen) sowie entsprechend zwischen Kompetenz- und Bildungsarmut unterschieden werden. Für die Einbeziehung von Bildungsabschlüssen spricht besonders deren Bedeutung für den Arbeitsmarktzugang. Hier sehen Arbeitgeber formale Bildungsabschlüsse häufig als Signal für hohe Begabung, Lernfähigkeit, Disziplin, Anpassungsfähigkeit, soziale Kompetenzen und andere erwünschte Eigenschaften der Bewerberinnen und Bewerber.<sup>87</sup>

Für die Ermittlung eines Mangels an Kompetenzen (und nicht formalen Bildungsabschlüssen) im Sinne von Kompetenzarmut spricht eine Reihe von Gründen:

- In vielen Fällen kommt es nicht auf formale, sondern auf faktische Kompetenzen an, um über Verwirklichungschancen verfügen und diese auch nutzen zu können. Formale Bildungsabschlüsse gehen jedoch in vielen Fällen nicht mit entsprechenden faktischen Kompetenzen einher.<sup>88</sup>
- Die Ergebnisse von Kompetenzvergleichen werden – im Gegensatz zu den formalen Bildungsabschlüssen – nicht durch unterschiedliche Anforderungen in den einzelnen Schulen verzerrt.
- Internationale Vergleiche werden einfacher, da Unterschiede der Bildungssysteme die Ergebnisse nicht verzerren.<sup>89</sup>

Kompetenzarmut lässt sich mit Hilfe des SOEP nicht ermitteln. Als Alternative bietet es sich an, regelmäßig auf die eingehenden Analysen der PISA- und PIRLS-Studien für Deutschland zurückzugreifen und zudem in größeren zeitlichen Abständen auch Kompetenzen und Kompetenzarmut bei Erwachsenen zu untersuchen<sup>90</sup>.

Zum Bildungsstand gibt es drei Laeken-Indikatoren, zwei Indikatoren für Bildungs- und einen für Kompetenzarmut: der Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die maximal einen Hauptschulabschluss besitzen und sich nicht in einer weiterführenden Schule/Ausbildung befinden; der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die maximal einen Hauptschulabschluss (und keine weitere

---

<sup>87</sup> Vgl. Volkert et al. (2004), S. 115 ff. sowie Allmendinger/Leibfried (2002), S. 302.

<sup>88</sup> Einerseits wird in Deutschland jedem(r) vierten der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler, die als funktionale Analphabeten anzusehen sind, also auch einfachere Texte nicht verstehen können, das Erreichen des Klassenziels bestätigt. Funktionale Analphabeten werden nach der PISA-Studie in 89% aller Fälle von ihren Lehrern als „nicht schwache Leser“ eingestuft. Andererseits ist in Deutschland, verglichen mit anderen OECD-Ländern der Anteil der Erwachsenen, die auch ohne einen Abschluss der oberen Sekundarstufe eine mittlere bis sehr hohe Lesefähigkeit erreichen mit über 50% besonders hoch. Unter 22 Staaten liegt es damit auf Platz 2 hinter Schweden. Siehe OECD/Statistics Canada (2000), S. 24.

<sup>89</sup> Vgl. Allmendinger/Leibfried (2002), S. 302.

Ausbildung) besitzen. Neu hinzugekommen ist der Anteil der 15-Jährigen Schüler mit geringer Lesefähigkeit (PISA-Daten, funktionaler Analphabetismus; Atkinson et al. 2005, S. 121ff.). Atkinson et al. (2005) halten es für sinnvoll, den letzten Indikator nach der sozialen Herkunft der Schüler auszuweisen. Allerdings sei in vielen Ländern der Europäischen Union hierzu keine ausreichende Datenbasis vorhanden. Ferner empfehlen Atkinson et al. (2005), den Indikator „geringe Lesefähigkeit“ auch für Erwachsene in den Katalog der Laeken-Indikatoren aufzunehmen. Hierzu müssen allerdings erst die Datengrundlagen geschaffen werden. Empfohlen wird ein Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern der OECD, um die Messprobleme in diesem Bereich zu lösen.<sup>91</sup>

Im Weiteren wird hier bei der empirischen Umsetzung anhand des SOEP der zweite Laeken-Indikator verwendet, der für die gesamte Bevölkerung in Deutschland ab 16 Jahren definiert ist. Als hinsichtlich ihrer Verwirklichungschancen im Bereich Bildung beschränkt und somit „bildungsarm“ werden im Weiteren daher alle Personen bezeichnet, die entweder das Schulsystem ohne Abschluss verlassen haben oder lediglich über einen Hauptschulabschluss ohne Berufsausbildung verfügen.

---

<sup>90</sup> Vgl. z. B. OECD (2004) sowie Volkert et al. (2004).

<sup>91</sup> Vgl. Atkinson et al. (2005), S. 122.

**Tabelle 10: Bildungsarmut (Ebene 2) (2002)**

	Schule ohne Abschluss verlassen <u>oder</u> Hauptschulabschluss aber ohne Berufsausbildung
Bevölkerungsteile	Anteile an Personen älter als 16 Jahre <sup>92</sup>
<b>Gesamt</b>	12,7 %
<b>Region</b>	
Ost	7,4 %
West	14,0 %
<b>Geschlecht</b>	
Männlich	8,1 %
Weiblich	16,7 %
<b>Haushaltstyp</b>	
Ein-Personen-HH	16,1 %
Alleinerziehend	15,1 %
Paar ohne Kinder	13,9 %
Paar mit Kindern	8,6 %
Sonstige	21,8 %
<b>Altersgruppen</b>	
16-29	7,6 %
30-44	6,8 %
45-64	11,8 %
65 und älter	27,5 %
<b>Schulabschluss</b>	
Hauptschulabschluss	26,6 %
Mittlere Reife	0,0 %
FH-Reife/Abitur	0,0 %
Anderer Abschluss	0,0 %
Noch kein Abschluss	0,0 %
Ohne Abschluss	100,0 %
<b>Erwerbsstatus</b>	
Voll erwerbstätig	5,9 %
Teilzeitbeschäftigt	9,1 %
Sonstiges	6,9 %
Nicht erwerbstätig	20,4 %
<b>Berufliche Stellung</b>	
Selbständige	3,0 %
Beamte	0,2 %
Angestellte	2,7 %
Arbeiter	16,4 %
Rentner	24,9 %
Arbeitslose	17,5 %
<b>Nationalität</b>	
Deutsch, seit Geburt	12,0 %
Deutsch, 2. Nationalität	13,8 %
Nicht deutsch	20,9 %
<b>Einkommen</b>	
≤ Armutsrisikoschwelle	26,7 %
> Armutsrisikoschwelle	11,0 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

<sup>92</sup> Die Werte von 0% bei den Personen mit mittlerer Reife, FH-Reife oder Abitur sowie mit anderem Abschluss ergeben sich daher, dass deren Ausbildungen grundsätzlich höherwertig sind als ein Hauptschulabschluss. Insofern kann es in diesen Gruppen definitionsgemäß niemanden geben, der keinen oder lediglich einen Hauptschulabschluss besitzt. Personen, die sich noch in Ausbildung befinden und daher ihren höchsten Abschluss noch nicht erreicht haben, wurden nicht erfasst. Personen ohne Schulabschluss fallen definitionsgemäß alle immer in die Kategorie ‚Kein Bildungsabschluss‘ sind daher mit einem Anteil von 100% ausgewiesen.

Rund 12,7% der Menschen in Deutschland im Alter ab 16 Jahren weisen keinen Hauptschulabschluss auf oder haben zwar einen Hauptschulabschluss, aber keinen Berufsabschluss (vgl. Tabelle 10). Rund jeder Achte ist somit nach dieser Definition von Bildungsarmut betroffen. Hier zeigt sich ein starkes Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland: Der Anteil der bildungsarmen Bevölkerung ist im Osten mit 7,4% nur halb so groß wie im Westen mit 14%. Ferner sind Frauen mehr als doppelt so häufig bildungsarm als Männer. Auch der Anteil der Bildungsarmen bei den über 65-Jährigen liegt weit über den Werten, die bei den anderen Altersgruppen vorzufinden sind. Übermäßig stark sind unter den bildungsarmen Personen die Gruppen der Nichterwerbstätigen, der Arbeiter, der Arbeitslosen und die Gruppe der ausländischen Mitbürger vertreten.

#### **4.2.4 Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich der nichtfinanziellen individuellen Potenziale**

Alle genannten Bestimmungsgrößen der Verwirklichungschancen (d.h. gesundheitliche Einschränkungen, Behinderungen oder fehlende Bildung) können unabhängig voneinander die Verwirklichungschancen einschränken. Entsprechend bezeichnen wir hier Personen als arm an nichtfinanziellen individuellen Potenzialen, unabhängig davon, ob sie gesundheitlich eingeschränkt sind, einen Behinderungsgrad von mehr als 50% aufweisen oder bildungsarm sind oder mehrere dieser Beeinträchtigungen gleichzeitig aufweisen, da jede dieser Einschränkungen schon allein die Verwirklichungschancen beeinträchtigt. Der Gesamtindikator „Beschränkung hinsichtlich nichtfinanzieller individueller Potenziale“ gibt somit Aufschluss darüber, welcher Anteil der Personen in Deutschland mindestens einen Mangel an den vorher aufgeführten Bestimmungsgrößen der nichtfinanziellen individuellen Verwirklichungschancen aufweist.

Tabelle 11 zeigt, dass mit 22,2% mehr als jeder fünfte Bürger über 16 Jahren in Deutschland in seinen nichtfinanziellen individuellen Potenzialen beschränkt ist. Der Anteil der Personen, die sowohl wegen ihrer Gesundheit oder Behinderung als auch wegen eines Mangels an Bildung in ihren nichtfinanziellen individuellen Potenzialen eingeschränkt sind liegt dabei bei gut 2%. Es besteht somit kein auffälliger Zusammenhang zwischen gesundheitlichen Problemen im weiteren Sinne und Bildungsarmut (vgl. Tabelle 12).

Im Gegensatz zur finanziellen Armut kann man erkennen, dass in Westdeutschland die Beschränkung hinsichtlich der individuellen nichtfinanziellen Potenziale nach dieser Definition deutlich höher ausfällt als im Osten. Dies kann insbesondere mit der geringeren Verbreitung von Bildungsarmut im Osten begründet werden. Frauen sind im Vergleich zu Männern – vor allem aufgrund der Bildungsarmut und weniger in Bezug auf gesundheitliche Aspekte – stärker in ihren Verwirklichungschancen eingeschränkt. Mit steigendem Alter nimmt der Anteil der betroffenen



Personen zu, wobei der Anteil bei den mindestens 65-Jährigen mit 48,1% fast doppelt so hoch ist wie der in der Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen. Ebenso weisen Personen im Alter von 65 Jahren oder älter besonders häufig gleichzeitig eine Beeinträchtigung ihrer Gesundheit, eine Behinderung sowie Bildungsarmut auf (6,5%).

**Tabelle 11: Mangel an nichtfinanziellen individuellen Potenzialen (Ebene 1), Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich der Gesundheit (Ebene 2), Behinderung (Ebene 2), Bildungsarmut (Ebene 2) (2002)**

Bevölkerungsteile	Gesundheitliche Einschränkungen	Grad der Behinderung $\geq 50\%$	Keinen Bildungsabschluss <u>oder</u> Hauptschulabschluss ohne Berufsausbildung	Beschränkung in den nichtfinanziellen individuellen Potenzialen
<b>Anteile an Personen älter als 16 Jahre</b>				
<b>Gesamt</b>	2,9 %	10,0 %	12,7 %	22,2 %
<b>Region</b>				
Ost	3,1 %	8,7 %	7,4 %	16,4 %
West	2,9 %	10,2 %	14,0 %	23,6 %
<b>Geschlecht</b>				
Männlich	2,6 %	11,0 %	8,1 %	18,9 %
Weiblich	3,2 %	9,0 %	16,7 %	25,2 %
<b>Haushaltstyp</b>				
Ein-Personen-HH	4,5 %	14,0 %	16,1 %	29,0 %
Alleinerziehend	4,5 %	6,4 %	15,1 %	22,3 %
Paar ohne Kinder	3,4 %	14,4 %	13,9 %	27,6 %
Paar mit Kindern	1,1 %	4,1 %	8,6 %	12,8 %
Sonstige	5,8 %	12,0 %	21,8 %	32,3 %
<b>Altersgruppen</b>				
16-29	0,3 %	1,2 %	7,6 %	8,6 %
30-44	1,1 %	2,8 %	6,8 %	9,8 %
45-64	3,3 %	13,1 %	11,8 %	24,8 %
65 und älter	7,4 %	23,3 %	27,5 %	48,1 %
<b>Schulabschluss</b>				
Hauptschulabschluss	4,6 %	15,0 %	26,6 %	39,0 %
Mittlere Reife	1,6 %	5,9 %	0,0 %	6,7 %
FH-Reife/Abitur	1,3 %	5,9 %	0,0 %	6,4 %
Anderer Abschluss	3,7 %	10,8 %	0,0 %	12,8 %
Noch kein Abschluss	0,1 %	1,2 %	0,0 %	1,2 %
Ohne Abschluss	5,8 %	12,0 %	100,0 %	100,0 %
<b>Erwerbsstatus</b>				
Voll erwerbstätig	0,5 %	3,1 %	5,9 %	9,0 %
Teilzeitbeschäftigt	0,4 %	4,1 %	9,1 %	13,1 %
Sonstiges	1,3 %	7,1 %	6,9 %	13,6 %
Nicht erwerbstätig	5,8 %	17,6 %	20,4 %	37,0 %
<b>Berufliche Stellung</b>				
Selbständige	0,7 %	2,3 %	3,0 %	5,8 %
Beamte	0,5 %	3,3 %	0,2 %	4,0 %
Angestellte	0,4 %	3,4 %	2,7 %	6,4 %
Arbeiter	0,9 %	5,1 %	16,4 %	20,6 %
Rentner	7,5 %	26,3 %	24,9 %	48,7 %
Arbeitslose	5,3 %	5,7 %	17,5 %	26,6 %
<b>Nationalität</b>				
Deutsch, seit Geburt	3,0 %	10,3 %	12,0 %	21,7 %
Deutsch, 2. Nationalität	3,0 %	7,9 %	13,8 %	22,8 %
Nicht deutsch	1,9 %	7,0 %	20,9 %	28,8 %
<b>Einkommen</b>				
$\leq$ Armutsrisikoschwelle	5,8 %	11,4 %	26,7 %	37,8 %
$>$ Armutsrisikoschwelle	2,6 %	9,8 %	11,0 %	20,2 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Auch ist der Anteil unter den Sozialhilfeempfängern bezüglich einer Einschränkung ihrer individuellen nichtfinanziellen Potenziale beinahe doppelt so groß wie in der Gesamtbevölkerung (vgl. Tabelle 11a). 10,7% der Personen in der Gruppe der Sozialhilfeempfänger sind in ihren Verwirkli-

chungschancen aufgrund ihres Gesundheitszustandes eingeschränkt. Für die Bevölkerung insgesamt beläuft sich diese Art der Einschränkungen auf 2,9%. Während der Anteil der Behinderten nur geringfügig höher ist, sind jedoch Personen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss, aber ohne Berufsausbildung (30,8%) in dieser Subgruppe im Vergleich zum Gesamtanteil (12,7%) überrepräsentiert.

**Tabelle 11a: Mangel an nichtfinanziellen individuellen Potenzialen (Ebene 1), Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich Gesundheit (Ebene 2), Behinderung (Ebene 2), Bildungsarmut (Ebene 2) (2002) bei den Empfängern ständiger Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU-Empfänger)**

Bevölkerungsteile	Gesundheitliche Einschränkungen	Behinderungsgrad 50% oder mehr	Keinen Bildungsabschluss oder Hauptschulabschluss ohne Berufsausbildung	Beschränkung in den nichtfinanziellen individuellen Potenzialen
HLU-Empfänger	10,7 %	14,6 %	30,8 %	43,7 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Tabelle 12 zeigt ergänzend das Ausmaß der Mehrfachbelastungen im Bereich der individuellen Potenziale, wobei Gesundheit und Behinderung zu einer Kategorie zusammengefasst wurden.

**Tabelle 12: Ausmaß der Mehrfachbelastungen im Bereich der nichtfinanziellen individuellen Potenziale auf der Ebene 2<sup>93</sup>**

Bevölkerungsteile	Anzahl der Belastungen		
	0	1	2
	Anteile an Personen älter als 16 Jahre		
<b>Gesamt</b>	78,5 %	19,3 %	2,2 %
<b>Region</b>			
Ost	84,0 %	14,6 %	1,4 %
West	77,2 %	20,4 %	2,4 %
<b>Geschlecht</b>			
Männlich	81,9 %	16,5 %	1,6 %
Weiblich	75,6 %	21,7 %	2,7 %
<b>Haushaltstyp</b>			
1-Personen-HH	71,9 %	24,1 %	4,0 %
Alleinerziehend	79,0 %	18,6 %	2,4 %
Paar ohne Kinder	73,4 %	24,1 %	2,4 %
Paar mit Kindern	87,6 %	11,8 %	0,7 %
Sonstige	69,0 %	26,2 %	4,7 %
<b>Altersgruppen</b>			
16-29	91,7 %	7,9 %	0,4 %
30-44	90,3 %	9,0 %	0,6 %
45-64	76,2 %	21,9 %	1,9 %
65 und älter	53,2 %	40,3 %	6,5 %
<b>Schulabschluss</b>			
Hauptschulabschluss	61,4 %	33,9 %	4,7 %
Mittlere Reife	93,4 %	6,6 %	0,0 %
FH-Reife/Abitur	93,7 %	6,3 %	0,0 %
Anderer Abschluss	87,4 %	12,6 %	0,0 %
Noch kein Abschluss	98,8 %	1,2 %	0,0 %
Ohne Abschluss	0,0 %	85,3 %	14,7 %
<b>Erwerbsstatus</b>			
Voll erwerbstätig	91,2 %	8,3 %	0,5 %
Teilzeitbeschäftigt	87,6 %	11,8 %	0,6 %
Sonstiges	87,0 %	11,9 %	1,1 %
Nicht erwerbstätig	64,2 %	31,6 %	4,2 %
<b>Berufliche Stellung</b>			
Selbständige	94,2 %	5,7 %	0,1 %
Beamte	96,0 %	4,0 %	0,0 %
Angestellte	93,9 %	6,0 %	0,2 %
Arbeiter	79,9 %	18,4 %	1,7 %
Rentner	52,7 %	41,2 %	6,1 %
Arbeitslose	74,7 %	23,8 %	1,5 %
<b>Nationalität</b>			
Deutsch, seit Geburt	79,0 %	18,6 %	2,3 %
Deutsch, 2. Nationalität	78,1 %	20,4 %	1,5 %
Nicht deutsch	72,3 %	27,0 %	0,7 %
<b>Einkommen</b>			
≤ Armutsrisikoschwelle	63,7 %	32,1 %	4,2 %
> Armutsrisikoschwelle	80,4 %	17,7 %	2,0 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

<sup>93</sup> Beachte: In Kasten 2 wird erläutert, warum es hier zwischen den Tabellen 11 und 12 zu kleineren Inkonsistenzen der Ergebnisse kommen kann.

**Kasten 2:****Zum Umgang mit fehlenden Beobachtungen und resultierende Inkonsistenzen**

Zwischen den Armutsmaßen in den Tabellen der zusammengesetzten Indikatoren auf der Ebene 1 (vgl. z.B. Tabelle 11), sowie in den Tabellen der Mehrfachbelastungen auf Ebene 2 (vgl. z.B. Tabelle 12), können teilweise geringfügige quantitative Inkonsistenzen bestehen, wenn Angaben zu einzelnen Merkmalen fehlen.

Wenn die befragten Personen zu allen Fragen valide Antworten geben, addieren sich die Anteile der einfach sowie der zweifach betroffenen Personen im Bereich der individuellen Potenziale (vgl. Tabelle 12) zum Anteil der insgesamt Betroffenen (vgl. Tabelle 11).

Dies ist dagegen nicht der Fall, wenn Antworten zu einzelnen Fragen fehlen:

Grundsätzlich wurden bei allen Berechnungen für dieses Gutachten fehlende Beobachtungen nicht gewertet: Eine Person A, die beispielsweise keine Angaben zum Bildungsstand gemacht hat, aber gleichzeitig angegeben hat, zu mehr als 50 % behindert zu sein, wird somit bei der Berechnung des Ausmaßes der Bildungsarmut behandelt, als sei sie nicht befragt worden. Allerdings wird sie auf Grund der „ODER“-Verknüpfung logisch korrekt als „arm“ an individuellen Potenzialen gezählt, da es für diese Frage irrelevant ist, ob sie neben der Behinderung noch in einer weiteren Eigenschaft benachteiligt ist. Gleichzeitig darf sie aber in der Auswertung der Mehrfachbelastungen auf Grund des Umgangs mit fehlenden Beobachtungen nicht gewertet werden, da nicht bekannt ist ob sie „nur“ von einer Einfach- oder sogar von einer Zweifachbelastung betroffen ist.<sup>94</sup>

**4.3 Gesellschaftlich bedingte Chancen („Instrumentelle Freiheiten“)**

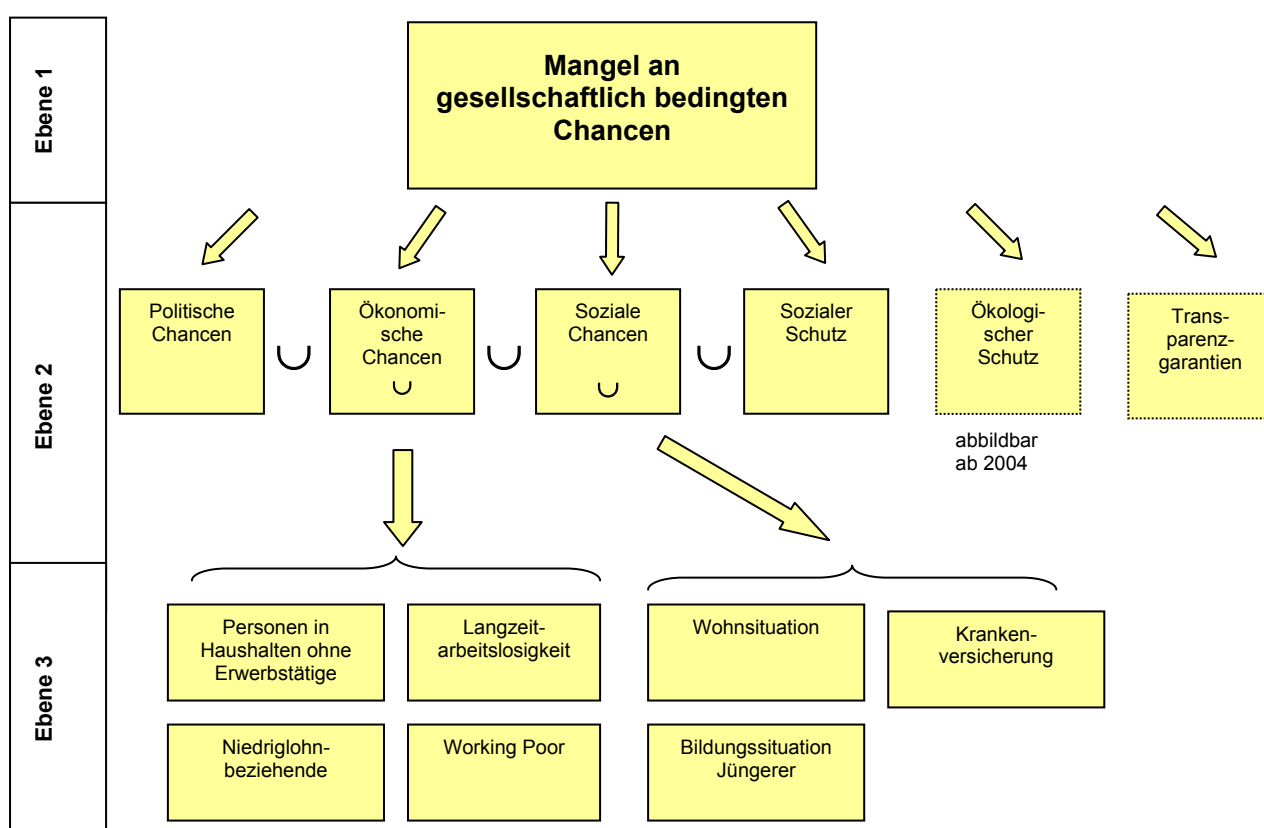
Nachdem bislang die individuellen Potenziale ins Zentrum gestellt wurden, sollen im Folgenden die gesellschaftlich bedingten Chancen näher betrachtet werden. Schließlich hängt es von gesellschaftlich bedingten Chancen ab, inwieweit Menschen mit eingeschränkten individuellen Potenzialen, etwa mit geringem Einkommen, Krankheiten, Behinderungen oder mangelhafter Bildung, in ihren Verwirklichungschancen eingeschränkt sind. Entsprechend gilt im Weiteren eine Person als hinsichtlich ihrer gesellschaftlich bedingten Chancen beschränkt, wenn sie einem Mangel an politischen Chancen (Abschnitt 4.3.1), an ökonomischen Chancen (Abschnitt 4.3.2), an sozialen Chancen (Abschnitt 4.3.3) oder an sozialem Schutz (Abschnitt 4.3.4) sowie – dem

<sup>94</sup> Werden von allen Personen, die in ihren individuellen nichtfinanziellen Potenzialen eingeschränkt sind, jene nicht mitgezählt, die in mindestens einer Dimension der Ebene 2 (also Gesundheit, Behinderung oder Bildung) eine fehlende Antwort aufweisen, ergibt sich nunmehr ein Anteil von 21,5%, der somit der Summe von 19,3% (der genau einfach Belasteten) und 2,2% (der genau zweifach Belasteten) entspricht.

aktuellen Stand der Konzeption folgend – einem Mangel an ökologischem Schutz (Abschnitt 4.3.5) ausgesetzt ist.

Abschnitt 4.3.6 gibt abschließend die Ergebnisse des Gesamtindikators „Mangel an gesellschaftlich bedingten Chancen“ wieder, wobei die Dimension des ökologischen Schutzes mit dem SOEP erst ab der Welle 2004 zu operationalisieren ist. Transparenzgarantien, insbesondere Nichtinanspruchnahmequoten von Sozialleistungen sind zwar bereits heute mit dem SOEP zu operationalisieren, doch würde dies den Rahmen dieser Studie sprengen.

**Abbildung 6: Indikatoren der Dimension gesellschaftlich bedingte Chancen (Armut)**



#### 4.3.1 Politische Chancen

Politische Freiheiten ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern die Artikulation eigener Wertvorstellungen, Interessen und Belange in gesellschaftlich-politischen Entscheidungsprozessen. Anliegen, die durch politische Partizipation aktiv vertreten werden, lassen sich im politischen Wettbewerb meist leichter zur Geltung bringen.<sup>95</sup> Umgekehrt fällt es Regierungen im politischen

<sup>95</sup> Siehe hierzu im Kontext von Capabilities und weltweiter menschlichen Entwicklung UNDP (2002), S. 57ff., insbesondere UNDP (2002), S. 64.

Wettbewerb schwerer, Menschen, denen es an politischen Beteiligungsrechten fehlt, optimal zu integrieren und vor Benachteiligungen und Vernachlässigungen zu schützen. Nehmen die Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Chancen wahr und beteiligen sich aktiv, so erhalten Gesellschaft und Staat zudem wesentliche Informationen über unterschiedliche Werte, Bedürfnisse, Interessen sowie Ursachen und Ausmaß von Problemen. Diese Informationen können dann als Grundlage einer informierten Problemlösung dienen. Für Gruppen, die nicht oder nur wenig am politischen Geschehen beteiligt sind, besteht dagegen die Gefahr, dass Gesellschaft und Staat deren Situation auch bei weit reichenden politischen Entscheidungen etwa über das Bildungs- und Gesundheitswesen, in Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie über das System der sozialen Sicherung nicht ausreichend berücksichtigen können. Vernachlässigter politischer Handlungsbedarf erklärt sich daher nicht selten auch aus mangelhafter politischer Mitwirkung der Betroffenen.<sup>96</sup> Insoweit deutet die Untersuchung eines Mangels an politischen Chancen zugleich auf weitergehende Risiken hin.

Ziel einer Armutsberichterstattung muss es daher sein, Defizite der politischen Partizipation zu identifizieren. Zwar lässt sich hieraus nicht notwendigerweise auf bereits anderweitig verminderte Verwirklichungschancen schließen; Aber es ermöglicht, Bereiche und Gruppen zu identifizieren, in denen die Gefahr einer politischen Vernachlässigung und einer Beeinträchtigung zumindest künftiger Verwirklichungschancen relativ groß ist. Diese Gruppen bedürfen daher verstärkter Aufmerksamkeit.<sup>97</sup>

Das Sozio-oekonomische Panel bietet zu Fragen der politischen Partizipation nur sehr rudimentäre Informationen. Wesentliche Angaben zur institutionalisierten oder auch informellen Beteiligung am politischen Leben fehlen. Nicht einmal die Wahlbeteiligung wird erhoben. Allerdings werden regelmäßig Fragen zum politischen Interesse gestellt. Da politisches Interesse eine Grundvoraussetzung für politisches Engagement darstellt, kann es vorläufig als eine Hilfsgröße zur Abschätzung einer Art Obergrenze für die Zahl der politischen Aktiven gelten.

Knapp 14% der Deutschen über 16 Jahren sind nach eigener Auskunft überhaupt nicht politisch interessiert (vgl. Tabelle 13). Während zwischen Ost- und Westdeutschland kaum Unterschiede bestehen, fällt auf, dass der Anteil der politisch desinteressierten Frauen um fast 7 Prozentpunkte über dem Anteil der überhaupt nicht an Politik interessierten Männer liegt. Besonders auffällig sind auch hier die Unterschiede bezüglich der Schulabschlüsse. Während bei der Gruppe der

---

<sup>96</sup> Sen (1997; S. 158 veranschaulicht dies an den sehr unterschiedlichen politischen Beteiligungsrechten von Immigranten in Großbritannien und Deutschland. So verfügen Immigranten aus dem Commonwealth in Großbritannien automatisch über das Wahlrecht, so dass Regierungen, die sich den Belangen von Commonwealth-Einwanderern annehmen, mit der Unterstützung dieser Klientel rechnen können. Für andere Immigranten gilt dies in Großbritannien ebenso wenig wie in Deutschland.

<sup>97</sup> Eine umfassendere Analyse sollte darüber hinaus die Beziehungen zwischen politischer und sozialer Partizipation klären; siehe hierzu Schneider/Volkert (2005).

Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur nur ein Anteil von 2,9% politisch völlig uninteressiert ist, steigt der Anteil der politisch Desinteressierten mit sinkendem Bildungsabschluss bis zu einem Anteil von 44,6% bei den Personen ohne Schulabschluss an. Auch die berufliche Stellung verdeutlicht das unterschiedliche Interesse. Während fast keine Beamten zu den politisch Uninteressierten zählen, ist der Anteil unter den Personen mit einem Einkommen unterhalb der Einkommensarmutsrisikogrenze (28,0 %) und den Arbeitslosen mit 22,7% sehr hoch. Ebenso lässt sich bei Betrachtung der verschiedenen Altersgruppen ein fast doppelt so hoher Anteil von politisch Uninteressierten in der jüngsten Altersgruppe (16 bis 29 Jahre) ausmachen. Sehr hohe Werte ergeben sich ebenfalls für Personen mit sonstigem Erwerbsstatus und für Nichtdeutsche (37,8%).

Die sehr rudimentären Angaben, die das SOEP zur politischen Partizipation bietet, werden einem derart komplexen und zentralen Themenbereich nicht gerecht. Kapitel 11 dieses Gutachtens enthält daher einen ausführlicheren Exkurs, der eine deutlich tragfähigere Operationalisierung dieses Segments vor dem Hintergrund des Sen'schen Ansatzes vorschlägt. Dort wird auch herausgearbeitet, welche Informationen im SOEP künftig ermittelt werden sollten, um aussagefähige Angaben zu den politischen Chancen in Deutschland zu gewinnen.

**Tabelle 13: Mangel an politischen Chancen (Ebene 2) (2002)**

	Überhaupt kein politisches Interesse
Bevölkerungsteile	Anteile an Personen älter als 16 Jahre
<b>Gesamt</b>	13,7 %
<b>Region</b>	
Ost	14,5 %
West	13,5 %
<b>Geschlecht</b>	
Männlich	10,1 %
Weiblich	16,8 %
<b>Haushaltstyp</b>	
Ein-Personen-HH	10,9 %
Alleinerziehend	22,9 %
Paar ohne Kinder	11,5 %
Paar mit Kindern	15,1 %
Sonstige	21,9 %
<b>Altersgruppen</b>	
16-29	22,5 %
30-44	12,4 %
45-64	10,7 %
65 und älter	12,4 %
<b>Schulabschluss</b>	
Hauptschulabschluss	16,7 %
Mittlere Reife	11,2 %
FH-Reife/Abitur	2,9 %
Anderer Abschluss	28,4 %
Noch kein Abschluss	21,3 %
Ohne Abschluss	44,6 %
<b>Erwerbsstatus</b>	
Voll erwerbstätig	10,3 %
Teilzeitbeschäftigt	12,9 %
Sonstiges	20,2 %
Nicht erwerbstätig	15,7 %
<b>Berufliche Stellung</b>	
Selbständige	7,4 %
Beamte	1,9 %
Angestellte	8,1 %
Arbeiter	19,9 %
Rentner	12,5 %
Arbeitslose	22,7 %
<b>Nationalität</b>	
Deutsch, seit Geburt	11,5 %
Deutsch, 2. Nationalität	22,2 %
Nicht deutsch	35,8 %
<b>Einkommen</b>	
≤ Armutsrisikoschwelle	28,0 %
> Armutsrisikoschwelle	11,7 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.



### 4.3.2 Ökonomische Chancen

In modernen Marktwirtschaften können und müssen die meisten Sachgüter, Dienstleistungen, aber auch eine ganze Reihe von Rechten gekauft werden. Dementsprechend spielen die ökonomischen Chancen, d.h. ein Markteinkommen erzielen und sich nach eigenen Vorstellungen über die Märkte versorgen zu können, eine zentrale Rolle. Für die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung stellt abhängige Erwerbstätigkeit bis heute die bedeutendste Markteinkommensquelle dar. Ferner prägt die Erwerbsarbeit in erheblichem Maße den sozialen Status, soziale Netzwerke und das allgemeine Wohlbefinden.<sup>98</sup> Insofern liegt es nahe, Armut durch unzureichende ökonomische Chancen zunächst hinsichtlich der Arbeitslosigkeit im Sinne einer Ausgrenzung aus zentralen Bereichen des ökonomischen Geschehens zu untersuchen. Idealerweise sollte es dabei nicht allein um monetäre, sondern auch um nichtmonetäre, etwa psychische Folgen von Arbeitslosigkeit gehen, wobei auch die Dauer explizit zu berücksichtigen ist.

Befragungen zum Wertewandel identifizieren bezahlte Arbeit als für die Bevölkerung wichtigsten Lebensbereich nach der Familie.<sup>99</sup> Verwirklichungschancen, z.B. durch soziale Kontakte, höhere Einkommen, soziale Sicherheit bis hin zu höherer Selbstachtung, bietet jedoch nicht jedes Beschäftigungsverhältnis in gleicher Weise. Der Einfluss eines Beschäftigungsverhältnisses auf die Verwirklichungschancen erfordert eine genauere Betrachtung der Beschäftigungsmerkmale. In materieller Hinsicht ist dabei vor allem das Lohn- und Einkommensniveau wesentlich, da es die Kaufkraft und die finanziellen Möglichkeiten zur Eigenvorsorge bestimmt. Für das Knüpfen von sozialen Kontakten und für die Selbstachtung spielen ferner sowohl objektive als auch subjektiv empfundene Arbeitsbedingungen eine wesentliche Rolle.

#### 4.3.2.1 Personen in erwerbslosen Haushalten

Arbeitslosigkeit betrifft in der Regel nicht nur die Erwerbslosen selbst, sondern auch ihre Familien.<sup>100</sup> In ihren ökonomischen Chancen beeinträchtigt sind demnach Menschen, die in Haushalten leben, in denen niemand erwerbstätig ist. Dies ist gleichzeitig ein Laeken-Indikator. Ziel ist es, jene Bevölkerungsteile zu erfassen, die im Rahmen ihres Haushaltskontextes keinerlei Kontakt mit der Erwerbswelt haben und somit aus einem wichtigen gesellschaftlichen Bereich ausgegrenzt sind. Atkinson et al. (2005) merken zu diesem Indikator an, dass hier nach den Ursachen und Begleitumständen der Nichterwerbstätigkeit differenziert werden sollte z.B. Arbeitslosigkeit,

---

<sup>98</sup> Vgl. Strengmann-Kuhn (1997), S. 113 sowie gezielt im Capability-Kontext Sen (1997), S. 160 ff.

<sup>99</sup> Vgl. Atkinson u.a. (2002), S. 138.

<sup>100</sup> Vgl. Atkinson et al. (2002), S. 146.

Krankheit, Behinderung oder häusliche Pflege<sup>101</sup>, um soziale Ausgrenzungsphänomene präziser analysieren zu können.

In Anlehnung an die in Laeken vorgeschlagene Definition dieses Indikators sind davon zunächst alle Personen im *Alter bis 65 Jahren betroffen*, die in Haushalten leben, in denen kein Mitglied erwerbstätig ist. Allerdings werden jene Personen nicht mitgezählt, die in einem Haushalte leben, in dem das Fehlen von Erwerbstätigen ein gewollter bzw. „natürlicher Zustand“ ist. Nicht gezählt werden im Detail Personen, die in einem Haushalt leben, der sich vollständig aus Personen zusammensetzt, die

- (1) unter 18 und nicht erwerbstätig sind, oder
- (2) zwischen 18-24 Jahren alt sind sowie sich in Ausbildung befinden  
(und nicht erwerbstätig sind), oder
- (3) bereits über 65 Jahre alt sind (und nicht erwerbstätig sind).

Bei einer alternativen Definition sollen zunächst alle Personen betrachtet werden, die in einem erwerbslosen Haushalt leben, jedoch keine Rentner. Dies entspricht der Annahme, dass Erwerbslosigkeit bei Rentnern keinen Mangel an ökonomischen Chancen im Sinne einer Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt ausdrückt, sondern – in der Regel – ein erwünschter Zustand ist. Rentner machen dabei fast 75% der Personen in den Haushalten ohne Erwerbstätige aus. In Tabelle 14 werden daher zusätzlich der entsprechende Anteil der Personen in erwerbslosen Haushalten an allen Personen (inklusive Rentner) und der Rentneranteil an diesen Personen ausgewiesen.

Rund 7,8% aller Personen ab 16 Jahren in Deutschland leben in Haushalten ohne Erwerbstätige und sind nicht Rentner. Dabei handelt es sich überdurchschnittlich häufig um Personen in Ostdeutschland (9,5%), Frauen (9,3%) sowie Alleinerziehende (18,1%). Ebenso leben Personen ohne Schulabschluss (15,8%), Personen, die selbst nicht erwerbstätig sind (17,3%), Arbeitslose (58,5%) und Ausländer (12,4%) häufiger in Haushalten ohne Erwerbstätige.

---

<sup>101</sup> Vgl. Atkinson et al. (2005).

**Tabelle 14: Mangel an ökonomischen Chancen: Personen in erwerbslosen Haushalten mit Unterscheidung nach Haushalten mit und ohne Rentner (Ebene 3) (2002)**

	Personen in HH ohne Erwerbstätige (Laeken-Def.)*	Personen in HH ohne Erwerbstätige (ohne Rentner, ohne Jugendliche in Ausbildung)**	Personen in HH ohne Erwerbstätige (mit Rentnern und Jugendlichen in Ausbildung)	Rentner sowie Jugendliche in Ausbildung in Haushalten ohne Erwerbstätige
	Anteile an ...			
Bevölkerungsteile	... Personen älter als 16 Jahre			... Pers. in HH ohne Erwerbstätige
<b>Gesamt</b>	11,9 %	7,2 %	30,3 %	76,3 %
<b>Region</b>				
Ost	16,4 %	9,0 %	36,0 %	75,0 %
West	10,9 %	6,7 %	29,0 %	76,7 %
<b>Geschlecht</b>				
Männlich	10,2 %	5,6 %	25,0 %	77,8 %
Weiblich	13,5 %	8,6 %	35,0 %	75,5 %
<b>Haushaltstyp</b>				
Ein-Personen-HH	16,5 %	9,9 %	53,6 %	81,5 %
Alleinerziehend	19,6 %	17,5 %	22,0 %	20,6 %
Paar ohne Kinder	15,6 %	6,8 %	44,6 %	84,7 %
Paar mit Kindern	5,0 %	4,3 %	5,9 %	27,5 %
Sonstige	11,3 %	7,6 %	22,4 %	66,0 %
<b>Altersgruppen</b>				
16-29	7,9 %	7,3 %	10,5 %	31,0 %
30-44	7,6 %	7,2 %	7,6 %	4,6 %
45-64	25,4 %	9,6 %	25,4 %	62,2 %
65 und älter	0,0 %	3,1 %	88,7 %	96,5 %
<b>Schulabschluss</b>				
Hauptschulabschluss	15,6 %	7,6 %	45,0 %	83,1 %
Mittlere Reife	9,3 %	6,3 %	19,6 %	67,9 %
FH-Reife/Abitur	7,5 %	5,1 %	18,5 %	72,6 %
Anderer Abschluss	14,2 %	10,8 %	28,6 %	62,3 %
Noch kein Abschluss	4,6 %	4,4 %	6,4 %	32,0 %
Ohne Abschluss	20,7 %	15,2 %	41,1 %	63,1 %
<b>Erwerbsstatus</b>				
Voll erwerbstätig	0,0 %	0,0 %	0,0 %	. %
Teilzeitbeschäftigt	0,0 %	0,0 %	0,0 %	. %
Sonstiges	0,0 %	0,0 %	0,0 %	. %
Nicht erwerbstätig	26,6 %	16,0 %	67,5 %	76,3 %
<b>Berufliche Stellung</b>				
Selbständige	0,0 %	0,0 %	0,0 %	. %
Beamte	0,0 %	0,0 %	0,0 %	. %
Angestellte	0,0 %	0,0 %	0,0 %	. %
Arbeiter	0,0 %	0,0 %	0,0 %	. %
Rentner	19,9 %	0,0 %	85,0 %	100,0 %
Arbeitslose	57,9 %	58,5 %	58,5 %	0,0 %
<b>Nationalität</b>				
Deutsch, seit Geburt	11,6 %	6,7 %	31,3 %	78,7 %
Deutsch, 2. Nationalität	14,6 %	10,7 %	26,9 %	60,3 %
Nicht deutsch	14,2 %	11,7 %	20,5 %	43,1 %
<b>Einkommen</b>				
≤ Armutsrisikoschwelle	33,7 %	28,1 %	54,5 %	48,5 %
> Armutsrisikoschwelle	8,9 %	4,0 %	26,9 %	85,1 %

\* Personen im Alter zwischen 0 und 65 Jahren, die in Haushalten leben, in denen kein Mitglied erwerbstätig ist, mit Ausnahme derjenigen Haushalte, in denen alle Haushaltsmitglieder einer der nachfolgenden Kategorien zuzurechnen sind: (1) unter 18 und nicht erwerbstätig, (2) 18-24 in Ausbildung und nicht erwerbstätig (3) über 65 Jahre und nicht erwerbstätig.

\*\* Ohne Rentner (aller Lebensalter), ohne 18-24-Jährige, die in Ausbildung und nicht erwerbstätig sind.

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Das Leben in einem Haushalt ohne Erwerbstätige kann aber besonders auch die Verwirklichungschancen von Kindern und Jugendlichen beeinflussen. Schließlich kann vermutet werden, dass die Leistungs- und Erwerbsorientierung und damit auch die künftigen Verwirklichungschancen der Kinder stark vom elterlichen Vorbild und Haushaltskontext geprägt werden (Atkinson et al. 2005).

**Tabelle 14a: Mangel an ökonomischen Chancen: Kinder in erwerbslosen Haushalten (2002)**

	Kinder in Haushalten ohne Erwerbstätige (Laeken-Def.)*
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteile an Kindern unter 16 Jahren</b>
<b>Gesamt</b>	12,1 %
<b>Region</b>	
Ost	16,9 %
West	11,3 %
<b>Geschlecht</b>	
Männlich	10,9 %
Weiblich	13,5 %
<b>Haushaltstyp</b>	
Alleinerziehend	38,0 %
Paar mit Kindern	8,2 %
Sonstige	17,3 %
<b>Altersgruppen</b>	
0-6	15,9 %
7-10	11,0 %
11-16	9,3 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Die Betroffenheit von fehlender Erwerbstätigkeit im Haushalt ist mit knapp 12,1 % unter den Kindern insgesamt nur unwesentlich höher als bei den Personen über 16 Jahren. Allerdings variieren die Ergebnisse stark nach dem Haushaltstyp: Während Kinder in alleinerziehenden Haushalten mit 38 % sehr häufig betroffen sind, ist die bei Kindern, die in Paarhaushalten leben mit 8,2 % deutlich weniger der Fall als in der Bevölkerung insgesamt. Im Fall der Kinder unterscheiden sich die beiden alternativen Konzepte nur sehr unwesentlich.<sup>102</sup>

<sup>102</sup> Wie schon in Tabelle 14 zu sehen, sind die Unterschiede in der jüngsten Altersgruppe von 16-29 Jahren sowie bei den Haushaltstypen mit Kindern bereits sehr gering. Deshalb wurde auf die Darstellung verzichtet.

#### 4.3.2.2 Langzeitarbeitslose

Aus der Perspektive der Verwirklichungschancen stellt Langzeitarbeitslosigkeit eine längerfristige Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben und damit einen Mangel an einer grundlegenden gesellschaftlich bedingten Chance dar. Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet demnach Armut als einen Mangel an Verwirklichungschancen zu begreifen, auch wenn sie nicht notwendigerweise mit geringen Einkommen einhergeht. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit können sich sowohl die finanziellen wie auch die nichtmonetären Beeinträchtigungen der Verwirklichungschancen verschärfen. Aus diesem Grund bietet sich eine gezielte Betrachtung der Langzeitarbeitslosigkeit an. Als langzeitarbeitslos gelten Personen, die zum Befragungszeitpunkt bereits seit mindestens zwölf Monaten arbeitslos waren.

Der Katalog der Laeken-Indikatoren enthält drei Indikatoren zum Bereich Langzeitarbeitslosigkeit: Den Anteil der Langzeitarbeitslosen (Primärindikator), die Quote der Langzeitarbeitslosen und den Anteil der Extrem-Langzeitarbeitslosen (mindestens 24 Monate).<sup>103</sup>

In Tabelle 15 werden die beiden zentralen Laeken-Indikatoren der Langzeitarbeitslosigkeit mit Hilfe des SOEP abgebildet. Als Quote werden dabei sowohl der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Personen, die 16 Jahre oder älter sind, als auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den aktuell insgesamt arbeitslosen Personen ausgegeben.

Rund 2,5% aller Personen über 16 Jahre sind zum Befragungszeitpunkt langzeitarbeitslos. Deutlich erkennbar sind vor allem die regionalen Unterschiede mit Quoten von 5,1% in Ost- und 1,9% in Westdeutschland. In Gesamtdeutschland ist damit mehr als jeder dritte Arbeitslose langzeitarbeitslos.

Fehlende Bildung ist ein zentraler Risikofaktor für Langzeitarbeitslosigkeit. 6% aller Personen ohne Schulabschluss sind langzeitarbeitslos und mit 48,5% ist fast jeder zweite Arbeitslose ohne Schulabschluss langzeitarbeitslos. Ebenfalls von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind 6% aller Alleinerziehenden. Unterschiede hinsichtlich der Langzeitarbeitslosigkeit gibt es auch zwischen den Deutschen und den Nichtdeutschen. Während der Anteil der langzeitarbeitslosen Personen bei den Deutschen mit 2,3% leicht unterdurchschnittlich ausfällt, sind es bei den Nichtdeutschen immerhin 3,9%.

---

<sup>103</sup> Atkinson et al. schlagen vor, den Anteil der Extremlangzeitarbeitslosen aus dem Katalog zu streichen, da das Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit durch die anderen zwei Indikatoren gut abgedeckt sei (vgl. Atkinson et al. 2005, S. 120-121).

Mit zunehmendem Alter nimmt das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit gemessen an beiden Indikatoren signifikant zu. Während nur 1,4% der unter 30-Jährigen langzeitarbeitslos sind, sind es immerhin 4,7 % der 45- bis 64-Jährigen.

**Tabelle 15: Mangel an ökonomischen Chancen: Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosenquote (Ebene 3) (2002)**

	Langzeitarbeitslose	
Bevölkerungsteile	Anteil an den Personen älter als 16 Jahre	Anteil an den Arbeitslosen
<b>Gesamt</b>	2,5 %	37,1 %
<b>Region</b>		
Ost	5,1 %	40,4 %
West	1,9 %	35,1 %
<b>Geschlecht</b>		
Männlich	2,8 %	39,4 %
Weiblich	2,2 %	34,7 %
<b>Haushaltstyp</b>		
Ein-Personen-HH	2,8 %	41,6 %
Alleinerziehend	6,0 %	39,5 %
Paar ohne Kinder	2,1 %	38,7 %
Paar mit Kindern	2,1 %	32,9 %
Sonstige	2,1 %	30,0 %
<b>Altersgruppen</b>		
16-29	1,4 %	21,5 %
30-44	2,3 %	27,3 %
45-64	4,7 %	51,7 %
65 und älter	0,0 %	15,3 %
<b>Schulabschluss</b>		
Hauptschulabschluss	3,2 %	45,0 %
Mittlere Reife	2,4 %	28,7 %
FH-Reife/Abitur	0,7 %	22,8 %
Anderer Abschluss	4,1 %	43,4 %
Noch kein Abschluss	0,0 %	0,0 %
Ohne Abschluss	6,0 %	48,6 %
<b>Erwerbsstatus</b>		
Voll erwerbstätig	0,0 %	. %
Teilzeitbeschäftigt	0,1 %	. %
Sonstiges	2,6 %	. %
Nicht erwerbstätig	5,0 %	37,1 %
<b>Berufliche Stellung</b>		
Selbständige	0,3 %	. %
Beamte	0,0 %	. %
Angestellte	0,1 %	. %
Arbeiter	1,0 %	. %
Rentner	0,0 %	. %
Arbeitslose	37,1 %	37,1 %
<b>Nationalität</b>		
Deutsch, seit Geburt	2,3 %	36,7 %
Deutsch, 2. Nationalität	3,1 %	32,1 %
Nicht deutsch	3,9 %	42,5 %
<b>Einkommen</b>		
≤ Armutsrisikoschwelle	11,4 %	49,9 %
> Armutsrisikoschwelle	1,3 %	28,1 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

#### 4.3.2.3 Niedriglohnempfänger

Niedriglöhne gehen nicht notwendigerweise mit Einkommensarmut einher. Jedoch signalisieren sie oftmals ein höheres *Risiko* der Betroffenen, etwa bei Arbeitslosigkeit oder Trennung vom Haupteinkommensbezieher, nur über sehr geringe *eigenständige* ökonomische Chancen zu verfügen.

In der Literatur wurde eine Vielzahl verschiedener Niedriglohndefinitionen vorgeschlagen.<sup>104</sup> Je nach Wahl der Definition von Lohn und Niedriglohnschwelle sind hier auch viele verschiedene Kombinationen möglich. In den im Weiteren anhand des SOEP abgebildeten Indikator der ökonomischen Chancen gehen alle Personen als Niedriglohnempfänger ein, deren aktueller Nettomonatslohn ohne Sondervergütungen unterhalb der Armutsrisikogrenze (60%-Median) liegt. Alternativ wird statt dem Monatslohn auch eine Betrachtung der Stundenlöhne durchgeführt. Der Nettostundenlohn wird dabei berechnet, indem der Nettomonatslohn durch die durchschnittliche Anzahl von 4,3 Wochen pro Monat und durch die tatsächlich geleistete Wochenarbeitsstundenzahl geteilt wird.

Mit Blick auf das Monatsgehalt gibt es im SOEP grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Im SOEP werden die Arbeitseinkommen sowohl für den letzten Monat als auch für das letzte Jahr abgefragt. Im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie wurde das aktuellere letzte Monatseinkommen gewählt, auch wenn darin keine Sondervergütungen, die tatsächlich lohn erhöhend wirken, enthalten sind. Ein Vorteil dieser Vorgehensweise besteht in der höheren Aktualität, die gerade für die Armutsberichterstattung wichtig ist. Darüber hinaus kann diese Lohngröße mit der tatsächlich gearbeiteten Wochenstundenzahl korrigiert werden, um somit zu einem konsistenten Stundenlohnkonzept zu gelangen. Die wünschenswerte Hinzurechnung der Sondervergütungen ist dagegen nicht möglich, da die Angaben sich auf das jeweilige Vorjahr beziehen. Die Verwendung der Sondervergütungen aus dem Vorjahr als Näherungsvariable für die aktuellen Sondervergütungen wird ausgeschlossen, da in Zeiten stark schwankender Sondervergütungen ein beträchtlicher Messfehler zu erwarten ist. Zudem wird durch die Verwendung der (Vorjahres-)Angaben die Berichterstattung verzögert und die zu verwendende Stichprobe, aufgrund der Panelmoralität, verkleinert. Ferner werden auf diese Weise Hochrechnungsprobleme für den Gesamtindikator erzeugt.

Betrachtet man zunächst das *monatliche Nettoeinkommen* zur Beurteilung der Entlohnung, so sind knapp 22,8% der erwerbstätigen Personen über 16 Jahren Niedriglohnbezieher (vgl. Tabelle 16). Besonders auffallend ist der wesentlich größere Niedriglohnsektor unter den Frauen, bei denen 36,6% ein Monatseinkommen beziehen, das unterhalb der Einkommensarmutsgrenze liegt

---

<sup>104</sup> Für eine erste Auswahl vgl. z. B. Strengmann-Kuhn (2003).

(Männer: 11,0%). Sehr hoch ist der Anteil der Personen mit monatlichem Niedriglohn auch unter Alleinerziehenden (28,7%), unter den 16- bis 29-Jährigen (40%) und den Personen im Alter von 65 Jahren oder älter (67,3%) sowie unter den Personen ohne Schulabschluss (27,3%). Ebenso überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der „Niedriglohnbeziehenden“ unter den Teilzeitbeschäftigten (55,2%) und den Personen mit sonstigem Erwerbsstatus (90,3%). Bei Differenzierung nach beruflicher Stellung sind vor allem Arbeiter (24,2%) überrepräsentiert. Eine solche Niedriglohndefinition im Sinne eines niedrigen Monatslohnes dokumentiert auch die durch Teilzeitarbeit niedrigeren Monatslöhne und erscheint relativ gut geeignet, um Abhängigkeiten von Erwerbseinkommen eines Partners und die damit verbundenen Risiken bei Arbeitslosigkeit oder Trennung abzuschätzen. Schließlich kann insbesondere bei Müttern nicht ohne weiteres angenommen werden, dass eine Vollzeitstelle sowie ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten sofort verfügbar sind. Allerdings sollte beachtet werden, dass diese Definition die Möglichkeiten von Frauen, bei Bedarf auf Vollzeitstellen wechseln zu können, eher pessimistisch einschätzt, was die Anteilswerte tendenziell erhöht.

Geht man dagegen von der heroischen Annahme aus, dass Teilzeitbeschäftigte bei Bedarf jederzeit auf eine Vollzeitstelle wechseln könnten und wollten, läge es nahe, Niedriglöhne auf eine Stundenlohnbasis zu beziehen. Betrachtet man daher alternativ den oben definierten nachrichtlichen Indikator *Nettostundenlohn*, so fällt besonders bei Frauen der Rückgang des Anteils der Niedriglohnbezieher auf. Während das monatliche Nettoeinkommen noch bei 36,6% der Frauen unterhalb der Armutsgrenze liegt, ist der Nettostundenlohn nur noch bei 19,3% der Frauen im armutsrelevanten Bereich. Zurückzuführen ist dies auf den großen Anteil von Teilzeitbeschäftigten unter den Frauen, was auch der entsprechende Rückgang des Anteils der Niedriglohnbezieher bei Stundenlohnbetrachtung unter den Teilzeitbeschäftigten bestätigt. Ein deutlich höherer Anteil von der Niedriglohnbeschäftigung von Frauen als von Männern bleibt aber in beiden Fällen bestehen.



**Tabelle 16: Mangel an ökonomischen Chancen: Alternative Definitionen von Niedriglohnbeziehern im Vergleich (Ebene 3) (2002)**

	<b>Niedriger Nettomonatslohn</b> Monatliches Nettoeinkommen weniger als 60% des Medianeinkommens	<b>Niedriger Nettostundenlohn</b> Nettostundenlohn geringer als 60% des Mediannettostundenlohnes
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteile an erwerbstätigen Personen älter als 16 Jahre</b>	
<b>Gesamt</b>	22,8 %	15,1 %
<b>Region</b>		
Ost	21,9 %	25,5 %
West	23,0 %	12,8 %
<b>Geschlecht</b>		
Männlich	11,0 %	11,6 %
Weiblich	36,6 %	19,3 %
<b>Haushaltstyp</b>		
Ein-Personen-HH	12,7 %	11,0 %
Alleinerziehend	28,7 %	23,2 %
Paar ohne Kinder	17,2 %	11,5 %
Paar mit Kindern	28,8 %	17,2 %
Sonstige	33,8 %	26,5 %
<b>Altersgruppen</b>		
16-29	40,0 %	35,2 %
30-44	17,4 %	9,8 %
45-64	17,8 %	9,0 %
65 und älter	67,3 %	34,9 %
<b>Schulabschluss</b>		
Hauptschulabschluss	26,5 %	16,4 %
Mittlere Reife	22,7 %	17,1 %
FH-Reife/Abitur	15,7 %	9,2 %
Anderer Abschluss	25,2 %	17,0 %
Noch kein Abschluss	100,0 %	26,5 %
Ohne Abschluss	27,3 %	19,4 %
<b>Erwerbsstatus</b>		
Voll erwerbstätig	3,5 %	7,5 %
Teilzeitbeschäftigt	55,2 %	17,0 %
Sonstiges	90,3 %	61,7 %
Nicht erwerbstätig	. %	. %
<b>Berufliche Stellung</b>		
Selbständige	20,1 %	23,0 %
Beamte	2,2 %	3,0 %
Angestellte	17,5 %	6,9 %
Arbeiter	24,2 %	15,4 %
Rentner	7,8 %	. % <sup>105</sup>
Arbeitslose	. %	. %
<b>Nationalität</b>		
Deutsch, seit Geburt	22,2 %	14,9 %
Deutsch, 2. Nationalität	30,1 %	21,2 %
Nicht deutsch	26,2 %	15,4 %
<b>Einkommen</b>		
≤ Armutsrisikoschwelle	61,8 %	45,1 %
> Armutsrisikoschwelle	19,9 %	13,0 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

<sup>105</sup> Angaben mit Blick auf einen niedrigen Nettostundenlohn können für die Rentner im Gegensatz zum Fall des Nettolohns nicht berechnet werden, da es sich um Rentner in Altersteilzeit mit einer Arbeitszeit von Null handelt.

#### 4.3.2.4 Working Poor

*Working Poor* bezeichnet Armut trotz Erwerbstätigkeit. Insofern gelten im Weiteren alle Personen als arm, deren Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsschwelle (des oben erläuterten 60%-Medians) liegt und die gleichzeitig einem Haushalt mit mindestens einem Erwerbstätigen angehören. Der Anteil der *Working Poor* bezieht sich auf alle Personen, die in Haushalten mit mindestens einem Erwerbstätigen leben.

Rund 7,3% aller Personen, die in Erwerbstätigenhaushalten leben, sind einkommensarm (vgl. Tabelle 17). Der wesentlich geringere Anteil im Vergleich zu den Niedriglohnbeziehern erklärt sich dadurch, dass zwar einzelne Personen lediglich einen Niedriglohn beziehen, jedoch durch das Einkommen von weiteren Personen im Haushalt ein Nettoäquivalenzeinkommen oberhalb der Armutsgrenze erreichen.

Erneut ist auch die *Working Poor*-Quote unter den Personen ohne Schulabschluss am höchsten: fast jede vierte Person ohne Schulabschluss, die in einem Erwerbstätigenhaushalt lebt, muss nach dieser Definition als arm trotz Erwerbstätigkeit bezeichnet werden. Dagegen sind es „nur“ rund 3,6% der Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur. Auffallend ist, dass sich der Anteil der Niedriglohnbeziehenden und der *Working Poor* in der Gruppe der Personen ohne Schulabschluss kaum unterscheidet: Der Anteil der armen Bevölkerung unter den Personen ohne Schulabschluss ändert sich auch durch die Berücksichtigung der Haushaltssituation nicht.

Unter ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist das Phänomen der *Working Poor* mit 14,4% erheblich stärker verbreitet als bei Deutschen mit 6,4%. Des Weiteren zählt ungefähr jeder zehnte Arbeiter, aber nur etwa jeder 33. Angestellte, zu den *Working Poor*.

**Tabelle 17: Mangel an ökonomischen Potenzialen: Working Poor (Ebene 3) (2002)**

	<b>Working Poor</b> Personen, die in einem Haushalt mit mindestens einem Erwerbstätigen leben und deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medianeinkommens beträgt
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteil an Personen in Haushalten mit mindestens einem Erwerbstätigen</b>
<b>Gesamt</b>	7,3 %
<b>Region</b>	
Ost	9,0 %
West	7,0 %
<b>Geschlecht</b>	
Männlich	6,8 %
Weiblich	7,9 %
<b>Haushaltstyp</b>	
Ein-Personen-HH	6,9 %
Alleinerziehend	15,5 %
Paar ohne Kinder	4,7 %
Paar mit Kindern	7,3 %
Sonstige	15,0 %
<b>Altersgruppen</b>	
16-29	12,1 %
30-44	5,4 %
45-64	6,3 %
65 und älter	7,1 %
<b>Schulabschluss</b>	
Hauptschulabschluss	9,7 %
Mittlere Reife	5,5 %
FH-Reife/Abitur	3,6 %
Anderer Abschluss	11,2 %
Noch kein Abschluss	12,5 %
Ohne Abschluss	24,2 %
<b>Erwerbsstatus</b>	
Voll erwerbstätig	3,6 %
Teilzeitbeschäftigt	10,1 %
Sonstiges	16,5 %
Nicht erwerbstätig	10,9 %
<b>Berufliche Stellung</b>	
Selbständige	7,1 %
Beamte	1,4 %
Angestellte	3,0 %
Arbeiter	9,9 %
Rentner	7,1 %
Arbeitslose	17,7 %
<b>Nationalität</b>	
Deutsch, seit Geburt	6,4 %
Deutsch, 2. Nationalität	12,2 %
Nicht deutsch	14,4 %
<b>Einkommen</b>	
≤ Armutsrisikoschwelle	100,0 %
> Armutsrisikoschwelle	0,0 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Fasst man die Ergebnisse der vier zentralen Teilindikatoren der ökonomischen Chancen zusammen, so ist wie einleitend erläutert eine Person „arm“ hinsichtlich ihrer ökonomischen Chancen, wenn sie in einem der vier genannten Bereiche benachteiligt ist, also wenn sie entweder

- in einem erwerbslosen Haushalt lebt, **oder**
- langzeitarbeitslos ist, **oder**
- einen Niedriglohn empfängt, **oder**
- einkommensarm ist, obwohl eine Person im Haushalt einer Erwerbstätigkeit nachgeht.

Tabelle 18 gibt noch einmal zusammenfassend die vier Teilindikatoren und den aggregierten Indikator der ökonomischen Chancen wieder.

Nach dieser Definition sind mit 22,6%, also knapp ein Viertel, der Personen über 16 Jahren in Deutschland in ihren ökonomisch bedingten Chancen eingeschränkt. Das heißt, dass diese insofern unter einem Mangel an ökonomischen Chancen leiden, als sie keinen Kontakt oder eigenen Zugang zum Erwerbsleben haben oder in einer Weise Teil des Erwerbslebens sind, die die Überwindung von Einkommensarmut nicht oder nur mit Hilfe anderer Personen ermöglicht. Besonders ausgeprägt sind die Beeinträchtigungen der ökonomischen Chancen bei Frauen (27,9%), Alleinerziehenden (41,5%), Jüngeren zwischen 16 und 29 Jahren (38,9%), bei Personen ohne Schulabschluss (36,9%), Arbeitslosen (73,9%) und Ausländern (35,0%).

**Tabelle 18: Mangel an ökonomischen Chancen (Ebene 2) sowie Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige, Anteil der Langzeitarbeitslosen, Niedriglohnbezieher, Working Poor (jeweils Ebene 3) (2002)**

	Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige (Laeken- Def.)*	Anteil der Langzeitarbeitslosen	Niedriger Netto-monatslohn ( $< 60\%$ des Medians)	Working Poor	Armut an ökonomischen Chancen in mind. einem Bereich begrenzt
Bevölkerungsteile	Anteile an den über 16-jährigen ...				
	... Personen		... Erwerbstätigen	... Personen in Haushalten mit mindestens einem Erwerbstätigen	... Personen
<b>Gesamt</b>	11,9 %	2,5 %	22,8 %	7,3 %	26,8 %
<b>Region</b>					
Ost	16,4 %	5,1 %	21,9 %	9,0 %	31,0 %
West	10,9 %	1,9 %	23,0 %	7,0 %	25,8 %
<b>Geschlecht</b>					
Männlich	10,2 %	2,8 %	11,0 %	6,8 %	20,7 %
Weiblich	13,5 %	2,2 %	36,6 %	7,9 %	32,1 %
<b>Haushaltstyp</b>					
Ein-Personen-HH	16,5 %	2,8 %	12,7 %	6,9 %	22,7 %
Alleinerziehend	19,6 %	6,0 %	28,7 %	15,5 %	43,1 %
Paar ohne Kinder	15,6 %	2,1 %	17,2 %	4,7 %	24,7 %
Paar mit Kindern	5,0 %	2,1 %	28,8 %	7,3 %	28,1 %
Sonstige	11,3 %	2,1 %	33,8 %	15,0 %	32,6 %
<b>Altersgruppen</b>					
16-29	7,9 %	1,4 %	40,0 %	12,1 %	36,3 %
30-44	7,6 %	2,3 %	17,4 %	5,4 %	23,6 %
45-64	25,4 %	4,7 %	17,8 %	6,3 %	39,4 %
65 und älter	0,0 %	0,0 %	67,3 %	7,1 %	2,1 %
<b>Schulabschluss</b>					
Hauptschulabschluss	15,6 %	3,2 %	26,5 %	9,7 %	29,6 %
Mittlere Reife	9,3 %	2,4 %	22,7 %	5,5 %	26,0 %
FH-Reife/Abitur	7,5 %	0,7 %	15,7 %	3,6 %	18,5 %
Anderer Abschluss	14,2 %	4,1 %	25,2 %	11,2 %	33,1 %
Noch kein Abschluss	4,6 %	0,0 %	100,0 %	12,5 %	27,1 %
Ohne Abschluss	20,7 %	6,0 %	27,3 %	24,2 %	41,4 %
<b>Erwerbsstatus</b>					
Voll erwerbstätig	0,0 %	0,0 %	3,5 %	3,6 %	6,0 %
Teilzeitbeschäftigt	0,0 %	0,1 %	55,2 %	10,1 %	53,2 %
Sonstiges	0,0 %	2,6 %	90,3 %	16,5 %	76,2 %
Nicht erwerbstätig	26,6 %	5,0 %	. %	10,9 %	31,2 %
<b>Berufliche Stellung</b>					
Selbständige	0,0 %	0,3 %	20,1 %	7,1 %	19,4 %
Beamte	0,0 %	0,0 %	2,2 %	1,4 %	3,4 %
Angestellte	0,0 %	0,1 %	17,5 %	3,0 %	17,2 %
Arbeiter	0,0 %	1,0 %	24,2 %	9,9 %	27,5 %
Rentner	19,9 %	0,0 %	7,8 %	7,1 %	21,1 %
Arbeitslose	57,9 %	37,1 %	. %	17,7 %	73,4 %
<b>Nationalität</b>					
Deutsch, seit Geburt	11,6 %	2,3 %	22,2 %	6,4 %	25,6 %
Deutsch, 2. Nationalität	14,6 %	3,1 %	30,1 %	12,2 %	34,5 %
Nicht deutsch	14,2 %	3,9 %	26,2 %	14,4 %	36,8 %
<b>Einkommen</b>					
$\leq$ Armutsrisikoschwelle	33,7 %	11,4 %	61,8 %	100,0 %	79,2 %
$>$ Armutsrisikoschwelle	8,9 %	1,3 %	19,9 %	0,0 %	20,2 %

\* Personen im Alter zwischen 0 und 65 Jahren, die in Haushalten leben, in denen kein Mitglied erwerbstätig ist, mit Ausnahme derjenigen Haushalte, in denen alle Haushaltsmitglieder einer der nachfolgenden Kategorien zuzurechnen sind: (1) unter 18 und nicht erwerbstätig, (2) 18-24 in Ausbildung und nicht erwerbstätig (3) über 65 Jahre und nicht erwerbstätig.

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Insgesamt lassen sich die monetären Aspekte des Mangels an ökonomischen Chancen mit dem SOEP recht gut abbilden. Wünschenswert wäre allerdings die Ermittlung der nicht-monetären, etwa psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit, die die Verwirklichungschancen im Fall von Arbeitslosigkeit maßgeblich beeinflussen. Zudem sollte eine bessere Abbildung von Arbeitsbedingungen angestrebt werden.

### **4.3.3 Soziale Chancen**

Wie nachhaltig sich ein Mangel an nichtfinanziellen Potenzialen, insbesondere auch durch gesundheitliche Einschränkungen, Behinderungen und Bildungs- sowie Kompetenzarmut, auf die Verwirklichungschancen auswirkt, hängt auch von der Verfügbarkeit eines Zugangs zum Gesundheits- und Bildungssystem als Teil der gesellschaftlich bedingten Chancen ab. Solche gesellschaftlich bedingten Chancen sind von besonderem Interesse für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung, da sie – anders als die individuellen Potenziale, wie Gesundheit, Behinderung oder Bildungsstand – unmittelbar von Staat und Gesellschaft beeinflusst werden können.

#### **4.3.3.1 Zugang zum Bildungssystem**

Zugänglichkeit und Qualität des Bildungssystems entscheiden mit darüber, wer in welchem Maße mangelnde Kompetenzen oder fehlende Bildungsabschlüsse (nachträglich) erwerben kann. Ferner haben sie großen Einfluss darauf, welche Gruppen die Chance bekommen, mit den steigenden Anforderungen in komplexen Wissensgesellschaften Schritt zu halten. Für die Armutsberichterstattung erscheinen in dieser Hinsicht folgende Aspekte als besonders bedeutsam:

- A. Zugang von Jugendlichen zu Schulsystem und Bildungsabschlüssen
- B. Zugang von Erwachsenen zu Maßnahmen, um fehlende elementare Kompetenzen, etwa in Alphabetisierungskursen, nachträglich zu erwerben
- C. Zugang von Erwachsenen zum Weiterbildungssystem, um mit den Erfordernissen von Wissensgesellschaften Schritt zu halten

#### **A. Zugang von Jugendlichen zu Schulsystem und Bildungsabschlüssen**

Der Hauptschulabschluss ist heutzutage oft nicht ausreichend, um ein Mindestmaß an dauerhaft verlässlichen Chancen am Arbeitsmarkt zu bekommen. Dennoch bildet er zumindest eine Grundvoraussetzung für weitergehende Ausbildungsmöglichkeiten. Insofern stellen Jugendliche ohne Hauptschulabschluss eine in ihrem Zugang zum Bildungssystem besonders benachteiligte Gruppe dar. Möchte man dies im Einklang mit den EU-Indikatoren ermitteln, so wäre in Anlehnung an den entsprechenden Laeken-Indikator „Junge Erwachsene ohne höheren Schulabschluss“ eine Betrachtung der Altersgruppe der 15 bis einschließlich 24-Jährigen wünschenswert.

Derzeit werden die hierzu notwendigen Personenangaben im SOEP jedoch nur für Personen ab 16 Jahre erhoben. Entsprechend wird in Tabelle 19 der Anteil jeweils in Relation zu allen 16- bis 24-Jährigen ausgewiesen.

**Tabelle 19: Mangel an sozialen Chancen: Anteil der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss an allen Jugendlichen zwischen 16- bis 24-Jahren (Ebene 3) (2002)**

	16- bis 24-Jährige ohne Hauptschulabschluss
Bevölkerungsteile	Anteil an allen 16- bis 24-Jährigen
<b>Gesamt</b>	1,5 %
<b>Region</b>	
Ost	1,0 %
West	1,7 %
<b>Geschlecht</b>	
Männlich	1,9 %
Weiblich	1,2 %
<b>Haushaltstyp</b>	
1-Personen-HH	2,3 %
Alleinerziehend	0,3 %
Paar ohne Kinder	2,0 %
Paar mit Kindern	1,7 %
Sonstige	0,6 %
<b>Altersgruppen</b>	
16-29	1,5 %
30-44	. %
45-64	. %
65 und älter	. %
<b>Schulabschluss</b>	
Hauptschulabschluss	0,0 %
Mittlere Reife	0,0 %
FH-Reife/Abitur	0,0 %
Anderer Abschluss	0,0 %
Noch kein Abschluss	0,0 %
Ohne Abschluss	100,0 %
<b>Erwerbsstatus</b>	
Voll erwerbstätig	1,7 %
Teilzeitbeschäftigt	1,1 %
Sonstiges	1,4 %
Nicht erwerbstätig	1,6 %
<b>Berufliche Stellung</b>	
Selbständige	0,0 %
Beamte	0,0 %
Angestellte	0,2 %
Arbeiter	4,0 %
Rentner	. %
Arbeitslose	2,6 %
<b>Nationalität</b>	
Deutsch, seit Geburt	1,4 %
Deutsch, 2. Nationalität	1,0 %
Nicht deutsch	3,2 %
<b>Einkommen</b>	
≤ Armutsrisikoschwelle	3,4 %
> Armutsrisikoschwelle	0,8 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Rund 1,5% der 16- bis 24-Jährigen verfügte im Jahr 2002 über keinen Hauptschulabschluss. Auch dieser Anteil liegt dabei im Westen (1,7%) höher als im Osten (1,0%). Darüber hinaus sind gerade jüngere Ausländer in besonderem Maße betroffen: der Anteil der 16- bis 24-Jährigen ohne Hauptschulabschluss liegt hier mit 3,2% erheblich über dem entsprechenden Anteil bei den deutschen Jugendlichen.

Nicht mit Hilfe des SOEP, sondern insbesondere mit Hilfe der PISA-Studien lässt sich darüber hinaus untersuchen, inwieweit der Zugang zu bestimmten Schulen und Schultypen mit einem entsprechenden Kompetenzerwerb einhergeht. So lassen sich damit Unterschiede im Kompetenzerwerb an vergleichbaren Schultypen, etwa nach Geschlecht, sozialer Stellung, Bildungsniveau der Eltern oder der Zugehörigkeit zu einer Immigrantenfamilie darstellen.<sup>106</sup>

Hieraus sollte sich ableiten lassen, inwieweit Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien trotz gleicher Kompetenz schlechtere Noten und Bildungsabschlüsse erzielen. Längerfristig bietet sich ein Vergleich der Ergebnisse im Zeitverlauf an, um die Wirksamkeit von Reformansätzen veranschaulichen zu können.

### ***B. Zugang von Erwachsenen zu Maßnahmen, um fehlende elementare Kompetenzen nachträglich zu erwerben***

Alphabetisierungskurse vermitteln den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Voraussetzungen, um durch Weiterbildung in die Wissensgesellschaft integriert werden zu können. Dies ermöglicht den Betreffenden sich z.B. ohne Scham und gemäß der eigenen Zielsetzungen kompetent und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.<sup>107</sup> Gesellschafts- und bildungspolitisch sind Barrieren der Teilnahme an Alphabetisierungskursen sowohl durch eine mangelnde Verfügbarkeit von Angeboten als auch durch relativ hohe finanzielle Eigenbeiträge höchst problematisch. Schließlich bleiben Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, die nicht über grundlegende Lese- und Schreibkenntnisse verfügen, faktisch eine Reihe verfassungsmäßiger Grundrechte verwehrt (z.B. Wahlrecht, das nicht ohne Unterstützung Dritter, d.h. schwerlich geheim ausgeübt werden kann, schriftliche Eingaben und Anträge, Recht auf schriftlichen Widerspruch etc.). Ein Anliegen von höchster Dringlichkeit ist es daher, verlässliche offizielle Angaben zu Anzahl, Situation und Struktur von Teilnehmern und Nichtteilnehmern an Alphabetisierungskursen zu erhalten.<sup>108</sup>

Die konkrete Ermittlung des Ausmaßes von Analphabetismus sowie dem erforderlichen und verfügbaren Zugang zu Alphabetisierungskursen dürfte mit repräsentativen Haushaltsbefragun-

---

<sup>106</sup> Vgl. Deutsches PISA-Konsortium (2004), S. 25. So erreichen z. B. Jugendliche aus Immigrantenfamilien in Deutschland ein geringeres Kompetenzniveau in den ausgewählten Bereichen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

<sup>107</sup> Zu klären ist beispielsweise, inwieweit finanzielle oder andere Zugangsbarrieren zu solchen Weiterbildungsangeboten die elementarsten Verwirklichungschancen in unserer Gesellschaft beeinträchtigen. So müssen Deutsche, die an Alphabetisierungskursen teilnehmen in Ostdeutschland durchschnittlich 32,4 % und in Westdeutschland 15,7 % der Finanzierung dieser Veranstaltungen tragen. Der erheblich höhere Eigenbeitragsanteil in den neuen Bundesländern ist das Ergebnis des niedrigeren Anteils gebührenfreier Alphabetisierungskurse im Osten; die Eigenbeitragsanteile von Ausländern in Alphabetisierungskursen sind mit 22,1 % in West- und 38,7 % in Ostdeutschland noch deutlich höher. Vgl. Döbert/Hubertus (2000), S. 109.

<sup>108</sup> Die derzeitigen nicht offiziellen Schätzungen der Anzahl von funktionalen Analphabeten weisen eine nicht akzeptable Bandbreite auf: sie variieren zwischen gut 370.000 und 3 Millionen Personen in Westdeutschland und reichen bis zu 4 Millionen für Gesamtdeutschland; vgl. Hubertus (1998), S. 82 f.



gen kaum verlässlich möglich sein. Zielführender sind hier ergänzende Untersuchungen mit einem klaren Fokus auf diese gesellschaftspolitisch höchst bedeutsame Frage.

### **C.      *Zugang von Erwachsenen zum Weiterbildungssystem***

Lebenslanges Lernen wird künftig immer stärker eine wesentliche Voraussetzung für die (ökonomischen) Arbeitsmarktchancen von Erwerbstätigen. Es ist daher sinnvoll, ergänzende Indikatoren der Nutzung von Weiterbildungsangeboten, nach sozio-demographischen Merkmalen gegliedert, einzusetzen.<sup>109</sup> Im SOEP sind ab der Welle 2003 Angaben über den Besuch eines Lehrgangs bzw. eines Weiterbildungskurses enthalten, wobei weiter nach Umschulung, Fortbildung, Rehabilitation sowie allgemeinen bzw. auch politischen Weiterbildungen unterschieden werden kann.

Für eine permanente Weiterqualifizierung und auch für die Anwendung des erworbenen Wissens ist es unerlässlich, die Verfügbarkeit moderner Kommunikationsmedien zu nutzen. Vor diesem Hintergrund sind Indikatoren zu entwickeln, die die private und berufliche Nutzung moderner Informations- und Kommunikationsmedien insbesondere des Internets aufzeigen, um somit einer digitalen Spaltung frühzeitig entgegenwirken zu können.<sup>110</sup> Im SOEP wurde z.B. in der Welle 2001 gefragt, ob grundsätzlich ein Computer oder auch das Internet privat oder beruflich genutzt werden. Detailliertere Angaben, gerade über die Intensität der Nutzung, sind allerdings in dieser Datenquelle nicht vorhanden.

#### **4.3.3.2      *Zugang zum Gesundheitssystem***

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass insbesondere in entwickelten Ländern kein systematischer Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung besteht.<sup>111</sup>

Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass andere Faktoren eine wesentliche Rolle für die gesundheitliche Situation und Lebenserwartung in einem Land spielen. So wird die Gesundheit der Bevölkerung in reichen Ländern bei vergleichbaren Einkommen auch durch politische Entschei-

---

<sup>109</sup> Mit subjektiven Methoden sollte ferner der Wunsch nach Weiterbildung und die diesbezüglich wahrgenommenen Möglichkeiten erfragt werden, um unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten von unterschiedlicher (Weiter-)Bildungsbereitschaft unterscheiden zu können.

<sup>110</sup> Vgl. Welsch (2002), S. 196 f.

<sup>111</sup> Beispielsweise haben männliche Afro-Amerikaner in den USA eine deutlich geringere Chance, das Erwachsenenalter zu erreichen als Jugendliche in China, dem indischen Bundesstaat Kerala, Sri Lanka, Jamaica oder Costa Rica, die – auch unter Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden – nur über einen Bruchteil des Einkommens der US-Afro-Amerikaner verfügen. Ebenso ist auch der im letzten Jahrzehnt aufgetretene dramatische Rückgang der Lebenserwartung von männlichen Russen bei der Geburt auf 57 Jahre (gegenüber 61 Jahren bei den einkommensärmeren männlichen Indern) nicht in erster Linie auf eine zunehmende Einkommensungleichheit, sondern auf den Kollaps des russischen Gesundheitssystems zurück zu führen. Ein Anstieg der Einkommen könnte damit an den Ursachen der relativ niedrigen Lebenserwartung in Russland zunächst nur wenig ändern; vgl. Sen (1997), S. 157 f. sowie Sen (2000a), S. 120 ff.

dungen beeinflusst.<sup>112</sup> Von besonderer Bedeutung ist dabei die Frage, inwieweit ein für jeden zugängliches Gesundheitssystem optimale Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung eines möglichst guten Gesundheitszustandes der Gesamtbevölkerung gewährleisten kann. Um dies genauer zu klären, sind insbesondere folgende Aspekte von Interesse: Bestehen Unterschiede in der Gesundheitsversorgung als Folge von

- A. Lücken im Versicherungsschutz der Gesamtbevölkerung?
- B. anderweitigen Barrieren einer Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen, etwa durch privat zu tragende Gesundheitskosten oder Unkenntnis von Risiken, Behandlungsbedarf oder Mengenrationierungen in der Gesundheitsversorgung?
- C. Unterschieden in der Qualität der medizinischen Versorgung?

#### **A. *Lücken im Versicherungsschutz in der Gesamtbevölkerung***

Der Versicherungsschutz der Bevölkerung kann anhand des SOEP durch die Art der Krankenversicherung angenähert werden. Dabei lässt sich ein Indikator ermitteln, der das Vorhandensein oder Fehlen eines Krankenversicherungsschutzes ausweist. Allerdings müssen die entsprechenden Werte zunächst mit Vorsicht interpretiert werden, da mehr als 60 % dieser Personengruppe, die angegeben haben, keine Krankenversicherung, aber einen Beihilfeanspruch besitzen. Diese Personen werden im Folgenden daher als versorgt betrachtet.

Die Hochrechnungen mit dem SOEP ergeben, dass etwa 0,3% aller Personen über 16 Jahren in Deutschland nicht krankenversichert sind, wobei es sich überdurchschnittlich häufig um Alleinerziehende (0,7%) handelt. Auffallend ist ebenso der mit 1,4% hohe Anteil bei den Selbständigen, wobei es sich dabei praktisch ausschließlich um Personen handelt, die lediglich über ein unter dem Median liegendes haushaltsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen verfügen, was Hinweise auf Probleme der Scheinselbständigkeit gibt.

#### **B. *Anderweitige Barrieren einer Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen***

Auch bei bestehender Krankenversicherung kann es zu einem mangelnden Zugang zu Gesundheitsleistungen aufgrund finanzieller Einschränkungen, etwa durch Zuzahlungen und anderweitige Eigenbeiträge kommen. Darüber hinaus können auch Mengenrationierungen, etwa ein Ausschluss bestimmter Leistungen aus den Versicherungsleistungen oder generelle Mengenbeschränkungen zu Barrieren für den Zugang zum Gesundheitssystem werden. Im Rahmen des SOEP werden solche Belastungen oder Mengenbeschränkungen nicht direkt abgefragt. In der Welle 1987 wurde die allgemeine subjektive finanzielle Belastung<sup>113</sup> durch die Beiträge zur Krankenversicherung erfragt. In der Welle 2002 wurde hingegen die Abdeckung verschiedener

---

<sup>112</sup> Vgl. Daniels/Kennedy/Kawachi (2004), S. 65 ff.

<sup>113</sup> Zu hoch / angemessen / niedrig

Leistungen für private Zusatzversicherungen befragt.<sup>114</sup> Angesichts der Bedeutung solcher Barrieren für den Zugang zum Gesundheitssystem und die Verwirklichungschancen insgesamt erscheinen diese Ansätze allerdings als noch nicht ausreichend.

Die große Bedeutung solcher Zugangsbarrieren innerhalb des Gesundheitssystems erklärt entsprechend, weshalb die Datenbasis EU-SILC hierzu Angaben erfasst. Insbesondere werden Daten über die Schwierigkeiten beim Zugang zum Gesundheitssystem aufgrund finanzieller oder sonstiger Barrieren erhoben.<sup>115</sup> Die ersten Auswertungen werden zeigen, inwieweit sich mit diesen Angaben verlässliche Rückschlüsse auf einen mangelhaften Zugang zum Gesundheitssystem ziehen lassen.<sup>116</sup>

Nicht vernachlässigt werden sollte jedoch, dass selbst finanziell erschwingliche und leicht erhältliche Gesundheitsleistungen beispielsweise aus Mangel an Informationen und aufgrund von Unkenntnis bestehender Risiken nicht in Anspruch genommen werden. Insofern ist es sinnvoll, das Unterlassen von erforderlichen Arztbesuchen nach sozio-demographischen Gruppen getrennt zu analysieren. In die Untersuchung könnten auch Variablen über den subjektiven Gesundheitszustand einbezogen werden, um den Bedarf an Gesundheitsleistungen zu approximieren<sup>117</sup>. Sie sollten allerdings mit Angaben zu objektiven Beeinträchtigungen kombiniert werden, um den Unterschied beider Ansätze, die in der Diskrepanz zwischen „subjektivem Leiden“ und „objektiver Beeinträchtigung“ zu sehen sind, Rechnung zu tragen.<sup>118</sup>

Auf der Grundlage des SOEP können Personen identifiziert werden, die trotz subjektiv schlechter Gesundheit sowie Einschränkungen durch den Gesundheitszustand<sup>119</sup> in den letzten drei Monaten keinen Arzt besucht haben. Diese Operationalisierung könnte zumindest indirekt den Schluss auf bestehende Zugangsbeschränkungen zum Gesundheitssystem hindeuten, da es sich hier um Betroffene handelt, die gesundheitlich beeinträchtigt sind, jedoch faktisch das Gesundheitssystem nicht nutzen.

Der Anteil der Personen mit starken gesundheitlichen Einschränkungen, die in den letzten drei Monaten nicht zum Arzt gegangen sind, beträgt insgesamt rund 4,3% (vgl. Tabelle 21). Auffallend hoch ist der Anteil mit 8% bei den Männern, bei den Frauen lag er mit etwa 1,6% deutlich geringer. Am höchsten ist die Betroffenheit bei den Personen, welche als frühere Ausländer inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Unter den verschiedenen Haus-

---

<sup>114</sup> Krankenhausbehandlung / Zahnersatz / Heil- und Hilfsmittel wie z.B. Brillen / Auslandsaufenthalt

<sup>115</sup> Vgl. Atkinson et al. (2005), S. 130.

<sup>116</sup> Zu den Möglichkeiten und Grenzen des EU-SILC siehe auch das Schlusskapitel dieser Studie.

<sup>117</sup> Vgl. z. B. Van Doorslaer, Koolman, Jones (2004)

<sup>118</sup> Vgl. Sen (2004).

<sup>119</sup> Die Definition der gesundheitlichen Einschränkungen folgt hier der Definition, die bereits für den Indikator in Abschnitt 4.2.1 verwendet wurde.

haltstypen sind es mit einem Anteil von 9,8% in erster Linie Ein-Personen-Haushalte, die auf einen notwendigen Arztbesuch verzichten. Sehr hohe Anteile erreichen auch die Personen ohne Schulabschluss (13,2%) sowie Arbeitslose (13%). Allerdings sind die Anteile auch bei den Vollzeitbeschäftigten mit rund 8% höher als in den weiteren Erwerbsstellungen.

Insbesondere die überraschend hohen Anteile der Männer, der Einpersonenhaushalte sowie der voll erwerbstätigen Personen deuten an, dass hinter dem eingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem nicht nur ein Mangel an Informationen bzw. die Unkenntnis bestehender Risiken steht. Vielmehr können dafür sehr unterschiedliche (möglicherweise auch geschlechtsspezifische) Ursachen oder individuelle Zeitrestriktionen verantwortlich sein, die aber dennoch Handlungsbedarf anzeigen.

### **C. Unterschiede in der Qualität der Versicherungsleistungen**

Unterschiede im Grad der Abdeckung von Behandlungsmaßnahmen und in der Qualität von Gesundheitsleistungen sind wesentlich für die Einschätzung der Verbesserung von Verwirklichungschancen durch Zugang zum Gesundheitssystem. Hierzu finden sich im SOEP bislang allerdings keine hinreichenden Angaben.

#### **4.3.3.3 Zugang zu angemessenem Wohnraum**

Wohnungsnot und eine mangelhafte Wohnsituation beeinflussen die Verwirklichungschancen von Menschen auf vielfältige Weise. Zum einen ist die Verfügbarkeit eines sicheren Wohnraums grundsätzlich erforderlich, um primäre bzw. extreme Armut im Sinne einer Bedrohung des Überlebens durch Kälte und sonstige gesundheitliche Beeinträchtigungen sowie durch Gewalt zu verhindern. Zum anderen bedeutet eine angemessene Wohnsituation mehr als nur ein Dach über dem Kopf: Sie ist auch die Grundlage für wesentliche sozio-kulturelle Verwirklichungschancen, etwa, sich – ohne Scham und Beeinträchtigung der Selbstachtung – mit Freunden treffen zu können, eine geschützte Privatsphäre zu gewährleisten, aber auch von dort aus am sozio-kulturellen Leben teilnehmen zu können.<sup>120</sup>

Insofern gilt es für eine empirische Analyse der Beeinträchtigung des Zugangs zu angemessenem Wohnraum

- A. das Ausmaß und grundlegendste Mängel durch Obdachlosigkeit zu identifizieren und näher zu analysieren,
- B. bestehende Risiken durch einen Verlust der Wohnung aufzuzeigen,

---

<sup>120</sup> Vgl. UN Centre for Human Settlements (2001), Section IVB 1.

- C. die Angemessenheit des Wohnraums zur Überwindung extremer Armut zu analysieren (ausreichende Heizung, keine Gesundheitsgefährdungen durch feuchte Wände, Schimmel etc.),
- D. die Angemessenheit des Wohnraums zur Erfüllung sozio-kultureller Funktionen hinsichtlich einer gesellschaftlich erwarteten Ausstattung, Erreichbarkeit wesentlicher sozialer Einrichtungen etc. zu klären.

Mit dem SOEP kann bislang lediglich der in D angesprochene Aspekt der Angemessenheit des Wohnraums zur Erfüllung sozio-kultureller Funktionen abgebildet werden, was im Folgenden weiter erläutert werden wird.

### **A. Obdachlosigkeit**

Obdachlosigkeit ist eine der deutlichsten Formen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Es gibt allerdings große Messprobleme, da Obdachlose nicht durch Befragungen erreicht werden können. Darüber hinaus bestehen Definitionsprobleme, da unklar ist, wer als obdachlos gilt. So können zu den Obdachlosen ausschließlich Personen gezählt werden, die auf der Straße leben, oder zusätzlich auch Personen, die in sehr prekären Wohnverhältnissen (schlechte Ausstattung, Überbelegung) leben. Atkinson et al.<sup>121</sup> empfehlen, trotz dieser schwierigen Ausgangsbedingungen in den EU-Ländern eine einheitliche Datenbasis zur Thematik der Obdachlosigkeit aufzubauen. Dabei geben sie zwar Empfehlungen zur Definition, zeigen jedoch bislang keine Lösung der Messprobleme auf. Als Zwischenlösung wird empfohlen, dass die einzelnen Mitgliedsländer die bestehenden (nicht harmonisierten) Untersuchungen und Daten zu Obdachlosigkeit in ihre Berichterstattung aufnehmen.<sup>122</sup> Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass Haushaltsbefragungen wie das SOEP, Wohnungslosigkeit nur unzureichend abbilden können und grundsätzlich durch eigenständige Untersuchungen zu ergänzen sind.

### **B. Risiko des Verlusts der Wohnung**

Haushaltsbefragungen könnten jedoch grundsätzlich dazu dienen, zumindest Hinweise über das Risiko des Wohnungsverlusts zu ermitteln. So könnte das SOEP um Fragen zu Mietrückständen, Räumungsandrohungen und Räumungsklagen ergänzt werden. Solche Aspekte sind zwar zum Teil in anderen Datensätzen vorhanden; doch sollten sie soweit wie möglich in ein gemeinsames Panel, wie das SOEP, integriert werden, um Zusammenhänge zwischen einzelnen Bestimmungsgrößen der Verwirklichungschancen sowie deren Veränderungen im Zeitablauf ermitteln zu können.

---

<sup>121</sup> Vgl. Atkinson et al. (2005), S. 125f

<sup>122</sup> Für Deutschland hat das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung hierzu eine erste Studie durchführen lassen; vgl. Neumann/Mingot (2003).

### **C. Angemessenheit des Wohnraums zur Verhinderung physischer Armut**

Konkrete gesundheitliche Beeinträchtigungen durch mangelhaften Wohnraum ergeben sich beispielsweise aus den von Atkinson et al.<sup>123</sup> genannten Faktoren wie feuchte Wände, undichtes Dach, kaputte Fenster, fehlendes Licht, Lärm und Schadstoffbelastungen in der Wohnung. In der Welle 2002 des SOEP finden sich insbesondere Angaben darüber, ob die Wohnung mit einer Küche, einem innenliegenden Bad oder Dusche, fließend Warmwasser oder einem Boiler, einem innenliegenden WC, einer Zentral- oder Etagenheizung ausgestattet ist.<sup>124</sup>

### **D. Angemessenheit des Wohnraums zur Erfüllung sozio-kultureller Faktoren**

Mit Blick auf die im SOEP vorhandenen sozio-kulturellen Funktionen des Wohnraums kann eine Wohnung in folgender Hinsicht unzureichend sein:

- Die Wohnung ist ganz renovierungsbedürftig bzw. abbruchreif **oder**
- die Wohnung ist überbelegt **oder**
- die Wohnung ist mangelhaft ausgestattet.

Eine Wohnung gilt als renovierungsbedürftig, wenn der befragte Haushaltvorstand die Wohnung als „ganz renovierungsbedürftig“ bzw. „abbruchreif“ bezeichnet.

Denkbar ist, dass sich gerade hierunter auch Wohnungen befinden, die gesundheitsbeeinträchtigende Mängel aufweisen. Allerdings ist die Frage zu unspezifisch, als dass dies als Indikator für eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch den Wohnraum gelten könnte. In jedem Fall stellt ein starker Renovierungsbedarf einen Indikator für sozio-kulturelle Unzulänglichkeit dar, die zu einer geringeren sozialen Partizipation aus Scham führen kann.

Die Überbelegung einer Wohnung kann als Indikator für einen Mangel an Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten interpretiert werden. Eine Wohnung sehen wir als überbelegt an, wenn die Anzahl der Erwachsenen zuzüglich der Hälfte der Kinder unter 14 Jahren die Anzahl der Räume übersteigt, wobei als Raum alle Wohnräume über sechs Quadratmeter gezählt werden.

Eine Wohnung gilt in dieser Untersuchung als in sozio-kultureller Hinsicht mangelhaft ausgestattet, wenn sie über eines der vier folgenden Ausstattungsmerkmale nicht verfügt:

- Küche,
- Bad bzw. Dusche innerhalb der Wohnung,

---

<sup>123</sup> Vgl. Atkinson et al. (2005), S. 26.

<sup>124</sup> Ferner wird auch gefragt, ob die Wohnung mit einem Balkon oder einer Terrasse, einem Keller oder Abstellräumen sowie mit einem eigenen Garten ausgestattet ist bzw. eine Gartenbenutzung erlaubt ist.

- fließend Warmwasser bzw. Boiler,
- WC innerhalb der Wohnung.

Mit dieser „objektiven Setzung“ gehen wir so vor, wie es Atkinson et al.<sup>125</sup> für die EU vorschlagen. Allerdings erscheint es methodisch stimmiger, Schwellenwerte für die Fragen der Überbelegung der sozio-kulturell mangelhaften Ausstattung künftig durch subjektive Methoden der Armutsmessung zu ermitteln („Subjektive Standardbewertungen“ bzw. „Relative Deprivationsansätze“), da sich diese methodisch sehr viel besser zur Ermittlung von solchen stark normativ beeinflussten Armutsschwellen eignen. Dies würde es – auch im europäischen Kontext – erlauben, armutsrelevante Unterschiede in den gesellschaftlichen Erwartungen zu identifizieren.<sup>126</sup>

Orientiert man sich an der oben ausgeführten Definition einer mangelhaften Wohnung, so lebt ungefähr jede zwölfte Person (8,4%) in einer mangelhaften Wohnung, jede 25. Person (4,2%) in einer überbelegten Wohnung und rund 3% der Personen in einer stark renovierungsbedürftigen Wohnung (vgl. Tabelle 20). Insgesamt sind damit nach unserer Definition gut 12% der Personen in Deutschland über 16 Jahre von „Wohnungsarmut“ betroffen.

Ein recht deutlicher Unterschied lässt sich hinsichtlich der Wohnungsarmut zwischen Ost- (16,9%) und Westdeutschland (11,0%) feststellen. Ausländer (30,8%), Personen ohne Schulabschluss (25,9%), Arbeitslose (21,9%) und Alleinerziehende (17,3%) gehören auch hier zu den überdurchschnittlich betroffenen Gruppen.

Der Gesamtindikator „Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich der sozialen Chancen“ beschreibt den Anteil der Personen, die mindestens bei einem der drei genannten Merkmale (16- bis 24-Jährige ohne Hauptschulabschluss, Personen ohne Krankenversicherung, Wohnungsarmut) in ihren Verwirklichungschancen eingeschränkt sind. Er identifiziert jene Personen, deren Möglichkeiten zur Umwandlung individueller Potenziale in Verwirklichungschancen durch mangelnden Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem sowie zu Wohnraum beeinträchtigt sind. Insgesamt ist mit 12,5% der Personen über 16 Jahre in Deutschland ungefähr jeder achte Bürger in seinen sozialen Chancen eingeschränkt, wobei die Aggregatvariable stark durch den Indikator für Wohnungsarmut bestimmt wird. Auffallend ist aber auch, dass im Jahr 2002 der Anteil der Personen, die in den letzten drei Monaten trotz schlechter Gesundheit keinen Arzt besucht haben, unter den Personen mit einem Einkommensarmutsrisiko zehnmal höher ist als unter jenen mit einem Einkommen über der Einkommensarmutsrisikogrenze.

---

<sup>125</sup> Vgl. Atkinson et al. (2005), S 127.

<sup>126</sup> Vgl. Volkert (2005b, d) sowie Volkert et al. (2004), S. 77 ff.

**Tabelle 20: Mangel an sozialen Chancen: Wohnsituation unzureichend (Ebene 3) sowie Anteil der Personen in mangelhaften, überbelegten, renovierungsbedürftigen Wohnungen (2002)**

Bevölkerungsteile	Wohnung...			
	... mangelhaft	... überbelegt	... renovierungsbedürftig oder abbruchreif	... unzureichend (in mind. einem der drei Bereiche mangelhaft)
Anteile an Personen älter als 16 Jahre				
<b>Gesamt</b>	8,4 %	4,2 %	2,9 %	12,1 %
<b>Region</b>				
Ost	13,5 %	4,1 %	6,0 %	16,9 %
West	7,2 %	4,2 %	2,2 %	11,0 %
<b>Geschlecht</b>				
Männlich	8,8 %	4,6 %	3,1 %	12,9 %
Weiblich	8,1 %	3,9 %	2,7 %	11,5 %
<b>Haushaltstyp</b>				
Ein-Personen-HH	12,2 %	0,0 %	4,1 %	12,2 %
Alleinerziehend	13,6 %	4,3 %	5,9 %	17,3 %
Paar ohne Kinder	7,0 %	0,5 %	2,1 %	7,4 %
Paar mit Kindern	6,4 %	9,2 %	2,4 %	14,5 %
Sonstige	11,9 %	13,4 %	2,5 %	23,5 %
<b>Altersgruppen</b>				
16-29	8,8 %	8,5 %	3,5 %	16,4 %
30-44	8,7 %	5,8 %	2,7 %	13,6 %
45-64	8,0 %	2,9 %	3,0 %	10,6 %
65 und älter	8,5 %	0,3 %	2,4 %	8,7 %
<b>Schulabschluss</b>				
Hauptschulabschluss	9,3 %	3,4 %	2,7 %	12,3 %
Mittlere Reife	7,1 %	3,6 %	3,0 %	10,3 %
FH-Reife/Abitur	6,7 %	1,8 %	2,1 %	8,3 %
Anderer Abschluss	12,0 %	14,4 %	3,6 %	23,7 %
Noch kein Abschluss	6,4 %	11,3 %	2,7 %	17,1 %
Ohne Abschluss	13,0 %	15,6 %	4,0 %	25,9 %
<b>Erwerbsstatus</b>				
Voll erwerbstätig	7,6 %	3,9 %	2,2 %	11,1 %
Teilzeitbeschäftigt	6,5 %	3,9 %	2,3 %	10,0 %
Sonstiges	8,7 %	7,5 %	3,2 %	15,7 %
Nicht erwerbstätig	9,6 %	4,0 %	3,5 %	12,9 %
<b>Berufliche Stellung</b>				
Selbständige	7,6 %	2,2 %	1,9 %	9,4 %
Beamte	1,8 %	1,2 %	0,4 %	3,2 %
Angestellte	6,2 %	2,2 %	2,3 %	8,2 %
Arbeiter	10,7 %	8,4 %	2,9 %	18,2 %
Rentner	8,8 %	0,7 %	2,9 %	9,3 %
Arbeitslose	14,9 %	7,9 %	7,4 %	21,9 %
<b>Nationalität</b>				
Deutsch, seit Geburt	8,1 %	2,6 %	2,8 %	10,4 %
Deutsch, 2. Nationalität	7,9 %	9,3 %	3,1 %	17,2 %
Nicht deutsch	13,2 %	21,0 %	3,6 %	30,8 %
<b>Einkommen</b>				
≤ Armutsrisikoschwelle	17,9 %	10,5 %	7,0 %	26,8 %
> Armutsrisikoschwelle	7,3 %	3,6 %	2,3 %	10,4 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.



**Tabelle 21: Mangel an sozialen Chancen (Ebene 2), sowie Anteil der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss an allen Jugendlichen (16 bis 24 Jahre), der Personen ohne Krankenversicherung, der Personen ohne Arztbesuch in den letzten drei Monaten trotz schlechter Gesundheit und der Personen in einer mangelhaften Wohnsituation (jeweils Ebene 3) (2002)**

Bevölkerungsteile	16- bis 24-Jährige ohne Hauptschulabschluss	Ohne Krankenversicherung	Kein Arztbesuch in den letzten drei Monaten trotz schlechter Gesundheit	Wohnung unzureichend	Mangel an sozialen Chancen
	... den 16-bis 24-Jährigen		Anteile an ... ... den Personen älter als 16 Jahre		
<b>Gesamt</b>	1,6 %	0,3 %	4,3 %	12,1 %	12,5 %
<b>Region</b>					
Ost	1,2 %	0,2 %	5,3 %	16,9 %	17,2 %
West	1,7 %	0,3 %	4,1 %	11,0 %	11,4 %
<b>Geschlecht</b>					
Männlich	2,0 %	0,3 %	8,0 %	12,9 %	13,2 %
Weiblich	1,2 %	0,2 %	1,6 %	11,5 %	11,8 %
<b>Haushaltstyp</b>					
Ein-Personen-HH	2,3 %	0,5 %	9,8 %	12,2 %	12,7 %
Alleinerziehend	0,3 %	0,7 %	4,4 %	17,3 %	17,7 %
Paar ohne Kinder	2,0 %	0,2 %	0,3 %	7,4 %	7,6 %
Paar mit Kindern	1,7 %	0,1 %	3,9 %	14,5 %	14,8 %
Sonstige	1,3 %	0,2 %	0,0 %	23,5 %	23,8 %
<b>Altersgruppen</b>					
16-29	1,6 %	0,2 %	4,3 %	16,4 %	17,3 %
30-44	. %	0,5 %	2,9 %	13,6 %	14,0 %
45-64	. %	0,2 %	10,2 %	10,6 %	10,7 %
65 und älter	. %	0,1 %	0,3 %	8,7 %	8,9 %
<b>Schulabschluss</b>					
Hauptschulabschluss	0,0 %	0,1 %	5,3 %	12,3 %	12,4 %
Mittlere Reife	0,0 %	0,2 %	2,9 %	10,3 %	10,4 %
FH-Reife/Abitur	0,0 %	0,5 %	1,8 %	8,3 %	8,8 %
Anderer Abschluss	0,0 %	0,3 %	0,0 %	23,7 %	23,9 %
Noch kein Abschluss	0,0 %	0,1 %	0,0 %	17,1 %	17,3 %
Ohne Abschluss	100,0 %	1,5 %	13,2 %	25,9 %	31,8 %
<b>Erwerbsstatus</b>					
Voll erwerbstätig	1,7 %	0,2 %	8,0 %	11,1 %	11,4 %
Teilzeitbeschäftigt	1,1 %	0,0 %	0,0 %	10,0 %	10,0 %
Sonstiges	1,4 %	0,3 %	2,2 %	15,7 %	16,4 %
Nicht erwerbstätig	1,7 %	0,4 %	4,2 %	12,9 %	13,3 %
<b>Berufliche Stellung</b>					
Selbständige	0,0 %	1,4 %	7,3 %	9,4 %	10,6 %
Beamte	0,0 %	0,1 %	0,0 %	3,2 %	3,2 %
Angestellte	0,2 %	0,1 %	7,7 %	8,2 %	8,3 %
Arbeiter	4,0 %	0,0 %	2,2 %	18,2 %	18,5 %
Rentner	100,0 %	0,1 %	3,4 %	9,3 %	9,5 %
Arbeitslose	2,6 %	0,8 %	13,0 %	21,9 %	22,7 %
<b>Nationalität</b>					
Deutsch, seit Geburt	1,4 %	0,3 %	4,0 %	10,4 %	10,7 %
Deutsch, 2. Nationalität	1,0 %	0,4 %	18,3 %	17,2 %	17,7 %
Nicht deutsch	3,2 %	0,3 %	0,0 %	30,8 %	31,2 %
<b>Einkommen</b>					
≤ Armutsrisikoschwelle	3,4 %	0,7 %	14,0 %	26,8 %	27,7 %
> Armutsrisikoschwelle	0,8 %	0,2 %	1,4 %	10,4 %	10,6 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

**Tabelle 21a: Mangel an sozialen Chancen (Ebene 2), Alternative Definition: Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss oder Personen ohne Krankenversicherung, oder Personen ohne Arztbesuch in den letzten drei Monaten trotz schlechter Gesundheit oder Personen in einer mangelhaften Wohnsituation (jeweils Ebene 3) (2002)**

Bevölkerungsteile	Mangel an sozialen Chancen
	Anteile an den Personen älter als 16 Jahre
<b>Gesamt</b>	12,6 %
<b>Region</b>	
Ost	17,2 %
West	11,5 %
<b>Geschlecht</b>	
Männlich	13,4 %
Weiblich	11,8 %
<b>Haushaltstyp</b>	
Ein-Personen-HH	13,0 %
Alleinerziehend	17,9 %
Paar ohne Kinder	7,6 %
Paar mit Kindern	14,8 %
Sonstige	23,8 %
<b>Altersgruppen</b>	
16-29	17,3 %
30-44	14,0 %
45-64	11,0 %
65 und älter	8,9 %
<b>Schulabschluss</b>	
Hauptschulabschluss	12,5 %
Mittlere Reife	10,5 %
FH-Reife/Abitur	8,8 %
Anderer Abschluss	23,9 %
Noch kein Abschluss	17,3 %
Ohne Abschluss	32,6 %
<b>Erwerbsstatus</b>	
Voll erwerbstätig	11,4 %
Teilzeitbeschäftigt	10,0 %
Sonstiges	16,4 %
Nicht erwerbstätig	13,5 %
<b>Berufliche Stellung</b>	
Selbständige	10,7 %
Beamte	3,2 %
Angestellte	8,3 %
Arbeiter	18,5 %
Rentner	9,7 %
Arbeitslose	22,8 %
<b>Nationalität</b>	
Deutsch, seit Geburt	10,8 %
Deutsch, 2. Nationalität	18,3 %
Nicht deutsch	31,2 %
<b>Einkommen</b>	
≤ Armutsrisikoschwelle	28,3 %
> Armutsrisikoschwelle	10,6 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

#### 4.3.4 Sozialer Schutz

##### 4.3.4.1 Sozialhilfebezug als Mangel an unabhängig verfügbaren Verwirklichungschancen

Ein funktionsfähiges System des sozialen Schutzes kann als „Garant eines politischen Mindeststandards an Verwirklichungschancen“ dienen. Von besonderer Bedeutung für einen Armutsbericht ist dabei eine staatlich garantierte Sozialhilfe oder Grundsicherung, soll diese doch als „letztes Auffangnetz“ für jene Notlagen dienen, vor denen andere Bereiche der sozialen Sicherung nicht oder nicht hinreichend schützen. Wer auf die Sozialhilfe oder Grundsicherung zurückgreift, verschafft sich Möglichkeiten, die ihm ohne das System des sozialen Schutzes nicht zur Verfügung stehen würden.<sup>127</sup> Entsprechend eignet sich die Zahl bzw. die Quote von Sozialhilfeempfängern weder als Indikator für Einkommensarmut noch für „überwundene Armut“. Denn der durch die Sozialhilfe finanzierte politische Mindeststandard an Verwirklichungschancen muss nicht zwingend mit den sozio-kulturellen Vorstellungen eines Existenzminimums übereinstimmen. Soweit der politische Mindeststandard der Sozialhilfe hinter den Vorstellungen eines sozio-kulturellen Existenzminimums zurück bleibt, kommt es zu Einkommensarmut trotz Sozialhilfebezug. Selbst wenn die Gewährleistung von Sozialhilfe zur Beseitigung von Einkommensarmut führt, schließt das einen Mangel an weiter gehenden Verwirklichungschancen nicht aus. Vielmehr bleibt auch dann zu prüfen, ob und in welchem Maße weitergehende Mängel in anderen Bereichen der Verwirklichungschancen entstehen, beispielsweise als Folge von Arbeitslosigkeit, gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Deprivation etc.

Stattdessen lässt sich der Bezug von Sozialhilfe oder einer sozialen Grundsicherung als eine Situation interpretieren, in der ein politisch zugesicherter Mindeststandard *nur durch die Unterstützung des Systems der sozialen Sicherung* zu erreichen ist. Sozialhilfeinanspruchnahme drückt damit ein Fehlen an *unabhängig verfügbaren* Verwirklichungschancen aus, das jedoch nicht mit Einkommensarmut gleichzusetzen ist.<sup>128</sup> Ziel der Armutsberichterstattung sollte es sein, zu klären, inwieweit die Sozialhilfe zur umfassenden Überwindung von Armut an Verwirklichungschancen beiträgt. Ferner sollte deutlich werden, inwieweit es bei Sozialhilfebezug zu Einkommensarmut kommen kann.

Als wichtiger Indikator für die Dimension *sozialer Schutz* wird daher der Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt herangezogen, der über das SOEP direkt zu ermitteln ist. Dies waren nach Hochrechnungen auf Grundlage des SOEP zum Befragungszeitpunkt in Deutschland rund

---

<sup>127</sup> So spricht es für das Funktionieren des sozialen Sicherungssystems, dass die (traditionell ermittelten) Einkommensarmutsquoten zwischen 1985 und 1995 in Deutschland nur leicht von ca. 12 auf 13% zugenommen haben; vgl. Krause/Wagner (1997), S. 88.

<sup>128</sup> Vgl. Leisering (1995), S. 68 ff.

1,7% der Personen über 16 Jahre (vgl. Tabelle 22). Der Anteil der Frauen, die diese Form der Sozialhilfe erhalten, liegt mit 2,2% fast doppelt so hoch wie der entsprechende Anteil der Männer. Bei Betrachtung der verschiedenen Haushaltstypen fällt die sehr hohe Betroffenheit Alleinerziehender auf (9,9%). Ebenso sind Personen ohne Schulabschluss (7,9%), Arbeitslose (9,6%) und Ausländer (5,8%) überdurchschnittlich häufig Empfänger dieser Hilfe. Nicht zuletzt verfügen nahezu alle Sozialhilfeempfänger nur über ein Einkommen, das unter der Einkommensarmutsrisikogrenze lag.

Inzwischen sollte der Mangel eines unabhängig vom System des sozialen Schutzes verfügbaren, gesellschaftlich garantierten Mindestmaßes an Verwirklichungschancen mit Hilfe von Angaben zum Bezug von Arbeitslosengeld II sowie von Sozialgeld operationalisiert werden. Entsprechende Angaben sind in den neuen SOEP-Wellen enthalten.

Als Tertiärindikatoren der nationalen Armutsberichterstattung sollten darüber hinaus weitere Indikatoren vorgesehen werden. So sollten die vertikale und horizontale Gerechtigkeit der sozialen Sicherung, die Mikro- und Makroeffizienz sowie die Anreizwirkungen analysiert werden;<sup>129</sup> dies hätte jedoch den Rahmen dieser ersten Machbarkeitsstudie gesprengt.

---

<sup>129</sup> Siehe hierzu im Einzelnen Volkert et al. (2004), S. 133 ff.

**Tabelle 22: Sozialer Schutz: Anteil der Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen (Ebene 3) (2002)**

Bevölkerungsteile	Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
	<b>Anteil an Personen älter als 16 Jahre</b>
<b>Gesamt</b>	1,7 %
<b>Region</b>	
Ost	1,8 %
West	1,6 %
<b>Geschlecht</b>	
Männlich	1,1 %
Weiblich	2,2 %
<b>Haushaltstyp</b>	
Ein-Personen-HH	1,9 %
Alleinerziehend	9,9 %
Paar ohne Kinder	0,5 %
Paar mit Kindern	1,2 %
Sonstige	3,0 %
<b>Altersgruppen</b>	
16-29	2,7 %
30-44	2,0 %
45-64	1,2 %
65 und älter	1,0 %
<b>Schulabschluss</b>	
Hauptschulabschluss	1,5 %
Mittlere Reife	1,0 %
FH-Reife/Abitur	0,6 %
Anderer Abschluss	5,7 %
Noch kein Abschluss	1,9 %
Ohne Abschluss	7,9 %
<b>Erwerbsstatus</b>	
Voll erwerbstätig	0,2 %
Teilzeitbeschäftigt	0,5 %
Sonstiges	1,8 %
Nicht erwerbstätig	3,1 %
<b>Berufliche Stellung</b>	
Selbständige	0,4 %
Beamte	0,2 %
Angestellte	0,2 %
Arbeiter	0,8 %
Rentner	0,9 %
Arbeitslose	9,6 %
<b>Nationalität</b>	
Deutsch, seit Geburt	1,2 %
Deutsch, 2. Nationalität	3,7 %
Nicht deutsch	5,8 %
<b>Einkommen</b>	
≤ Armutsrisikoschwelle	10,6 %
> Armutsrisikoschwelle	0,4 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

#### 4.3.4.2 Schutz vor Kriminalität

Atkinson et al.<sup>130</sup> haben darauf hingewiesen, dass die Wohnungsausstattung sowie -qualität und die Umfeldbedingungen unterschiedliche Phänomene sind, die getrennt dargestellt werden sollten. Dies deckt sich mit der Konzeption der Verwirklichungschancen, die dem Schutz vor Kriminalität eine eigenständige Bedeutung im Rahmen des gesamten sozialen Schutzes einräumt.

Für die hier betrachteten Wellen gab es im SOEP noch keine geeigneten Indikatoren des sozialen Schutzes. Jedoch gibt es hierzu seit 2004 die Variable „Kriminalität im Wohngebiet“, die zumindest als erster Indikator für diesen Bereich sinnvoll erscheint. Perspektivisch bietet es sich allerdings an, die individuelle Beeinträchtigung von Verwirklichungschancen durch Kriminalität insgesamt, d.h. auch in anderen Lebensbereichen, zu ermitteln.

#### 4.3.5 Ökologischer Schutz

Internationale Untersuchungen zeigen, dass die Verwirklichungschancen und Lebensqualität der Armutsbevölkerung in besonderem Maße durch Beeinträchtigungen der Umwelt, etwa durch Luftverschmutzung und Lärm gemindert werden.<sup>131</sup> Bislang gab es für Deutschland nur wenige Studien zum Zusammenhang von Umwelt, Armut und Reichtum.<sup>132</sup> Eine erste empirische Annäherung mit Hilfe von SOEP-Daten kann prinzipiell durch die Indikatoren „Beeinträchtigung durch Lärmbelästigung“ sowie „Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung“ versucht werden. Für die empirische Analyse in dieser Machbarkeitsstudie standen diese Indikatoren noch nicht zur Verfügung, da sie erst seit der SOEP-Welle 2004 erfragt werden.

#### 4.3.6 Aggregierte Betrachtung des Mangels an gesellschaftlich bedingten Chancen

Der Gesamtindikator „Mangel an gesellschaftlich bedingten Chancen“ in Tabelle 23 beschreibt den Anteil der Personen, der zumindest hinsichtlich einer der vier hier näher analysierten gesellschaftlich bedingten Chancen (politische, ökonomische und soziale Chancen sowie sozialer Schutz) in seinen Verwirklichungschancen eingeschränkt ist. Mit 38,6% aller Personen über 16 Jahren ist die Betroffenheit in dieser Hinsicht recht erheblich. Ein ergänzender Blick auf Tabelle

---

<sup>130</sup> Vgl. Atkinson et al. (2005), S. 127.

<sup>131</sup> Vgl. UNEP/iisd (2004).

<sup>132</sup> Eine Ausnahme in dieser Hinsicht stellt der Beitrag von Lorek/Spangenberg (2001) dar.

24 zeigt, dass etwa 2% aller Personen insofern extrem in ihren gesellschaftlich bedingten Chancen beeinträchtigt sind, als mindestens drei der vier oben angeführten Bereiche betroffen sind (vgl. auch Abb. 7).

Bei regionaler Differenzierung ist der Osten Deutschlands mit 47,9% auch hinsichtlich der gesellschaftlich bedingten Chancen stärker von Armut betroffen als der Westen mit 40,6%. Noch deutlicher sind die Unterschiede mit Blick auf das Geschlecht: 48,1% der Frauen, aber „nur“ 35,1% der Männer sind in ihren gesellschaftlich bedingten Verwirklichungschancen eingeschränkt.

Mit dem Alter nehmen sowohl die Beeinträchtigung der gesellschaftlich bedingten Verwirklichungschancen insgesamt als auch die mögliche Mehrfachbetroffenheit ab. Personen im Alter von 16 bis 29 Jahren sind somit überdurchschnittlich häufig in ihren gesellschaftlich bedingten Chancen beschränkt, was nicht nur insgesamt, sondern für jeden einzelnen Teilindikator gilt.

Erneut stellen ein fehlender Berufsabschluss sowie die Nationalität auch in gesellschaftlicher Hinsicht besondere Risikofaktoren dar. Fast drei Viertel der Personen ohne Schulabschluss (74,6%) und 67,8% aller Ausländer sind in ihren gesellschaftlichen Chancen eingeschränkt. Auch die extreme Mehrfachbetroffenheit ist hier mit 10,9% bei den Personen ohne Schulabschluss und mit 8,2% bei den Ausländern besonders hoch.

**Tabelle 23: Mangel an gesellschaftlich bedingten Chancen (Ebene 1) sowie Anteil der Personen mit geringen politischen, ökonomischen und sozialen Chancen und sozialem Schutz (Personen mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt): jeweils Ebene 2: (2002)**

Bevölkerungsteile	Überhaupt nicht politisch interessiert	Armut an ökonomischen Chancen	Soziale Chancen eingeschränkt	Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	Gesellschaftlich bedingte Chancen eingeschränkt  Chancen in mind. einem der vier Bereiche begrenzt
	Anteile an Personen älter als 16 Jahre				
<b>Gesamt</b>	13,7 %	26,8 %	12,5 %	1,7 %	42,0 %
<b>Region</b>					
Ost	14,5 %	31,0 %	17,2 %	1,8 %	47,9 %
West	13,5 %	25,8 %	11,4 %	1,6 %	40,6 %
<b>Geschlecht</b>					
Männlich	10,1 %	20,7 %	13,2 %	1,1 %	35,1 %
Weiblich	16,8 %	32,1 %	11,8 %	2,2 %	48,1 %
<b>Haushaltstyp</b>					
Ein-Personen-HH	10,9 %	22,7 %	12,7 %	1,9 %	37,8 %
Alleinerziehend	22,9 %	43,1 %	17,7 %	9,9 %	57,7 %
Paar ohne Kinder	11,5 %	24,7 %	7,6 %	0,5 %	38,1 %
Paar mit Kindern	15,1 %	28,1 %	14,8 %	1,2 %	44,2 %
Sonstige	21,9 %	32,6 %	23,8 %	3,0 %	58,8 %
<b>Altersgruppen</b>					
16-29	22,5 %	36,3 %	17,3 %	2,7 %	55,6 %
30-44	12,4 %	23,6 %	14,0 %	2,0 %	39,4 %
45-64	10,7 %	39,4 %	10,7 %	1,2 %	49,4 %
65 und älter	12,4 %	2,1 %	8,9 %	1,0 %	21,5 %
<b>Schulabschluss</b>					
Hauptschulabschluss	16,7 %	29,6 %	12,4 %	1,5 %	46,3 %
Mittlere Reife	11,2 %	26,0 %	10,4 %	1,0 %	39,7 %
FH-Reife/Abitur	2,9 %	18,5 %	8,8 %	0,6 %	27,2 %
Anderer Abschluss	28,4 %	33,1 %	23,9 %	5,7 %	60,3 %
Noch kein Abschluss	21,3 %	27,1 %	17,3 %	1,9 %	48,6 %
Ohne Abschluss	44,6 %	41,4 %	31,8 %	7,9 %	74,6 %
<b>Erwerbsstatus</b>					
Voll erwerbstätig	10,3 %	6,0 %	11,4 %	0,2 %	23,9 %
Teilzeitbeschäftigt	12,9 %	53,2 %	10,0 %	0,5 %	61,1 %
Sonstiges	20,2 %	76,2 %	16,4 %	1,8 %	81,8 %
Nicht erwerbstätig	15,7 %	31,2 %	13,3 %	3,1 %	47,0 %
<b>Berufliche Stellung</b>					
Selbständige	7,4 %	19,4 %	10,6 %	0,4 %	32,2 %
Beamte	1,9 %	3,4 %	3,2 %	0,2 %	8,4 %
Angestellte	8,1 %	17,2 %	8,3 %	0,2 %	29,8 %
Arbeiter	19,9 %	27,5 %	18,5 %	0,8 %	50,3 %
Rentner	12,5 %	21,1 %	9,5 %	0,9 %	37,4 %
Arbeitslose	22,7 %	73,4 %	22,7 %	9,6 %	81,8 %
<b>Nationalität</b>					
Deutsch, seit Geburt	11,5 %	25,6 %	10,7 %	1,2 %	39,4 %
Deutsch, 2. Nationalität	22,2 %	34,5 %	17,7 %	3,7 %	52,4 %
Nicht deutsch	35,8 %	36,8 %	31,2 %	5,8 %	67,8 %
<b>Einkommen</b>					
≤ Armutsrisikoschwelle	28,0 %	79,2 %	27,7 %	10,6 %	86,3 %
> Armutsrisikoschwelle	11,7 %	20,2 %	10,6 %	0,4 %	36,4 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.



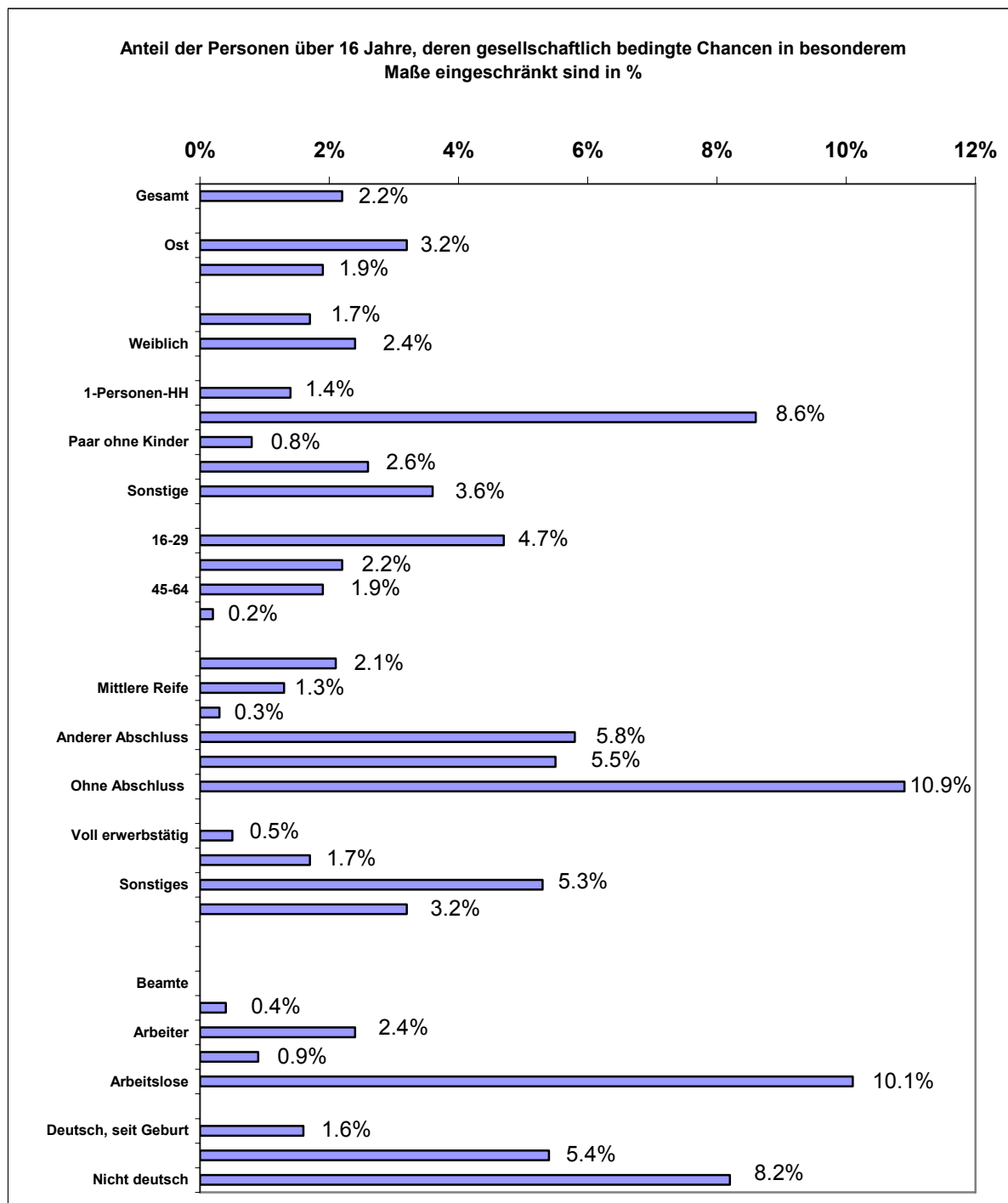
**Tabelle 24: Ausmaß der Mehrfachbelastungen im Bereich der gesellschaftlich bedingten Chancen auf Ebene 2<sup>133</sup> (2002)**

	Anzahl der Belastungen				
	0	1	2	3	4
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteile an Personen älter als 16 Jahre</b>				
<b>Gesamt</b>	58,9 %	30,2 %	8,7 %	2,0 %	0,2 %
<b>Region</b>					
Ost	52,8 %	33,8 %	10,1 %	2,9 %	0,4 %
West	60,3 %	29,4 %	8,4 %	1,7 %	0,2 %
<b>Geschlecht</b>					
Männlich	65,7 %	25,5 %	7,0 %	1,6 %	0,2 %
Weiblich	52,8 %	34,4 %	10,2 %	2,2 %	0,3 %
<b>Haushaltstyp</b>					
Ein-Personen-HH	62,6 %	28,4 %	7,5 %	1,3 %	0,2 %
Alleinerziehend	43,3 %	30,8 %	17,2 %	7,4 %	1,2 %
Paar ohne Kinder	62,7 %	31,0 %	5,4 %	0,8 %	0,1 %
Paar mit Kindern	56,9 %	30,0 %	10,5 %	2,4 %	0,2 %
Sonstige	43,4 %	37,5 %	15,3 %	3,6 %	0,2 %
<b>Altersgruppen</b>					
16-29	46,0 %	34,6 %	14,7 %	4,3 %	0,4 %
30-44	61,4 %	27,3 %	9,0 %	2,0 %	0,2 %
45-64	51,5 %	37,4 %	9,1 %	1,7 %	0,2 %
65 und älter	78,7 %	18,8 %	2,3 %	0,2 %	0,0 %
<b>Schulabschluss</b>					
Hauptschulabschluss	54,6 %	33,6 %	9,6 %	1,9 %	0,3 %
Mittlere Reife	61,1 %	30,3 %	7,2 %	1,3 %	0,0 %
FH-Reife/Abitur	73,3 %	22,8 %	3,5 %	0,3 %	0,0 %
Anderer Abschluss	39,6 %	36,0 %	18,5 %	5,4 %	0,5 %
Noch kein Abschluss	52,5 %	31,7 %	10,3 %	5,0 %	0,5 %
Ohne Abschluss	26,1 %	34,7 %	28,0 %	9,5 %	1,6 %
<b>Erwerbsstatus</b>					
Voll erwerbstätig	76,7 %	19,4 %	3,4 %	0,5 %	0,0 %
Teilzeitbeschäftigt	39,8 %	46,1 %	12,4 %	1,7 %	0,0 %
Sonstiges	18,9 %	52,3 %	23,5 %	5,1 %	0,2 %
Nicht erwerbstätig	53,9 %	32,8 %	10,1 %	2,8 %	0,4 %
<b>Berufliche Stellung</b>					
Selbständige	68,7 %	25,2 %	6,1 %	0,0 %	0,0 %
Beamte	92,1 %	7,6 %	0,3 %	0,0 %	0,0 %
Angestellte	70,7 %	25,0 %	3,8 %	0,4 %	0,0 %
Arbeiter	50,6 %	34,9 %	12,1 %	2,3 %	0,1 %
Rentner	63,3 %	30,7 %	5,1 %	0,9 %	0,1 %
Arbeitslose	18,9 %	45,7 %	25,3 %	8,9 %	1,2 %
<b>Nationalität</b>					
Deutsch, seit Geburt	61,6 %	29,8 %	7,1 %	1,4 %	0,2 %
Deutsch, 2. Nationalität	47,9 %	30,9 %	15,8 %	5,4 %	0,0 %
Nicht deutsch	32,2 %	34,9 %	24,6 %	7,4 %	0,8 %
<b>Einkommen</b>					
≤ Armutsrisikoschwelle	13,7 %	42,4 %	30,6 %	11,5 %	1,8 %
> Armutsrisikoschwelle	64,4 %	29,0 %	5,9 %	0,7 %	0,0 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

<sup>133</sup> Beachte: In Kasten 2 wurde bereits erläutert, warum es hier zwischen den Tabellen 24 und 25 zu kleineren Inkonsistenzen der Ergebnisse kommen kann.

**Abbildung 7: Mehrfachbetroffenheit im Bereich der gesellschaftlich bedingten Chancen. Anteile der Personen, die hinsichtlich mindestens drei der vier Dimensionen politische Chancen, ökonomische Chancen, soziale Chancen und sozialer Schutz in ihren Chancen beeinträchtigt sind (2002)**



#### 4.4 Transparenzgarantien

Transparenzgarantien sollen durch einen einfachen, unbürokratischen Zugang und Korruptionsfreiheit gewährleisten, dass die formal zugesagten übrigen gesellschaftlich bedingten Chancen, wie sie im Abschnitt 4.3 dargestellt wurden, möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern auch faktisch zur Verfügung stehen.

Als Indikatoren für einen Mangel an Transparenzgarantien kommen dementsprechend die Nichtinanspruchnahmequote von existenzsichernden Sozialleistungen sowie deren Ursachen und Motive in Frage, insbesondere die Nichtinanspruchnahme von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII) sowie von Arbeitslosengeld II (Leistungen der Grundsicherung nach SGB II). Grundsätzlich ist eine solche, zumindest näherungsweise, Berechnung mit Hilfe des SOEP möglich und bereits mehrfach durchgeführt worden.<sup>134</sup> Eine Replikation und Aktualisierung dieser umfangreichen Schätzungen würde jedoch den Umfang dieser ersten Machbarkeitsstudie sprengen.<sup>135</sup>

Zur Messung der gesellschaftlichen Transparenz könnten außerdem die Missbrauchsquoten von existierenden Sozialleistungen herangezogen werden. Auch hierzu würden die bereits oben genannten, schwer berechenbaren individuellen Bedürftigkeitsschwellen benötigt. Zudem ist offen, ob – selbst bei einer anonymen Befragung – zumindest annähernd aussagefähige Angaben über missbräuchlich bezogene Sozialleistungen gemacht werden können.<sup>136</sup> Mit Blick auf die angestrebte Versachlichung der Diskussion wäre es jedoch wünschenswert, hier auf zumindest annähernd verlässliche Informationen zurückgreifen zu können.

---

<sup>134</sup> Vgl. hierzu beispielsweise Hauser/Becker (2003), die das SOEP als Datenbasis zudem mit anderen Datenbasen vergleichen, sowie Kayser/Frick (2000) und Riphahn (2000).

<sup>135</sup> Vgl. die Ausführungen in Volkert et al. (2004), S. 136 ff. und die dort genannte Literatur.

<sup>136</sup> Vgl. Klinger (1999): die Missbrauchsquote, die etwa im Landkreis Ravensburg unter intensiver Nutzung von Datenabgleichen, Auskunftserteilung durch das Finanzamt, KFZ-Zulassungsstellen, Arbeitgeber, Unterhaltspflichtige bis hin zu Hausbesuchen durch Sonderermittler für 1998 aufgedeckt wurde, lag bei 1,3 % der gesamten Ausgaben für Sozialhilfe und für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

## **5 Ausmaß von Mehrfachbelastungen und Zusammenhänge zwischen finanzieller und nichtfinanzieller Armut**

In den Kapiteln 3 und 4 wurde anhand des Sozio-oekonomischen Panels exemplarisch ein Indikatorensystem aufgezeigt, das der Mehrdimensionalität des Capability-Ansatzes der Armutsmessung möglichst gut Rechnung tragen soll. Während dort die empirischen Ergebnisse jeweils nur eindimensional für die verschiedenen Indikatoren der menschlichen Verwirklichungschancen interpretiert wurden, erfolgen in Kapitel 5 nun Analysen der Mehrfachbetroffenheit durch einen Mangel an Verwirklichungschancen. Dabei wird in zwei Schritten vorgegangen. In Abschnitt 5.1 wird aufgezeigt, in welchem Maße bestimmte sozio-demographische Personengruppen hinsichtlich verschiedener Dimensionen der Verwirklichungschancen eingeschränkt sind. Während hier die Betrachtungen letztlich noch aggregiert bleiben, wendet sich Abschnitt 5.2 dann der Untersuchung von Mehrfachbetroffenheit auf der Ebene einzelner Personen zu. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf bestehende Zusammenhänge zwischen finanzieller Ressourcenarmut und den verschiedenen Formen nichtmonetärer Begrenztheit der Verwirklichungschancen gelegt.

### **5.1 Zusammenschau über die (aggregierte) Betroffenheit von Armut nach sozio-demographischen Differenzierungskriterien**

Im Folgenden werden zunächst einzelne sozio-demographische Gruppen nach dem Ausmaß ihrer Betroffenheit von verschiedenen Dimensionen der Armut sowie von einzelnen Armutsrisiken dargestellt. Diese Betrachtungsweise darf, wie einleitend angedeutet, nicht mit der Betrachtung von Mehrfachbelastungen von *Individuen* verwechselt werden, die in Abschnitt 5.2 vorgenommen wird.

Abbildung 8 vergleicht zunächst die Situation der in Ostdeutschland lebenden Menschen mit jener der Westdeutschen. Dabei wird deutlich, dass die Ostdeutschen sowohl hinsichtlich ihrer finanziellen Ressourcen als auch, in etwas geringerem Umfang, hinsichtlich ihrer gesellschaftlich bedingten Chancen stärker von einem Mangel an Verwirklichungschancen betroffen sind als die Westdeutschen. Bei den individuellen (nichtfinanziellen) Potenzialen kippt das Verhältnis jedoch in die umgekehrte Richtung: Hier ist das Ausmaß der Betroffenheit von Armut bei den Ostdeutschen deutlich geringer.

**Abbildung 8: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich finanzieller und nicht-finanzieller Potenziale und gesellschaftlich bedingter Chancen, Ost- und Westdeutschland**

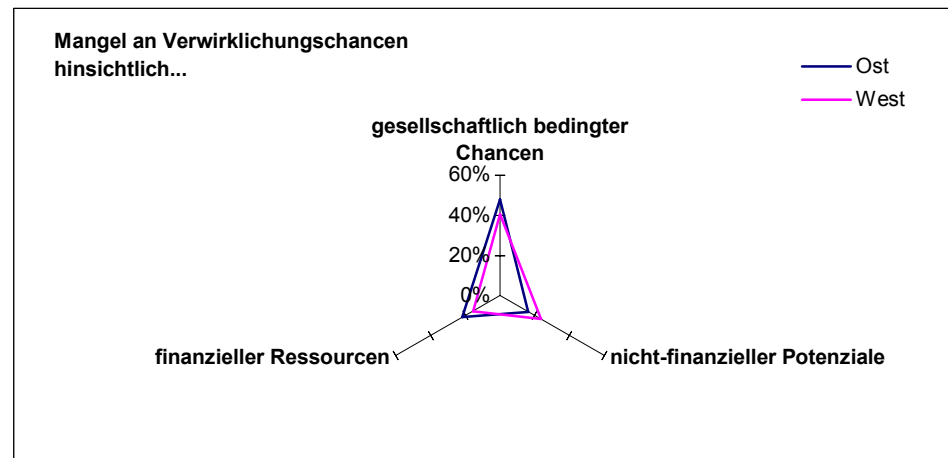
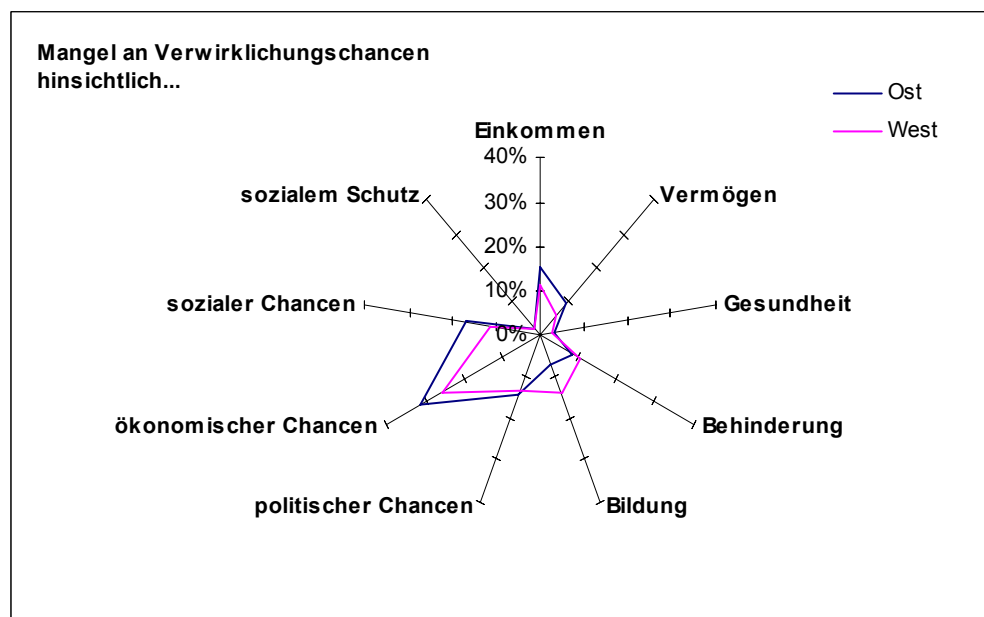


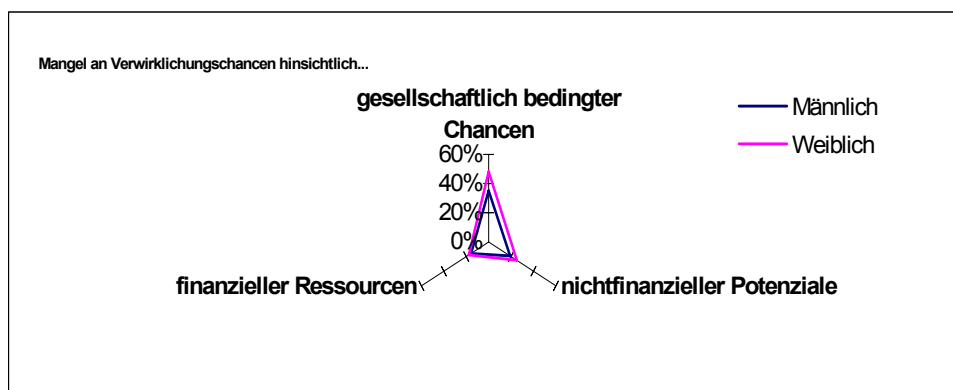
Abbildung 9 verdeutlicht die Ursachen für die geringere Armut an individuellen nichtfinanziellen Potenzialen bei den in Ostdeutschland lebenden Menschen: Während die Menschen in Ost- und Westdeutschland von gesundheitlichen Einschränkungen in gleichem Umfang betroffen sind, kommen Behinderungen im Osten etwas seltener vor.<sup>137</sup> Auffällig ist aber vor allem das geringere Ausmaß von Bildungsarmut in Ostdeutschland.

**Abbildung 9: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich der einzelnen Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale und gesellschaftlich bedingter Chancen auf Ebene 2, Ost- und Westdeutschland**



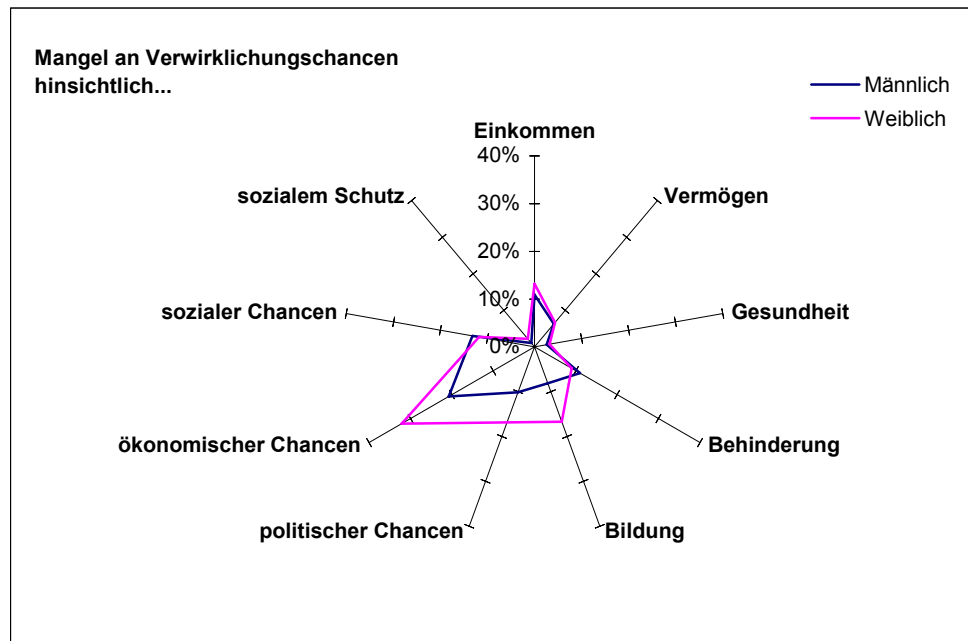
Eine geschlechtsdifferenzierende Betrachtung in Abbildung 10 zeigt, dass Frauen bei allen Dimensionen der Verwirklichungschancen gegenüber Männern im Nachteil sind. Es fällt auf, dass der Unterschied bei finanziellen Potenzialen weniger ausgeprägt ist, während hinsichtlich gesellschaftlich bedingter Chancen die größten Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern bestehen. Dies ist mit den deutlich geringeren politischen sowie ökonomischen Chancen von Frauen zu erklären (vgl. Abbildung 11). Bei den nichtfinanziellen individuellen Potenzialen ist es vor allem die Bildungsarmut, die bei den Frauen negativ zu Buche schlägt: In diesem Bereich sind Frauen mehr als doppelt so häufig von einem Mangel an Verwirklichungschancen betroffen wie Männer.

**Abbildung 10: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, Männer und Frauen**



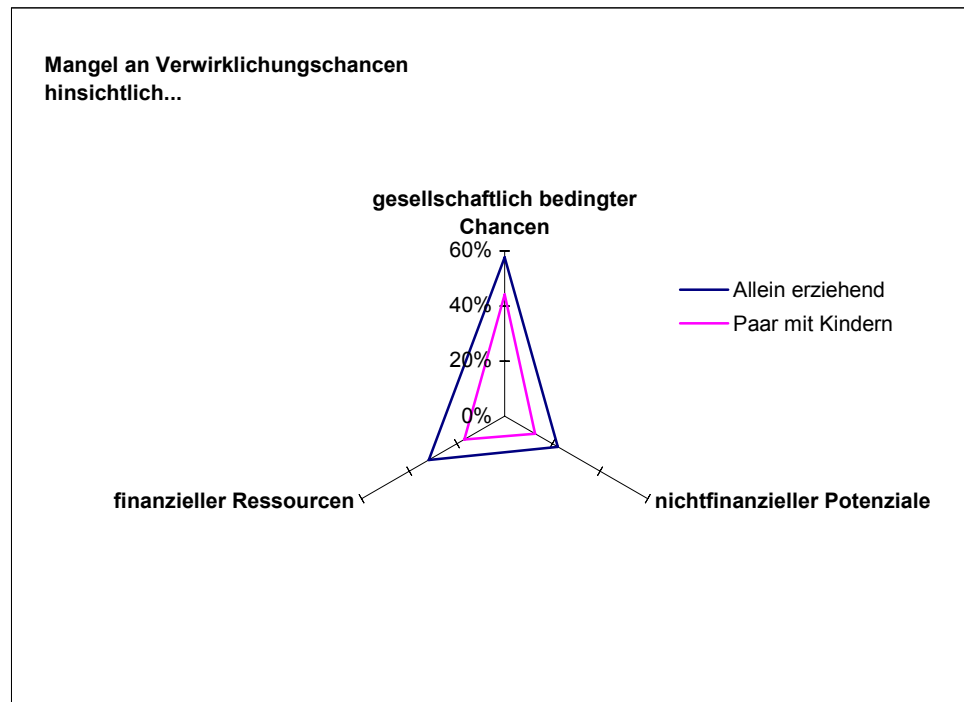
<sup>137</sup> Offen ist dabei allerdings inwieweit diese Unterschiede auf die unterschiedliche Informiertheit und Bereitschaft zur formalen Beantragung des Schwerbehindertenstatus zurück zu führen sind.

**Abbildung 11: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich der einzelnen Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen auf Ebene 2, Männer und Frauen**



Ein Vergleich nach Haushaltstypen zwischen Paaren mit Kindern und Alleinerziehenden in Abbildung 12 ergibt, dass letztere hinsichtlich aller Armutsdimensionen wesentlich häufiger und in Bezug auf finanzielle Ressourcen und nichtfinanzieller Potenziale nahezu doppelt so häufig in ihren Verwirklichungschancen eingeschränkt sind wie Paarhaushalte mit Kindern.

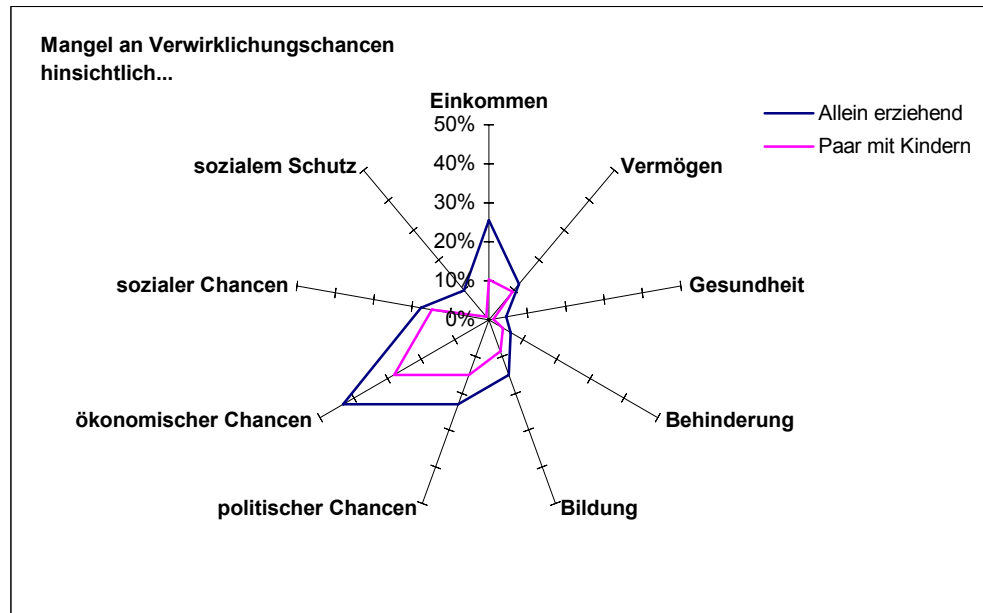
**Abbildung 12: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, Alleinerziehende und Paare mit Kindern**



Die Darstellung in Abbildung 13 zeigt ergänzend, dass Alleinerziehende dabei von allen betrachteten Einschränkungen häufiger betroffen sind als Paare mit Kindern. Besonders drastisch sind die Unterschiede hinsichtlich des sozialen Schutzes: Die Quote der Sozialhilfebeziehenden ist bei Alleinerziehenden am höchsten, da diese einen relativ hohen Sozialhilfebedarf bei gleichzeitig stark eingeschränkten Beteiligungsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt aufweisen.

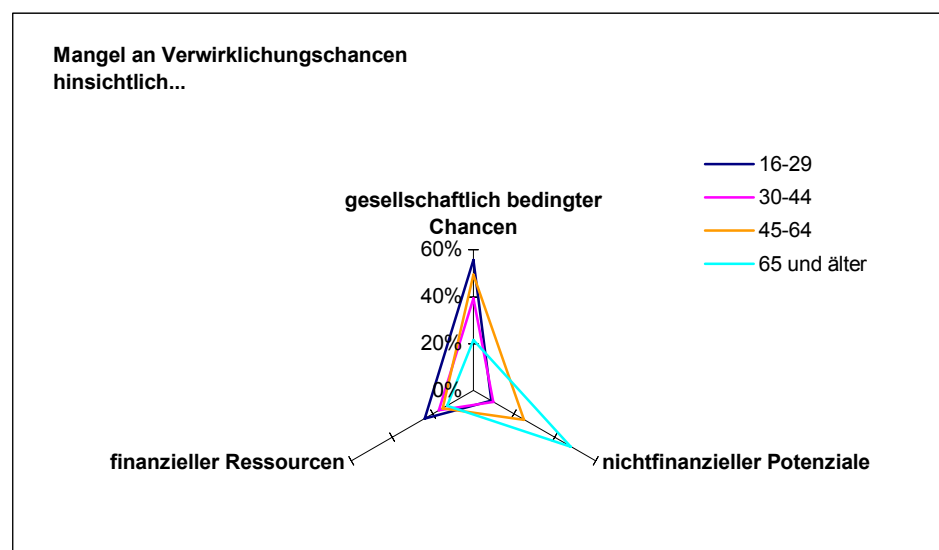


**Abbildung 13: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich der einzelnen Subindikatoren finanzielle und nichtfinanzielle Potenziale sowie gesellschaftlich bedingte Chancen auf Ebene 2, Alleinerziehende und Paare mit Kindern**



Die Betrachtung der Verwirklichungschancen verschiedener Altersgruppen in Abbildung 14 ergibt altersspezifisch unterschiedliche Muster der Betroffenheit von Armut. Personen im Rentenalter sind in hohem Maße von Einschränkungen bezüglich ihrer individuellen Verwirklichungschancen betroffen und nur in sehr geringem Umfang von einem Mangel an gesellschaftlich bedingten Chancen und finanziellen Ressourcen. Bei der jüngsten Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen ergibt sich das umgekehrte Bild. Die beiden mittleren Altersgruppen der 30- bis 44-Jährigen und der 45- bis 64-Jährigen unterscheiden sich kaum hinsichtlich ihrer Einschränkungen bei finanziellen Ressourcen und gesellschaftlich bedingten Chancen. Im Bereich der individuellen nichtfinanziellen Potenziale sind die 45- bis 64-Jährigen hingegen deutlich im Nachteil.

**Abbildung 14: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen auf Ebene 2, nach Altersklassen**



Aus Abbildung 15 geht in besonderem Maße hervor, dass der Grad der formalen Schulbildung eng mit sämtlichen betrachteten Armutsdimensionen zusammenhängt. Personen ohne formalen Schulabschluss sind hinsichtlich aller Dimensionen sehr stark eingeschränkt, während Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur insgesamt nur ein geringes Armutsrisiko aufweisen.

**Abbildung 15: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, nach Bildungsniveau**

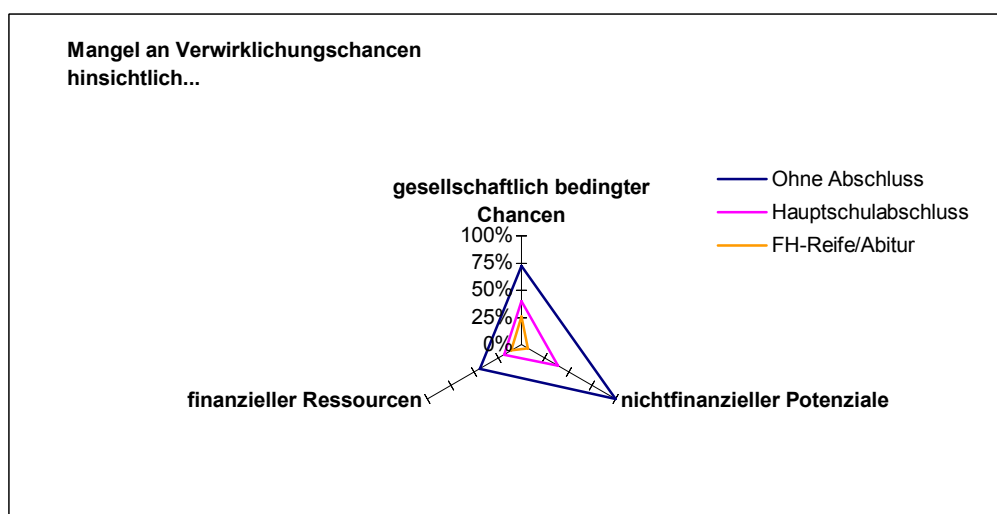
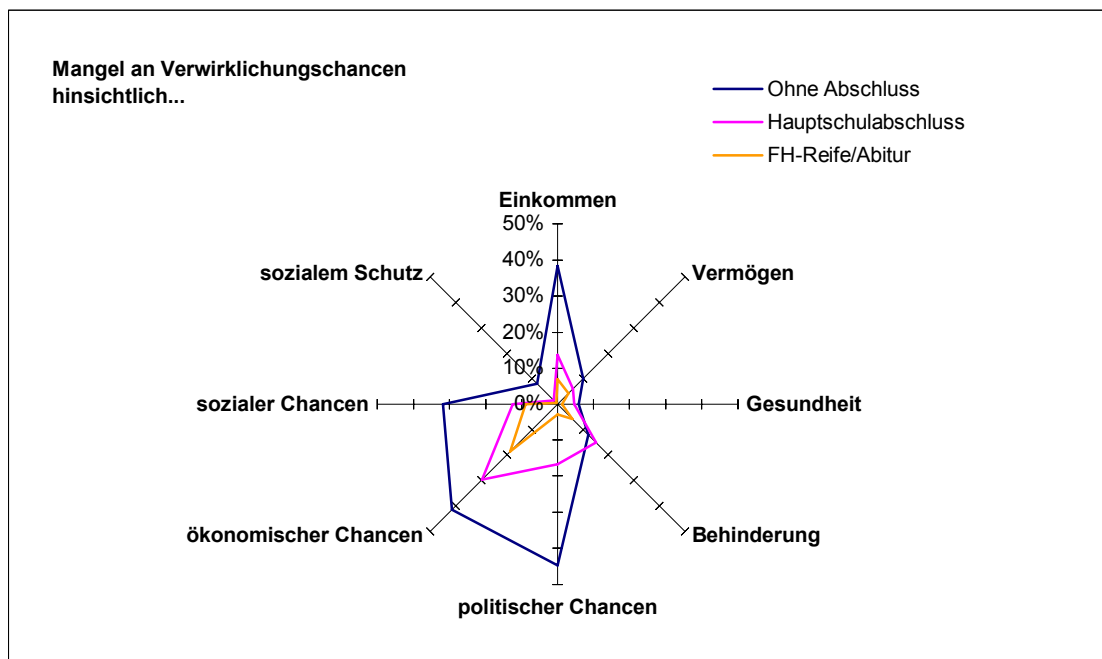


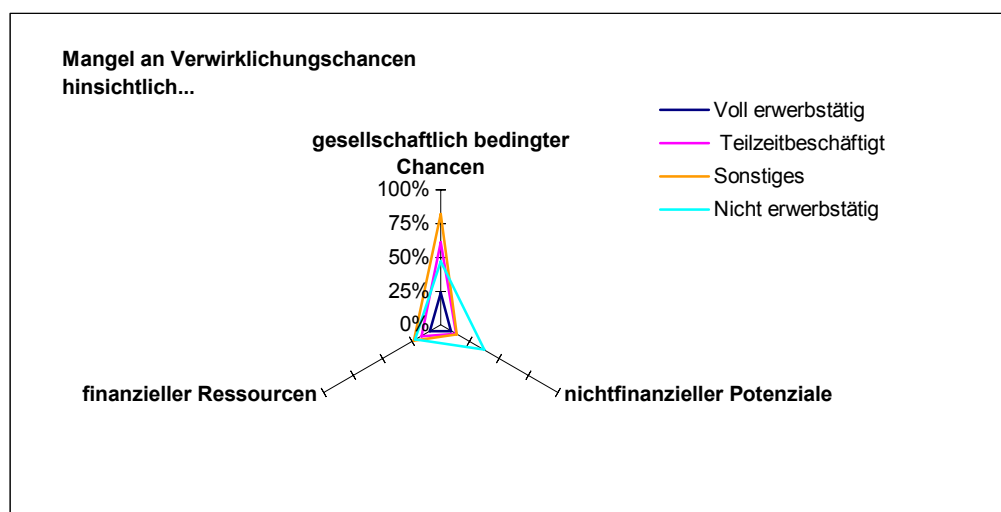
Abbildung 16 zeigt, dass Bildungsarmut insbesondere in erheblichem Maße das politische Interesse einzuschränken scheint und damit die Nutzung politischer Chancen hemmt. Zudem führt Bildungsarmut zu geringen ökonomischen und sozialen Chancen, sowie zu Schwierigkeiten beim Einkommenserwerb.

**Abbildung 16: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich der einzelnen Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen auf Ebene 2, nach Bildungsniveau**

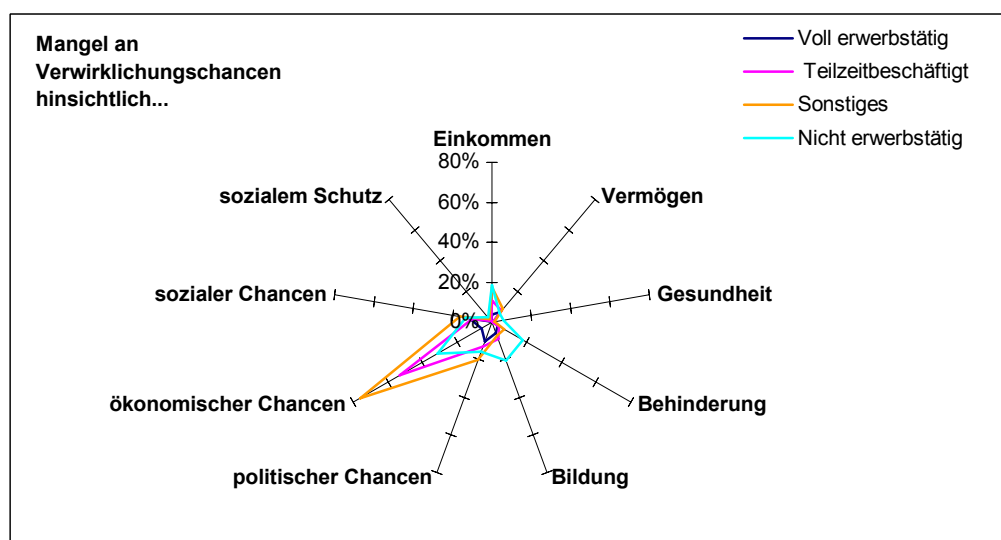


Betrachtet man den Umfang der Arbeitsmarktbeteiligung, so lässt sich feststellen, dass Personen ohne bzw. mit geringerer Arbeitsmarkttätigkeit (Nichterwerbstätige, Teilzeitbeschäftigte sowie Personen mit sonstigem Erwerbsstatus; dies sind insbesondere wie bereits in Kasten 1 erläutert geringfügig Beschäftigte, Personen in Ausbildung oder Lehre, Zivildienstleistende und Wehrdienstleistende) nicht nur im Bereich der finanziellen Ressourcen eingeschränkt sind, sondern in noch erheblicherem Maße in ihren gesellschaftlich bedingten Chancen sowie in ihren individuellen nichtfinanziellen Potenzialen. Dies betrifft auch Teilzeitbeschäftigte, die im Detail v.a. in ihren ökonomischen Chancen beschränkt sind (vgl. Abbildung 18). Erwerbstätigkeit, insbesondere Vollzeitenerwerbstätigkeit, scheint also ein ganz wesentlicher Schlüssel für die Verwirklichungschancen insgesamt zu sein. Bei den individuellen Potenzialen wird deutlich, dass Nicht-Erwerbstätige wesentlich häufiger Behinderungen aufweisen oder gesundheitlich eingeschränkt sind. Auch hinsichtlich ihrer Bildungsvoraussetzungen sind Nicht-Erwerbstätige eindeutig im Nachteil, wohingegen Teilzeiterwerbstätige hier nicht häufiger einen Mangel aufweisen als Vollzeiterwerbstätige (vgl. Abbildung 18).

**Abbildung 17: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, nach Erwerbsstatus**

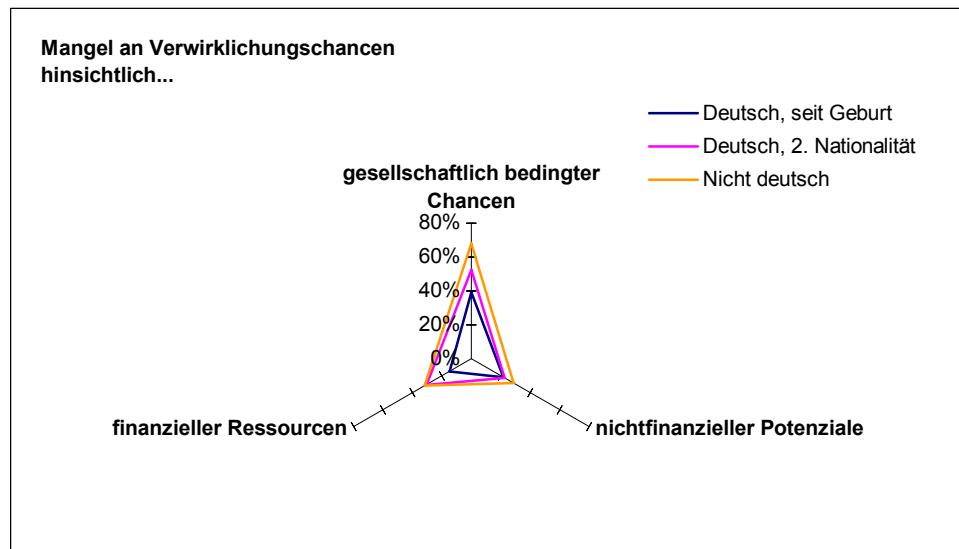


**Abbildung 18: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich der Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller r Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen auf Ebene 2, nach Erwerbsstatus**

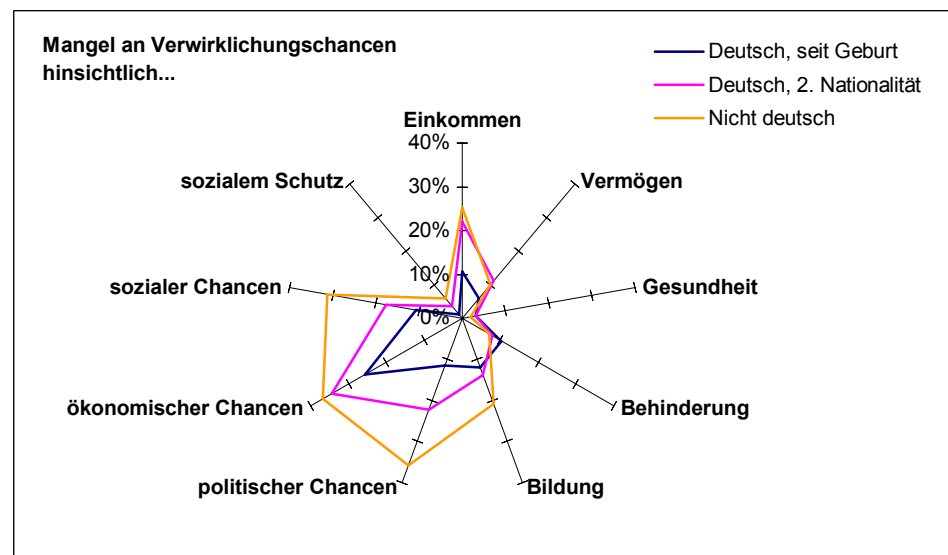


Schließlich werden in Abbildung 19 Personen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft seit ihrer Geburt besitzen mit Personen, die diese erst im Lauf ihres Lebens angenommen haben sowie ausländischen Mitbürger hinsichtlich ihrer Verwirklichungschancen verglichen. Es zeigt sich, dass Deutsche gegenüber den Eingebürgerten sowie Nichtdeutschen hinsichtlich ihrer finanziellen Ressourcen im Vorteil sind. Armut an finanziellen Ressourcen kommt hier nur halb so oft vor wie bei eingebürgerten Deutschen. Hinsichtlich ihrer gesellschaftlich bedingten Chancen sind diese wesentlich häufiger eingeschränkt als gebürtige Deutsche. Bei den individuellen Potenzialen sind wiederum Personen mit ausländischem Pass am häufigsten eingeschränkt.

**Abbildung 19: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, nach Nationalität**



**Abbildung 20: Mangel an Verwirklichungschancen hinsichtlich der Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen auf Ebene 2, nach Nationalität**



## **5.2 Zusammenhänge zwischen finanzieller und nichtfinanzieller Armut und Mehrfachbelastungen auf individueller Ebene**

Finanzielle Potenziale (Einkommen und Vermögen) sind wesentliche Faktoren, wenn es darum geht, ein möglichst hohes Maß an Verwirklichungschancen erreichen zu können. Der Capability-Ansatz weist jedoch darauf hin, dass Einkommen und Vermögen nur eine begrenzte instrumentelle Bedeutung für die Verwirklichungschancen besitzen. Zudem ergeben sich selbst bei gleicher finanzieller Armut sehr unterschiedliche Verwirklichungschancen, je nach eventuellen Beeinträchtigungen der nichtfinanziellen Potenziale und Verfügbarkeit gesellschaftlich bedingter Chancen.<sup>138</sup>

Im folgenden Abschnitt wird untersucht, in welchem Maße bei einzelnen Personen Zusammenhänge zwischen finanzieller und nichtfinanzieller Armut bestehen. Darüber hinaus können Aussagen darüber getroffen werden, in welchem Maße in Deutschland Personen auch ohne finanzielle Armut in ihren Verwirklichungschancen eingeschränkt sind.

Zusammengefasst zeigen die Ergebnisse, dass einerseits finanzielle Potenziale für die Realisierung einer Vielzahl von Verwirklichungschancen von wesentlicher Bedeutung sind. Andererseits ist ein erheblicher Teil Menschen, zwar nicht von finanzieller Armut betroffen, aber dennoch in den Verwirklichungschancen beeinträchtigt.

Zunächst zeigen die Auswertungen, dass Personen, die finanziell arm sind, im Durchschnitt hinsichtlich aller Dimensionen mit Ausnahme der Behinderung ein erheblich größeres Risiko haben, auch in ihren individuellen nichtfinanziellen Potenzialen und den gesellschaftlich bedingten Chancen eingeschränkt zu sein (vgl. Abbildung 21). Am offensichtlichsten und auch am stärksten ausgeprägt ist dieser Zusammenhang bei den ökonomischen Chancen. Mehr als 65% der finanziell armen Personen sind gleichzeitig in ihren gesellschaftlich bedingten ökonomischen Chancen eingeschränkt. Bemerkenswert ist jedoch, dass 19,7% und damit fast jede fünfte Person, die nicht unter finanzieller Armut leidet, dennoch in ihren ökonomischen Verwirklichungschancen beeinträchtigt ist. So ist jede vierte Frau und jede(r) vierte Alleinerziehende in ihren (seinen) ökonomischen Chancen eingeschränkt, obwohl weder Einkommensarmutsrisiken noch Überschuldung auftreten.

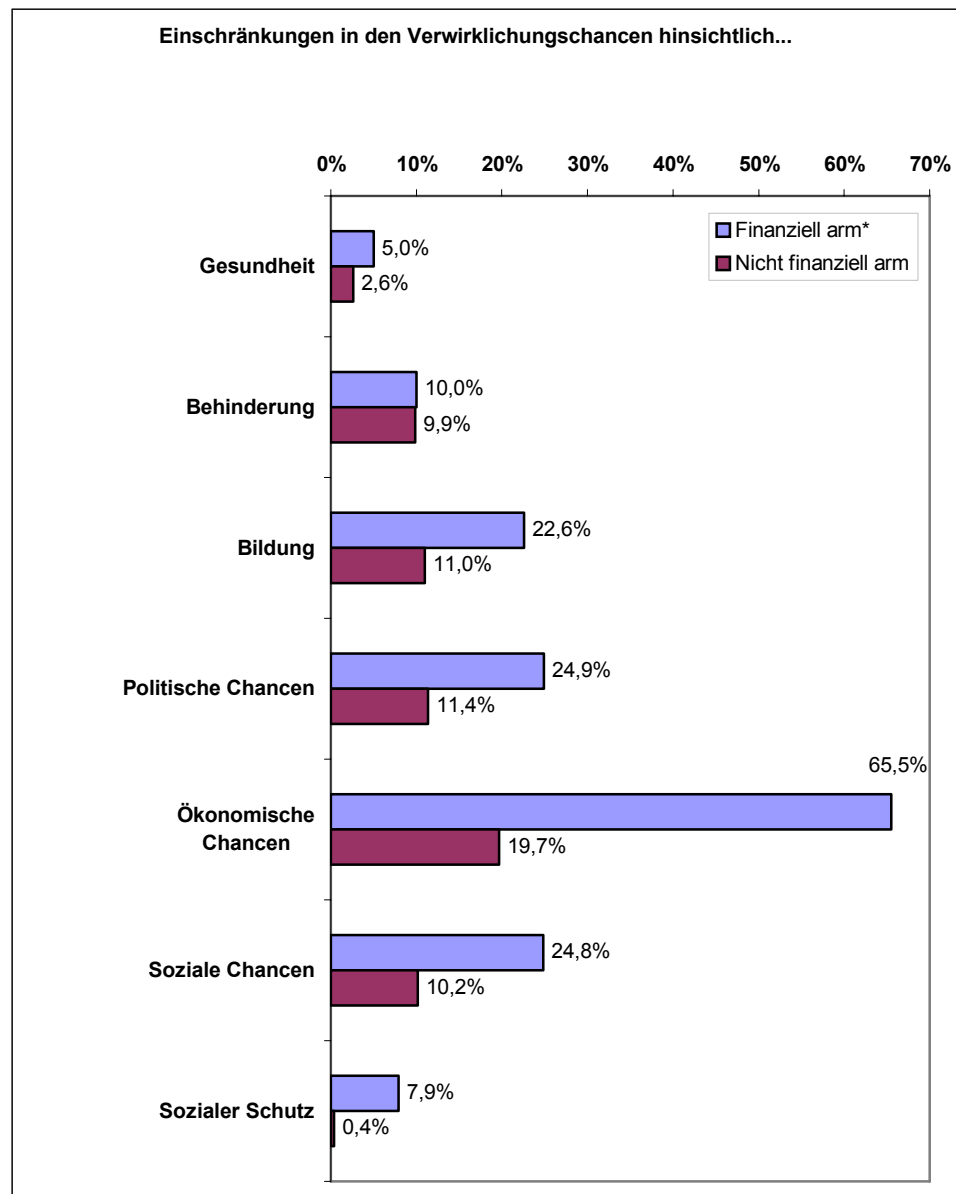
Auch hinsichtlich der anderen Dimensionen der hier untersuchten gesellschaftlich bedingten Chancen, d.h. den politischen und sozialen Chancen, sowie dem sozialen Schutz, ist die Betroffenheit bei den finanziell Armen größer als bei Personen, die nicht unter finanzieller Armut leiden.

---

<sup>138</sup> Vgl. Sen (1999), S. 87-88.

Gleichzeitig ist jedoch fast jede(r) neunte nicht von finanzieller Armut Betroffene dennoch im Rahmen der politischen Verwirklichungschancen eingeschränkt.

**Abbildung 21: Unterschiede hinsichtlich der Einschränkungen in den individuellen Potenzialen und den gesellschaftlich bedingten Chancen zwischen Personen, die arm und nicht arm an finanziellen Potenzialen sind**



\* Finanziell arm = unterhalb der Einkommensarmutsrisikogrenze oder überschuldet

Untersucht man die Zusammenhänge zwischen finanzieller Armut und einer Beschränkung in den nichtfinanziellen individuellen Potenzialen der Menschen, so fällt zunächst auf, dass zwischen finanzieller Armut und Behinderung kein Zusammenhang besteht. Sowohl bei den finanziell Armen als auch bei den nicht von finanzieller Armut Betroffenen weisen rund 10% der Personen einen Behinderungsgrad von 50% oder mehr auf. Zusammenhänge bestehen jedoch hinsichtlich der Gesundheit sowie insbesondere der Bildung. Sowohl insgesamt als auch bei

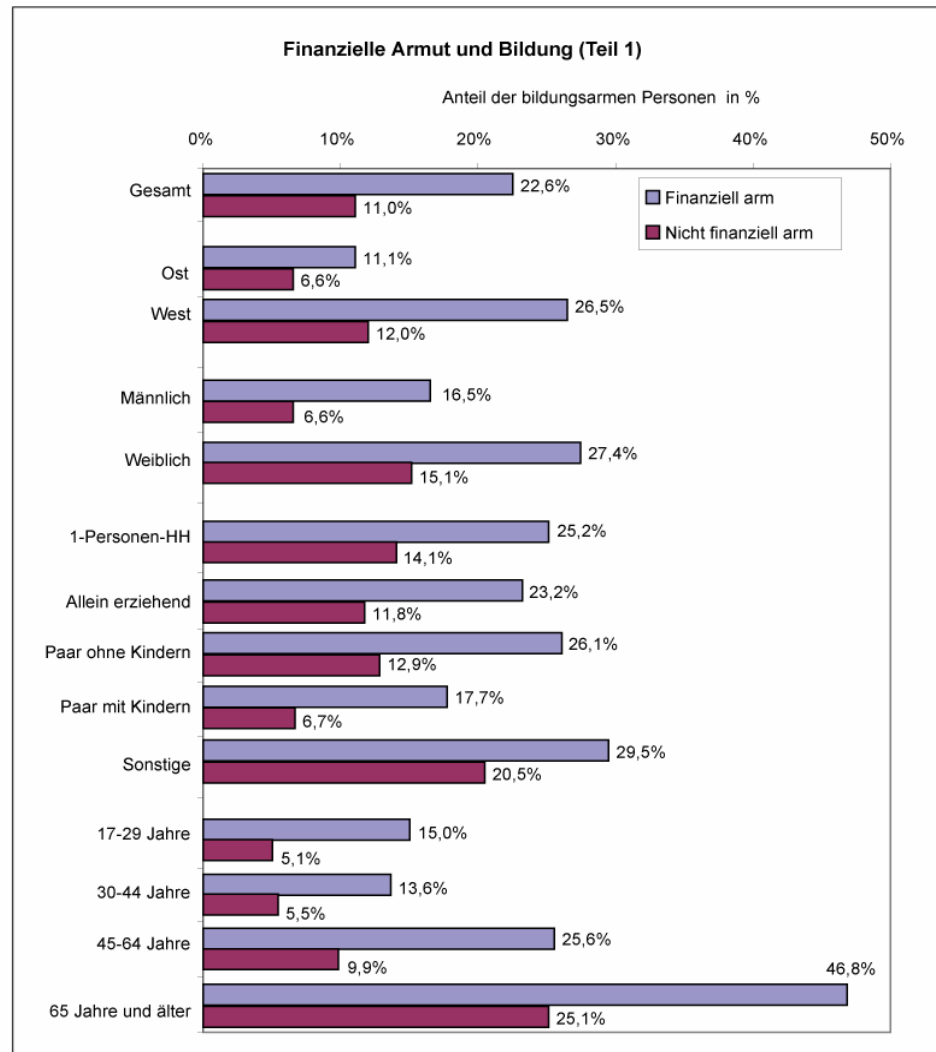
Differenzierung nach verschiedenen sozio-demographischen Kriterien geht finanzielle Armut mit stärkeren Einschränkungen der Gesundheit einher. Rund 5% der von finanzieller Armut Betroffenen sind gleichzeitig gesundheitlich eingeschränkt, jedoch nur 2,6% der Personen, die nicht finanziell arm sind.

Sehr viel ausgeprägter ist der Zusammenhang zwischen finanzieller Armut und Bildungsarmut (vgl. Abbildungen 22 und 23). Mit 22,6% ist fast jede vierte von finanzieller Armut betroffene Person gleichzeitig bildungsarm. Aber auch 11,0% der Personen, die nicht in finanzieller Armut leben, müssen als bildungsarm bezeichnet werden.

Die folgenden beiden Abbildungen differenzieren ergänzend den Zusammenhang zwischen finanzieller Armut und Bildung nach den sozio-demographischen Differenzierungsvariablen.



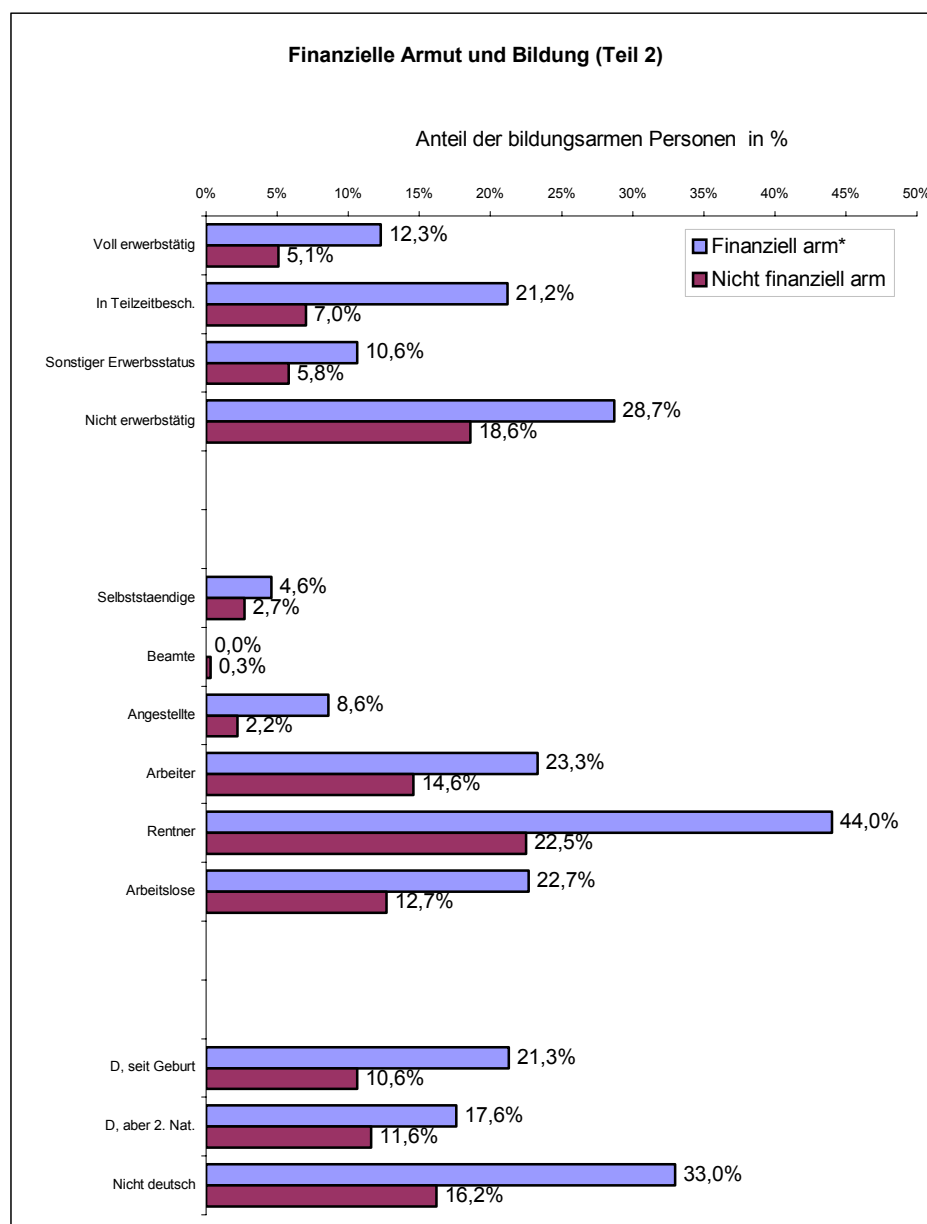
**Abbildung 22: Zusammenhang zwischen Armut an finanziellen Potenzialen und Bildung, disaggregiert nach verschiedenen sozio-demographischen Charakteristika, Teil 1**



Finanziell arm = unterhalb der Einkommensarmutsrisikogrenze oder überschuldet

Dabei fällt auf, dass über sämtliche Differenzierungskriterien hinweg der Anteil der Personen, die hinsichtlich ihrer Bildung in ihren Verwirklichungschancen beschränkt sind, bei den finanziell armen Personen erheblich größer ist, als bei den Personen, die nicht von finanzieller Armut betroffen sind.

**Abbildung 23: Zusammenhang zwischen Armut an finanziellen Potenzialen und Bildung, disaggregiert nach verschiedenen sozio-demographischen Charakteristika, Teil 2**



\* Finanziell arm = unterhalb der Einkommensarmutsrisikogrenze oder überschuldet

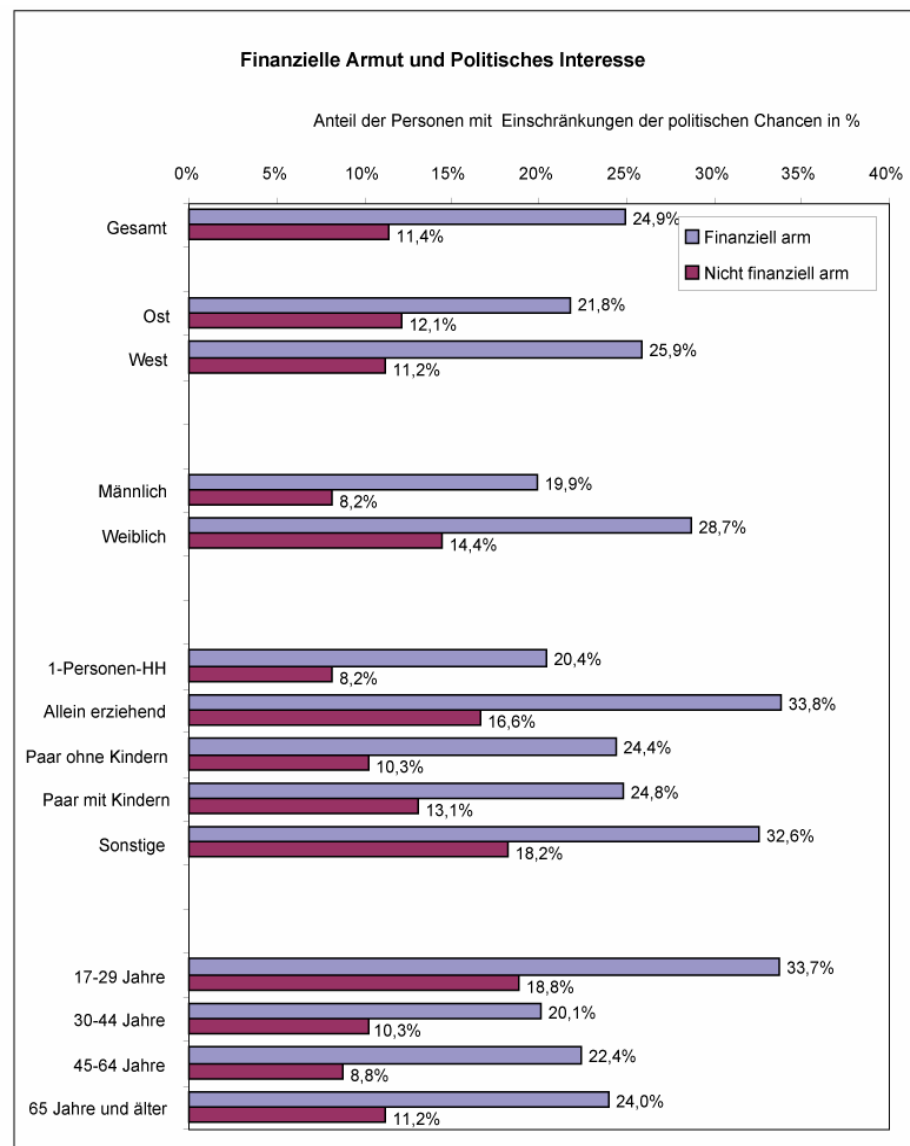
Betrachtet man etwas genauer, welche Personen in ihren gesellschaftlich bedingten Verwirklichungschancen beschränkt sind, obwohl sie nicht unter finanzieller Armut leiden, so sind dies – weitgehend unabhängig davon, welchen der verschiedenen Aspekte gesellschaftlich bedingter Chancen man untersucht – überdurchschnittlich häufig:

- Frauen,
- Alleinerziehende,
- jüngere Menschen zwischen 16 und 29 Jahren,
- Personen ohne Schulabschluss,

- Personen mit sonstigem Erwerbsstatus, also insbesondere geringfügig Beschäftigte, Personen in Ausbildung oder Lehre, Zivildienstleistende und Wehrdienstleistende,
- Arbeitslose,
- Ausländer.

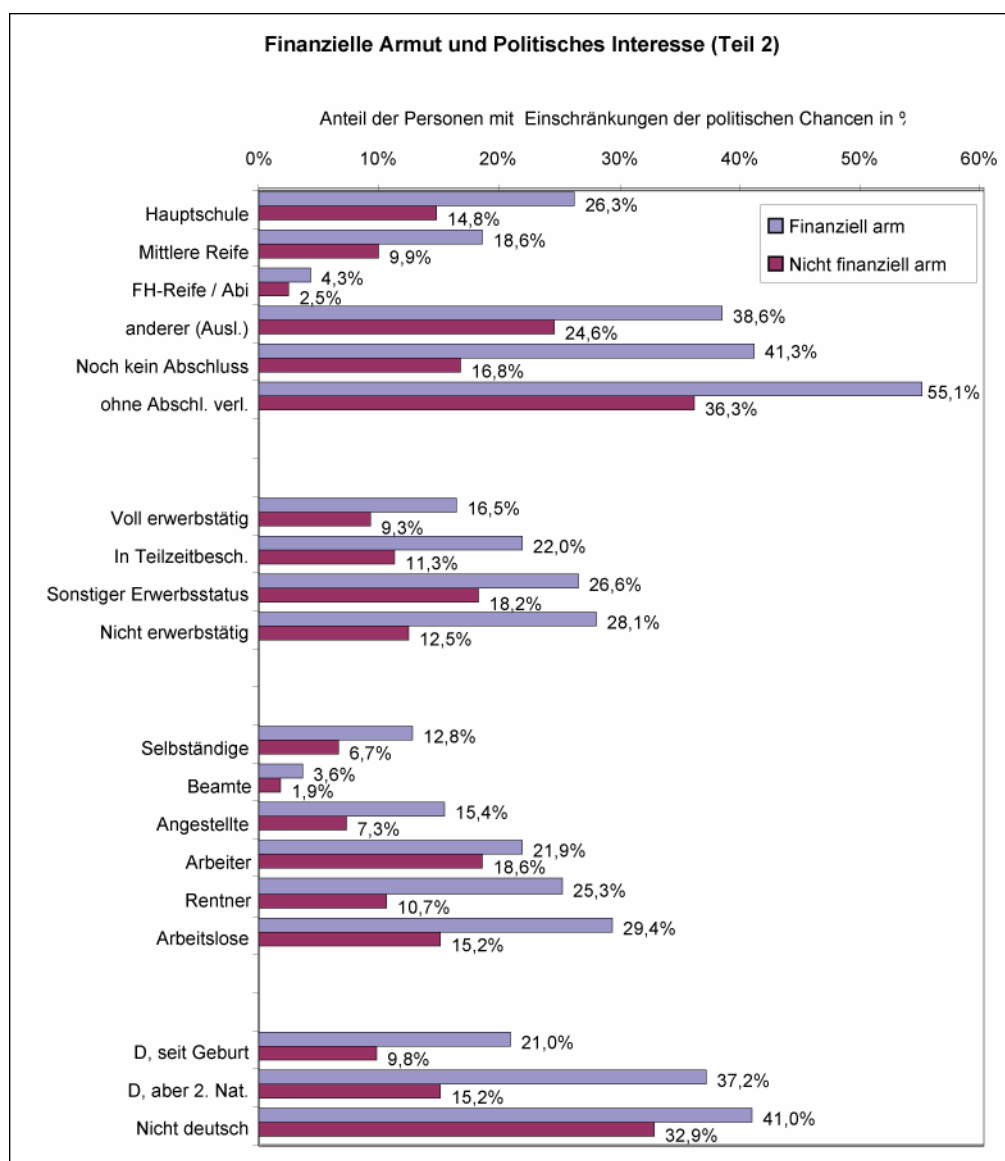
Die folgenden beiden Abbildungen 24 und 25 verdeutlichen dies am Beispiel der politischen Chancen, wobei sich hier ebenfalls zeigt, dass finanzielle Armut über die sozio-demographischen Differenzierungskriterien hinweg mit einer stärkeren Einschränkung der politischen Chancen einhergeht.

**Abbildung 24: Zusammenhang zwischen Armut an finanziellen Potenzialen und politischen Chancen, disaggregiert nach verschiedenen sozio-demographischen Charakteristika, Teil 1**



finanziell arm = unterhalb der F\* Finanziell arm = unterhalb der Einkommensarmutsrisikogrenze oder überschuldet

**Abbildung 25: Zusammenhang zwischen Armut an finanziellen Potenzialen und politischen Chancen, disaggregiert nach verschiedenen sozio-demographischen Charakteristika, Teil 2**

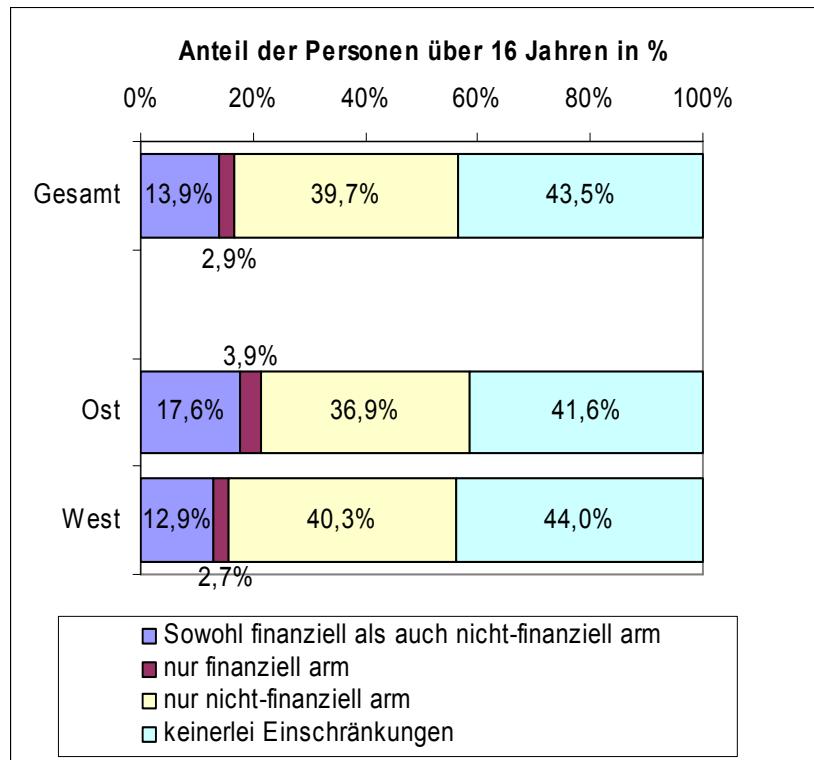


Finanziell arm = unterhalb der Einkommensarmutsrisikogrenze oder überschuldet

Ein Armutsbegriff, der ausschließlich auf finanzielle Armut und somit Einkommens- oder Vermögensarmut abstellt, käme zu dem Ergebnis, dass in Deutschland rund 16,8% der Personen über 16 Jahre von Armut betroffen sind. Der Capability-Ansatz betont, dass die finanzielle Dimension nur ein möglicher Aspekt der menschlichen Verwirklichungschancen ist, die zwar von sehr wesentlicher Bedeutung ist, gleichzeitig jedoch unzureichend ist, um die tatsächlichen Verwirklichungschancen umfassend und differenziert zu beschreiben. Unsere empirischen Analysen bestätigen diese Auffassung des Capability-Ansatzes recht deutlich. So zeigen sie, dass 39,7% der Bürger zwar nicht von finanzieller Armut betroffen sind, aber dennoch in ihren individuellen Potenzialen (11,4% - davon gut die Hälfte aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen und knapp die Hälfte wegen einer Behinderung), in ihren gesellschaftlich bedingten Chancen (20,5%) oder

hinsichtlich beider Dimensionen (5,7%) eingeschränkt sind (vgl. Abbildung 26 oder im Detail nach Konstellationen auch Tabelle 25).

**Abbildung 26: Armut an finanziellen Potenzialen und nichtmonetäre Aspekte der Armut**



Rund 4% der Personen in Deutschland sind insofern besonders von einem Mangel an Verwirklichungschancen betroffen, als sie sowohl in finanzieller Hinsicht als auch hinsichtlich ihrer individuellen nichtfinanziellen Potenziale und gesellschaftlich bedingten Chancen als arm bezeichnet werden müssen.<sup>139</sup> Abbildung 27 zeigt, nach welchen sozio-demographischen Kriterien die Betroffenheit von Mehrfachbeeinträchtigungen besonders ausgeprägt ist.

<sup>139</sup> Unterscheidet man ergänzend bei den individuellen Potenzialen Gesundheit/Behinderung und Bildung, so sind nur 0,4% aller Personen hinsichtlich ihrer finanziellen Ressourcen, ihren gesellschaftlich bedingten Chancen, ihrer Gesundheit/Behinderung und ihrer Bildung eingeschränkt.

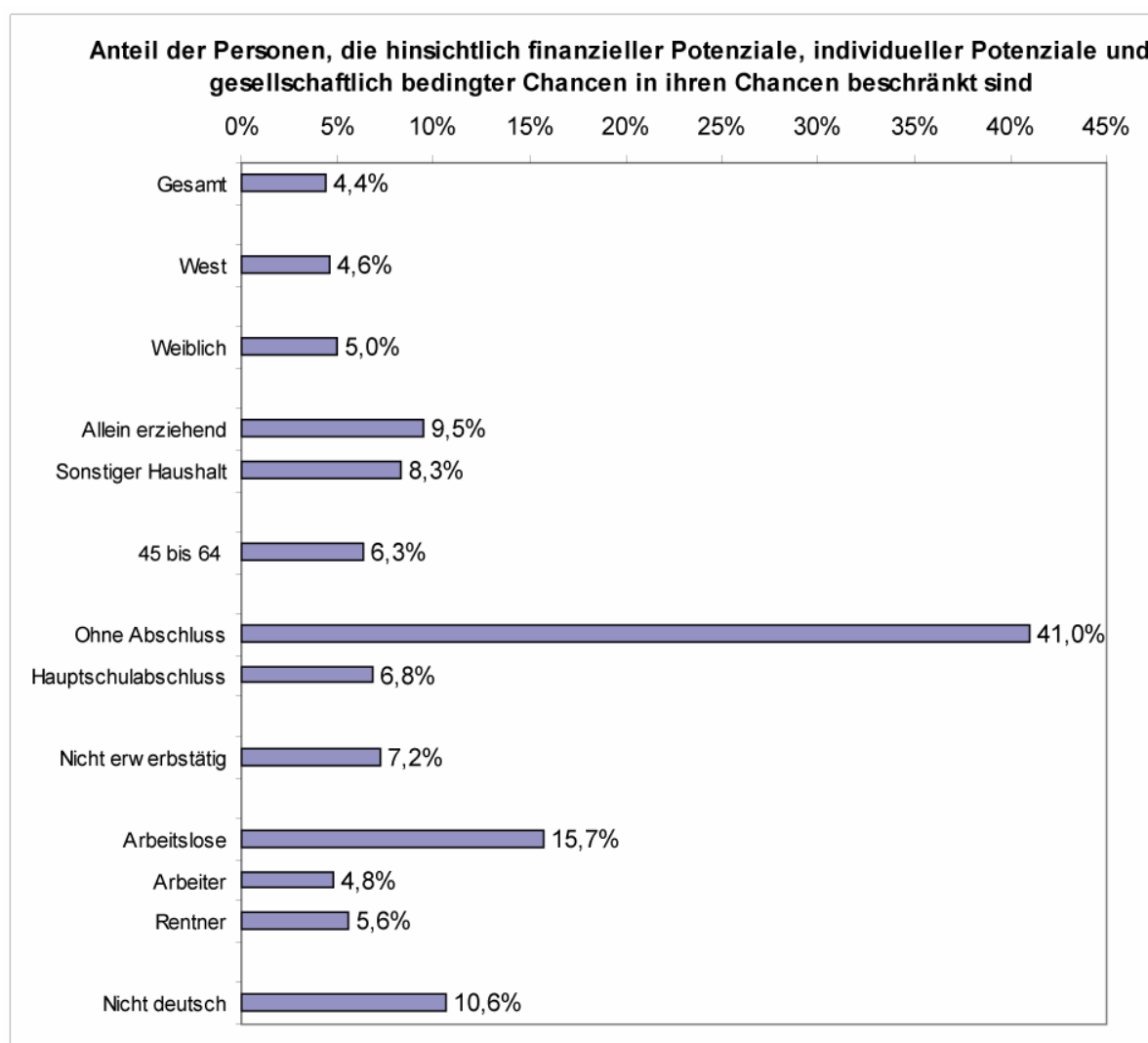
**Tabelle 25: Ausmaß der Mehrfachbelastungen auf der Gesamtindikatorebene (finanzielle und nichtfinanzielle individuelle Potenziale sowie gesellschaftlich bedingte Chancen, 2002)**

Anzahl der Mehrfachbelastungen	0	1	2	3
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteile an Personen älter als 16 Jahre</b>			
<b>Gesamt</b>	43,5 %	35,5 %	16,6 %	4,4 %
<b>Region</b>				
Ost	41,6 %	34,4 %	20,6 %	3,4 %
West	44,0 %	35,8 %	15,6 %	4,6 %
<b>Geschlecht</b>				
Männlich	51,2 %	30,8 %	14,4 %	3,6 %
Weiblich	36,7 %	39,6 %	18,6 %	5,0 %
<b>Haushaltstyp</b>				
Ein-Personen-HH	41,8 %	33,3 %	19,5 %	5,4 %
Alleinerziehend	33,0 %	31,5 %	26,0 %	9,5 %
Paar ohne Kinder	44,3 %	37,5 %	15,1 %	3,0 %
Paar mit Kindern	46,9 %	35,5 %	13,9 %	3,7 %
Sonstige	26,1 %	37,8 %	27,3 %	8,8 %
<b>Altersgruppen</b>				
16-29	38,5 %	37,8 %	19,7 %	4,0 %
30-44	52,7 %	30,8 %	13,5 %	2,9 %
45-64	40,7 %	34,8 %	18,2 %	6,3 %
65 und älter	39,3 %	41,3 %	15,8 %	3,7 %
<b>Schulabschluss</b>				
Hauptschulabschluss	31,0 %	40,3 %	21,9 %	6,8 %
Mittlere Reife	52,3 %	34,8 %	12,2 %	0,7 %
FH-Reife/Abitur	64,9 %	26,4 %	8,3 %	0,4 %
Anderer Abschluss	30,0 %	43,8 %	23,1 %	3,1 %
Noch kein Abschluss	47,1 %	35,2 %	17,6 %	0,1 %
Ohne Abschluss	0,0 %	21,9 %	37,1 %	41,0 %
<b>Erwerbsstatus</b>				
Voll erwerbstätig	66,5 %	25,4 %	6,9 %	1,2 %
Teilzeitbeschäftigt	33,2 %	46,8 %	16,1 %	4,0 %
Sonstiges	14,0 %	55,1 %	27,3 %	3,5 %
Nicht erwerbstätig	31,1 %	38,5 %	23,2 %	7,2 %
<b>Berufliche Stellung</b>				
Selbständige	59,5 %	27,5 %	11,7 %	1,2 %
Beamte	85,4 %	12,6 %	1,9 %	0,0 %
Angestellte	62,6 %	30,5 %	6,1 %	0,8 %
Arbeiter	38,6 %	38,3 %	18,3 %	4,8 %
Rentner	31,5 %	42,7 %	20,2 %	5,6 %
Arbeitslose	14,3 %	30,5 %	39,5 %	15,7 %
<b>Nationalität</b>				
Deutsch, seit Geburt	45,8 %	35,2 %	15,4 %	3,6 %
Deutsch, 2. Nationalität	31,3 %	38,3 %	21,4 %	8,9 %
Nicht deutsch	22,5 %	37,5 %	29,4 %	10,6 %
<b>Einkommen</b>				
≤ Armutsrisikoschwelle	0,0 %	6,4 %	63,2 %	30,4 %
> Armutsrisikoschwelle	49,6 %	39,5 %	10,2 %	0,7 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Dabei wird erneut in besonderem Maße deutlich, welche große Rolle die Bildung für die Verwirklichungschancen eines Menschen spielt. 41% der Personen ohne Schulabschluss sind nicht nur finanziell arm, sondern auch in den individuellen Potenzialen und ihren gesellschaftlich bedingten Chancen beschränkt. Fast jeder sechste Arbeitslose und jeder zehnte Ausländer gehört zu den in ihren Verwirklichungschancen extrem betroffenen Personen.<sup>140</sup>

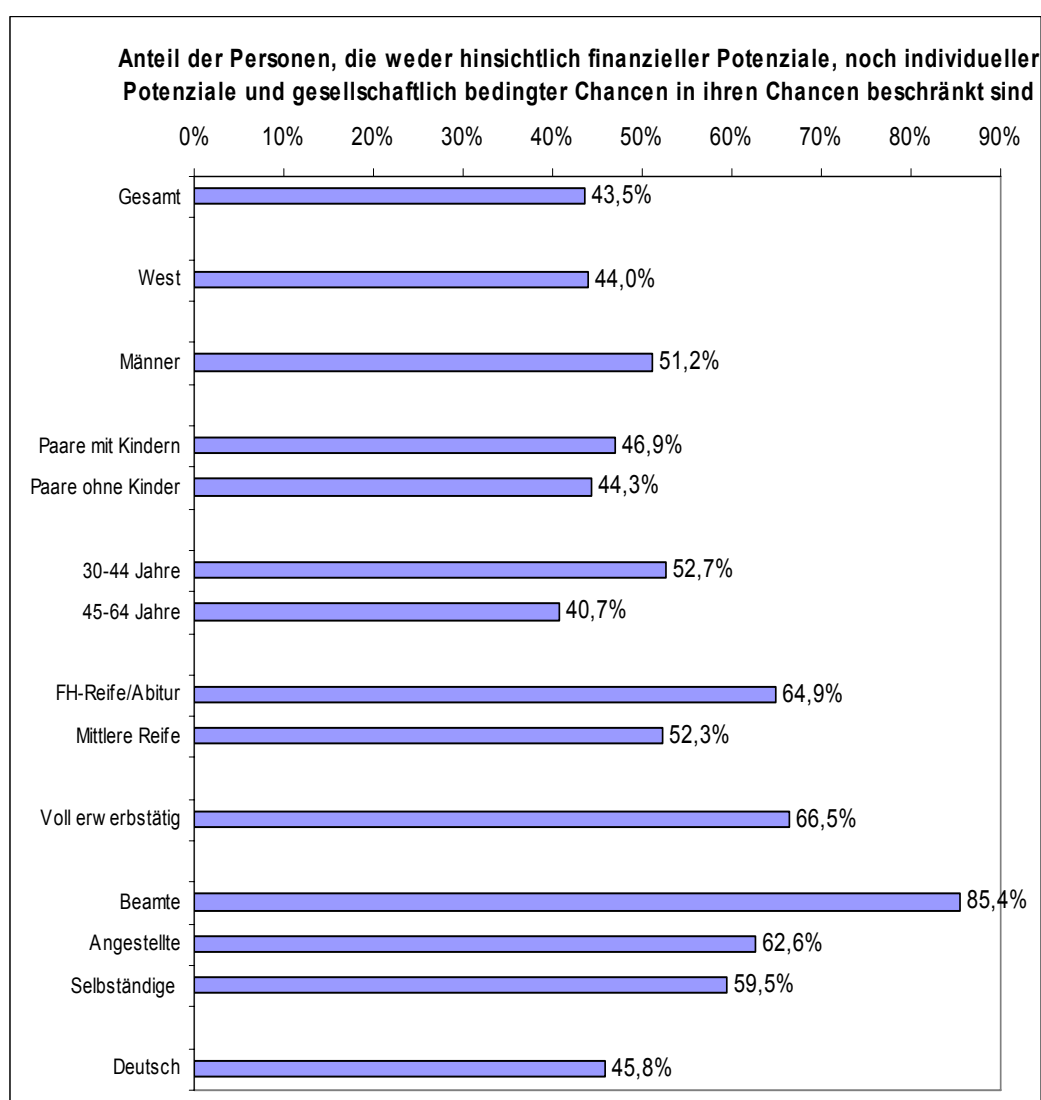
**Abbildung 27: Extreme mehrdimensionale Betroffenheit von Armut an Verwirklichungschancen nach sozio-demographischen Kriterien**



<sup>140</sup> Betrachtet man auch hier neben den Dimensionen finanzielle Ressourcenarmut und Beeinträchtigung gesellschaftlich bedingter Chancen die Aspekte der Gesundheit/Behinderung und der Bildung getrennt, so sind – wie bereits angedeutet – nur noch 0,4% aller Personen hinsichtlich dieser vier Aspekte in ihren Verwirklichungschancen eingeschränkt. Die sozio-demographischen Risikofaktoren von Mehrfachbetroffenheit bleiben jedoch weitgehend auch bei dieser Betrachtung dieselben. So sind 6,8% aller Personen ohne Schulabschluss von dieser Extremform mehrdimensionaler Arbeit betroffen. Auch Ausländer und Arbeitslose weisen mit 1% hier erheblich überdurchschnittliche Betroffenheitsquoten auf.

Kehrt man die Betrachtung um und untersucht, wie viel Prozent der Personen hinsichtlich ihrer Verwirklichungschancen keinerlei Beschränkungen unterliegen, so sind dies „nur“ 43,5% der Bürger über 16 Jahren (vgl. Abbildung 28). Während die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland hier eher marginal sind, sind es vor allem Männer (51,2%), Paare mit oder ohne Kinder (46,9 bzw. 44,3%), oder Menschen im Alter zwischen 30 und 64 Jahren, die in ihren Verwirklichungschancen weder in finanzieller Hinsicht noch mit Blick auf die individuellen nichtfinanziellen Potenziale oder die gesellschaftlichen Chancen eingeschränkt sind. Auch hier dominiert die Bedeutung der Bildung, da knapp ein Drittel der Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur keinerlei Einschränkungen der Verwirklichungschancen unterliegen und auch eine Mittlere Reife zu einem deutlich überdurchschnittlichen Anteil von 52,3% führt. Auffällig ist auch, dass Beamte mit 85,4% und Angestellte mit 62,6% besonders häufig keinerlei Einschränkungen in ihren Verwirklichungschancen unterliegen.

**Abbildung 28: Keine Betroffenheit durch einen Mangel an Verwirklichungschancen nach sozio-demographischen Kriterien**





**Tabelle 26: Betroffenheitsmuster mit Hilfe der drei Hauptindikatoren (Ebene 1):**  
**- = nicht betroffen, F = Mangel an Finanziellen Potenzialen, N = Mangel an individuellen nichtfinanziellen Potenzialen, G = Mangel an gesellschaftlich bedingten Chancen**

Konstellationen der Mehrfachbelastungen	-	F	N	G	FN	NG	FG	FNG
<b>Bevölkerungsteile</b>	<b>Anteile an Personen älter als 16 Jahre</b>							
<b>Gesamt</b>	43,5 %	2,9 %	10,0 %	22,6 %	1,1 %	7,1 %	8,4 %	4,4 %
<b>Region</b>								
Ost	41,6 %	3,9 %	5,9 %	24,6 %	0,9 %	6,4 %	13,3 %	3,4 %
West	44,0 %	2,7 %	11,0 %	22,0 %	1,1 %	7,3 %	7,2 %	4,6 %
<b>Geschlecht</b>								
Männlich	51,2 %	3,1 %	9,4 %	18,3 %	0,9 %	5,3 %	8,2 %	3,6 %
Weiblich	36,7 %	2,8 %	10,5 %	26,3 %	1,3 %	8,7 %	8,6 %	5,0 %
<b>Haushaltstyp</b>								
Ein-Personen-HH	41,8 %	4,2 %	13,3 %	15,8 %	2,5 %	7,8 %	9,1 %	5,4 %
Alleinerziehend	33,0 %	2,9 %	6,7 %	21,9 %	0,3 %	6,3 %	19,4 %	9,5 %
Paar ohne Kinder	44,3 %	1,4 %	14,4 %	21,7 %	1,1 %	9,7 %	4,2 %	3,0 %
Paar mit Kindern	46,9 %	3,5 %	4,7 %	27,3 %	0,4 %	4,2 %	9,3 %	3,7 %
Sonstige	26,1 %	3,0 %	11,0 %	23,8 %	0,3 %	12,6 %	14,4 %	8,8 %
<b>Altersgruppen</b>								
16-29	38,5 %	3,8 %	1,5 %	32,6 %	0,1 %	3,1 %	16,6 %	4,0 %
30-44	52,7 %	4,1 %	3,6 %	23,1 %	0,1 %	3,5 %	9,9 %	2,9 %
45-64	40,7 %	1,4 %	7,6 %	25,7 %	0,4 %	11,0 %	6,8 %	6,3 %
65 und älter	39,3 %	2,9 %	30,7 %	7,6 %	4,6 %	9,6 %	1,6 %	3,7 %
<b>Schulabschluss</b>								
Hauptschulabschluss	31,0 %	2,4 %	17,5 %	20,4 %	2,1 %	13,1 %	6,6 %	6,8 %
Mittlere Reife	52,3 %	3,6 %	4,0 %	27,1 %	0,1 %	2,0 %	10,2 %	0,7 %
FH-Reife/Abitur	64,9 %	3,2 %	4,3 %	18,8 %	0,1 %	1,4 %	6,8 %	0,4 %
Anderer Abschluss	30,0 %	3,3 %	4,3 %	36,2 %	1,8 %	3,6 %	17,7 %	3,1 %
Noch kein Abschluss	47,1 %	3,0 %	0,3 %	31,9 %	0,0 %	1,0 %	16,7 %	0,1 %
Ohne Abschluss	0,0 %	0,0 %	21,9 %	0,0 %	3,3 %	33,7 %	0,0 %	41,0 %
<b>Erwerbsstatus</b>								
Voll erwerbstätig	66,5 %	3,8 %	5,3 %	16,3 %	0,3 %	2,2 %	4,3 %	1,2 %
Teilzeitbeschäftigt	33,2 %	1,8 %	3,3 %	41,6 %	0,0 %	6,1 %	10,0 %	4,0 %
Sonstiges	14,0 %	0,3 %	2,7 %	52,1 %	0,1 %	7,6 %	19,7 %	3,5 %
Nicht erwerbstätig	31,1 %	2,9 %	16,5 %	19,1 %	2,2 %	11,4 %	9,6 %	7,2 %
<b>Berufliche Stellung</b>								
Selbständige	59,5 %	2,4 %	3,1 %	22,0 %	0,2 %	1,6 %	9,9 %	1,2 %
Beamte	85,4 %	1,8 %	4,2 %	6,7 %	0,2 %	0,0 %	1,7 %	0,0 %
Angestellte	62,6 %	3,3 %	3,5 %	23,7 %	0,1 %	1,9 %	4,1 %	0,8 %
Arbeiter	38,6 %	3,5 %	7,1 %	27,7 %	0,4 %	8,2 %	9,6 %	4,8 %
Rentner	31,5 %	1,9 %	25,2 %	15,5 %	3,5 %	14,4 %	2,3 %	5,6 %
Arbeitslose	14,3 %	1,0 %	3,0 %	26,5 %	0,0 %	8,1 %	31,4 %	15,7 %
<b>Nationalität</b>								
Deutsch, seit Geburt	45,8 %	2,9 %	10,4 %	21,8 %	1,0 %	6,9 %	7,4 %	3,6 %
Deutsch, 2. Nationalität	31,3 %	4,1 %	9,8 %	24,4 %	0,4 %	3,9 %	17,1 %	8,9 %
Nicht deutsch	22,5 %	2,4 %	4,8 %	30,3 %	2,6 %	11,1 %	15,7 %	10,6 %
<b>Einkommen</b>								
≤ Armutsrisikoschwelle	0,0 %	6,4 %	0,0 %	0,0 %	7,4 %	0,0 %	55,8 %	30,4 %
> Armutsrisikoschwelle	49,6 %	2,5 %	11,4 %	25,7 %	0,2 %	8,1 %	1,8 %	0,7 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Während bislang nur die Ergebnisse der beiden Extremkonstellationen (keinerlei Betroffenheit von Armut sowie Armut hinsichtlich aller drei Dimensionen von Verwirklichungschancen) betrach-

tet wurden, zeigt Tabelle 26 ergänzend sämtliche Konstellationen von Mehrfachbelastungen auf, wobei die individuellen Potenziale nicht zuletzt aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht in Gesundheit/Behinderung und Bildung aufgespaltet wurden.

Zusammenfassend wird bei diesen mehrdimensionalen Betrachtungen sehr deutlich, wie unterschiedlich die konkreten Konstellationen einer Einschränkung der Verwirklichungschancen sein können. Zwar zeigt die Differenzierung nach den sozio-demographischen Kriterien, dass die Risikogruppen der finanziellen Armut häufig auch hinsichtlich der anderen Dimensionen in ihren Verwirklichungschancen beeinträchtigt sind. Jedoch bestätigt sich ebenso Sens (2000a, S. 24 ff.) These, die bloße Betrachtung finanzieller Armut greife zu kurz, wenn man die Verwirklichungschancen der Menschen umfassender verstehen wolle, da ein beträchtlicher Teil der Menschen trotz hinreichender finanzieller Ressourcen dennoch in seinen Verwirklichungschancen beschränkt sei. Zudem unterstreicht die mehrdimensionale Analyse die von Sen (2000a, S. 110) betonte Notwendigkeit einer Differenzierung der Untersuchung für einzelne Gruppen. Für Deutschland bestätigt bereits eine erste gruppenspezifische Analyse den Hinweis von Sen (2000a, S. 136 ff.), dass die Ungleichheit, etwa zwischen Frauen und Männern, oft deutlich ausgeprägter ist, wenn man nicht nur das Ausmaß der Einkommensungleichheit, sondern auch nichtfinanzielle Bestimmungsfaktoren der Verwirklichungschancen berücksichtigt.

Abschließend soll noch im Rahmen einfacher Maximum-Likelihood-Probitschätzungen untersucht werden, welche sozio-demographischen Charakteristika in welchem Maße für die verschiedenen Aspekte von Armut als Mangel an Verwirklichungschancen relevant sind. Dazu wird die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person als eingeschränkt in ihren Verwirklichungschancen gilt, in Abhängigkeit von einer Linearkombination möglicher Einflussgrößen modelliert. Die Standardfehler wurden dabei robust geschätzt. Tabelle 27 enthält die Ergebnisse dieser Probit-Schätzungen sowohl für die Einzelindikatoren der Verwirklichungschancen als auch für die aggregierten Dimensionen.

Es sei auf einige ausgewählte Ergebnisse der Modellschätzungen verwiesen:

- Allgemein kann man zunächst festhalten, dass die Mehrzahl der sozio-demographischen Charakteristika auf die verschiedenen Dimensionen der Verwirklichungschancen ähnlich wirken. Insofern sind die sozio-demographischen Risikofaktoren für finanzielle Ressourcenarmut regelmäßig auch diejenigen, die bei den individuellen nichtfinanziellen Potenzialen und den gesellschaftlich bedingten Chancen tendenziell das Risiko eines Mangels an Verwirklichungschancen erhöhen.
- Ein *fehlender Schulabschluss* erweist sich für sämtliche Aspekte der Verwirklichungschancen – mit Ausnahme der Behinderung – als ganz zentraler Risikofaktor. Gemessen an den margi-

nenalen Effekten im Vergleich zur Referenzkategorie der Personen mit Abitur oder Fachhochschulreife, erhöht ein fehlender Schulabschluss das Risiko finanzieller Ressourcenarmut um gut 24 Prozentpunkte, das Risiko eingeschränkter gesellschaftlicher Chancen sogar um fast 42 Prozentpunkte. Auch die Wahrscheinlichkeit eingeschränkter politischer Chancen ist für Personen ohne Schulabschluss um rund 36 Prozentpunkte höher als für Personen mit Abitur oder mittlerer Reife. Zwar signifikant, aber mit nur 1,3 Prozentpunkten erheblich geringer fällt der marginale Effekt bei den gesundheitlichen Beeinträchtigungen aus.

- Der marginale Effekt der ausländischen Staatsangehörigkeit auf die Wahrscheinlichkeit, in den Verwirklichungschancen eingeschränkt zu sein, ist erheblich geringer als der eines fehlenden Schulabschlusses. Bei der finanziellen Ressourcenarmut ist das Risiko der Ausländer um rund 6 Prozentpunkte größer als das der Deutschen. Größer fallen die marginalen Effekte bei den gesellschaftlich bedingten Chancen aus, wo der „Risikoaufschlag“ der Ausländer gegenüber den Deutschen rund 24 Prozentpunkte beträgt.
- Mit Blick auf die berufliche Stellung weisen Rentner und Beamte ceteris paribus die geringsten Risiken einer Ressourcenarmut auf. Am höchsten ist das Risiko finanzieller Ressourcenarmut bei der Referenzkategorie der Selbständigen. Bei den gesellschaftlich bedingten Verwirklichungschancen ist das Risiko der Arbeiter noch um 6 Prozentpunkte höher als das der Selbständigen, die Risiken der Rentner (-42 Prozentpunkte) und der Beamten (-20 Prozentpunkte) fallen jedoch erheblich geringer aus.

Letztlich besteht der Vorteil einer ergänzenden multivariaten Betrachtung darin, dass gleichzeitig verschiedene Risikofaktoren einer Einschränkung der Verwirklichungschancen kontrolliert werden können. Darüber hinaus erlauben die geschätzten marginalen Effekte eine relative Bewertung der Bedeutung der verschiedenen Einflussfaktoren.

**Tabelle 27: Determinanten der Beeinträchtigung individueller Verwirklichungschancen. Ergebnisse von Maximum-Likelihood-Probitschätzungen mit robusten Standardfehlern, Marginale Effekte, P-Werte in Klammern**

	Einkommens- armut	Vermögens- armut	Mangel an finanziellen Potenzialen	Gesundheit	Behinderung	Bildung	Mangel an nicht-finanz. Potenzialen	Politische Chancen	Ökonomische Chancen	Soziale Chancen	Sozialer Schutz	Gesellschaft- lich bedingte Chancen
Ostdeutschland	0.031 (0.000)***	0.041 (0.000)***	0.063 (0.000)***	0.001 (0.514)	-0.017 (0.000)***	-0.086 (0.000)***	-0.040 (0.000)***	0.023 (0.000)***	0.045 (0.000)***	0.085 (0.000)***	0.001 (0.090)*	0.110 (0.000)***
1-Personen-Haushalt (Referenz: Sonstige HH)	0.006 (0.462)	-0.007 (0.440)	0.012 (0.350)	-0.005 (0.073)*	0.009 (0.331)	-0.016 (0.534)	-0.001 (0.937)	-0.025 (0.015)**	0.045 (0.020)**	-0.035 (0.001)***	-0.001 (0.214)	-0.098 (0.000)***
Alleinerziehend	0.042 (0.000)***	0.011 (0.305)	0.060 (0.000)***	-0.002 (0.615)	0.008 (0.514)	0.068 (0.050)**	0.031 (0.066)*	-0.002 (0.866)	0.020 (0.373)	-0.028 (0.026)**	0.004 (0.008)***	-0.071 (0.005)***
Paar ohne Kindern	-0.047 (0.000)***	-0.024 (0.003)***	-0.067 (0.000)***	-0.010 (0.000)***	0.003 (0.701)	-0.089 (0.000)***	-0.031 (0.009)***	-0.040 (0.000)***	0.011 (0.535)	-0.078 (0.000)***	-0.004 (0.000)***	-0.159 (0.000)***
Paar mit Kindern	-0.020 (0.006)***	-0.006 (0.423)	-0.024 (0.033)**	-0.008 (0.006)***	-0.004 (0.642)	-0.067 (0.006)***	-0.027 (0.024)**	-0.037 (0.000)***	0.001 (0.968)	-0.041 (0.000)***	-0.003 (0.000)***	-0.110 (0.000)***
Altersklasse 30-44 Jahre (Referenz: 16 – 29 Jahre)	-0.025 (0.000)***	0.011 (0.027)**	-0.015 (0.042)**	0.017 (0.005)***	0.029 (0.003)***	-0.027 (0.236)	0.014 (0.166)	-0.056 (0.000)***	-0.037 (0.000)***	-0.028 (0.000)***	-0.001 (0.015)**	-0.120 (0.000)***
Altersklasse 45-64 Jahre	-0.032 (0.000)***	-0.018 (0.000)***	-0.052 (0.000)***	0.026 (0.000)***	0.080 (0.000)***	-0.024 (0.298)	0.066 (0.000)***	-0.098 (0.000)***	-0.037 (0.000)***	-0.055 (0.000)***	-0.003 (0.000)***	-0.179 (0.000)***
Altersklasse 65 Jahre und älter	-0.031 (0.000)***	-0.041 (0.000)***	-0.064 (0.000)***	0.030 (0.000)***	0.039 (0.001)***	0.081 (0.005)***	0.051 (0.000)***	-0.071 (0.000)***	-0.267 (0.000)***	-0.054 (0.000)***	-0.003 (0.000)***	-0.148 (0.000)***
Hauptschule (Referenz: FH-Reife/Abi)	0.054 (0.000)***	0.042 (0.000)***	0.090 (0.000)***	0.007 (0.004)***	0.018 (0.000)***		0.184 (0.000)***	0.155 (0.000)***	0.125 (0.000)***	0.058 (0.000)***	0.002 (0.022)**	0.245 (0.000)***
Mittlere Reife	0.012 (0.034)**	0.030 (0.000)***	0.043 (0.000)***	0.005 (0.039)**	0.006 (0.255)		0.008 (0.347)	0.093 (0.000)***	0.072 (0.000)***	0.023 (0.001)***	-0.000 (0.949)	0.141 (0.000)***
Anderer (Ausl.)	0.100 (0.000)***	0.030 (0.001)***	0.111 (0.000)***	0.015 (0.002)***	0.032 (0.001)***		-0.028 (0.024)**	0.250 (0.000)***	0.142 (0.000)***	0.088 (0.000)***	0.016 (0.000)***	0.293 (0.000)***
Noch kein Abschluss	-0.022 (0.280)	0.023 (0.345)	-0.023 (0.459)		-0.022 (0.510)		-0.079 (0.089)*	-0.030 (0.300)	0.087 (0.086)*	-0.028 (0.342)		0.084 (0.271)
Ohne Abschluss verlassen	0.201 (0.000)***	0.065 (0.000)***	0.244 (0.000)***	0.013 (0.033)**	0.017 (0.164)			0.362 (0.000)***	0.205 (0.000)***	0.147 (0.000)***	0.019 (0.000)***	0.419 (0.000)***
In Teilzeitbesch. (Ref.: Vollzeitbeschäftigt)	0.058 (0.000)***	0.006 (0.205)	0.048 (0.000)***	-0.003 (0.332)	0.007 (0.276)	0.133 (0.000)***	0.040 (0.000)***	0.043 (0.000)***	0.598 (0.000)***	-0.003 (0.714)	0.006 (0.000)***	0.440 (0.000)***
Sonstiger Erwerbsstatus	0.073 (0.000)***	0.014 (0.068)*	0.081 (0.000)***	0.019 (0.001)***	0.093 (0.000)***	0.166 (0.000)***	0.106 (0.000)***	0.043 (0.000)***	0.830 (0.000)***	0.018 (0.111)	0.014 (0.000)***	0.646 (0.000)***
Nicht erwerbstätig	0.086 (0.008)***	0.028 (0.371)	0.125 (0.007)***	0.031 (0.016)**	0.144 (0.000)***	0.141 (0.057)*	0.157 (0.000)***	0.100 (0.020)**	0.912 (0.000)***	0.020 (0.572)	0.799 (0.000)***	0.540 (0.000)***
Beamte (Ref.: Selbständige)	-0.043 (0.000)***	-0.028 (0.000)***	-0.070 (0.000)***	-0.002 (0.746)	0.050 (0.001)***	-0.116 (0.127)	0.053 (0.007)***	-0.052 (0.000)***	-0.137 (0.000)***	-0.046 (0.000)***	0.003 (0.373)	-0.201 (0.000)***
Angestellte	-0.048 (0.000)***	-0.020 (0.000)***	-0.058 (0.000)***	-0.004 (0.301)	0.024 (0.010)**	-0.017 (0.600)	0.010 (0.412)	-0.004 (0.637)	-0.084 (0.000)***	-0.010 (0.271)	-0.000 (0.865)	-0.042 (0.007)***
Arbeiter	-0.017 (0.004)***	0.002 (0.720)	-0.010 (0.269)	-0.003 (0.404)	-0.010 (0.001)***	0.036 (0.000)***	0.177 (0.000)***	0.033 (0.002)***	-0.024 (0.068)	0.048 (0.000)***	0.001 (0.391)	0.058 (0.001)***
Rentner	-0.040 (0.066)*	-0.030 (0.230)	-0.072 (0.037)**	0.005 (0.600)	0.055 (0.024)**	0.095 (0.227)	0.120 (0.002)***	-0.042 (0.219)	-0.293 (0.000)***	0.011 (0.747)	-0.048 (.)	-0.415 (0.000)***
Arbeitslose	0.034 (0.288)	0.001 (0.961)	0.041 (0.376)	-0.003 (0.739)	-0.031 (0.056)*	0.118 (0.188)	0.009 (0.794)	-0.023 (0.509)	-0.167 (0.000)***	0.053 (0.195)	-0.004 (0.000)***	-0.048 (0.397)
Deutsch, aber 2. Nationalität (Ref.: Deutsch)	0.005 (0.513)	0.031 (0.001)***	0.038 (0.003)***	-0.002 (0.628)	-0.013 (0.128)	0.150 (0.000)***	0.053 (0.000)***	0.030 (0.009)***	0.034 (0.037)**	0.066 (0.000)***	0.000 (0.780)	0.106 (0.000)***
Nicht deutsch	0.032 (0.000)***	0.030 (0.000)***	0.063 (0.000)***	-0.005 (0.077)*	-0.025 (0.000)***	0.263 (0.000)***	0.095 (0.000)***	0.108 (0.000)***	0.023 (0.089)	0.151 (0.000)***	0.000 (0.767)	0.241 (0.000)***
Beobachtungen	18257	18053	18257	19098	19090	7071	18671	19194	19228	18711	19147	18855

Robuste P-Werte in Klammern. \*\*\* signifikant bei 1%-Signifikanzniveau; \*\* signifikant bei 5%-Signifikanzniveau; \* signifikant bei 10%-Signifikanzniveau

## 6 Zusammenfassung Teil II

Ziel des Teils II dieses Gutachtens ist es, systematisch zu überprüfen, ob und in welchem Maße das Sen'sche Konzept der Verwirklichungschancen auf der Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels empirisch umgesetzt werden kann, und in welchen Bereichen Probleme bei der Umsetzung bestehen.

Der exemplarische Vorschlag eines Indikatorensystems orientiert sich dabei – soweit anhand der Daten möglich – an den auf dem Europäischen Rat von Laeken verabschiedeten Indikatoren, die auch für die Nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung im europäischen Kontext verbindlich sind. Er stellt einen Kompromiss dar aus der Notwendigkeit einer hinreichenden Differenziertheit der Ergebnisdarstellung, die der Vielschichtigkeit des Armutsbegriffes im Rahmen des Capability-Ansatzes gerecht wird, und der Erfordernis, die empirischen Ergebnisse anschaulich zu verdichten.

Sämtliche empirischen Auswertungen basieren im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie auf der Welle 2002 des SOEP, da ein Teil der Fragen zu den gesundheitlichen Einschränkungen zwar nicht in der zum Zeitpunkt der Erstellung aktuellsten Welle 2003, wohl jedoch in der Welle 2002 enthalten waren.

Im Bereich der **Armut an finanziellen Potenzialen** kann die **Einkommensarmut** mit Hilfe des SOEP zufriedenstellend abgebildet werden. Neben der Armutsrisikoquote können nachrichtlich aufgrund der Panelstruktur der Daten auch Quoten persistenter Armut sowie Einkommenslücken berechnet werden. Bei der Messung der **Vermögensarmut** ergeben sich Probleme bei der exakten Bestimmung des Nettovermögens von Personen und Haushalten, so dass an dieser Stelle die Analysen mit dem SOEP nicht so differenziert durchgeführt werden können, wie es dem Capability-Konzept entsprechend wünschenswert wäre. Verwendet werden können hier insbesondere ein Überschuldungsmaß sowie nachrichtlich der Anteil der Personen, die keinerlei Vermögenseinkommen beziehen. Analysen des Lebensstandards der Menschen und der Deprivation, die **Defizite in der faktischen Lebenssituation** betrachten, sind ergänzend mit Hilfe des SOEP zumindest im zweijährigen Rhythmus denkbar, nicht jedoch in der hier verwendeten Welle 2002.

Der Capability-Ansatz trägt im Sinne eines mehrdimensionalen Konzepts der Verwirklichungschancen der Tatsache Rechnung, dass selbst bei gleichem Einkommen, Vermögen und Güterausstattung die individuellen Verwirklichungschancen unterschiedlich ausfallen können, da Menschen über unterschiedliche **individuelle nichtfinanzielle Potenziale** verfügen. Als Dimensionen dieser individuellen nichtfinanziellen Potenziale werden die Gesundheit, die Behinderung

sowie die Bildung betrachtet. Beeinträchtigungen der **Gesundheit** können anhand des SOEP zumindest dahingehend abgebildet werden, dass Fragen zur subjektiven Einschätzung des Gesundheitszustandes sowie zu (allerdings nur kurzfristigen) Beeinträchtigungen der Gesundheit im täglichen Leben enthalten sind. Dagegen fehlen insbesondere Informationen über chronische Krankheiten. Mortalitätsraten der Bevölkerungsgruppen lassen sich mit dem SOEP grundsätzlich bestimmen. Der **Behinderungsgrad** der Menschen wird im SOEP erhoben, allerdings ist umstritten, in welchem Maße dieser Behinderungsgrad tatsächlich Einschränkungen der Verwirklichungschancen differenziert genug widerspiegeln kann. Bei der Abbildung der Dimension der **Bildung** kann man mit Hilfe des SOEP auf formale Bildungsabschlüsse zurückgreifen, so dass sich zwei von drei Laeken-Indikatoren für Bildungsarmut mit dem SOEP weitgehend abbilden lassen. Eine empirische Messung der Bildungsarmut im Sinne einer Kompetenzarmut ist jedoch mit Hilfe des SOEP nicht möglich

Neben den finanziellen Ressourcen und den individuellen nichtfinanziellen Potenzialen hängt es nach dem Capability-Konzept auch von den **gesellschaftlich bedingten Chancen** ab, ob und in welchem Maße Menschen in ihren Verwirklichungschancen eingeschränkt sind. Die **politischen Chancen** lassen sich mit dem SOEP nur auf eine zu einfache Art und Weise über das politische Interesse der Bürger operationalisieren. Ergänzend könnte im zweijährigen Rhythmus die Beteiligung der Bürger an Initiativen, Parteien etc. abgebildet werden. Es fehlen jedoch Informationen über die formale Mitgliedschaft in Initiativen, Parteien oder Verbänden, Angaben zur Ausübung von politischen und gesellschaftlichen Ämtern sowie Informationen über die Wahlbeteiligung der Bürger. Das Kapitel 11 widmet sich eingehend einer Untersuchung möglicher Operationalisierungen politischer Verwirklichungschancen mit dem ALLBUS. Bei den **ökonomischen Chancen** lassen sich insbesondere der Tatbestand der Arbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit, der Bezug von Niedriglöhnen sowie das Phänomen des *Working Poor* mit dem Sozio-oekonomischen Panel zufriedenstellend abbilden. Defizite weist der Datensatz bei der für das Konzept der Verwirklichungschancen wichtigen Dimension der objektiv und subjektiv empfundenen Arbeitsbedingungen oder auch bei den nichtfinanziellen (z.B. psychischen) Folgen von Arbeitslosigkeit auf. Die **sozialen Chancen** der Menschen können mit Hilfe des SOEP zumindest ansatzweise abgebildet werden. Bezüglich des Zugangs zu angemessenem Wohnraum können Fragen über die Ausstattung der Wohnungen verwendet werden, um die Angemessenheit von Wohnraum in sozio-kultureller Hinsicht zu bewerten. Allerdings ist es wünschenswert, das Risiko des Verlusts der Wohnung könnte durch eine Frage nach Mietschulden und Mietrückständen zu erfassen. Ebenso fehlen Indikatoren zur Beurteilung möglicher der Wohnbedingungen auf die Gesundheit der Menschen. Defizite bestehen auch jeweils bei der Abbildung des Zugangs zum Bildungssystem und zum Gesundheitssystem, die jeweils nur durch Einzelindikatoren näherungsweise, jedoch teilweise nicht präzise genug abgebildet werden können. Für die Dimension des **sozialen Schutzes** wurde der Anteil der Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt

beziehen, als Indikator für einen Mangel an unabhängig von staatlicher Unterstützung bestehenden Verwirklichungschancen herangezogen. Darüber hinaus sollten jedoch auch die vertikale und horizontale Gerechtigkeit der sozialen Sicherung, deren Mikro- und Makroeffizienz sowie deren Anreizwirkungen analysiert werden. Der Schutz vor Kriminalität kann ab der Welle 2004 durch eine Variable „Kriminalität im Wohngebiet“ zumindest näherungsweise erfasst werden. Ebenso verhält es sich im Bereich des **ökologischen Schutzes** und somit des Zusammenhanges zwischen Umwelt und Armut, für den ab der Welle 2004 mit der „Beeinträchtigung durch Lärmbeeinträchtigung“ und der „Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung“ zwei neue Indikatoren zur Verfügung stehen werden. Die Dimension der gesellschaftlichen Transparenz könnte durch die Nichtinanspruchnahme von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Arbeitslosengeld II (Leistungen der Grundsicherung nach SGB II) abgebildet werden, was näherungsweise mit dem SOEP möglich wäre und bereits durchgeführt wurde, jedoch den Rahmen dieser Machbarkeitsstudie gesprengt hätte.

Die empirischen Analysen ergeben, dass ein Armutsbegriff, der ausschließlich auf Einkommensarmut oder Überschuldung abstellt, zu dem Ergebnis gelangt, dass rund 16,7% der Deutschen im Alter ab 16 Jahren im Berichtsjahr 2002 von einer solchen finanziellen Armut betroffen sind. Finanzielle Armut geht dabei überdurchschnittlich häufig mit einer gleichzeitigen Einschränkung der Verwirklichungschancen in anderer Hinsicht, z.B. der Gesundheit, der Bildung oder bei den politischen Chancen, einher. Gleichzeitig zeigen die Auswertungen jedoch sehr anschaulich, dass weitere 37,6% der Bürger zwar nicht in finanzieller Hinsicht, jedoch in anderen Dimensionen in ihren Verwirklichungschancen eingeschränkt sind. Insofern unterstreichen die Ergebnisse die Auffassung des Capability-Ansatzes, dass eine Betrachtung allein der finanziellen Chancen zu kurz greift, um die tatsächlichen Verwirklichungschancen von Menschen umfassend und differenziert zu beschreiben. Die Analysen zeigen auf, hinsichtlich welcher Dimensionen die Betroffenheit von Armut im Sinne eines Mangels an Verwirklichungschancen besonders ausgeprägt ist. Dabei werden sämtliche Ergebnisse jeweils auch nach sozio-demographischen Kriterien differenziert, was mit dem sozio-oekonomischen Panel recht gut möglich ist. Sowohl die deskriptive als auch die multivariate Analysen von Mehrfachbetroffenheit verdeutlichen, dass gerade eine unzureichende Bildung ein ganz zentraler Risikofaktor ist, nicht nur für finanzielle Ressourcenarmut, sondern auch für sämtliche anderen Dimensionen der Verwirklichungschancen (mit Ausnahme von Behinderungen, was jedoch teilweise auch durch Unkenntnis oder Probleme von gering Qualifizierten bei der Beantragung des Schwerbehindertenstatus zurück zu führen sein könnte).

Die mehrdimensionalen Untersuchungen bestätigen sich ebenso Sens These, die bloße Betrachtung finanzieller Armut greife zu kurz, wenn man die Verwirklichungschancen der Menschen umfassender verstehen wolle, da ein beträchtlicher Teil der Menschen trotz hinreichender finanzieller Ressourcen dennoch in seinen Verwirklichungschancen beschränkt sei. Sie verdeutlichen

ferner den Hinweis von Sen, dass die Ungleichheit zwischen Gruppen, etwa zwischen Frauen und Männern, oft deutlich ausgeprägter ist, wenn man nicht nur das Ausmaß der Einkommensungleichheit, sondern auch nichtfinanzielle Bestimmungsfaktoren der Verwirklichungschancen berücksichtigt.

Insgesamt deutet die Operationalisierung der Armutsmessung im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie an, dass das SOEP bereits zum jetzigen Zeitpunkt wertvolle Einsichten in das Ausmaß eines mehrdimensionalen Mangels an Verwirklichungschancen im Sinne des Capability-Ansatzes und dessen zeitliche Entwicklung, in die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Dimensionen der Verwirklichungschancen sowie in die Bedeutung sozio-demographischer Risikofaktoren erlaubt. Durch eine Schließung einiger der angesprochenen Lücken könnte und sollte der Informationsgehalt weiter vertieft werden

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass für diese Machbarkeitsstudie bislang nur eine Welle und somit ein Querschnitt des SOEP genutzt wurde. Gerade der Panelcharakter des SOEP macht jedoch seine eigentliche Stärke aus, so dass auch in dieser Hinsicht noch erhebliche zukünftige Analysepotenziale auch in Verbindung mit dem Konzept der Verwirklichungschancen bestehen. So ist nicht nur die zeitliche Entwicklung der aggregierten Betroffenheit von Armut bzw. des Reichtums an Verwirklichungschancen beim Vergleich der Ergebnisse verschiedener Wellen von Interesse. Darüber hinaus erlaubt es das SOEP, auf der Ebene einzelner Personen und Haushalte Veränderungen in den individuellen Verwirklichungschancen (Armutsdynamik, Reichtumsdynamik) zu untersuchen und diese auch nach sozio-demographischen Kriterien zu analysieren. Von Interesse ist dann auch, in welchem Maße zeitliche Veränderungen z.B. bei der finanziellen Armut im Zuge einer Aufwärts- oder Abwärtsmobilität mit Veränderungen hinsichtlich anderer nicht-monetärer Dimensionen der Verwirklichungschancen einhergehen.





## **Teil III:    Empirische Umsetzung der Reichtumsmessung**



## Teil III: Empirische Umsetzung der Reichtumsmessung

Im nachfolgenden dritten Teil der Untersuchung:

- überprüfen wir insgesamt, ob und inwieweit eine empirische Umsetzung der Sen'schen Konzeption bereits heute nicht nur für Armut, sondern auch für Reichtum als hohes Maß an Verwirklichungschancen auf der Grundlage des SOEP möglich ist
- entwickeln wir zunächst ein mehrdimensionales Indikatorensystem der Reichtumsmessung (Kapitel 8)
- zeigen wir, wo im SOEP derzeit Defizite hinsichtlich einer sachgerechten Untersuchung der wesentlichen Bestimmungsgrößen von Reichtum als hohem Maß an Verwirklichungschancen auftreten (Kapitel 8)
- erörtern wir, ob und gegebenenfalls wie solche Datenlücken innerhalb des SOEP oder mit Hilfe anderer Datensätze geschlossen werden können (Kapitel 8)
- ermitteln wir exemplarisch erste empirische Ergebnisse zu wesentlichen Aspekten von Reichtum als hohem Maß an Verwirklichungschancen in Deutschland (Kapitel 8 und 9)
- skizzieren wir, welche Bedeutung Mehrfachprivilegierungen von Verwirklichungschancen für einzelne Gruppen und Individuen besitzen (Kapitel 9)
- untersuchen wir, inwieweit die Analyse der Beeinträchtigungen von Verwirklichungschancen eine über die Betrachtung von Einkommensarmut hinausgehende Perspektive verlangt (Kapitel 9)
- ziehen einige zusammenfassende Schlussfolgerungen zur Reichtumsanalyse (Kapitel 10)
- arbeiten wir schließlich in einem Exkurs auf der Basis vorhandener Daten des ALLBUS heraus, welche Bereiche und Indikatoren in das SOEP einbezogen werden sollten, um eine aussagefähige empirische Basis für die Analyse der politischen Chancen zu gewährleisten (Kapitel 11).

### 7 Überblick über das mehrdimensionale Indikatorensystem der Reichtumsmessung

Analog zum Begriff der Armut ist in der Sprache des Capability-Ansatzes auch unter „Reichtum“ weit mehr zu verstehen als nur eine Beschreibung der finanziellen Potenziale einer Person. Reichtum lässt sich nach Sens Ansatz der Verwirklichungschancen als ein sehr hohes Maß an individuellen Verwirklichungschancen interpretieren. Welche Verwirklichungschancen sich den Einzelnen konkret bieten, hängt neben dem materiellen Status auch von seinen nichtfinanziellen individuellen Potenzialen und den gesellschaftlich bedingten Chancen ab.

Der Terminus „individuelle Potenziale“ beschreibt, welche Möglichkeiten der Einzelne aus sich heraus hat. Über welche Fähigkeiten verfügt er? Wie weit reichen seine Intelligenz und seine Bildung? Wie robust ist seine Gesundheit? Wie hoch die Lebenserwartung? All diese Attribute sind eng mit der Person verbunden und lassen sich kaum sinnvoll von ihr trennen. Die Bedeutung dieser Potenziale für die Verwirklichungschancen ist offensichtlich. Begabungen und Befähigungen vergrößern die individuellen Möglichkeiten und erleichtern es, eigene Ziele zu verfolgen. Ein gesundes und langes Leben ermöglicht es zudem, die eigenen Ziele unbeschwert und dauerhaft verfolgen zu können.

Die Verwirklichungschancen, die sich dem Einzelnen durch seine individuellen Potenziale eröffnen, lassen sich durch umfangreiche finanzielle Ressourcen deutlich erweitern. Zwar kann man Gesundheit (noch) nicht kaufen, aber man kann sich zumindest eine gute medizinische Versorgung, eine gesunde Ernährung, erholsame Urlaubszeiten etc. leisten. Die oft zitierte signifikant höhere Lebenserwartung der oberen Einkommensklassen kann als ein Beleg für diesen Zusammenhang gelten.<sup>128</sup> Auch im Bereich der Bildung und Ausbildung können finanzielle Potenziale den Zugang erleichtern. Ein großes Vermögen oder ein hohes Einkommen ermöglichen es zudem, höher gesteckte Ziele zu verfolgen, die allein mit den eigenen nichtfinanziellen Potenzialen nicht erreicht werden können.

Inwieweit sich dem Individuum durch seine nichtfinanziellen Potenziale und sein Einkommen und Vermögen tatsächlich Verwirklichungschancen eröffnen, hängt nicht zuletzt von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Der gesellschaftliche Kontext kann selbst Chancen eröffnen, aber auch verschließen. Analog zu den Betrachtungen zur Armut gliedert sich diese dritte Dimension, die gesellschaftlich bedingten Chancen, auch bei Reichtumsanalysen in mehrere Teildimensionen. Zunächst sind die politischen Chancen zu nennen. Hierzu zählen alle Formen der Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen und der Möglichkeiten der Einflussnahme. Aufgrund der zentralen Bedeutung dieses Faktors für die Armuts- und Reichtumsforschung und der Vielzahl der in Betracht kommenden Indikatoren wurde hierzu ein eigenständiger Exkurs (Kapitel 11) ergänzt. Als zweiter Teilbereich der gesellschaftlich bedingten Chancen sind die ökonomischen Chancen zu nennen. Hierzu gehören sämtliche Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit, der beruflichen Entfaltung, des beruflichen Aufstiegs bis hin zu der Möglichkeit, wirtschaftliche Spitzenpositionen einzunehmen. Als dritter Faktor sind die sozialen Chancen zu nennen. Unter „sozialen Chancen“ ist hier der Zugang des Einzelnen zum Bildungssystem und zum Gesundheitswesen zu verstehen.<sup>129</sup> Hohe soziale Chancen können durch einen privilegierten

---

<sup>128</sup> So zeigen Lampert/Ziese (2005, S. 37 f.), dass das alterskontrollierte Mortalitätsrisiko bei Frauen und Männern in Deutschland mit höherem Einkommen bis in ein sehr hohes Lebensalter hinein deutlich geringer ist.

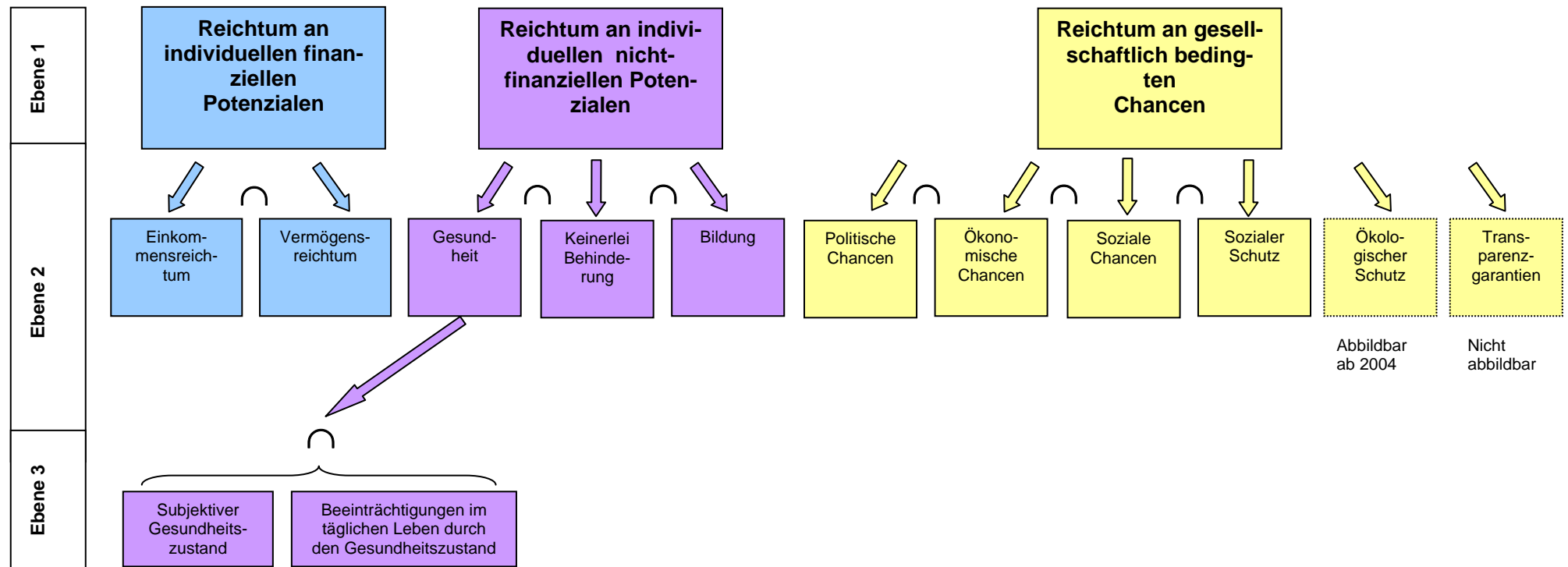
<sup>129</sup> Wir verzichten beim jetzigen Stand der Reichtumsforschung auf eine Operationalisierung des Wohnungsreichtums. Die hier bislang verwendeten Maße sind durchaus problematisch. Grundsätzlich stellt sich die Frage, inwieweit es überhaupt sinnvoll ist, die im Reichtum letztlich präferenzabhängige Ent-

Zugang zu diesen quasi öffentlichen Bereichen entstehen. Hinsichtlich des sozialen Schutzes stellt sich im Reichtum nicht die Frage, inwieweit Leistungen der sozialen Sicherung in Anspruch genommen werden. Schließlich wäre dies mit einem subsidiären System der sozialen Sicherung unvereinbar. Vielmehr ist zu klären, ob und inwieweit die reiche Bevölkerung einen Beitrag zum System der sozialen Sicherung im Einklang mit ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit erbringt. Darüber hinaus ist der Schutz vor Kriminalität im Reichtum nicht weniger wesentlich als für die übrige Bevölkerung. Ökologischer Schutz bedeutet das Leben in einer intakten Umwelt, das weitreichende Vorteile nicht nur in gesundheitlicher Hinsicht ermöglichen kann. Transparenzgarantien verweisen schließlich darauf, dass die Verwirklichungschancen sehr unterschiedlich sind, je nachdem, wie weit beispielsweise Korruption und Steuerhinterziehung verbreitet sind.

---

scheidung für reichlichen oder luxuriösen Wohnraum (statt beispielsweise für mehr aufwändige Reisen) als konstitutives Merkmal der Reichtumsermittlung einzusetzen. Interessanter wäre das Leben in einem privilegierten Wohnumfeld, das Chancen für privilegierte Sozialkontakte ermöglicht. Hierzu fehlen im SOEP jedoch aussagefähige Daten.

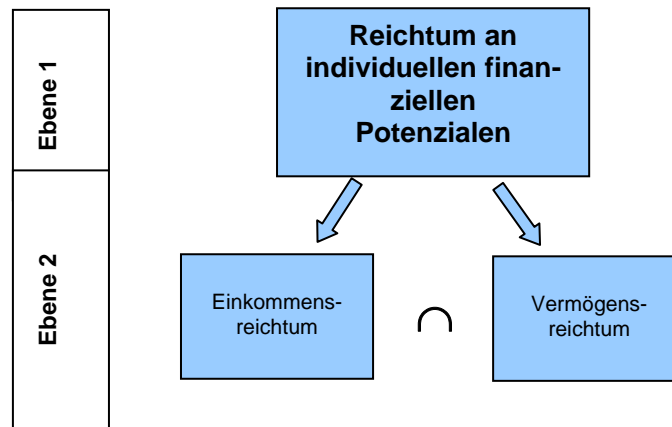
Abbildung 29: Mehrstufiges Indikatorensystem für eine mehrdimensionale Messung des Reichtums an Verwirklichungschancen nach Sen



## 8 Eindimensionale Reichtumsmessung

### 8.1 Reichtum an finanziellen Potenzialen

Abbildung 30: Indikatoren der Dimension finanzieller Reichtum



#### 8.1.1 Einkommensreichtum

Ab wann eine Person oder ein Haushalt aufgrund des Einkommens als reich gelten soll, ist nach wie vor Gegenstand reger Diskussionen. In der Literatur wird dabei häufig – analog zur Armutsforschung – auf eine Einkommensgrenze von 200% oder 300% Bezug genommen. Reich ist demnach, wer über das Zwei- oder Dreifache des durchschnittlichen äquivalenzgewichteten Einkommens verfügt. Im SOEP der Welle 2003 zählten 7,1% bzw. 1,5% der Befragten zu diesem Personenkreis. Gegen die dauerhafte Verwendung dieser Reichtumsgrenze spricht abgesehen von der willkürlichen Wahl des Faktors zwei bzw. drei auch die Höhe der Bedarfsgewichte. Diese hypothetischen Mehrbedarfsanteile der Haushaltsmitglieder sind bei den üblicherweise verwendeten Skalen (alte und neue OECD-Skala) für gering verdienende Haushalte errechnet bzw. festgelegt worden. Verwendet man diese Skalen für hohe und sehr hohe Einkommen, folgt daraus ein absurd hoher Mehrbedarf für weitere Haushaltsmitglieder. Die Geburt eines Kindes in einer bislang dreiköpfigen Familie führt bei einem sehr hohen Einkommen von etwa einer Million Euro zu einem rechnerischen Mehrbedarf, der weit im sechsstelligen Bereich liegt. Dies ist nicht realistisch.

Es würde den Rahmen dieser Machbarkeitsstudie sprengen, wollten wir eine aussagefähigere Einkommensreichtumsschwelle konzipieren. Insofern folgen wir aus pragmatischen Gründen vorläufig den bislang gebräuchlichen Schwellenwerten von 200% bzw. 300% des durchschnittlichen äquivalenzgewichteten Einkommens. Im Weiteren bezeichnen wir diesen Personenkreis als einkommensstarke Haushalte (>200%) oder als höher Verdienende (>300%).



In Deutschland erzielen 7,1% der Bevölkerung (SOEP-Welle 2002) ein Nettoäquivalenzeinkommen, das mehr als 200% des Medianeinkommens beträgt. Auffallend sind große regionale Unterschiede: Der Anteil der Gutverdienenden nach obiger Definition ist im Westen mehr als dreimal so hoch wie im Osten. Die Differenzierung nach Haushaltstypen zeigt, dass der Anteil der Einkommensstarken unter den Personen, die in Haushalten von Alleinerziehenden sowie in sonstigen Haushalten leben, sehr gering ist. Betrachtet man verschiedene Altersgruppen, so sind vor allem die 45- bis 64-Jährigen sehr stark unter den Gutverdienenden vertreten. Ein besonders deutlicher Zusammenhang ist zwischen Einkommensreichtum und formalem Bildungsniveau zu erkennen, wobei der Unterschied zwischen Personen mit Fachhochschulreife bzw. Abitur und allen anderen Bildungsabschlüssen besonders deutlich ist: 18,1% der Personen aus dieser Gruppe leben in einkommensstarken Haushalten. Eine Aufgliederung nach beruflicher Stellung zeigt, dass Selbständige (23,0%) und Beamte (24,4%) am häufigsten ein Einkommen erzielen, das sie nach der hier verwendeten Definition als einkommensstark einstuft.

Im Folgenden wird alternativ noch der Anteil der Personen aufgezeigt, deren Nettoäquivalenzeinkommen mehr als 300% des Medianeinkommens beträgt. Bei wesentlich geringeren Anteilen im Vergleich zu der vorherigen Reichtumsdefinition (insgesamt: 1,5%), fällt vor allem wieder die Diskrepanz zwischen Ost- und Westdeutschland auf: Im Westen ist der Anteil des höher verdienenden Personenkreises fünfmal so hoch wie im Osten. Unter den Selbständigen ist der Anteil der höher Verdienenden mit 8,1% am größten. Die Beamten folgen erst mit deutlichem Abstand.

### **8.1.2 Vermögensreichtum**

Die Bestandsgröße Vermögen wird mit Sicherheit, Stabilität und Prestige assoziiert und trifft das Wesen des Reichtums nach unserer Auffassung eher als die im Zeitablauf weniger konstante Stromgröße Einkommen.

Darüber hinaus ergeben sich aus einem hohen Vermögen eine Reihe von Vermögensfunktionen, die für eine inhaltlich fundierte Reichtumsberichterstattung von Bedeutung sind. Zu diesen Reichtumsfunktionen gehören:<sup>130</sup>

---

<sup>130</sup> Vgl. zu diesen und weiteren Reichtumsfunktionen Faik (2001), S. 68.

- Vermögensreichtum als Basis privater Vorsorge
- Vermögensübertragung durch Erbschaften und Schenkungen
- Vermögensreichtum als Quelle der Einkommensreproduktion.

Eine Erfassung der in Volkert et al. (2004) vorgeschlagenen Primärindikatoren zur Messung von Vermögensreichtum ist mit Hilfe des SOEP nur für das Jahr 2002 möglich, da hier das Thema Vermögen einen Befragungsschwerpunkt darstellte. Die in 2002 erhobene Vermögensbilanz ermittelt den Wert von selbst genutztem und sonstigem Immobilienbesitz. Zudem werden Geldvermögen der Haushalte erfasst und um die geschätzten Rückkaufwerte von Lebensversicherungen, privaten Rentenversicherungen oder Bausparverträgen ergänzt. Es wird eine Bewertung höherer Sachvermögen (ohne Kraftfahrzeuge) vorgenommen. Hinzu kommt das Betriebsvermögen. Die Angaben zur erfragten Höhe der Schulden, Kredite sowie Darlehenswerte bei Immobilien lassen eine Differenzierung zwischen Bruttovermögen (inklusive der Verbindlichkeiten) und Nettovermögen zu.

Bei der Berechnung des Nettovermögens anhand der im Jahr 2002 im SOEP erhobenen Vermögensbilanz erschweren die folgenden Details eine präzise Beschreibung der Vermögensstruktur:

- Aus dem Befragungsteil CAPI (Telefonbefragung) liegen zumeist nur Einträge zu Vermögensklassen vor, die zudem sehr weit gefasst sind. Das Gleiche gilt für die via CAPI ermittelten Schuldenstände.
- Grundsätzlich liegt für die Vermögensstände lediglich die Angabe vor, ob es sich bei dem Befragten um den alleinigen Eigentümer handelt. Die jeweiligen Anteile sind meist nicht verfügbar. Dies gilt insbesondere für das Gebrauchs- und Sachvermögen sowie für Schulden. Daher ist es teilweise nicht möglich, für alle Haushaltsmitglieder eine individuelle Vermögensbilanz aufzustellen.
- Bei Bausparguthaben wurde nur deren Existenz, nicht jedoch die Höhe erfasst.

Für das Jahr 2002 sind im SOEP auch die aus dem Vermögen entstammenden Einkünfte ausgewiesen. Damit sind Abschätzungen zur individuellen Reichweite der Vermögensvorsorge und zur Einkommensreproduktion möglich.

Die zeitliche Reichweite privater Vorsorge beantwortet die Frage: Für welchen Zeitraum gestattet es das vorhandene Vermögen, den momentanen (oder einen durchschnittlichen) Lebensstandard zu halten?

**Abbildung 31: Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung mit einem Vermögenseinkommen (y-Achse) über verschiedenen Anteilen des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens (x-Achse)**

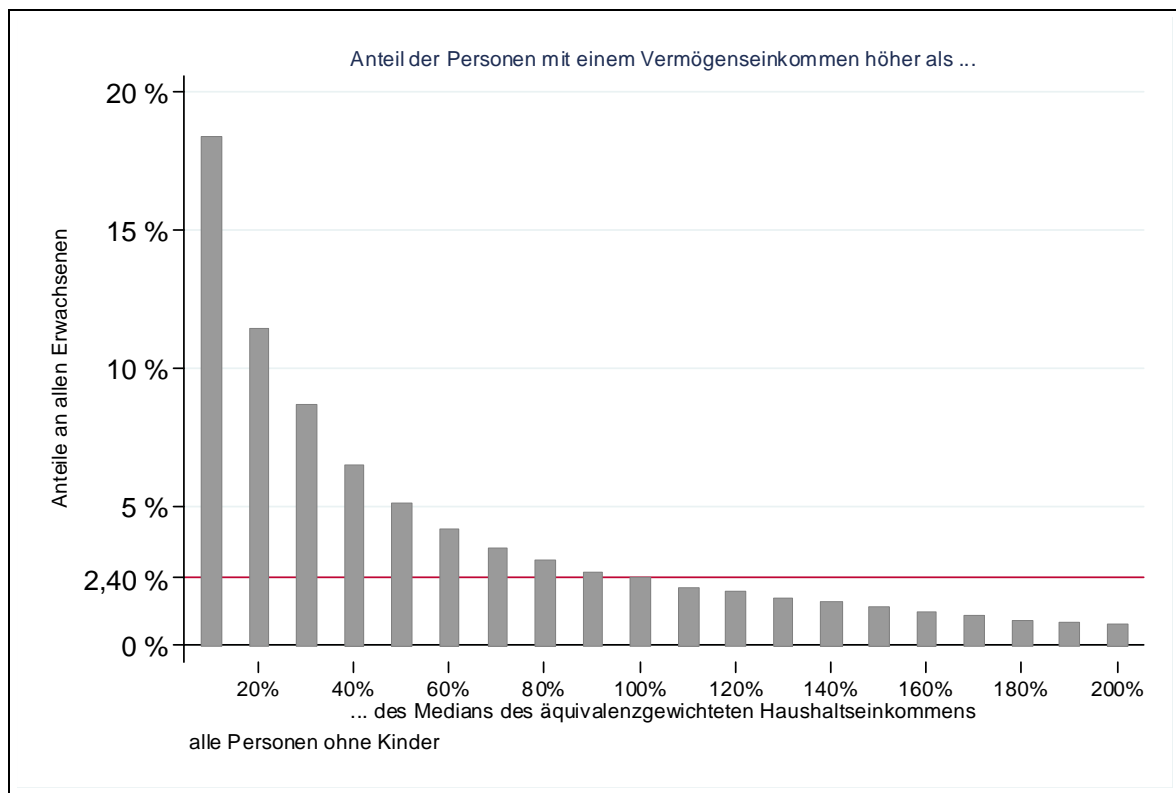


Abbildung 31 zeigt, welcher Anteil der Bevölkerung in der Lage wäre, einen bestimmten Anteil des äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommens allein durch ihre Vermögenseinkommen zu finanzieren. Beispielsweise gelingt es 2,4 % der Erwachsenen allein durch ihre Vermögenserträge das Medianeinkommen zu erzielen. Ca. 18% der Personen erreichen ein Vermögenseinkommen von über 10% des Medianeinkommens, wohingegen bei ca. 0,7% der Personen die Vermögenseinkommen das Doppelte des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens übersteigen.

Mit Blick auf die notwendige Eigenvorsorge und Privatisierung von sozialen Sicherungsleistungen kommt solchen Ergebnissen besonders im Zeitvergleich eine erhebliche Bedeutung zu. So sollte sich der Erfolg einer Vermögensbildungspolitik sowie privater Eigenvorsorge in einem längerfristig steigenden Anteil der Personen widerspiegeln, die zumindest in begrenztem Umfang über Vermögenseinkünfte verfügen. Der Umfang der Vermögenseinkommen in Relation zum Medianeinkommen sollte außerdem längerfristig zunehmen. Schließlich signalisieren höhere Vermögenseinkommen zugleich eine größere Unabhängigkeit vom System der sozialen Sicherung. Folglich lässt sich das Ergebnis, dass 2,4 % der Bevölkerung ein Medianeinkommen aus Vermögenseinkommen bestreiten könnten, dahin gehend interpretieren, dass sie selbst ohne ergänzende soziale Sicherung zumindest ein mittleres Einkommen erreichen

könnten. Grundsätzlich bietet es sich an, die Dauerhaftigkeit der privaten Vorsorge nicht nur bei Älteren zu ermitteln, sondern dieses Ausmaß der privaten Vorsorge bereits bei jüngeren Altersgruppen sowie nach sozio-demographischen Gruppen differenziert zu untersuchen.<sup>131</sup> Hierdurch lassen sich sowohl langfristige Wirkungen von Vermögensbildungspolitik und Eigenvorsorge, als auch Defizite und Handlungsbedarf bei einzelnen Gruppen identifizieren. Darüber hinaus verknüpft die zeitliche Reichweite der privaten Vorsorge den Armuts- und Reichtumsaspekt, da die Staffel der Vermögenseinkommen von der Möglichkeit, dauerhaft vom Vermögen zu leben bis hinunter zu Vermögenslosigkeit (keine Vermögenseinkommen) und Überschuldung (negative Vermögenseinkommen) reicht.

Im Zusammenhang mit der privaten Vorsorge stellt sich auch die Frage, inwieweit privates Vermögen im Zeitverlauf durch Erbschaften und Schenkungen erhöht wird. Dieses Vermögensübertragungsmotiv und seine Auswirkungen auf die Vermögenssituation einzelner lassen sich ebenfalls mit Hilfe des SOEP näher untersuchen.<sup>132</sup>

Im Folgenden gelten bei der Berechnung des Indikators jene Haushalte als „vermögensreich“, deren Vermögenseinkommen ausreichen würde, um dauerhaft mindestens 200% des durchschnittlichen äquivalenzgewichteten Nettohaushaltseinkommens zu reproduzieren.<sup>133</sup>

Bei der Analyse des Vermögensreichtums als Anteil derjenigen Personen, deren Vermögenseinkommen mindestens 200% des Medianeinkommens beträgt, fällt ein deutlicher Unterschied zwischen West und Ost auf (vgl. Tabelle 28): Der Anteil der Vermögensreichen ist im Westen mehr als viermal so hoch wie im Osten. Nach Altersgruppen differenziert, bildet wiederum die Gruppe der 45-bis 64-Jährigen den mit Abstand größten Anteil an Vermögensreichen. Auch, mit steigendem Bildungsabschluss lassen sich zunehmende Werte feststellen. Hier sind vor allem Selbständige, aber auch Beamte überdurchschnittlich oft vertreten.

Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang zudem jene Personen, die ein hohes Einkommen erzielen können, ohne dafür erwerbstätig zu sein. Operationalisiert wird dies durch den Anteil der vermögensreichen Personen, die keine Einkünfte aus selbständiger oder unselbständiger Arbeit beziehen (vgl. Spalte 7 in Tabelle 28). Insgesamt sind dies ca. 0,2% der Bevölkerung. Erwartungsgemäß steigt mit zunehmendem Alter der Anteil nicht erwerbstätiger und zugleich wohlhabender Personen. In den beiden oberen Altersklassen liegen die Anteile bereits bei 0,3 bzw. 0,4%.

---

<sup>131</sup> Vgl. Volkert et al. (2004) sowie bereits Hauser/Wagner (1992).

<sup>132</sup> Vgl. hierzu Kohli/Schupp (2005).

<sup>133</sup> Im SOEP steht hierfür die Variable „Income from Asset Flows“ (Vermögenseinkünfte) zur Verfügung.

Die Analyse der Personen, die zur Einkommensreproduktion in der Lage sind oder ein hohes Einkommen auch ohne Arbeit beziehen, ist für die Ermittlung von Verwirklichungschancen insofern von besonderer Bedeutung, als sich hier umfangreiche zeitliche Potenziale zeigen. Es entstehen maximale Zeitspielräume, die zu einer weit reichenden Unabhängigkeit gegenüber zentralen Bereichen der gesellschaftlich bedingten Chancen führen. Zunächst besteht offensichtlich eine völlige Unabhängigkeit vom Zugang zum Arbeitsmarkt sowie in der Regel auch von Einkommensübertragungen aus dem System der sozialen Sicherung. Der Spielraum kann für Luxuskonsum oder Aktivitäten in Wirtschaft, Politik, Kultur oder wohltätigen Organisationen genutzt werden.<sup>134</sup> Insofern besteht nicht allein eine ausgeprägte Unabhängigkeit, sondern auch die Möglichkeit, intensiv auf politische und soziale Chancen sowie auf das System der sozialen Sicherung Einfluss zu nehmen. Letztlich folgen hieraus nicht nur bei den finanziellen Potenzialen, sondern auch in zentralen Bereichen der gesellschaftlich bedingten Chancen besonders umfangreiche Verwirklichungschancen.

Der Gesamtindikator „Finanzieller Reichtum“ beschreibt die Anteile der Personengruppen, die zu den Vermögensreichen zählen und hinsichtlich ihres Nettoäquivalenzeinkommens in eine der beiden Reichtumskategorien fallen (200%- bzw. 300%-Median). Wenn bei Vermögenslosigkeit – unter Umständen nur kurzfristig – erhöhte Einkommen auftreten oder hohe Vermögen wegen relativ niedrigerer Einkommen schrittweise abgebaut werden, kann dagegen nicht von nachhaltigem Reichtum ausgegangen werden. Deshalb erfasst die Variable „Finanzieller Reichtum“ nur diejenigen Personen, bei denen hohe Einkommen und Vermögen gleichzeitig vorhanden sind.<sup>135</sup> Die Merkmale, die finanziellen Reichtum kennzeichnen, sind vor allem die Haushaltssituation (bei Paaren ohne Kinder), das Alter (45-bis 64-Jährige), der hohe Bildungsabschluss (Fachhochschul- oder Hochschulreife) und die berufliche Stellung (Selbständige und Beamte).

### 8.1.3 Typische Ausstattungsmerkmale reicher Haushalte: Luxusgüter

Das SOEP verfügt nur über wenige Angaben zum Besitz von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern bzw. zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen, die von Einzelnen als Luxusgut ange-

<sup>134</sup> Vgl. Wotschak (2001), S. 319.

<sup>135</sup> Hierin unterscheidet sich die Analyse des Reichtums von der der Armut: Während ein Mangel an Verwirklichungschancen allein schon durch ein einzelnes gravierendes Problem ausgelöst werden kann (z.B. funktionalen Analphabetismus), bedarf es eines Bündels an vorteilhaften Verwirklichungschancen, um von einem sehr hohen Maß an Verwirklichungschancen ausgehen zu können. So führt etwa hohe Bildung allein noch nicht zu sehr hohen Verwirklichungschancen, wenn die Betroffenen etwa schwerstkrank und ans Bett gefesselt, überschuldet oder von gesellschaftlich bedingten Chancen ausgegrenzt sind.

sehen werden könnten, wie z. B. „Besitz einer Ferienwohnung“, „Anzahl der Fahrzeuge im Haushalt“, „Beschäftigung einer Haushaltshilfe“. Der Besitz einer (einfachen) Ferienwohnung, eine hohe Anzahl von (preiswerten) Fahrzeugen im Haushalt oder die Beschäftigung einer Haushaltshilfe sind allerdings auch für Personen mit mittlerem Einkommen möglich, sofern sie dafür auf andere Güter verzichten. Zudem gilt der Besitz dieser Güter nur für einen gewissen Bevölkerungsanteil als erstrebenswert.

Der Erwerb von bestimmten Luxusgegenständen ist also stark abhängig von den individuellen Präferenzen der Personen und Haushalte. Aus diesem Grund wird zur Messung von finanziellem Reichtum im Folgenden nur auf finanzielle Potenziale Bezug genommen, die Ausstattung mit Luxusgütern geht nicht in die Reichtumsmessung ein.

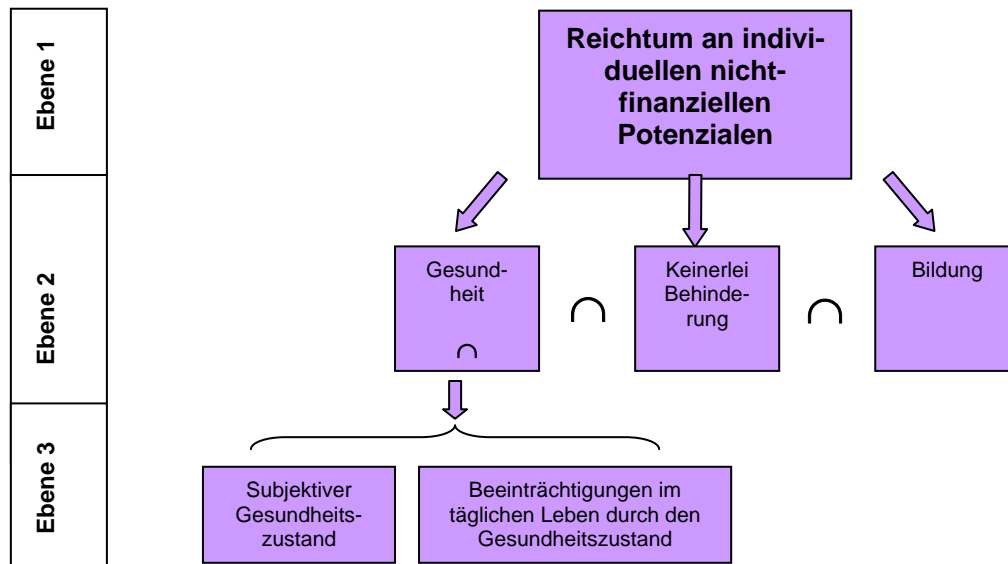
**Tabelle 28: Reichtum an finanziellen Potenzialen (Ebene 1), sowie verschiedene Einkommensreichtumsdefinitionen, Vermögensreichtum (jeweils Ebene 2) (2002)**

	Gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen > x % des Medians der äquivalenzgewichteten Haushalts-Nettoeinkommen				Vermögenseinkommen > 200% des Median- einkommens		Finan- zieller Reich- tum
Bevölkerungsteile	> 150 %	Einkom- mensreich > 200 %	> 250 %	> 300 %	Vermögens- reich	Vermö- gensreich ohne Arbeits- einkünfte	
Anteile an Personen älter als 16 Jahre							
<b>Gesamt</b>	19,8 %	7,1 %	2,8 %	1,5 %	0,7 %	0,2 %	0,3 %
<b>Region</b>							
Ost	8,7 %	2,4 %	0,7 %	0,3 %	0,2 %	0,0 %	0,0 %
West	22,5 %	8,2 %	3,3 %	1,8 %	0,9 %	0,2 %	0,4 %
<b>Geschlecht</b>							
Männlich	21,6 %	8,0 %	3,2 %	1,7 %	0,8 %	0,1 %	0,4 %
Weiblich	18,2 %	6,2 %	2,5 %	1,3 %	0,7 %	0,2 %	0,3 %
<b>Haushaltstyp</b>							
Ein-Personen-HH	17,1 %	8,1 %	3,5 %	1,4 %	0,3 %	0,0 %	0,1 %
Allein erziehend	8,3 %	1,8 %	0,5 %	0,5 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %
Paar ohne Kinder	28,9 %	10,3 %	3,9 %	2,3 %	1,1 %	0,4 %	0,6 %
Paar mit Kindern	15,8 %	4,9 %	1,9 %	0,9 %	0,8 %	0,1 %	0,3 %
Sonstige	14,5 %	2,2 %	1,8 %	1,2 %	0,5 %	0,0 %	0,3 %
<b>Altersgruppen</b>							
16-29	13,5 %	3,5 %	1,3 %	0,6 %	0,5 %	0,0 %	0,2 %
30-44	21,4 %	7,3 %	2,8 %	1,5 %	0,4 %	0,0 %	0,1 %
45-64	24,8 %	10,3 %	4,4 %	2,3 %	1,3 %	0,3 %	0,7 %
65 und älter	15,3 %	4,6 %	1,6 %	0,8 %	0,6 %	0,4 %	0,2 %
<b>Schulabschluss</b>							
Hauptschulabschluss	11,0 %	2,5 %	1,1 %	0,5 %	0,6 %	0,2 %	0,2 %
Mittlere Reife	21,4 %	6,6 %	2,3 %	1,3 %	0,8 %	0,2 %	0,3 %
FH-Reife/Abitur	38,5 %	18,1 %	7,5 %	3,8 %	1,0 %	0,1 %	0,6 %
Anderer Abschluss	11,2 %	2,7 %	1,2 %	0,7 %	0,3 %	0,0 %	0,2 %
Noch kein Abschluss	16,7 %	5,0 %	1,4 %	0,9 %	1,2 %	0,0 %	0,2 %
Ohne Abschluss	3,0 %	0,6 %	0,4 %	0,4 %	0,2 %	0,0 %	0,2 %
<b>Erwerbsstatus</b>							
Voll erwerbstätig	28,9 %	11,2 %	4,6 %	2,5 %	0,7 %	0,0 %	0,3 %
Teilzeitbeschäftigt	21,2 %	6,8 %	2,9 %	1,4 %	0,9 %	0,0 %	0,5 %
Sonstiges	10,9 %	5,1 %	2,1 %	1,3 %	1,0 %	0,0 %	0,3 %
Nicht erwerbstätig	13,3 %	4,0 %	1,4 %	0,7 %	0,7 %	0,4 %	0,3 %
<b>Berufliche Stellung</b>							
Selbständige	39,3 %	23,0 %	13,3 %	8,1 %	3,3 %	0,0 %	1,6 %
Beamte	57,8 %	24,4 %	7,1 %	3,4 %	1,2 %	0,0 %	0,8 %
Angestellte	30,1 %	10,7 %	4,4 %	2,2 %	0,4 %	0,0 %	0,2 %
Arbeiter	8,3 %	1,0 %	0,2 %	0,1 %	0,2 %	0,0 %	0,1 %
Rentner	15,1 %	4,5 %	1,4 %	0,6 %	0,7 %	0,4 %	0,3 %
Arbeitslose	4,7 %	1,6 %	0,5 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %
<b>Nationalität</b>							
Deutsch, seit Geburt	20,9 %	7,5 %	3,0 %	1,5 %	0,8 %	0,2 %	0,4 %
Deutsch, 2. Nationalität	13,4 %	4,7 %	2,6 %	2,0 %	0,7 %	0,3 %	0,5 %
Nicht deutsch	9,8 %	3,0 %	0,8 %	0,5 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

## 8.2 Nichtfinanzielle individuelle Potenziale

**Abbildung 32: Indikatoren der Dimension nichtfinanzielle individuelle Potenziale (Reichtum)**



### 8.2.1 Gesundheit

Krankheiten, Behinderungen und andere Gebrechen schränken die Verwirklichungschancen der davon betroffenen Personen zum Teil drastisch ein. Die Gesundheit wird daher von vielen als eine der zentralen Voraussetzungen für ein erfülltes Leben betrachtet. In einer Schweizer Studie zum Thema Reichtum wurde von den Befragten die Gesundheit als das wünschenswerteste Attribut des Reichseins genannt.<sup>136</sup>

Wie bereits bei der Armutsanalyse erläutert, sollten die Auswirkungen der Gesundheit auf die Verwirklichungschancen zumindest durch die Dauer (Lebenserwartung bzw. Mortalitätsraten), Beeinträchtigungen bei der Verfolgung dieser Chancen und die Verminderung der subjektiv empfundenen Lebensqualität durch jede Art von Leiden aufgezeigt werden.

Eine – mit dem SOEP prinzipiell mögliche – Analyse von Mortalitätsraten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen hätte den Rahmen dieser Machbarkeitsstudie gesprengt. Als „gesund“ im oben genannten Sinne werden im Folgenden daher alle Personen im SOEP betrachtet, die nach ihrer eigenen Einschätzung zum Zeitpunkt der Befragung einen „sehr guten“ oder „guten“ Gesundheitszustand aufweisen und über keinerlei gesundheitliche Einschränkungen klagen.

<sup>136</sup> Vgl. Leuenberger (2001).



**Tabelle 29: Hervorragende Verwirklichungschancen hinsichtlich Gesundheit (Ebene 2), guter oder sehr guter gegenwärtiger Gesundheitszustand, keinerlei Einschränkungen durch den Gesundheitszustand im täglichen Leben (jeweils Ebene 3) (2002)**

Bevölkerungsteile	Subjektiv sehr guter oder guter Gesundheitszustand	Keinerlei Einschränkungen im täglichen Leben durch den Gesundheitszustand	Hinsichtlich ihrer Gesundheit in ihren Verwirklichungschancen nicht eingeschränkt (UND-Verknüpfung aus den beiden Indikatoren)
<b>Anteile an Personen älter als 16 Jahre</b>			
<b>Gesamt</b>	47,3 %	20,5 %	17,3 %
<b>Region</b>			
Ost	45,9 %	15,3 %	13,2 %
West	47,6 %	21,7 %	18,3 %
<b>Geschlecht</b>			
Männlich	50,6 %	24,9 %	21,0 %
Weiblich	44,3 %	16,6 %	14,1 %
<b>Haushaltstyp</b>			
Ein-Personen-HH	42,6 %	18,2 %	15,6 %
Allein erziehend	53,7 %	22,1 %	19,5 %
Paar ohne Kinder	37,4 %	14,7 %	11,8 %
Paar mit Kindern	58,1 %	27,0 %	23,1 %
Sonstige	41,8 %	16,1 %	13,6 %
<b>Altersgruppen</b>			
16-29	75,4 %	37,0 %	34,2 %
30-44	59,2 %	25,1 %	21,8 %
45-64	38,3 %	15,8 %	12,0 %
65 und älter	19,3 %	6,2 %	4,3 %
<b>Schulabschluss</b>			
Hauptschulabschluss	35,6 %	15,5 %	12,3 %
Mittlere Reife	53,9 %	21,7 %	18,6 %
FH-Reife/Abitur	59,1 %	26,1 %	23,3 %
Anderer Abschluss	43,3 %	23,2 %	19,2 %
Noch kein Abschluss	79,7 %	45,0 %	41,1 %
Ohne Abschluss	33,7 %	13,8 %	8,5 %
<b>Erwerbsstatus</b>			
Voll erwerbstätig	47,0 %	19,8 %	16,8 %
Teilzeitbeschäftigt	48,2 %	20,9 %	18,0 %
Sonstiges	50,3 %	27,8 %	23,2 %
Nicht erwerbstätig	34,1 %	13,5 %	11,0 %
<b>Berufliche Stellung</b>			
Selbständige	58,4 %	26,2 %	22,5 %
Beamte	58,5 %	24,8 %	21,3 %
Angestellte	59,2 %	26,0 %	22,5 %
Arbeiter	53,1 %	23,6 %	19,8 %
Rentner	19,8 %	7,1 %	4,8 %
Arbeitslose	42,5 %	17,5 %	14,8 %
<b>Nationalität</b>			
Deutsch, seit Geburt	47,0 %	19,8 %	16,8 %
Deutsch, 2. Nationalität	48,2 %	20,9 %	18,0 %
Nicht deutsch	50,3 %	27,8 %	23,2 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Fast die Hälfte der Befragten schätzt ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand als „sehr gut“ oder „gut“ ein. Hier fallen besonders die unterschiedlichen Werte in den verschiedenen Altersgruppen auf. Mit zunehmendem Alter sinken die Werte, so dass schließlich nicht einmal mehr ein Fünftel der 65-Jährigen und Älteren die eigene Gesundheit als „sehr gut“ oder „gut“ bezeichnet. Erwartungsgemäß liegt der Anteil der 16-bis 29-Jährigen deutlich über dem Durchschnitt.

Auch der Schulabschluss korreliert mit der subjektiven Gesundheitseinschätzung. Deutlich weniger „Bildungsarme“ (ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss) empfinden ihren Gesundheitszustand als „gut“ oder „sehr gut“ im Vergleich zur Gruppe der Fachhochschul- und Hochschulabsolventen. Die berufliche Stellung als Selbständiger, Beamter oder Angestellter korrespondiert ebenfalls eher mit einer (sehr) gut empfundenen Gesundheit als dies bei anderen Berufsgruppen der Fall ist.

Bei der Frage nach gesundheitlichen Einschränkungen in bestimmten Situationen und Tätigkeiten werden diejenigen Personen als nicht eingeschränkt bezeichnet, die sich in keiner der zu bewertenden Situationen durch ihren Gesundheitszustand eingeschränkt fühlen. Trotz wesentlich geringerer Werte als bei der subjektiven Gesundheitseinschätzung lässt sich feststellen, dass viele ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“ oder „gut“ beschreiben, obwohl sie in irgendeiner Form gesundheitlich eingeschränkt sind.<sup>137</sup> Der Anteil der gesundheitlich nicht Eingeschränkten variiert deutlich zwischen den Geschlechtern: Frauen 16,6% und Männern 24,9%. Ansonsten gleichen die Beobachtungen weitgehend denen der subjektiven Einschätzung des Gesundheitszustandes.

Der Gesamtindikator verknüpft wiederum beide Variablen. Die gesundheitlich nicht Eingeschränkten und gleichzeitig ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“ oder „gut“ Einschätzenden werden zusammengefasst. Für eine solche Zusammenfassung spricht, dass eine gesundheitliche Privilegierung nicht anzunehmen ist, wenn aufgrund des Gesundheitszustands Einschränkungen im täglichen Leben auftreten oder – auch ohne solche Einschränkungen – der eigene Gesundheitszustand nicht als gut angesehen wird. Bei einem Gesamtwert von 17,3% der Personen, die hinsichtlich ihrer Gesundheit in ihren Verwirklichungschancen nicht eingeschränkt sind, stechen vor allem die niedrigen Werte in der Gruppe der Personen, die 65 Jahre und älter sind (4,3%) und unter den Personen ohne Schulabschluss (8,5%) hervor.. Auch zwischen Frauen (14,1%) und Männern (21,0%) gibt es einen Unterschied von sieben Prozentpunkten.

---

<sup>137</sup> Dies mag allerdings auch daran liegen, dass der SOEP-Indikator lediglich nach Einschränkungen in den letzten 4 Wochen fragt, die etwa durch kurzfristige Infekte, durchaus auch bei längerfristig gutem oder sehr gutem Gesundheitszustand auftreten können.

**Tabelle 30: Privilegierung hinsichtlich Gesundheit sowie keinerlei Behinderung  
(jeweils Ebene 2) (2002)**

Bevölkerungsteile	Hinsichtlich Gesundheit in den Verwirklichungs- chancen privilegiert	Keine Schwer- behinderung	Privilegiert hinsichtlich Gesundheit UND Behinderung	
			(UND-Verknüpfung aus den beiden Indikatoren)	(ODER- Verknüpfung aus den beiden Indikatoren)
	Anteile an Personen älter als 16 Jahre			
Gesamt	17,3 %	86,5 %	17,1 %	86,7 %
Region				
Ost	13,2 %	88,4 %	13,1 %	88,5 %
West	18,3 %	86,0 %	18,0 %	86,3 %
Geschlecht				
Männlich	21,0 %	85,0 %	20,5 %	85,4 %
Weiblich	14,1 %	87,8 %	14,0 %	87,9 %
Haushaltstyp				
Ein-Personen-HH	15,6 %	82,5 %	15,3 %	82,7 %
Allein erziehend	19,5 %	91,6 %	19,4 %	91,7 %
Paar ohne Kinder	11,8 %	80,1 %	11,5 %	80,4 %
Paar mit Kindern	23,1 %	93,9 %	22,9 %	94,0 %
Sonstige	13,6 %	83,7 %	13,2 %	84,0 %
Altersgruppen				
16-29	34,2 %	98,2 %	33,9 %	98,3 %
30-44	21,8 %	95,3 %	21,5 %	95,4 %
45-64	12,0 %	80,5 %	11,8 %	80,7 %
65 und älter	4,3 %	73,0 %	4,0 %	73,4 %
Schulabschluss				
Hauptschulabschluss	12,3 %	80,2 %	12,0 %	80,5 %
Mittlere Reife	18,6 %	91,2 %	18,4 %	91,4 %
FH-Reife/Abitur	23,3 %	91,7 %	23,1 %	91,9 %
Anderer Abschluss	19,2 %	85,3 %	19,2 %	85,3 %
Noch kein Abschluss	41,1 %	98,8 %	40,8 %	98,8 %
Ohne Abschluss	8,5 %	84,9 %	8,4 %	85,0 %
Erwerbsstatus				
Voll erwerbstätig	16,8 %	86,0 %	23,3 %	94,1 %
Teilzeitbeschäftigt	18,0 %	89,6 %	15,3 %	91,7 %
Sonstiges	23,2 %	91,2 %	24,9 %	90,4 %
Nicht erwerbstätig	11,0 %	78,4 %	10,7 %	78,7 %
Berufliche Stellung				
Selbständige	22,5 %	95,4 %	22,1 %	95,5 %
Beamte	21,3 %	92,4 %	20,8 %	92,8 %
Angestellte	22,5 %	93,8 %	22,3 %	93,9 %
Arbeiter	19,8 %	90,7 %	19,5 %	91,0 %
Rentner	4,8 %	68,7 %	4,4 %	69,1 %
Arbeitslose	14,8 %	89,7 %	14,8 %	89,7 %
Nationalität				
Deutsch, seit Geburt	16,8 %	86,0 %	16,5 %	86,2 %
Deutsch, 2. Nationali- tät	18,0 %	89,6 %	17,9 %	89,6 %
Nicht deutsch	23,2 %	91,2 %	23,1 %	91,3 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Für ein hohes Maß an Verwirklichungschancen ist es zudem vorteilhaft, wenn keine weiteren Einschränkungen durch Schwerbehinderung auftreten. Der Anteil innerhalb der Gesamtbevölkerung liegt hier bei 86,5%. Lediglich in der Altersgruppe der über 65-Jährigen ist ein deutlich geringerer Anteil zu finden (73,0%).<sup>138</sup>

### 8.2.2 Bildung

Zu den wesentlichen Bestimmungsfaktoren für die Verwirklichungschancen des Einzelnen zählt in modernen Gesellschaften das Bildungsniveau. Zum einen tragen Bildung und Ausbildung in einem hohen Maße zur Entwicklung eines weiten Spektrums an Verwirklichungschancen und zur Reifung der Persönlichkeit bei. Schon daher bieten sie ein Fundament, um im gesellschaftlichen Leben Chancen wahrzunehmen. Zum anderen sind hohe formale Bildungsabschlüsse eine Voraussetzung für gehobene Positionen in Beruf und Gesellschaft, die mit entsprechenden Privilegien und Verwirklichungsmöglichkeiten einhergehen.

Der Zugang zu einer hohen Bildung erfolgt heute typischerweise über das Gymnasium und das anschließende Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule. Auch bei hinreichender Begabung steht dieser Weg nicht allen in gleichem Maße offen. Zahlreiche Studien belegen einen engen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den Bildungschancen. Die beiden PISA-Untersuchungen<sup>139</sup> haben aufgezeigt, dass der Bildungserfolg eines Kindes sehr deutlich von dem Bildungsniveau und dem Einkommen der Eltern abhängt. So ist beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, ein Hochschulstudium aufzunehmen für Kinder mit einer hohen sozialen Herkunft 7,4-fach größer als die eines Kindes aus einem Elternhaus mit einem niedrigen sozialen Status.<sup>140</sup>

Als Indikatoren für ein hohes Bildungsniveau bieten sich – mit Blick auf die im SOEP verfügbaren Indikatoren – die Hochschulreife und das abgeschlossene Hochschulstudium<sup>141</sup> an. Bei der Berechnung der Bevölkerungsanteile, die über derartige Bildungsabschlüsse verfügen, haben wir die Personen, die noch in der Schulausbildung sind, ausgeschlossen.

Teilweise wird die Befürchtung geäußert, durch die Erleichterung des Zugangs zum Hochschulstudium sei eine „Entwertung“ traditioneller akademischer Abschlüsse eingetreten.

---

<sup>138</sup> Bereits bei der Armutsanalyse in Teil II wurde auf die Problematik des Indikators des „Schwerbehindertenstatus“ hingewiesen, und bemerkt, dass es wünschenswert wäre, behinderungsbedingte Beeinträchtigungen zweifelsfrei feststellen zu können.

<sup>139</sup> Deutsches PISA-Konsortium (2001, 2004).

<sup>140</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (2005), S. 88 ff. sowie OECD (2004), S.186 ff. sowie S. 436.

<sup>141</sup> Universität in Deutschland, Hochschule im Ausland oder Hochschule (Ost), jedoch ohne die Personen mit Fachhochschulabschlüssen in Deutschland.

Zusatzqualifikationen, wie z. B. eine Promotion seien nun erforderlich, um Chancen, etwa auf eine Spitzenposition in der Wirtschaft zu erhalten.<sup>142</sup> Es erscheint daher wesentlich, die Dynamik der Anforderungen des Bildungsreichtums näher zu untersuchen. Im Moment ist dies jedoch mit dem SOEP noch nicht möglich, so dass sich zumindest eine Ergänzung um die Frage der Promotion im SOEP anbieten würde.

---

<sup>142</sup> Vgl. Hartmann/Kopp (2001), S. 438 f.

**Tabelle 31: Reichtum an nichtfinanziellen individuellen Potenzialen (Ebene 1), sowie Anteil der Abiturienten und Hochschulabsolventen (Ebene 2)**

Bevölkerungsteile	Universitätsabschluss [Universität in Deutschland, Hochschule im Ausland oder Hochschule (Ost)]			Reich an nicht-finanziellen individuellen Potenzialen
	Abitur			
	Anteil an allen Personen, die nicht mehr im Schulsystem sind	Anteil an allen Personen, die nicht mehr in Ausbildung sind*	Anteil an allen Personen älter als 16 Jahre	Anteil an allen Personen älter als 16 Jahre
<b>Gesamt</b>	17,7 %	11,0 %	10,4 %	2,0 %
<b>Region</b>				
Ost	16,7 %	11,3 %	10,6 %	1,2 %
West	18,0 %	11,0 %	10,3 %	2,2 %
<b>Geschlecht</b>				
Männlich	19,6 %	13,4 %	12,4 %	2,8 %
Weiblich	16,1 %	9,0 %	8,6 %	1,3 %
<b>Haushaltstyp</b>				
Ein-Personen-HH	20,6 %	10,6 %	10,3 %	2,2 %
Allein erziehend	14,0 %	7,2 %	6,3 %	1,2 %
Paar ohne Kinder	15,3 %	10,7 %	10,7 %	1,6 %
Paar mit Kindern	19,0 %	12,2 %	10,9 %	2,4 %
Sonstige	14,6 %	10,2 %	9,1 %	1,3 %
<b>Altersgruppen</b>				
16-29	27,4 %	6,0 %	4,2 %	1,1 %
30-44	22,5 %	14,3 %	14,4 %	3,5 %
45-64	14,0 %	12,9 %	12,8 %	2,1 %
65 und älter	9,3 %	6,1 %	6,1 %	0,5 %
<b>Schulabschluss</b>				
Hauptschulabschluss	0,0 %	0,6 %	0,6 %	0,0 %
Mittlere Reife	0,0 %	1,6 %	1,5 %	0,2 %
FH-Reife/Abitur	78,4 %	42,3 %	37,1 %	7,8 %
Anderer Abschluss	0,0 %	25,9 %	25,5 %	4,4 %
Noch kein Abschluss	. %	. %	0,0 %	0,0 %
Ohne Abschluss	0,0 %	1,7 %	1,6 %	0,0 %
<b>Erwerbsstatus</b>				
Voll erwerbstätig	22,6 %	10,0 %	9,4 %	1,9 %
Teilzeitbeschäftigt	21,3 %	22,6 %	20,2 %	3,4 %
Sonstiges	21,6 %	18,3 %	17,1 %	2,1 %
Nicht erwerbstätig	11,8 %	6,2 %	5,9 %	0,6 %
<b>Berufliche Stellung</b>				
Selbständige	30,3 %	22,7 %	22,3 %	6,6 %
Beamte	55,1 %	41,5 %	41,3 %	7,7 %
Angestellte	27,1 %	16,0 %	15,7 %	3,6 %
Arbeiter	3,1 %	4,3 %	4,2 %	0,9 %
Rentner	8,5 %	5,9 %	5,9 %	0,4 %
Arbeitslose	7,9 %	7,2 %	7,4 %	1,1 %
<b>Nationalität</b>				
Deutsch, seit Geburt	18,7 %	10,0 %	9,4 %	1,9 %
Deutsch, 2. Nationalität	13,0 %	22,6 %	20,2 %	3,4 %
Nicht deutsch	7,8 %	18,3 %	17,1 %	2,1 %

\* Auszubildende, Studierende und Personen, die noch keinen Abschluss oder Berufsabschluss haben, gehen nicht in die Berechnung ein.

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

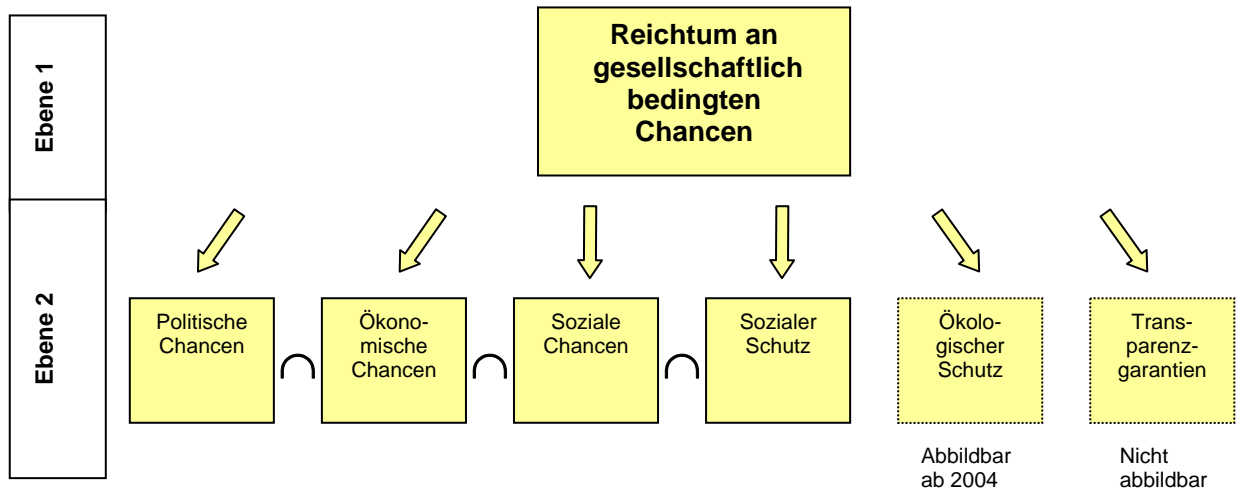
17,7% der Personen mit Schulabschluss haben die Hochschulreife. Es wird deutlich, dass der Anteil der Personen mit Abitur mit zunehmendem Lebensalter sinkt. Darüber hinaus ist der Anteil der Personen mit Abitur bei den voll Erwerbstätigen mit ca. 22,6% knapp doppelt so hoch wie bei den nicht erwerbstätigen Personen (11,8%). Bei Beamten ist der relative Anteil mit ca. 55,1% am höchsten, bei Arbeitern mit ca. 3,1% am niedrigsten.

Zu den „Bildungsreichen“ gehören gemessen an allen Personen diejenigen, die einen Universitätsabschluss haben. Hervorzuheben sind hier die geringen Anteile unter der Gruppe der über 65-Jährigen und bei den nicht Erwerbstätigen. Fast die Hälfte der Personen mit Fachhochschulreife bzw. Abitur schließt an die Schulausbildung ein Universitätsstudium an. Vor allem unter Beamten ist der Anteil der Bildungsreichen mit 41,5% sehr hoch.

Als reich an individuellen Potenzialen soll der Personenkreis gelten, der keinerlei gesundheitlichen Einschränkungen unterworfen ist und zudem über eine hohe formale Qualifikation verfügt (Universitätsabschluss). Schließlich bedarf es sowohl einer guten Gesundheit als auch eines hohen Bildungsniveaus, um in Wissensgesellschaften ein sehr hohes Maß an Verwirklichungschancen erreichen zu können. Der Anteil dieser Personengruppe lag im SOEP für das Jahr 2003 bei 2,0%.

### 8.3 Gesellschaftlich bedingte Chancen („Instrumentelle Freiheiten“)

**Abbildung 33: Indikatoren der Dimension gesellschaftlich bedingte Chancen (Reichtum)**



#### 8.3.1 Politische Chancen

Wie in Teil II bereits ausgeführt, bietet das Sozio-oekonomische Panel zu Fragen der politischen Partizipation nur sehr spärliche Informationen. Wir verweisen auch hier noch einmal auf die Vertiefung des Themas Operationalisierung politischer Partizipation in Kapitel 11. Als vorläufigen SOEP-Indikator zur Abschätzung des individuellen politischen Engagements weisen wir analog zu Teil II den Anteil der politisch Interessierten aus. Wie bereits erwähnt, erlaubt diese Hilfsgröße eine erste Abschätzung einer Obergrenze für die Zahl der politisch Informierten bzw. Aktiven.

Insgesamt geben gut 8% der Befragten an, dass sie über ein hohes politisches Interesse verfügen. Überdurchschnittlich ist der Anteil der Personen mit hohen politischen Chancen gemessen an diesem Indikator bei den Männern (11,7%), Selbständigen (13%) und Beamten (17,3%). Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil der Personen mit hohem politischen Interesse erheblich zu.



Tabelle 32: Reichtum an politischen Chancen (Ebene 2) (2002)

	Hohes politisches Interesse
Bevölkerungsteile	Anteil an allen Personen älter als 16 Jahre
<b>Gesamt</b>	8,2 %
<b>Region</b>	
Ost	8,4 %
West	8,2 %
<b>Geschlecht</b>	
Männlich	11,7 %
Weiblich	5,1 %
<b>Haushaltstyp</b>	
Ein-Personen-HH	10,7 %
Allein erziehend	3,2 %
Paar ohne Kinder	9,4 %
Paar mit Kindern	6,7 %
Sonstige	5,4 %
<b>Altersgruppen</b>	
16-29	4,2 %
30-44	6,4 %
45-64	10,2 %
65 und älter	11,1 %
<b>Schulabschluss</b>	
Hauptschulabschluss	6,4 %
Mittlere Reife	7,3 %
FH-Reife/Abitur	13,8 %
Anderer Abschluss	6,3 %
Noch kein Abschluss	4,0 %
Ohne Abschluss	3,6 %
<b>Erwerbsstatus</b>	
Voll erwerbstätig	9,2 %
Teilzeitbeschäftigt	3,5 %
Sonstiges	5,5 %
Nicht erwerbstätig	8,7 %
<b>Berufliche Stellung</b>	
Selbständige	13,0 %
Beamte	17,3 %
Angestellte	7,4 %
Arbeiter	5,3 %
Rentner	11,0 %
Arbeitslose	6,2 %
<b>Nationalität</b>	
Deutsch, seit Geburt	8,6 %
Deutsch, 2. Nationalität	4,6 %
Nicht deutsch	5,6 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

### 8.3.2 Ökonomische Chancen

Welche Bedeutung die ökonomischen Chancen des Einzelnen für seine Verwirklichungschancen haben, wurde bereits in Teil II am Beispiel der Arbeitslosigkeit verdeutlicht. Arbeitslosigkeit stellt ganz offensichtlich eine Ausgrenzung aus zentralen Lebensbereichen dar. Umgekehrt verfügt aber nicht jeder, der einer Erwerbstätigkeit nachgeht, über hohe ökonomische Chancen. Welche Möglichkeiten sich dem Individuum bieten, hängt – abgesehen von seinem eigenen Potenzial – von seiner Position im wirtschaftlichen Gefüge ab. Die darin gewährten Freiheiten entscheiden darüber, inwieweit eine Person ihre individuellen Vorstellungen eigenverantwortlich realisieren kann. Diese Autonomie des Handelns reicht von der beaufsichtigten Ausübung einfacher Tätigkeiten bis hin zu umfassenden Führungsaufgaben.

In den Sozialwissenschaften existiert eine lange Tradition der Entwicklung von Instrumenten zur Messung gesellschaftlicher oder – hier konkret – beruflicher Hierarchien. Aus der Vielzahl dieser teilweise sehr aufwändig konstruierten Skalen erachten wir vor dem Hintergrund des Senschen Ansatzes einen fünfstufigen Ansatz zur Messung der Handlungsautonomie als am besten geeignet.<sup>143</sup> Dieser Ansatz beruht auf einer Analyse der individuellen Stellung im Beruf. Dabei wird nach folgenden drei Hauptkategorien unterschieden:

- abhängig Beschäftigte
- Selbständige
- mithelfende Familienangehörige

Bei den abhängig Beschäftigten, also Arbeitern und Angestellten, nehmen die Einzelnen je nach ihrer Tätigkeit unterschiedliche Positionen auf der fünfstufigen Skala ein. Je größer die berufliche Autonomie, desto höher der Skalenwert. Die Zuordnung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen:

1. niedrig bewertete manuelle Tätigkeiten mit geringer Handlungsautonomie,
2. abhängig Beschäftigte in der Produktion und im Dienstleistungsbereich bei Tätigkeiten, die eine geringe Spezialisierung voraussetzen,
3. Tätigkeiten, die einen mittleren Bildungsabschluss voraussetzen und in beschränktem Maße verantwortungsvolles Handeln erfordern,
4. Tätigkeiten, die eine Hochschulausbildung voraussetzen, aber kein sehr hohes Prestige haben,
5. leitende Tätigkeiten mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsbefugnissen.

Selbständige werden je nach Art der Tätigkeit ab Position 3 eingestuft und je nach Betriebsgröße klassifiziert. Bei Landwirten hängt deren Skalenposition von der Hofgröße ab, sie rangieren zwischen den Werten 2 und 4. Mithelfende Familienangehörigen weisen zwar eine hohe Heterogenität bezüglich ihrer Tätigkeit auf, tragen jedoch als Familienangehörige einen großen Teil des Unternehmensrisikos mit. Sie werden unter Position 3 zusammengefasst.

Ein sehr hohes Maß an ökonomischen Chancen sehen wir ausschließlich in der Position 5 als gegeben an. Im SOEP der Welle 2003 fallen 2% der Befragten in diese Kategorie. Erwartungsgemäß sind es im Wesentlichen männliche Befragte, die über eine hohe berufliche Autonomie verfügen (3,2%). Der Frauenanteil ist mit 1,0% signifikant geringer. Mit zunehmendem Lebensalter steigt die Handlungsautonomie deutlich an. Erreichen bei den 16- bis 29-Jährigen nur 0,3% die oberste Kategorie, sind es bei den 30- bis 40-Jährigen bereits 2,8%. Die höchste Autonomie erreicht die Altersklasse der 45- bis 64-Jährigen mit 3,3%. Personen ab 65 Jahren gehen nur noch in geringem Maße einer Erwerbstätigkeit nach. Von daher erlauben ihre Anteile keine sinnvolle Interpretation.

### 8.3.3 Soziale Chancen

Privilegierte soziale Chancen ergeben sich unter anderem aus einem privilegierten Zugang zum Gesundheitssystem. Ein solcher privilegierter Zugang wird hier unterstellt, wenn eine private (Zusatz-)Krankenversicherung abgeschlossen wurde. Hieraus kann sich insofern ein privilegiertes Maß an Verwirklichungschancen ergeben, da teilweise Leistungen gewährt werden, die über die garantierte öffentliche Versorgung hinausgehen. Zudem bestehen im Gesundheitssystem teilweise Anreize, Privatpatienten gegenüber gesetzlich Krankenversicherten bevorzugt zu behandeln.

Darüber hinaus ist ein privilegierter Zugang zum Bildungssystem ein weiterer Aspekt der sozialen Chancen. Von sozialwissenschaftlicher Seite wird diskutiert, inwieweit nicht nur Promotionen, sondern auch der Besuch von teuren in- und ausländischen Elitehochschulen<sup>144</sup> durch die „Entwertung“ von traditionellen akademischen Abschlüssen erforderlich würden, um beispielsweise Chancen für Führungspositionen in der Wirtschaft zu erhalten. Hierzu fehlen derzeit geeignete Indikatoren im SOEP, so dass wir darauf verzichten müssen.

Zu dem verbleibenden Indikator „Privatversicherung“ liefert das SOEP in allen Wellen aussagefähige Angaben. In Welle 2002 trifft dieses Merkmal auf 12% der Befragten zu (vgl. Tabelle

---

<sup>143</sup> Vgl. Hoffmeyer-Zlotnik/Geis (2003).

<sup>144</sup> Siehe auch hierzu Hartmann/Kopp (2001).

33). Auch hier liegen die westdeutschen Anteile mit 13,6% mehr als doppelt so hoch wie in den östlichen Bundesländern (5,4%). Auch Männer kommen mit einem Anteil von 15,7% fast doppelt so oft in den Genuss einer privaten Krankenversicherung wie der weibliche Bevölkerungsteil (8,9%). Die relative Häufigkeit einer privaten Krankheitsvorsorge nimmt mit steigendem Lebensalter und höherer schulischer Qualifikation deutlich zu. Ein Blick auf die berufliche Stellung zeigt, dass hauptsächlich Beamte (82,6%) und Selbständige (47,0%) über eine Privatversicherung verfügen. Allerdings zeigen sich für die Selbständigen auch in dieser Studie sehr unterschiedliche Ergebnisse. So dürften sich unter den 47 % privat versicherten Selbständigen zumindest teilweise Kleingewerbetreibende befinden, die nicht Mitglied gesetzlicher Krankenkassen werden können. Zudem zeigt unsere Studie, dass ein relativ hoher Anteil von Selbständigen über keine Krankenversicherung verfügt und trotz schlechter Gesundheit keinen Arzt besucht (Kapitel 4). Insofern kann nicht von einer allgemeinen Privilegierung von Selbständigen gesprochen werden. Vielmehr zeigt sich hier das Bild einer heterogenen, teilweise polarisierten Gruppe.

Nur ein sehr überschaubarer Personenkreis verfügt nach der vorgestellten Operationalisierung über herausgehobene instrumentelle Freiheiten in allen drei genannten Bereichen. 1,3% der Befragten können sowohl hinsichtlich ihrer politischen Chancen als auch ihrer ökonomischen und sozialen Chancen als privilegiert angesehen werden.

In Ostdeutschland liegt der Anteil dieser Schnittmenge nur halb so hoch wie im Westen. Der Frauenanteil beträgt bundesweit mit 0,6% nicht einmal ein Drittel des Anteils der Männer (2,0%). Unter den Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur liegt der Anteil mehr als dreimal so hoch wie im Durchschnitt (4,7%). Der Anteil der anderen Bildungsabschlüsse ist mit unter 0,5% minimal.

Die Ergebnisse zeigen, dass Beamte über weit umfangreichere gesellschaftlich bedingte Chancen verfügen, als es der vergleichsweise niedrigere Umfang der Einkommen und Vermögen erwarten ließe. Das Ausmaß, in dem hier eine Privilegierung im Bereich der instrumentellen Freiheiten ausgewiesen wird, ist aber mit Vorsicht zu interpretieren. Plausibel ist, dass Beamte ein hohes politisches Interesse, wie i auch eine - in anderen Studien theoretisch begründete und empirisch ermittelte - höhere politische Partizipation aufweisen. Diese ergibt sich oft schon aus dem beruflichen Umfeld. Hinzu kommt, dass Beamte meist auf eine private Krankenversicherung als Teil des Beamtenverhältnisses und Beihilfeansprüche zurückgreifen können. Beides mag dazu führen, dass Beamte – soweit sie zudem über hohe ökonomische Chancen verfügen – als in ihren gesellschaftlich bedingten Chancen privilegiert ausgewiesen werden. Offen ist dabei allerdings, inwieweit diese Privilegien durch Einkommensverzicht bei gleicher Qualifikation, etwa im Vergleich zu leitenden Angestellten und Vorständen „erkauft“

werden. Nicht zuletzt ist die begrenzte Verfügbarkeit von Indikatoren innerhalb der gesellschaftlich bedingten Chancen ein Grund, weshalb das Ausmaß der Privilegierung überzeichnet werden könnte. So ist z. B. fraglich, ob das Ergebnis Bestand hätte, wenn der Besuch von Elitehochschulen als privilegierter Zugang zum Bildungssystem verfügbar wäre.

**Tabelle 33: Reichtum an gesellschaftlich bedingten Verwirklichungschancen (Ebene 1), hohe ökonomische Chancen sowie hohe soziale Chancen (jeweils Ebene 2)**

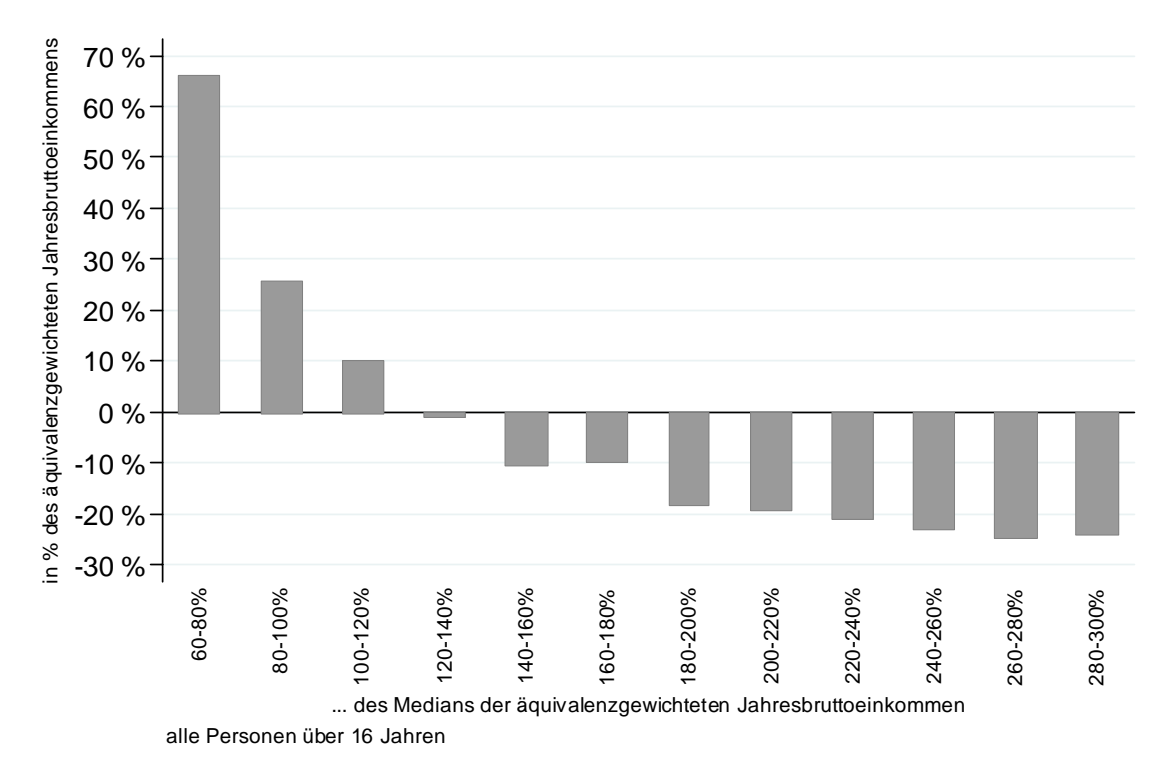
Bevölkerungsteile	Hohe ökonomische Chancen	Hohe soziale Chancen	Reich im Hinblick auf die gesellschaftlichen Verwirklichungschancen
	Anteil an allen Personen älter als 16 Jahre		
<b>Gesamt</b>	2,0 %	12,0 %	1,3 %
<b>Region</b>			
Ost	1,1 %	5,4 %	0,7 %
West	2,2 %	13,6 %	1,4 %
<b>Geschlecht</b>			
Männlich	3,2 %	15,7 %	2,0 %
Weiblich	1,0 %	8,9 %	0,6 %
<b>Haushaltstyp</b>			
Ein-Personen-HH	1,5 %	11,1 %	0,7 %
Allein erziehend	0,9 %	8,1 %	0,7 %
Paar ohne Kinder	2,0 %	12,2 %	1,3 %
Paar mit Kindern	2,5 %	13,5 %	1,6 %
Sonstige	1,5 %	7,5 %	1,0 %
<b>Altersgruppen</b>			
16-29	0,3 %	9,4 %	0,2 %
30-44	2,8 %	13,8 %	1,6 %
45-64	3,3 %	14,7 %	2,2 %
65 und älter	0,2 %	7,7 %	0,1 %
<b>Schulabschluss</b>			
Hauptschulabschluss	0,7 %	5,7 %	0,3 %
Mittlere Reife	1,1 %	11,3 %	0,4 %
FH-Reife/Abitur	6,5 %	27,3 %	4,7 %
Anderer Abschluss	0,3 %	4,7 %	0,2 %
Noch kein Abschluss	0,0 %	19,0 %	0,0 %
Ohne Abschluss	0,3 %	1,3 %	0,0 %
<b>Erwerbsstatus</b>			
Voll erwerbstätig	2,2 %	12,8 %	1,4 %
Teilzeitbeschäftigt	0,3 %	6,4 %	0,1 %
Sonstiges	0,3 %	5,4 %	0,3 %
Nicht erwerbstätig	0,0 %	8,3 %	0,0 %
<b>Berufliche Stellung</b>			
Selbständige	4,7 %	47,0 %	2,5 %
Beamte	23,9 %	82,6 %	22,0 %
Angestellte	3,2 %	8,6 %	1,1 %
Arbeiter	0,0 %	1,4 %	0,0 %
Rentner	0,0 %	7,7 %	0,0 %
Arbeitslose	0,0 %	1,8 %	0,0 %
<b>Nationalität</b>			
Deutsch, seit Geburt	2,2 %	12,8 %	1,4 %
Deutsch, 2. Nationalität	0,3 %	6,4 %	0,1 %
Nicht deutsch	0,3 %	5,4 %	0,3 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

### 8.3.4 Sozialer Schutz

Hinsichtlich des sozialen Schutzes stellt sich im Reichtum nicht die Frage, inwieweit Leistungen der sozialen Sicherung in Anspruch genommen werden, sondern ob und in welchem Umfang die reiche Bevölkerung einen Beitrag zum System der sozialen Sicherung im Einklang mit ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit erbringt. Das heißt, inwiefern bei höheren Einkommen ein entsprechend größerer absoluter und auch relativer Beitrag zum Umverteilungssystem geleistet wird. Relative Transfersalden, die den absoluten Umverteilungsbetrag auf das äquivalenzgewichtete Bruttoeinkommen einer Person beziehen, können hierüber Auskunft geben. Der (absolute) Umverteilungsbeitrag einer Person ergibt sich als Differenz zwischen dem äquivalenzgewichteten Brutto-Jahreseinkommen und der entsprechenden Nettogröße und ist die Summe der empfangenen Rentenzahlungen und Transferleistungen abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Der relative Transfersaldo zeigt somit, in welchem Maße einzelne Gruppen relativ zu ihrem Einkommen einen Einkommensbeitrag zur Finanzierung des sozialen Schutzes leisten bzw. davon profitieren.<sup>145</sup>

**Abbildung 34: Transfersalden in Prozent des Jahresbruttoeinkommens (äquivalenzgewichtete Einkommensgrößen)**



<sup>145</sup> Dabei sollte der Saldo aus empfangenen und geleisteten Zahlungen bei einkommensstarken Haushalten, dem steuerlichen Leistungsfähigkeitsprinzip entsprechend, negativ sein (da mehr Zahlungen geleistet als empfangen werden) und mit zunehmendem Einkommen höhere Anteile erreichen, da der abgeführte Finanzierungsanteil dann auch höher sein sollte.

Abbildung 34 stellt das Ausmaß der relativen Transfersalden in Abhängigkeit von der Höhe des äquivalenzgewichteten Bruttojahreseinkommens dar. Da im SOEP die Jahreseinkommen aus dem Vorjahr abgefragt werden, bezieht sich die Auswertung auf das Jahr 2001. Die Ergebnisse zeigen, dass die relativen Transfersalden ab der Einkommensklasse von 120%-140% des Medians des äquivalenzgewichteten Bruttojahreseinkommens negativ werden und in der Tendenz der relative Beitrag einer Einkommensgruppe zum sozialen Schutz mit steigendem Einkommen ansteigt. Im Bereich der Höchsteinkommensbezieher (280%-300% des Medians) steigt der Betrag des relativen Transfersaldos dagegen nicht weiter an und verharrt auf einem Niveau von etwa 24% des äquivalenzgewichteten Haushaltsbruttoeinkommens. In welchem Maße Steuervergünstigungen für besser Verdienende zu Privilegien bei der Finanzierung des sozialen Schutzes führen, kann an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden. Im Durchschnitt geringfügige „Entlastungseffekte“, die grundsätzlich mit einer Finanzierung des sozialen Schutzes nach der steuerlichen Leistungsfähigkeit nicht vereinbar sind<sup>146</sup>, zeigen sich auch beim Übergang von Einkommen in Höhe von 140% - 160% auf Einkommen von 160% - 180% des Medianeinkommens. Ob und in welchem Maße sich hier eventuell die Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge durch Beitragsbemessungsgrenzen in den Ergebnissen niederschlägt, muss im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie offen bleiben.

**Tabelle 34: Transfersalden in Prozent des Jahresbruttoeinkommens nach beruflicher Stellung (2001)**

Berufliche Stellung	Relative Transfersalden
Selbständige	-19,0 %
Beamte	-25,5 %
Angestellte	-31,8 %
Arbeiter	-21,9 %

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Betrachtet man die relativen Transfersalden für unterschiedliche Berufsgruppen, so fällt auf, dass der relative Beitrag der Angestellten zum sozialen Schutz mit einem Transfersaldo von -31,8% erheblich größer ausfällt als jener der Beamten (-25,5%) und der Arbeiter (-21,9%). Stellt man die relativen Transfersalden den durchschnittlichen Einkommenshöhen gegenüber, so könnten die Ergebnisse bei aller Vorsicht auf eine gewisse Privilegierung der Beamten gegenüber den Angestellten hindeuten, die über ein im Durchschnitt geringeres Einkommen verfügen. Bei der Interpretation des relativen Transfersaldos der Selbständigen, der mit -19% gerade auch vor dem Hintergrund des hohen durchschnittlichen Einkommens vom Betrag her recht gering ausfällt, ist Vorsicht angebracht. Einerseits könnte der Saldo auf beträchtliche Privilegien Selbständiger im Steuerrecht hindeuten. Andererseits ist jedoch zu vermuten, dass

<sup>146</sup> Vgl. hierzu auch Schäfer (2001) sowie Volkert/Waskow (2000).



die Salden systematisch zu Gunsten der Selbständigen, wie auch zugunsten der Beamten, verzerrt sind, da diese keine Pflicht-Sozialversicherungsbeiträge entrichten.

Die Verfügbarkeit hoher Einkommen und Vermögen, aber auch anderer Verwirklichungschancen hängt langfristig davon ab, inwieweit ein verlässlicher Schutz vor Kriminalität besteht. Die ab 2004 im SOEP erhobene Frage nach der Kriminalität im Wohngebiet ist ein erster Schritt, um den Schutz vor Kriminalität als Faktor in der Reichtumsmessung näher zu erfassen. Allerdings sollte dies auch durch Fragen zum Schutz vor Kriminalität in allen Lebensbereichen für die Reichtumsberichterstattung ergänzt werden.

### 8.3.5 Ökologischer Schutz

Für die Erfassung eines privilegierten Lebens in einer intakten Umwelt werden ab 2004 im SOEP Indikatoren zur Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung und Lärmbelästigung verfügbar sein.<sup>147</sup> Allerdings stellt sich unter diesem Aspekt konzeptionell weiterer Forschungsbedarf.<sup>148</sup>

## 8.4 Transparenzgarantien

Transparenzgarantien verweisen im Reichtumskontext darauf, dass die Verwirklichungschancen sehr unterschiedlich sind, je nachdem, wie weit beispielsweise Korruption und Steuerhinterziehung verbreitet sind und welche Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung für die einzelnen Bürger bestehen. Für nähere Aussagen hierzu würden beispielsweise Indikatoren zum Ausmaß der Steuerhinterziehung und zur Kapitalflucht ins Ausland benötigt. Das SOEP enthält jedoch weder direkte Angaben, noch lässt es – beispielsweise mittels Berechnung einer hypothetischen Steuerschuld, die mit der Steuersumme abgeglichen wird – indirekte Aussagen zu. Zumindest für die Korruption ist sehr fraglich, inwieweit sich überhaupt Angaben auf einer Mikrodatenbasis gewinnen lassen. Zwar nicht über die tatsächliche Steuerhinterziehung, aber über die Einstellung der Bürger zur Steuerhinterziehung und somit die Steuermoral können repräsentative Aussagen für Deutschland anhand des World Values Survey (WVS) gewonnen werden. Der WVS ist als international vergleichend angelegte Personenbefragung

---

<sup>147</sup> Ohne Zweifel stellen die Möglichkeiten, keine Luftverschmutzung zu empfinden oder nicht durch Lärm gestört zu werden, alleine noch keine hinreichenden Anhaltspunkte für ein sehr hohes Maß an Verwirklichungschancen dar. Dies dokumentiert einmal mehr die Notwendigkeit, Reichtumsindikatoren durch „UND“-Verknüpfungen zu verbinden und verlangt, wie oben erwähnt, weiteren Forschungsbedarf, um umfassendere und aussagefähigere Indikatoren für ein sehr hohes Maß an ökologischem Schutz zu erhalten.

Anfang der 80er Jahre entstanden und wird in einem mehrjährigen Rhythmus wiederholt. Das IAW Tübingen hat im Frühjahr 2005 im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen ein Forschungsvorhaben abgeschlossen, das sich unter anderem einer theoretischen und empirischen Analyse möglicher Bestimmungsgründe von Unterschieden in der Steuermoral der Bürger widmete.<sup>149</sup> Im Zentrum stand dabei zwar ein internationaler Vergleich der Rolle der institutionellen Rahmenbedingungen für die Steuerhinterziehung, jedoch wurden gleichzeitig auch sozio-demographische Charakteristika der Bürger ausgewertet. Dabei zeigte sich unter anderem, dass die Steuermoral der Bürger in Deutschland umso besser ausfiel, je älter die Befragten waren und je höher ihr Ausbildungsniveau ist. Frauen verfügten *ceteris paribus* über eine höhere Steuermoral als Männer. Eine Einkommensabhängigkeit der Steuermoral konnte zwar nicht für Deutschland, wohl aber in internationalen Analysen auf OECD-Ebene nachgewiesen werden: Je eher eine Person über ein im jeweiligen Land hohes Einkommensniveau verfügt, desto schlechter fiel die Steuermoral aus. Für eine Makrobeurteilung stehen die Analysen von Transparency International oder auch Schätzungen des Ausmaßes der Schattenwirtschaft in Deutschland und die daraus indirekt resultierenden Schätzungen des Ausmaßes der Steuerhinterziehung zur Verfügung.<sup>150</sup>

---

<sup>148</sup> Eine der wenigen Studien, die Reichtum und Umweltaspekte für Deutschland thematisieren ist bislang Lorek/Spangenberg (2001).

<sup>149</sup> Vgl. Körner/Strotmann (2005).

<sup>150</sup> Vgl. z.B. Hodess (2003) oder Schneider (2004).

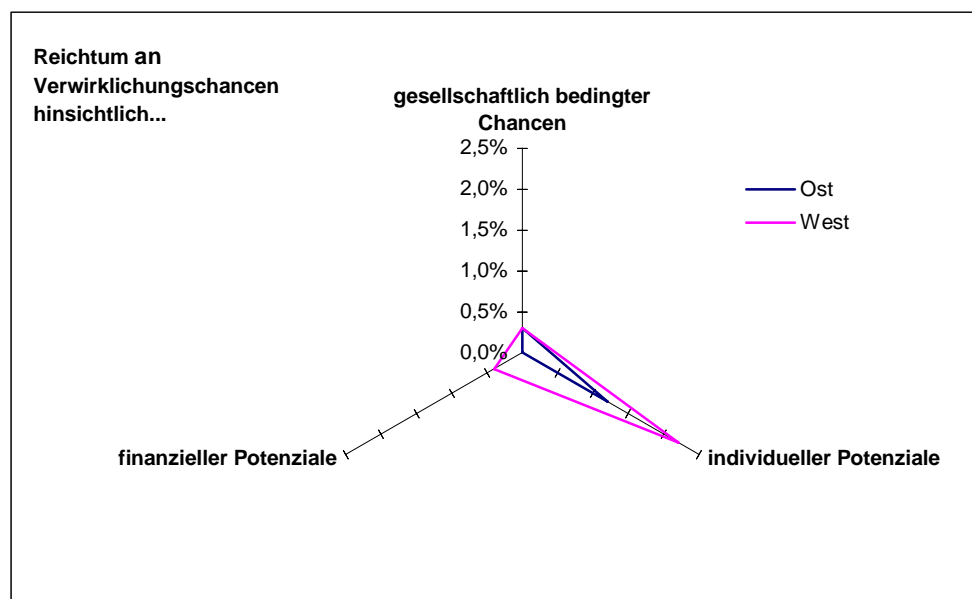
## 9 Ausmaß von Mehrfachprivilegierung und Zusammenhänge zwischen finanziellem und nichtfinanziellem Reichtum

### 9.1 Zusammenschau über die (aggregierte) Mehrfachprivilegierung nach sozio-demographischen Differenzierungskriterien

Der folgende Abschnitt stellt analog zur Vorgehensweise bei der mehrdimensionalen Armuts-messung einzelne sozio-demographische Gruppen nach dem Ausmaß ihrer Privilegierung hinsichtlich verschiedener Dimensionen der Verwirklichungschancen dar. Diese Betrachtungsweise muß auch hier von der Betrachtung der Mehrfachprivilegierungen von Individuen abgegrenzt werden. Diese wird in Abschnitt 9.2 thematisiert.

Abbildung 35 vergleicht zunächst die Situation der in Ostdeutschland lebenden Menschen mit jener der Westdeutschen.<sup>151</sup>

**Abbildung 35: Reichtum an Verwirklichungschancen hinsichtlich finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, Ost- und Westdeutschland**

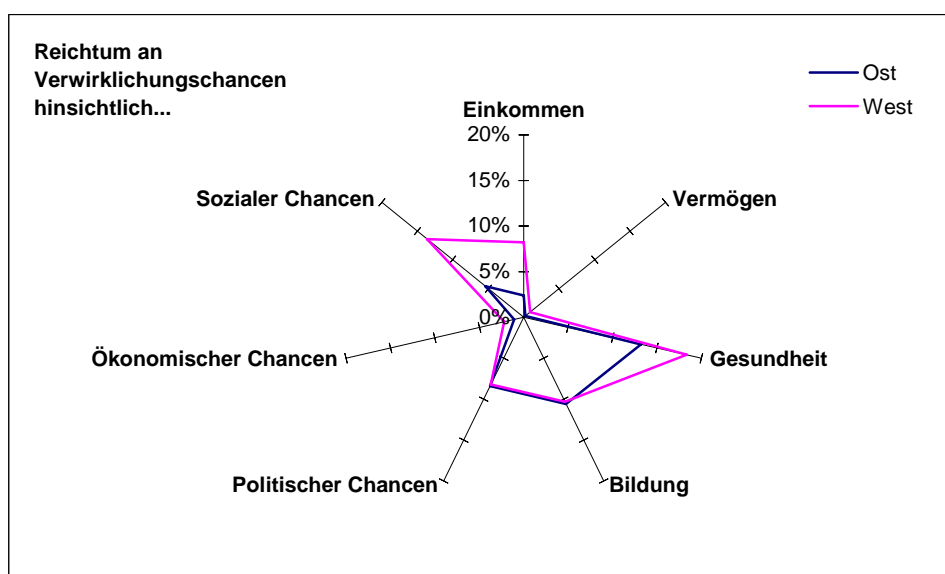


Dabei wird deutlich, dass Personen in Ostdeutschland insbesondere in finanzieller Hinsicht, aber auch mit Blick auf die nichtfinanziellen, individuellen Potenziale erheblich seltener als privilegiert bezeichnet werden können als Personen in Westdeutschland. Der Vorteil Westdeutscher im Rahmen ihrer finanziellen Ressourcen basiert weniger auf einem Vorteil beim

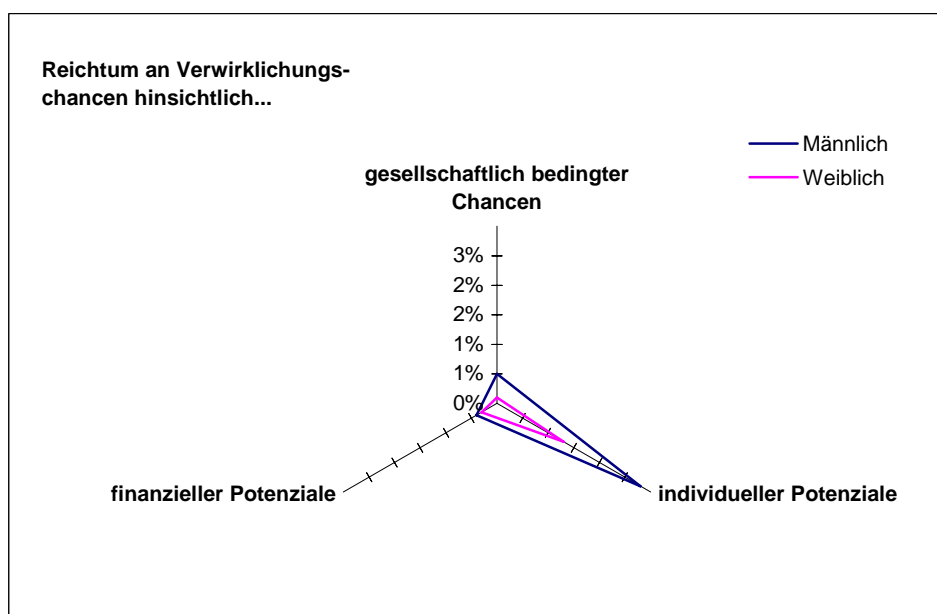
<sup>151</sup> Auf die Darstellung der Dimension „Keine Schwerbehinderung“ wurde verzichtet, da die Mehrzahl der Personen nicht behindert ist und die Einbeziehung dieser Dimension die Lesbarkeit der Schaubilder erheblich verschlechtern würde.

Vermögensreichtum als vielmehr auf einem Vorsprung beim Anteil einkommensreicher Personen (vgl. Abbildung 36). In der Kategorie der nichtfinanziellen Potenziale bestehen bei aggregierter Betrachtung kaum Unterschiede bei der Bildung, doch ist der Anteil der Personen, die gesundheitlich über ein hohes Maß an Verwirklichungschancen verfügen im Westen höher als im Osten.

**Abbildung 36: Reichtum an Verwirklichungschancen hinsichtlich der einzelnen Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, Ost- und Westdeutschland**

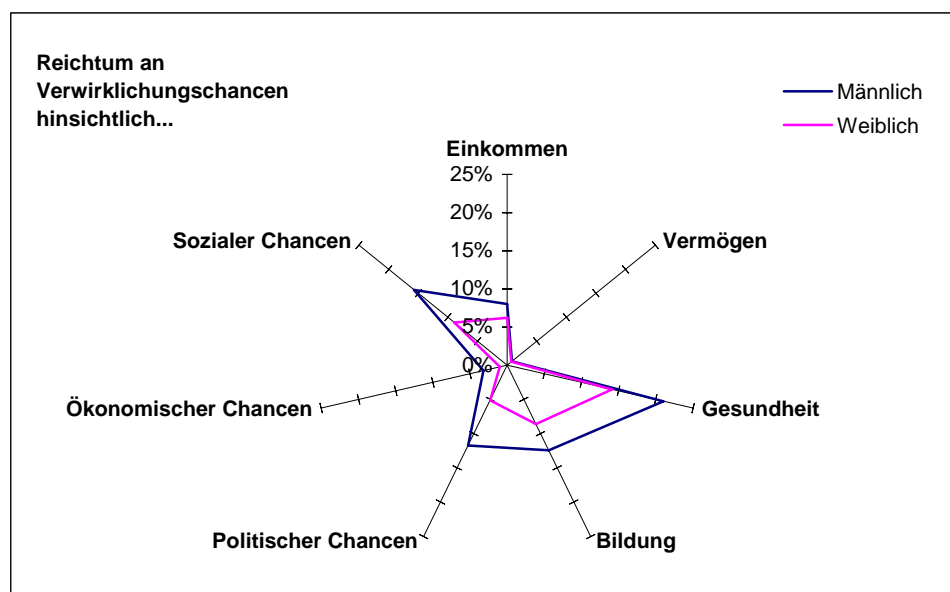


**Abbildung 37: Reichtum an Verwirklichungschancen hinsichtlich finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, Männer und Frauen**



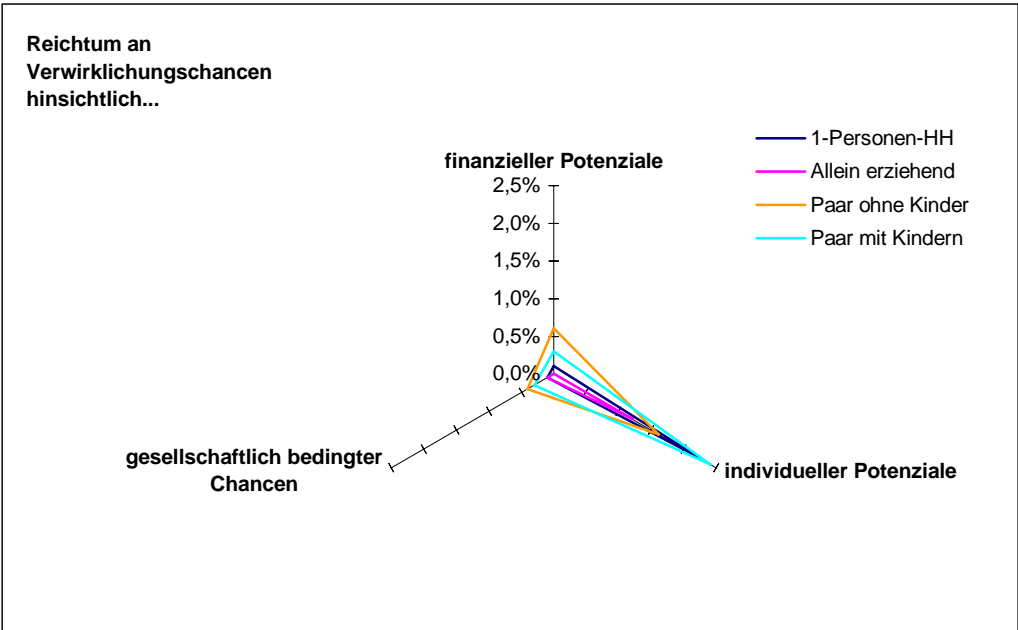
Die bei der Armutsmessung gefundene besondere Belastung von Frauen hinsichtlich sämtlicher Armutsdimensionen spiegelt sich bei der Betrachtung der Privilegierung wider: Hinsichtlich sämtlicher Subindikatoren ist der Anteil der Männer, die über ein hohes Maß an Verwirklichungschancen verfügen erheblich größer als der entsprechende Anteil der Frauen. Die Unterschiede sind dabei – nicht zuletzt auch durch das Konzept des Haushaltsäquivalenzeinkommens – bei den finanziellen Potenzialen geringer als bei den nichtfinanziellen Potenzialen und den gesellschaftlich bedingten Chancen.

**Abbildung 38: Reichtum an Verwirklichungschancen hinsichtlich der Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, Männer und Frauen**

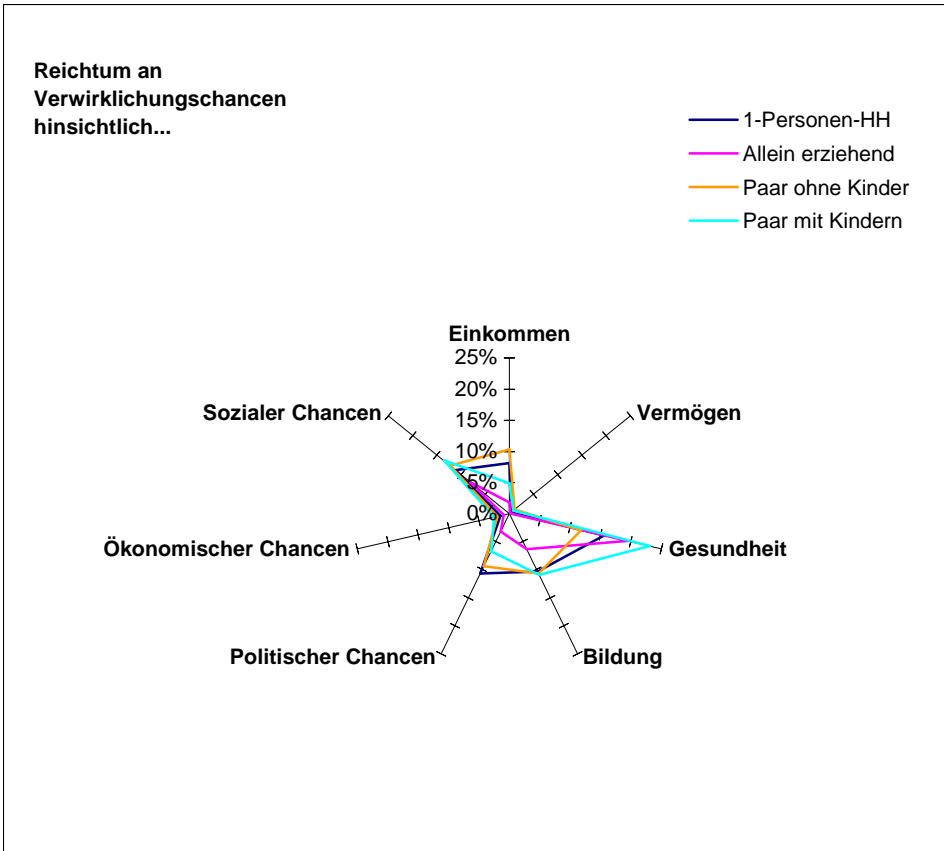


Die Disaggregation nach Haushaltstypen ergibt, dass insbesondere Alleinerziehende hinsichtlich sämtlicher aggregierter Dimensionen – d. h. in finanzieller, individueller oder gesellschaftlicher Hinsicht - tendenziell über einen unterdurchschnittlichen Reichtum an Verwirklichungschancen verfügen. Paare dagegen schneiden überdurchschnittlich ab, unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht.

**Abbildung 39:** Reichtum an Verwirklichungschancen hinsichtlich finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, Alleinerziehende und Paare mit Kindern

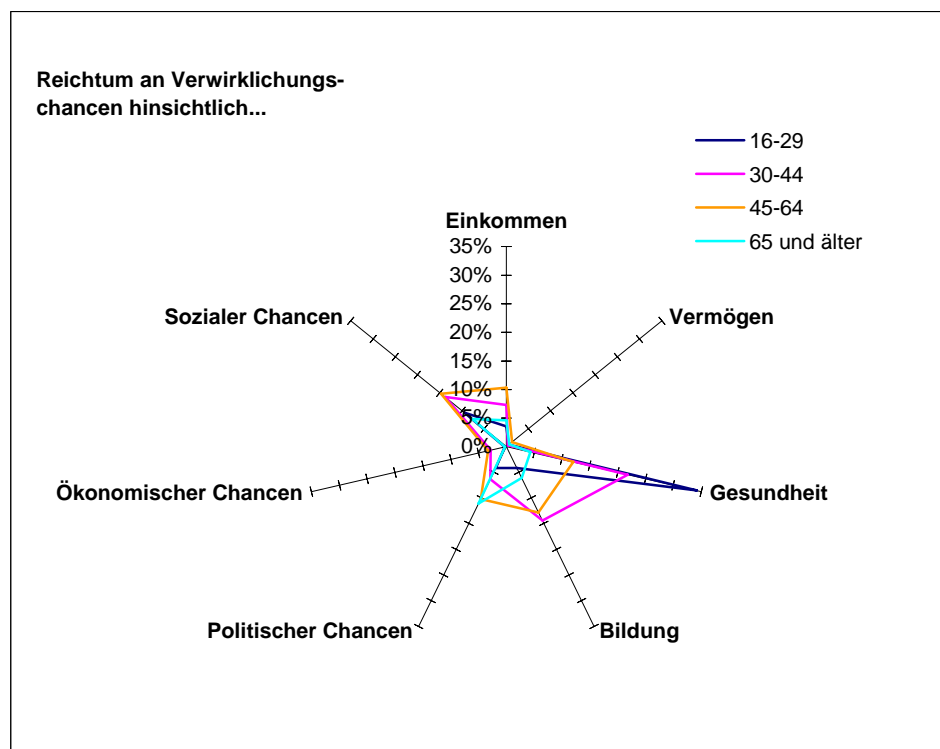


**Abbildung 40:** Reichtum an Verwirklichungschancen hinsichtlich der Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, Alleinerziehende, Paare mit Kindern

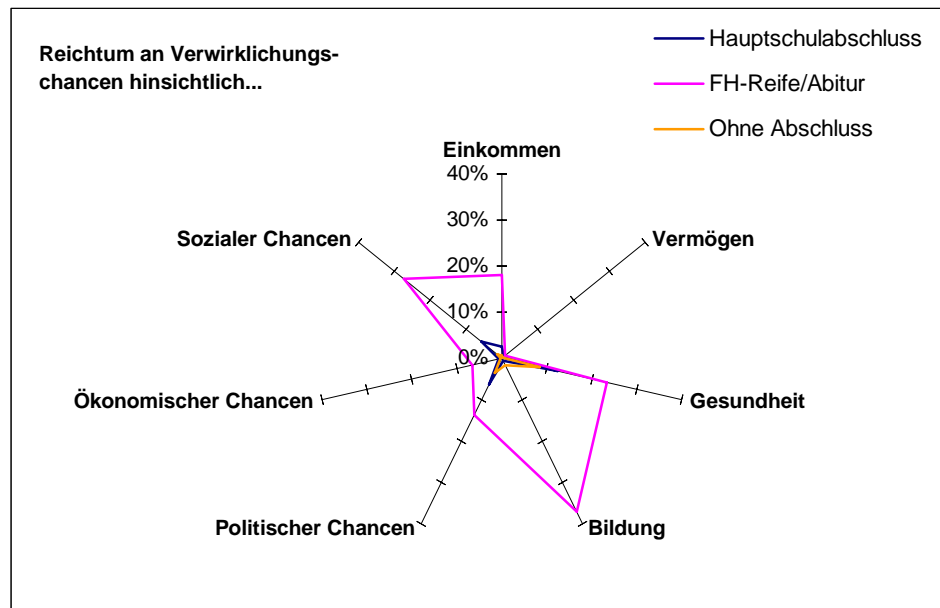


Eine Betrachtung verschiedener Altersgruppen zeigt, dass jüngere Personen im Alter von 16 bis 29 Jahren nur bei der Dimension der Gesundheit überdurchschnittlich häufig ein hohes Maß an Verwirklichungschancen aufweisen. Personen im Alter von 30 bis 64 Jahren sind dagegen besonders häufig einkommensreich und verfügen hinsichtlich ihrer sozialen Chancen sowie der Bildungsdimension über vergleichsweise hohe Verwirklichungschancen. Rentner liegen zwar bei den Verwirklichungschancen im politischen Bereich an der Spitze, rangieren jedoch nicht nur bei der Gesundheit, sondern auch bei den weiteren Dimensionen häufig deutlich hinter den berufstätigen Altersgruppen.

**Abbildung 41: Reichtum an Verwirklichungschancen hinsichtlich der Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, nach Alter**



**Abbildung 42: Reichtum an Verwirklichungschancen hinsichtlich der Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, nach Bildungsniveau**



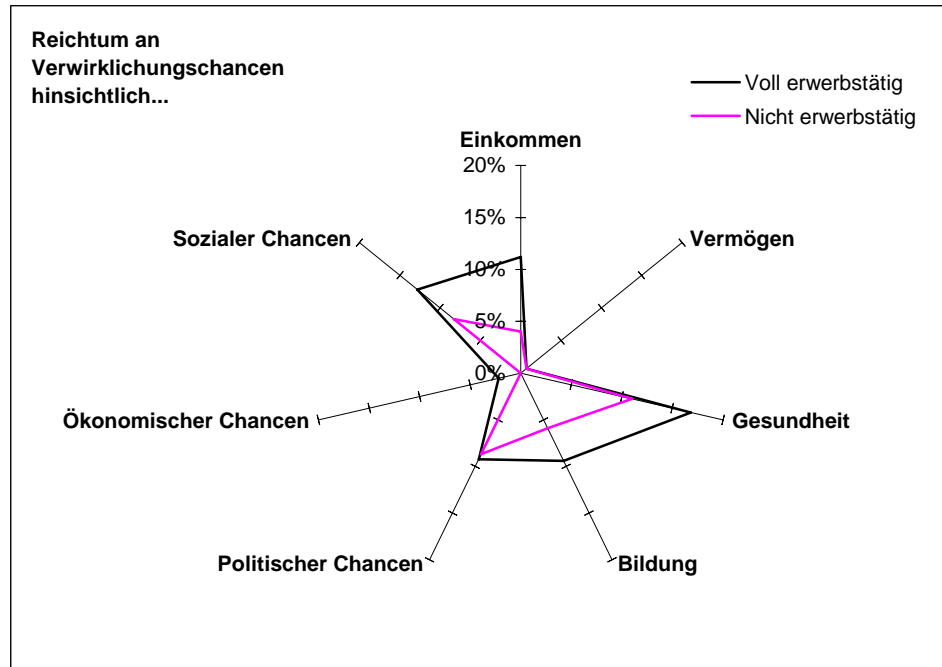
Bei der Analyse der Mehrfachprivilegierung bestätigt sich – wie auch bei deren Pendant der Mehrfachdeprivation in der Armutsmessung – die ganz besondere Rolle der Bildung. Abbildung 42 zeigt auf sehr deutliche Art und Weise, dass Personen mit Fachhochschulreife und Abitur bei ausnahmslos allen Dimensionen, nicht nur beim Einkommen und beim Vermögen, sehr viel häufiger ein hohes Maß an Verwirklichungschancen aufweisen als Personen mit Haupt- oder Realschulabschluss.

Zieht man den Umfang der Arbeitsmarktbeteiligung als Disaggregationskriterium heran, so lässt sich feststellen, dass Personen ohne Arbeitsmarktaktivität nicht nur hinsichtlich der finanziellen Ressourcen, sondern auch hinsichtlich aller anderen Dimensionen - mit Ausnahme der politischen Chancen<sup>152</sup> - erheblich seltener zu den Privilegierten zählen als voll erwerbstätige Personen.

<sup>152</sup> Der hohe Anteil der Personen mit hohem politischen Interesse unter den nicht Erwerbstätigen dürfte zu einem beträchtlichen Teil auf Rentner zurückzuführen sein. (Vgl. dazu auch Tabelle 32).

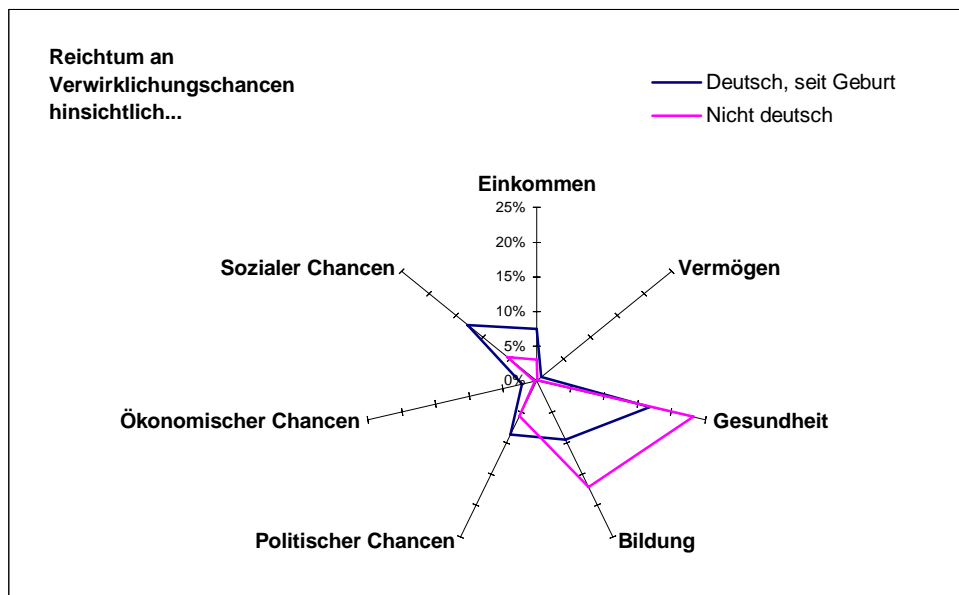


**Abbildung 43: Reichtum an Verwirklichungschancen hinsichtlich der Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, nach Erwerbsstatus**



Abschließend ist der auch der Vergleich hinsichtlich des Reichtums an Verwirklichungschancen nach Staatsangehörigkeit von Interesse. Während deutsche Staatsbürger beim Einkommens- und Vermögensreichtum und den instrumentellen Freiheiten im Vergleich zu ihren ausländischen Mitbürgern eindeutig häufiger als reich eingestuft werden, übersteigt der Anteil der Ausländer, die hinsichtlich der Gesundheit und Bildung besser abschneiden, jedoch den der Deutschen. Im Fall der Gesundheit ist das Ergebnis bei den Ausländern insbesondere auf deren Beurteilung bezüglich ihrer Einschränkungen im Alltag durch den Gesundheitszustand zurückzuführen (vgl. Abschnitt 8.2.1, Tabelle 29). Das Ergebnis dürfte jedoch zum Teil auch von einem Altersstruktureffekt getrieben sein, da das Durchschnittsalter der ausländischen Teilbevölkerung mit 34 Jahren ganze 8 Jahre unter dem der deutschen Bevölkerung liegt. Im Bereich der Bildung könnte die höhere Privilegierung der Ausländer teilweise darauf basieren, dass gerade auch höher qualifizierte Menschen aus dem Ausland in Deutschland nach attraktiven Arbeits- und Lebenschancen suchen. Diese ersten Ergebnisse zu den Bestimmungsgrößen für Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen lassen demzufolge eine gewisse Polarisierung zwischen gering qualifizierten Ausländerinnen und Ausländern einerseits und einer bemerkenswerten Zahl von hoch qualifizierten Ausländern andererseits erkennen.

**Abbildung 44: Reichtum an Verwirklichungschancen hinsichtlich der Subindikatoren finanzieller und nichtfinanzieller Potenziale sowie gesellschaftlich bedingter Chancen, nach Nationalität**



## 9.2 Zusammenhänge zwischen finanziellem und nichtfinanziellem Reichtum an Verwirklichungschancen und Mehrfachprivilegierung auf individueller Ebene

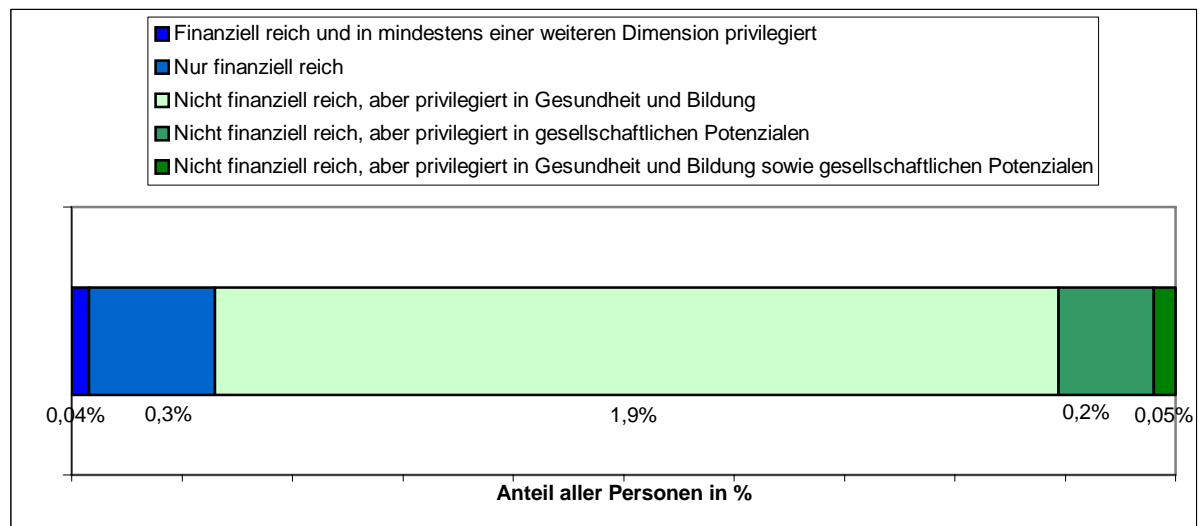
Auf den ersten Blick wird der Begriff „Reichtum“ in der Gesellschaft, aber auch in der Wissenschaft häufig unmittelbar mit einem hohen Maß an Einkommens- und/oder Vermögensreichtum verbunden. Unbestritten ist, dass ein hohes Einkommen und ein hohes Vermögen in vielen Lebenslagen besonders wichtig sind, um im Einklang mit den eigenen Lebenszielen leben zu können. Die besondere Bedeutung des finanziellen Reichtums darf jedoch nicht verdecken, dass ein ausschließlich auf einem finanziellen Konzept basierender Reichtumsbegriff wesentliche Unterschiede in der Gruppe der als reich angesehenen Personen außer Acht lassen könnte. Das in dieser Machbarkeitsstudie verwendete weite Konzept der Reichtumsmessung berücksichtigt daher neben den finanziellen Potenzialen der Menschen auch deren nichtfinanzielle Potenziale (insbesondere Gesundheit und Bildung) und gesellschaftlich bedingte Chancen.

In diesem Abschnitt wird untersucht, ob und in welchem Maße auf der individuellen Ebene Zusammenhänge zwischen finanziellem Reichtum und einem hohem Maße an Verwirklichungschancen hinsichtlich anderer Dimensionen bestehen. Dies erlaubt Antworten auf die Frage, in welchem Maße finanziell reiche Personen auch in ihren individuellen Potenzialen und ihren gesellschaftlich bedingten Chancen als privilegiert eingestuft werden können. Im

Rahmen dieser Machbarkeitsstudie kann lediglich angedeutet werden, welche Einsichten die mehrdimensionale Reichtumsbetrachtung liefern kann.<sup>153</sup>

Die Analysen in Kapitel 8 haben gezeigt, dass rund 0,3% der Personen in Deutschland in dem Sinne als finanziell reich eingestuft werden können, als ihr Nettoäquivalenzeinkommen mehr als 200% des Medianeinkommens beträgt und gleichzeitig ihr Vermögenseinkommen mindestens 200% des Medianeinkommens erreicht. Interessanterweise ergeben die Auswertungen, dass die überwiegende Zahl der finanziell reichen Personen nur in dieser Dimension, nicht jedoch gleichzeitig hinsichtlich der individuellen Potenziale, d.h. einer ausgesprochen guten Gesundheit und Bildung, und der gesellschaftlich bedingten Chancen privilegiert sind.

**Abbildung 45: Finanzieller Reichtum (gleichzeitiger Einkommens- und Vermögensreichtum) und nichtfinanzielle Aspekte des Reichtums an Verwirklichungschancen, Anteile an Personen in Prozent**



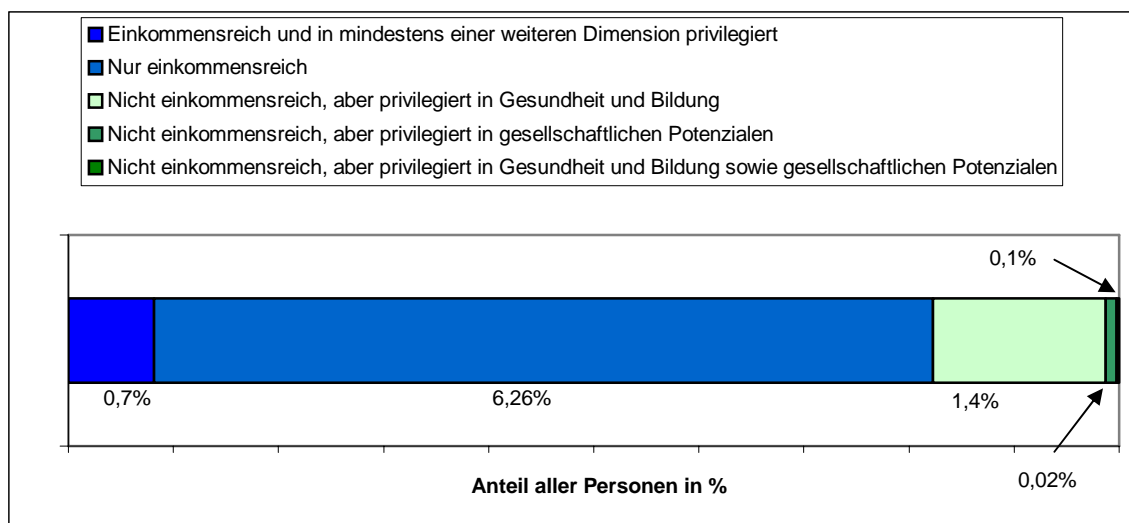
Nur knapp eine von zehn finanziell reichen Personen verfügte gleichzeitig in mindestens einer weiteren Dimension über ein besonders hohes Maß an Verwirklichungschancen. Eine Privilegierung in sämtlichen drei Dimensionen, d. h. in der finanziellen, der nichtfinanziellen und der gesellschaftlichen Dimension, kommt im Datensatz praktisch nicht vor. Die „Erweiterung“ des Reichtumsbegriffes auf nicht-finanzielle Aspekte der Verwirklichungschancen führt zu dem Ergebnis, dass weitere knapp 2,2% der Personen zwar nicht finanziell reich sind, jedoch über

<sup>153</sup> Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass insbesondere durch ergänzende Differenzierungen im Bereich der Reichtungsmessung mit dem SOEP Fallzahlprobleme auftreten, so dass die Ergebnisse mit größeren statistischen Unsicherheiten behaftet sind. Da zum Zeitpunkt der Durchführung der Berechnungen nur vorläufige Hochrechnungsfaktoren für die Hocheinkommensstichprobe G vorlagen, wurden die folgenden Ergebnisse ohne deren Einbeziehung ermittelt. Insofern lassen sich aus den Ergebnissen wichtige und auch repräsentative Tendenzaussagen über mögliche Zusammenhänge zwischen finanziellem und nichtfinanziellem Reichtum der Bürger in Deutschland ableiten, eine ergänzende Differenzierung der Ergebnisse nach sozio-demographischen Faktoren ist jedoch nur bedingt möglich.

eine besonders gute Gesundheit und Bildung verfügen oder/und in ihren gesellschaftlich bedingten Chancen privilegiert sind. Davon verfügt die überwiegende Mehrzahl der Personen (1,9%) ausschließlich aufgrund von Bildung und Gesundheit über ein hohes Maß an Verwirklichungschancen, während der Anteil der Personen, die nur in gesellschaftlicher Hinsicht privilegiert sind, mit 0,2% erheblich geringer ist.

Betrachtet man alternativ als Gruppe der reichen Personen nicht diejenigen Personen, die sowohl einkommens- als auch vermögensreich sind, sondern die größere Gesamtheit aller einkommensreichen Personen, so steigt zwar definitionsgemäß der Anteil der finanziell Reichen auf 6,26 % an, doch ändern sich die entsprechenden Relationen innerhalb der Gruppen privilegierter Personen kaum. Weiterhin verfügt die überwiegende Mehrzahl der einkommensreichen Personen nicht gleichzeitig über hohe Verwirklichungschancen hinsichtlich der Gesundheit und Bildung bzw. gesellschaftlich bedingter Chancen.

**Abbildung 46: Einkommensreichtum und nichtfinanzielle Aspekte des Reichtums an Verwirklichungschancen, Anteile an Personen in Prozent**



Aus den obigen Ergebnissen kann man folgern, dass finanzieller Reichtum – unabhängig davon, ob in der engen Definition als Einkommens- und Vermögensreichtum oder in der Definition als Einkommensreichtum – keineswegs automatisch mit einer Privilegierung in den anderen Dimensionen einhergeht. Allerdings zeigt im Weiteren der direkte Vergleich der Gruppe finanziell reicher Personen mit entsprechenden Personen, die nicht als finanziell reich eingestuft werden können, dass finanzieller Reichtum dennoch hinsichtlich praktisch sämtlicher Dimensionen mit einer überdurchschnittlichen Privilegierung einhergeht, so dass hier durchaus Korrelationen bestehen.

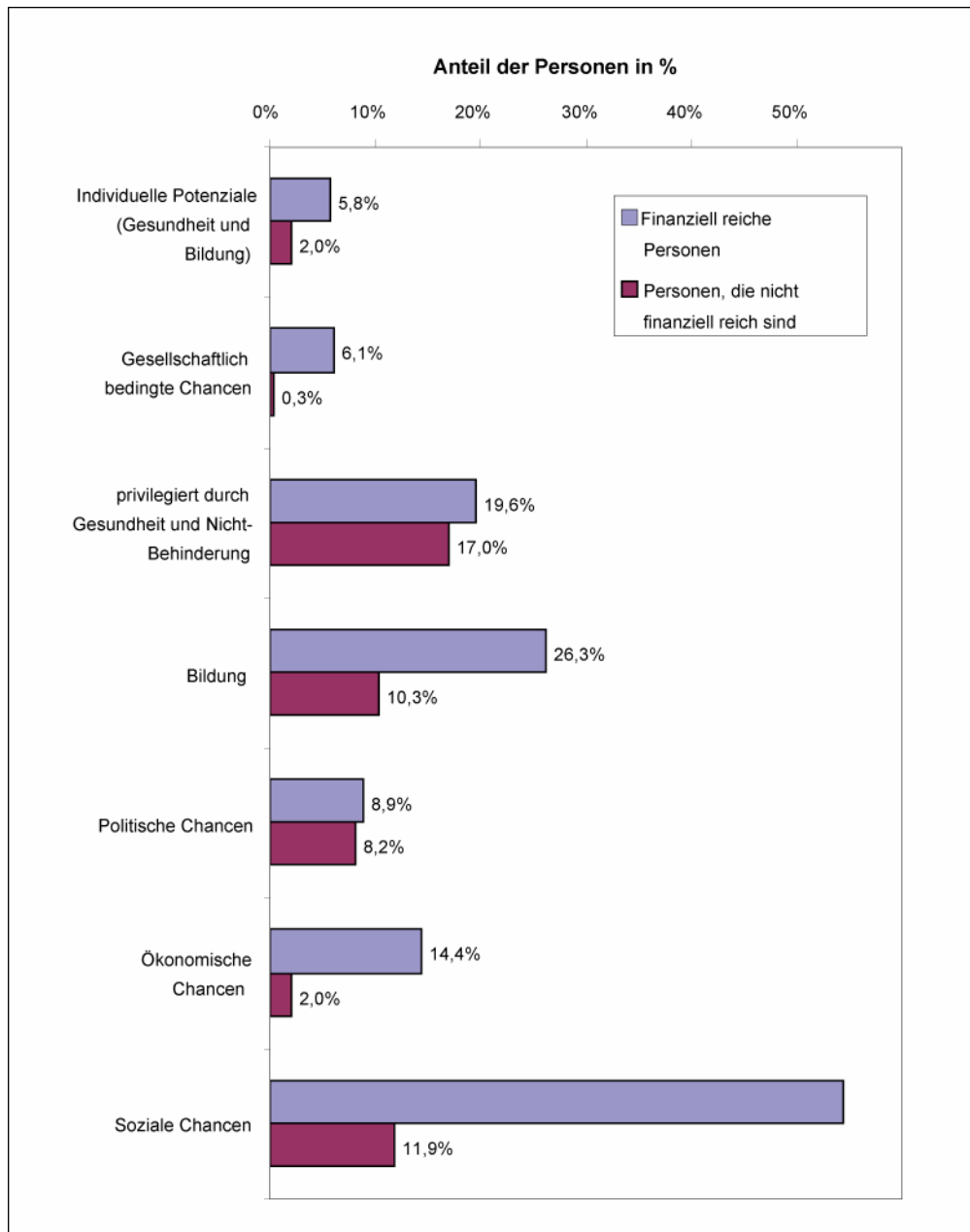
So sind 5,8% der finanziell reichen Personen, aber nur 2% der Personen, die nicht einkommens- und vermögensreich sind, gleichzeitig privilegiert hinsichtlich Gesundheit und Bildung. Der Vorsprung der finanziell Reichen hinsichtlich der Verwirklichungschancen ist dabei bei der Bildung erheblich größer als bei der Gesundheit. Während unter den finanziell Reichen rund 26,3% über einen Universitätsabschluss verfügen und somit nach der hier gewählten Definition „bildungsreich“ sind, sind dies bei Personen, die nicht finanziell reich sind, nur gut 10%. Bei alternativer Betrachtung der Einkommensreichen, deren Nettoäquivalenzeinkommen mindestens 200% des Medianeinkommens beträgt, ist der entsprechende Vorsprung noch größer (33,7% gegenüber 8,4%). Die Richtung der Kausalität ist hier jedoch zumindest unklar. Zum einen spricht vieles dafür, dass Personen mit einem höheren Bildungsabschluss später auch ein höheres Einkommen erzielen und somit Bildung den finanziellen Reichtum erklärt. Gleichzeitig ist jedoch nicht zuletzt auch aus den PISA-Studien bekannt, dass vor allem Kinder aus Familien mit hohem Einkommen und Vermögen einen besseren Zugang zum Bildungssystem haben, so dass auch denkbar ist, dass die bessere finanzielle Ausstattung der Eltern bereits früher zum Vorteil der heute Reichen den Zugang zum Bildungssystem geprägt hat. Dies kann untersucht werden, wenn man für die Personen im SOEP auch jeweils ermittelt, aus welchen familiären Verhältnissen sie stammen.

Der Unterschied zwischen den finanziell reichen Personen und den Personen ohne finanziellen Reichtum fällt bei den gesundheitlich bedingt hohen Verwirklichungschancen erheblich geringer aus, obwohl auch hier der Anteil der Personen mit in dieser Hinsicht besonders hohen Verwirklichungschancen ebenfalls unter den finanziell Reichen mit 19,6% größer ist als unter den in finanzieller Hinsicht nicht reichen Personen (17%).<sup>154</sup>

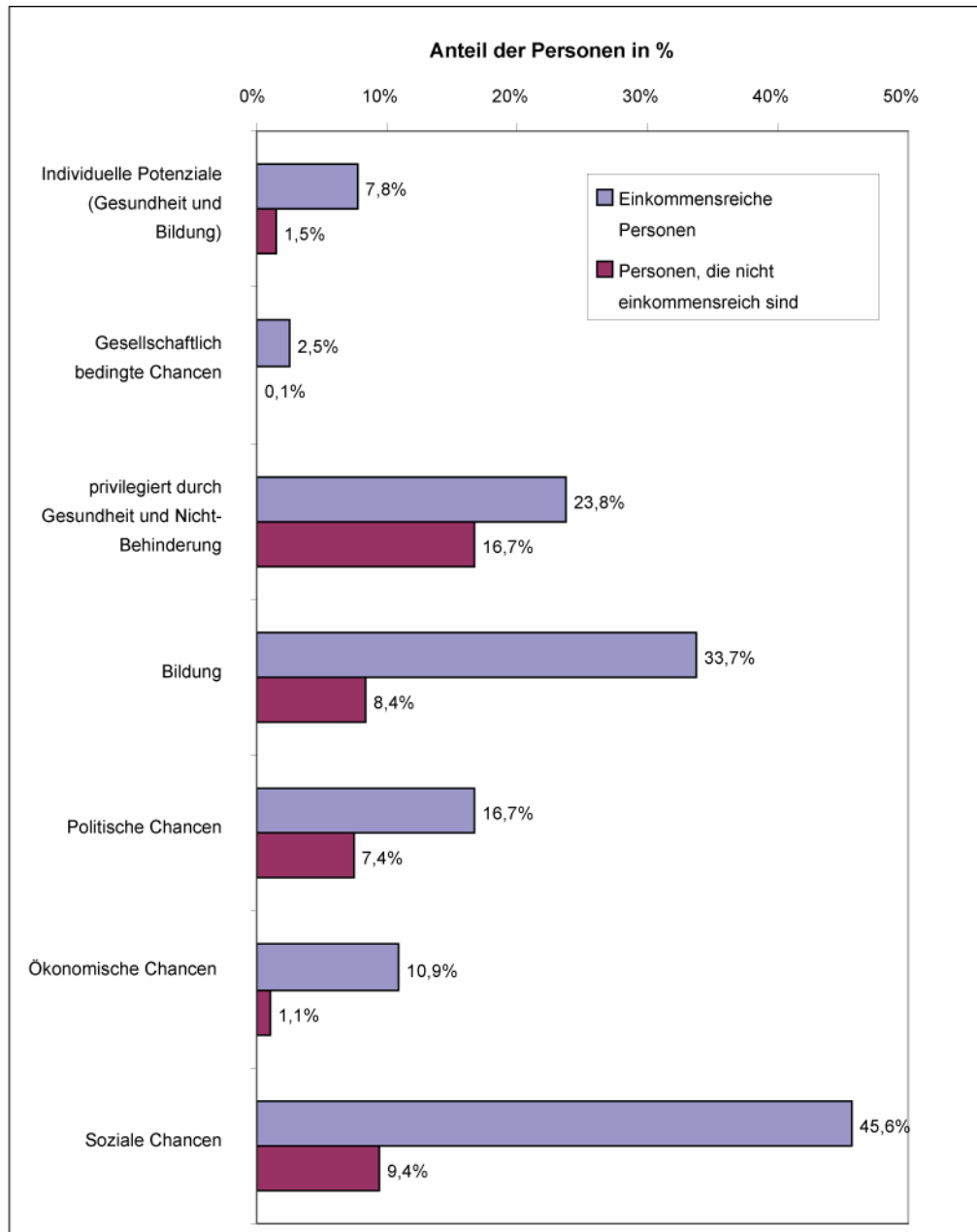
---

<sup>154</sup> Ein Grund hierfür dürfte in den höheren Anteilen finanziell Reicher unter Älteren mit tendenziell weniger guter Gesundheit liegen.

**Abbildung 47: Unterschiede hinsichtlich des Reichtums an nichtfinanziellen Verwirklichungschancen zwischen Personen mit finanziellem Reichtum (einkommens- und vermögensreich) und Personen, die nicht finanziell reich sind**



**Abbildung 48: Unterschiede hinsichtlich des Reichtums an nichtfinanziellen Verwirklichungschancen zwischen einkommensstarken Personen (> 200 % des Medianeinkommens) und Personen, die nicht einkommensreich sind**



Auch bei den gesellschaftlich bedingten Chancen ergeben die Analysen Zusammenhänge zwischen Reichtum an finanziellen Potenzialen und hohen Verwirklichungschancen in gesellschaftlicher Hinsicht. Am geringsten fällt die Korrelation – legt man den strengen finanziellen Reichtumsbegriff des Einkommens- und Vermögensreichtums an – bei den politischen Chancen aus, die hier mit dem SOEP allerdings nur anhand des nach Auskunft der Befragten sehr hohen politischen Interesse gemessen werden kann. Detailliertere Einsichten in mögliche Zusammenhänge zwischen finanziellem Ressourcenreichtum und hohen Verwirklichungs-

chancen hinsichtlich der politischen Partizipation liefert Kapitel 11, in dem mit Hilfe des ALLBUS deutlich differenzierter verschiedene Aspekte der politischen Partizipation und deren Zusammenhang mit dem Ressourcenreichtum beleuchtet werden.

Unter den finanziell reichen Personen verfügen gut 14% und somit ungefähr jeder Siebte über eine hohe berufliche Autonomie des Handelns in dem Sinne, dass sie leitend oder als freiberufliche Akademiker tätig sind. Dagegen sind dies unter nicht finanziell reichen Personen nur 1,1%.

Abschließend wird der Vorgehensweise bei der Armutsmessung folgend noch im Rahmen einfacher Maximum-Likelihood-Probitschätzungen untersucht, inwieweit sozio-demographische Charakteristika für die verschiedenen Aspekte von Reichtum als hohem Maß an Verwirklichungschancen relevant sind. Dazu wird die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person reich an Verwirklichungschancen ist, in Abhängigkeit einer Linearkombination von möglichen Einflussgrößen modelliert. Die Standardfehler wurden dabei robust geschätzt. Tabelle 35 enthält die Ergebnisse dieser Probit-Schätzungen sowohl für die Einzelindikatoren der Verwirklichungschancen als auch für die aggregierten Dimensionen. Aufgrund der häufig sehr geringen Anteile reicher Personen bei den verschiedenen Dimensionen sind die Schätzungen teilweise nicht unproblematisch, so dass die Ergebnisse nur Tendenzaussagen erlauben. Ausgewählt sei auf einige Ergebnisse der Modellschätzungen verwiesen:

- Ceteris paribus verfügen Menschen in *Ostdeutschland* über eine um 8 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, einkommensreich zu sein, als vergleichbare Personen in Westdeutschland. Der relative Vorteil der Bürger in Westdeutschland ist auch für die Mehrzahl der anderen Dimensionen der Verwirklichungschancen statistisch signifikant. Einzige Ausnahme ist der Bereich der Bildung, in dem die Wahrscheinlichkeit einer zufällig ausgewählten Person, bildungsreich zu sein, unter sonst vergleichbaren Bedingungen um knapp 4 Prozentpunkte höher ausfällt als im Westen.
- Die Probit-Schätzungen bestätigen auch bei der Betrachtung des Reichtums an Verwirklichungschancen die besondere Rolle der *Bildung* für sämtliche Dimensionen der Verwirklichungschancen. Personen mit Abitur oder Fachhochschulreife haben nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch bei der Gesundheit und den gesellschaftlich bedingten Chancen jeweils eine statistisch signifikant höhere Wahrscheinlichkeit zu den jeweils privilegierten Personen zu gehören.
- *Ausländer* verfügen gegenüber Deutschen über eine um 2,2 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, einkommensreich zu sein, während beim Vermögensreichtum ceteris paribus keine Unterschiede bestehen. Bei den individuellen Potenzialen sind dagegen die



marginalen Effekte bei den Ausländern sowohl bei der Gesundheit als auch der Bildung um 3,5 Prozentpunkte bzw. 4,6 Prozentpunkte höher als bei den Deutschen.<sup>155</sup> Könnte man hier – langfristig, d.h. nicht für diese Überarbeitung für die Altersstruktur kontrollieren (siehe Fußnote).

---

<sup>155</sup> Wie bereits in Abschnitt 9.1 erläutert, ist im Fall der Gesundheit das Ergebnis bei den Ausländern insbesondere auf die Beurteilung der Einschränkungen im Alltag durch den Gesundheitszustand und den Altersstruktureffekt zurückzuführen. Im Bereich der Bildung müsste bei der Interpretation unter anderem überprüft werden, ob die höhere Privilegierung der Ausländer teilweise auch darauf basiert, dass gerade auch höher qualifizierte Menschen aus dem Ausland in Deutschland nach attraktiven Arbeits- und Lebenschancen suchen.

**Tabelle 35: Determinanten des Reichtums an individuellen Verwirklichungschancen. Ergebnisse von Maximum-Likelihood-Probitschätzungen mit robusten Standardfehlern, P-Werte in Klammern**

	Einkommens-reichtum	Vermögens-reichtum	Gesundheit	Bildung	Politische Chancen	Ökonomische Chancen	Soziale Chancen
Ostdeutschland	-0.079 (0.000)***	-0.007 (0.000)***	-0.063 (0.000)***	0.038 (0.000)***	-0.018 (0.000)***	-0.023 (0.000)***	-0.066 (0.000)***
Ein-Personen-Haushalt (Referenz: Sonstige HH)	0.011 (0.476)	-0.003 (0.292)	0.043 (0.021)**	0.003 (0.741)	0.002 (0.856)	-0.030 (0.017)**	-0.008 (0.575)
Allein erziehend	-0.041 (0.007)***	-0.005 (0.146)	0.028 (0.188)	-0.001 (0.963)	-0.023 (0.113)	-0.032 (0.018)**	-0.024 (0.125)
Paar ohne Kindern	0.097 (0.000)***	0.003 (0.317)	0.037 (0.027)**	0.014 (0.126)	0.008 (0.499)	-0.013 (0.348)	0.016 (0.241)
Paar mit Kindern	-0.011 (0.454)	0.000 (0.934)	0.052 (0.002)***	0.010 (0.274)	0.005 (0.671)	-0.005 (0.717)	0.009 (0.526)
Altersklasse 30-44 Jahre (Referenz: 16 – 29 Jahre)	0.063 (0.000)***	-0.001 (0.685)	-0.061 (0.000)***	0.089 (0.000)***	0.046 (0.000)***	0.072 (0.000)***	0.052 (0.000)***
Altersklasse 45-64 Jahre	0.134 (0.000)***	0.008 (0.001)***	-0.121 (0.000)***	0.122 (0.000)***	0.111 (0.000)***	0.139 (0.000)***	0.075 (0.000)***
Altersklasse 65 Jahre und älter	0.134 (0.000)***	0.007 (0.034)**	-0.126 (0.000)***	0.178 (0.000)***	0.150 (0.000)***	0.351 (0.000)***	0.057 (0.000)***
Hauptschule (Referenz: FH-Reife/Abi)	-0.138 (0.000)***	-0.009 (0.000)***	-0.054 (0.000)***	-0.203 (0.000)***	-0.092 (0.000)***	-0.050 (0.000)***	-0.123 (0.000)***
Mittlere Reife	-0.071 (0.000)***	-0.003 (0.006)***	-0.036 (0.000)***	-0.140 (0.000)***	-0.056 (0.000)***	-0.048 (0.000)***	-0.067 (0.000)***
Anderer (Ausl.)	-0.069 (0.000)***	-0.004 (0.013)**	-0.028 (0.033)**	-0.041 (0.000)***	-0.060 (0.000)***	-0.036 (0.000)***	-0.068 (0.000)***
Noch kein Abschluss	0.080 (0.053)*	0.010 (0.278)	-0.031 (0.373)		0.024 (0.526)		0.190 (0.000)***
Ohne Abschluss verlassen	-0.074 (0.000)***	-0.005 (0.028)**	-0.105 (0.000)***	-0.052 (0.000)***	-0.070 (0.000)***	-0.044 (0.034)**	-0.079 (0.000)***
In Teilzeitbesch. (Ref.: Vollzeitbeschäftigt)	-0.011 (0.046)**	0.002 (0.215)	-0.044 (0.000)***	-0.011 (0.009)***	-0.051 (0.000)***	-0.046 (0.000)***	-0.051 (0.000)***
Sonstiger Erwerbsstatus	-0.026 (0.005)***	0.000 (0.844)	-0.053 (0.000)***	-0.023 (0.000)***	-0.022 (0.030)**	-0.049 (0.000)***	-0.007 (0.504)
Nicht erwerbstätig	-0.078 (0.000)***	-0.000 (0.934)	-0.107 (0.012)**	-0.050 (0.005)***	-0.018 (0.551)		0.012 (0.683)
Beamte (Ref.: Selbständige)	-0.035 (0.000)***	-0.007 (0.000)***	-0.023 (0.067)*	0.058 (0.000)***	0.000 (0.984)	0.133 (0.000)***	0.227 (0.000)***
Angestellte	-0.056 (0.000)***	-0.010 (0.000)***	-0.012 (0.202)	-0.020 (0.000)***	-0.041 (0.000)***	-0.010 (0.117)	-0.148 (0.000)***
Arbeiter	-0.102 (0.000)***	-0.009 (0.000)***	-0.023 (0.025)**	-0.040 (0.000)***	-0.045 (0.000)***		-0.141 (0.000)***
Rentner	-0.051 (0.021)**	-0.007 (0.096)*	-0.028 (0.528)	0.001 (0.957)	-0.026 (0.375)		-0.125 (0.000)***
Arbeitslose	-0.054 (0.006)***	-0.007 (0.022)**	0.056 (0.285)	0.004 (0.856)	-0.031 (0.262)		-0.101 (0.000)***
Deutsch, aber 2. (Ref.: Deutsch)	-0.022 (0.041)**	-0.001 (0.777)	-0.021 (0.136)	0.087 (0.000)***	-0.017 (0.145)	-0.027 (0.051)*	-0.024 (0.038)**
Nicht deutsch	-0.017 (0.098)*	-0.004 (0.098)*	0.035 (0.005)***	0.046 (0.000)***	-0.030 (0.003)***	-0.014 (0.227)	-0.010 (0.337)
Beobachtungen	18257	19228	19092	19117	19194	19147	19221

Robuste P-Werte in Klammern, \* signifikant bei 10%; \*\* signifikant bei 5%; \*\*\* signifikant bei 1%

## 10 Zusammenfassung Teil III

Im Zentrum von Teil III des vorliegenden Gutachtens steht die Absicht, systematisch zu überprüfen, ob und in welchem Maße das SOEP geeignet ist, das Sensche Konzept der Verwirklichungschancen im Bereich der Reichtungsmessung empirisch umzusetzen, und herauszuarbeiten, welche Operationalisierungsprobleme dabei bestehen. Reichtum wird dabei als ein außergewöhnlich hohes Maß an Verwirklichungschancen verstanden. Die Auswahl der Indikatoren zur Reichtungsmessung orientiert sich, soweit es möglich und sinnvoll ist, an den entsprechenden Ausführungen im Bereich der Armutsmessung. Teil III nimmt daher die in Teil II formulierten Dimensionen und Aspekte der Armut auf und versucht gleichsam eine spiegelbildliche Übertragung der wesentlichen Merkmale für eine adäquate Reichtungsmessung zu finden.

Auch in diesem Teil basieren sämtliche Auswertungen auf der Welle 2002 des SOEP. Anzumerken ist, dass zum Zeitpunkt der Durchführungen der Berechnungen im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie noch keine endgültigen Hochrechnungsfaktoren für die ergänzende Hocheinkommensstichprobe des SOEP vorlagen. Die Belastbarkeit sowohl von nach soziodemographischen Kriterien differenzierten als auch vor allem von mehrdimensionalen Ergebnissen im Bereich der Reichtungsmessung kann durch die zusätzliche Verwendung der Hocheinkommensstichprobe am aktuellen Rand etwas erhöht werden.

Während der Bereich der finanziellen Armut mit Hilfe des SOEP zufriedenstellend abgebildet werden kann, bestehen im Bereich des **finanziellen Reichtums** einige zusätzliche Probleme. **Einkommensreichtum** wird der üblichen Vorgehensweise folgend dann unterstellt, wenn das gewichtete Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen größer als 200% bzw. 300% des Medianeinkommens ist. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die üblicherweise verwendeten Gewichte für gering verdienende Haushalte festgelegt wurden und für eine Reichtumsberichterstattung nicht ohne Weiteres geeignet sind. Beim **Vermögensreichtum** sind in der Welle 2002 zwar Angaben zur Vermögensstruktur der Haushalte vorhanden, es stellt sich jedoch wie bei der Vermögensarmut das Problem, dass eine exakte Ermittlung des Nettovermögens nicht möglich ist. Die Vermögenseinkommen können jedoch zur Beurteilung von Vermögensreichtum herangezogen werden. Analysen der **tatsächlichen Lebenssituation und der Ausstattung der Menschen mit Luxusgütern** sind anhand des SOEP nicht möglich.

Auch im Bereich des Reichtums betont der Capability-Ansatz, dass die finanziellen Potenziale nur ein – wenn auch wichtiger – Aspekt der menschlichen Verwirklichungschancen darstellen. So können Menschen trotz finanziellen Reichtums im Extremfall gleichzeitig in ihren **nichtfinanziellen individuellen Potenzialen**, zum Beispiel ihrer Gesundheit oder der Bildung,

eingeschränkt sein. Reich an nichtfinanziellen individuellen Verwirklichungschancen sind daher Menschen, die sich durch eine uneingeschränkt gute Gesundheit und eine sehr gute Bildung auszeichnen. Sowohl der Bereich der Gesundheit als auch der Bildung lassen sich mit dem SOEP zumindest teilweise abbilden. Für die **Gesundheit** kann sowohl auf die eigene subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes als auch auf eine Frage zu den Beeinträchtigungen durch die Gesundheit im täglichen Leben abgestellt werden. Bei letzterer Frage ist etwas problematisch, dass sie sich nur auf die letzten vier Wochen vor der Befragung bezieht. Bei der **Bildung** sind sowohl Informationen über ein vorhandenes Abitur als auch einen Hochschulabschluss verfügbar. Um tatsächlich eine besonders gute formale Bildung zu charakterisieren, wäre jedoch über den Hochschulabschluss hinaus wünschenswert, Informationen über eine mögliche Promotion der Individuen zu haben, die das SOEP leider nicht enthält. Darüber hinaus fehlen – wie bei der Armutsmessung angedeutet – jegliche Informationen über einen nicht an formalen Kriterien festgemachten, weiter gefassten Begriff von Bildungsreichtum im Sinne eines Kompetenzreichtums.

Finanzielle sowie nichtfinanzielle individuelle Potenziale bestimmen nach dem Capability-Ansatz die Verwirklichungschancen des Einzelnen aber nur teilweise. Hinzu kommen die **gesellschaftlich bedingten Chancen**. Erst die genaue Kenntnis über die Einbettung des Einzelnen in den gesellschaftlichen Kontext erlaubt eine umfassende Abschätzung seiner Verwirklichungschancen.

Hinsichtlich der Dimension der **politischen Chancen** ist das SOEP als Datenquelle, wie auch bei der Armutsmessung bereits angedeutet, nur von geringer Hilfe. Als einzige operationalisierbare Größe kann das hohe politische Interesse als Indikator verwendet werden. In dieser Hinsicht besteht erheblicher Ergänzungsbedarf, der deshalb vertiefend in Kapitel 11 anhand des ALLBUS aufgezeigt wird. Zur Messung der **ökonomischen Chancen** wurde anhand des SOEP ein Ansatz zur Messung der Handlungsautonomie im Beruf gewählt. Grundlage für die Skala „Autonomie beruflichen Handelns“ ist die Klassifikation der beruflichen Stellung. Personen mit leitenden Tätigkeiten und freiberuflichen Akademikern wird dabei unter anderen das höchste Maß an Handlungsautonomie zugesprochen. Ein hohes Maß an **sozialen Chancen** kann auf Basis des SOEP an einem exklusiven Zugang zum Gesundheitssystem festgemacht werden. Als Indikator für eine Privilegierung in diesem Bereich kann der Abschluss einer privaten Krankenversicherung verwendet werden. Als Indikator für die gesamte Breite der Dimension der sozialen Chancen ist dieser Einzelwert jedoch zu schwach. Insbesondere der Zugang zu exklusiven Bildungsinstitutionen sollte noch integriert werden.

Hinsichtlich der Dimension des **sozialen Schutzes** werden als geeignetes Maß hierfür Transfersalden berechnet. Der Transfersaldo misst dabei die Differenz von Brutto- und Nettoein-

kommen. Im Armuts- und Reichtumsbericht sollte die Entwicklung der relativen Transfersalden mit steigendem Einkommen nachrichtlich dokumentiert werden. Es fehlen dagegen bislang Indikatoren zum Beispiel für den Schutz vor Kriminalität, wobei hier ab der Welle 2004 durch eine ergänzende Frage zur Kriminalität im Wohngebiet zumindest eine gewisse Annäherung möglich sein wird. Ähnlich verhält es sich im Bereich des **ökologischen Schutzes** und somit des Zusammenhangs zwischen Umwelt und Reichtum, wo ab der Welle 2004 immerhin mit der „Beeinträchtigung durch Lärmbelästigung“ sowie der „Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung“ zwei Variablen zur Verfügung stehen werden, die für diese Machbarkeitsstudie und die Welle 2002 noch nicht vorlagen. Die Dimension der **Transparenzgarantien** würde Indikatoren zum Ausmaß der Steuerhinterziehung und zur Kapitalflucht ins Ausland erforderlich machen, die im SOEP derzeit nicht vorliegen.

Die empirischen Analysen zeigen, dass ein Reichtumsbegriff, der traditionell die finanzielle Dimension in das Analysezentrum stellt, zu dem Ergebnis gelangt, dass etwa 7,1% der bundesdeutschen Bevölkerung als einkommensstark (gemessen am 200%-Schwellenwert) und 0,7% als vermögend ("vermögensreich") bezeichnet werden können. Nur rund 0,3% aller Personen verfügen sowohl über ein hohes Einkommen als auch über ein bedeutendes Vermögen. Die mehrdimensionalen Betrachtungen zeigen darüber hinaus, dass finanzielle Privilegierung auch hinsichtlich fast aller anderer Dimensionen der Verwirklichungschancen mit einer überdurchschnittlichen Privilegierung – im Vergleich zu den nicht finanziell reichen Personen – einhergeht. Dennoch gilt auch für den Großteil der finanziell reichen Personen, dass sie nicht gleichzeitig auch hinsichtlich der anderen nicht-finanziellen Reichtumsdimensionen als privilegiert eingestuft werden kann.

Bildung ist ebenso wie bei der Armut auch bei der Analyse von Reichtum an Verwirklichungschancen ein ganz zentraler erklärender Faktor. Zwar prägt das Bildungsniveau der Menschen deren Privilegierung nicht in demselben Maße, wie eine fehlende Bildung einen Mangel an Verwirklichungschancen beeinflusst, doch zeigen sämtliche Auswertungen und auch die multivariaten Analysen, dass eine bessere formale Bildung nicht nur in finanzieller, sondern auch in nicht-finanzieller Hinsicht mit vermehrten Privilegierungen einher geht.

Insgesamt zeigen auch die Auswertungen für die Reichtumsmessung, dass mit dem SOEP bereits jetzt wertvolle Einsichten in das Ausmaß und die Struktur eines mehrdimensionalen Reichtums an Verwirklichungschancen im Sinne des Capability-Ansatzes gewonnen werden können. Auch hier gilt, dass durch eine gezielte Schließung bestehender Lücken der Informationsgehalt einer Reichtumsmessung mit dem SOEP weiter verbessert werden könnte.

Ebenso wie bei der vorangegangenen Armutsanalyse belegt diese erste mehrdimensionale Untersuchung des Reichtums an Verwirklichungschancen in Deutschland Sens These, dass Ungleichheiten der nichtfinanziellen Bestimmungsgrößen von Verwirklichungschancen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen oftmals ausgeprägter sind als die finanziellen Ungleichheiten, nun auch für Privilegierungen. Wie bereits für die Armut bestätigt sich zudem die weitere These Sens, nach der es nicht genügt, auf finanzielle Aspekte allein zu achten, wenn Verwirklichungschancen zu analysieren sind, auch im Reichtumskontext. Zwar ist finanzieller Reichtum in Deutschland mit nichtfinanziellen Potenzialen und gesellschaftlich bedingten Chancen korreliert. Doch lässt sich aus einer nichtfinanziellen Privilegierung keinesfalls automatisch auf finanziellen Reichtum schließen. All dies spricht für eine vertiefte mehrdimensionale Analyse der Verwirklichungschancen einzelner Gruppen aber auch von Mehrfachprivilegierungen und –diskriminierungen sowohl im Armuts- als auch im Reichtumskontext. Hierbei sollten die Ursachen für bestehende nichtfinanzielle Ungleichheiten ebenso wie hieraus entstehender politischer Handlungsbedarf präzisiert werden.

Abschließend sei auch in der Zusammenfassung des Reichtumsteils die Anmerkung erlaubt, dass in dieser Machbarkeitsstudie nur eine Welle und somit nur die Querschnittsdimension des SOEP genutzt wurde. Zwar bestehen im Bereich des Reichtums größere Fallzahlprobleme als bei der Armutsmessung, doch kann auch hier die Nutzung des Panelcharakters der Daten zusätzliche wertvolle Einsichten in die Dynamik von Reichtum auf der individuellen Ebene liefern.

## 11 Exkurs: Armut, Reichtum und politische Partizipation

Zu den Grundprinzipien demokratischer Gesellschaften gehört die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen. Zur „Politischen Partizipation“ zählen dabei alle Verhaltensweisen, durch die Mitglieder einer Gesellschaft Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können.

Vor dem Hintergrund des Konzepts der Verwirklichungschancen ist die politische Partizipation aus zwei Gründen bedeutsam. Zum einen bedeutet eine wie auch immer ausgestaltete Teilhabe am politischen Prozess auch eine erhöhte Chance für die Artikulation der eigenen politischen Wünsche und Ziele. Zum anderen gehört die (Möglichkeit zur) politische(n) Partizipation unauflöslich zum gesellschaftlichen Leitbild des mündigen und aufgeklärten Bürgers. Erst die Chance zur Teilhabe an Entscheidungsprozessen führt zur Bereitschaft und Möglichkeit, politischen Verantwortungen zu übernehmen und eine selbstbewusste bürgerliche Existenz zu führen. Darüber hinaus ist eine demokratische Politik auch auf die Mitwirkung und Information einer breiten Öffentlichkeit angewiesen, sofern die Gesellschaft nicht von „blinden Eliten“ regiert werden soll.<sup>156</sup>

Die Formen denkbarer Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind vielfältig, lassen sich jedoch überschaubar systematisieren. Zunächst sind die **institutionalisierten Formen** politischer Partizipation zu nennen. Hierzu zählen insbesondere die Teilnahme an Wahlen, die Mitgliedschaft oder Mitarbeit in politischen Parteien oder anderen politisch handelnden Organisationen wie etwa Gewerkschaften und Verbänden. Zu den **nicht-institutionalisierten Formen** der Partizipation zählen in der heutigen Bundesrepublik etwa Bürgerinitiativen, Unterschriftenaktionen oder politische Demonstrationen. Diesen legalen Formen stehen eine Reihe **nicht rechtmäßiger Formen** gegenüber. Diese reichen vom zivilen Ungehorsam, d.h. dem gewaltfrei vollzogenen bewussten Verstoß gegen Gesetze oder Anordnungen, bis hin zur politisch motivierten Gewalt.

Das SOEP bietet bislang zu Forschungsfragen im Bereich der Politischen Partizipation nur wenig Material. Allerdings steht der empirischen Sozialforschung mit der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) ein Instrument zur Verfügung, das seit 1980 im regelmäßigen Turnus von zwei Jahren Daten über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland erhebt. Auch das Themenfeld „politische Partizipation“ nimmt hier einen breiten Raum ein. Leider ist der ALLBUS nicht als Panelstudie ausgelegt, eine wiederholte Befragung der Einzelnen findet also nicht statt. Als weitere Einschränkung des ALLBUS ist die geringe Fallzahl (ca. 3.000

---

<sup>156</sup> Vgl. Ferchhoff (1997), S. 221.

Personen) zu nennen, die eine Analyse von schwächer besetzten Teilpopulationen erschwert. Wir schlagen daher eine Implementierung eines – allerdings deutlich gestrafften – Indikatorensets zur politischen Partizipation aus dem ALLBUS in das SOEP vor.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Indikatoren gegeben, die bereits im Rahmen der ALLBUS-Serie erhoben wurden. Diese Indikatoren bilden die zentralen Dimensionen der Partizipation ab, nicht nur im Hinblick auf die tatsächliche politische Praxis der Einzelnen, sondern auch im Hinblick auf Formen des Engagements, welche die Befragten für sich persönlich zumindest als denkbar erachteten. Die beiden Fragen nach Praxis und denkbarem Engagement werden durch Einschätzungen der Befragten nach der vermuteten Effizienz einzelner politischer Aktivitäten ergänzt. Die Auswertungen des ALLBUS beziehen sich, ebenso wie bereits die Auswertungen des SOEP, auf die Welle 2002.

#### **Indikatoren zur Messung politischer Partizipation:**

- **Institutionalisierte Formen politischer Partizipation**
  - Wahlbeteiligung
  - Mitgliedschaft in einer politischen Partei
  - Aktive Mitgliedschaft in einer Partei
  - Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft<sup>157</sup>
  - Mitgliedschaft in einem Verband<sup>152</sup>
- **Nicht institutionalisierte Formen politischer Partizipation**
  - Protestwähler
  - Teilnahme an Unterschriftenaktion
  - Teilnahme an Boykottaufrufen
  - Einem Bekannten die politische Meinung sagen
  - Teilnahme an genehmigten Demonstrationen
  - Mitarbeit in einer Bürgerinitiative
  - Teilnahme an öffentlichen Diskussionen
- **Nicht legale Formen politischer Partizipation**
  - Teilnahme an Verkehrsblockade
  - Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen
  - Teilnahme an Besetzungsaktionen
  - Gewalt gegen Sachen (bei einer Demonstration) zur Erreichung politischer Ziele



- Einschüchterung politischer Gegner
- Gewalt gegen Personen zur Erreichung politischer Zielen

### Politische Praxis: **Formen eigener politischer Partizipation**

Diese Indikatoren sollen zunächst die individuelle Teilhabe an den unterschiedlichen Formen politischer Partizipation messen. Dies geschieht im Rahmen der ALLBUS-Serie durch die Frage: „**Was haben Sie davon selbst gemacht? Woran waren Sie selbst beteiligt?**“. Die Befragten konnten aus der oben stehenden Liste die entsprechenden Aktivitäten nennen. Befragt wurden ausschließlich erwachsene Personen.

Teilt man die Befragten nach ihrem Haushaltseinkommen in Gruppen ein, wird deutlich, dass sich die einzelnen Einkommensklassen in unterschiedlicher Weise und Ausmaß politisch engagieren. Die Einkommensreichen<sup>158</sup> wie die Einkommensarmen<sup>159</sup> bekennen sich in sehr deutlicher Weise zur Teilnahme an Bundestagswahlen und vertreten ihre politische Überzeugung am Arbeitsplatz oder im Freundeskreis. Reiche beteiligen sich (zumindest nach eigener) Aussage etwas mehr an Wahlen als andere Einkommensklassen. Im Vertreten der eigenen Meinung im vertrauten Kreis unterscheiden sich die drei Gruppen nicht voneinander. Sehr viel weniger Interesse finden die übrigen Formen institutionalisierter Partizipation, also die aktive Mitarbeit in einer Partei und Mitarbeit als Wahlhelfer werden deutlich weniger genannt. Beide Arten des Engagements sind eine Domäne einkommensreicher Bevölkerungsgruppen. Nur 1,7 Prozent der Einkommensarmen hat jemals in einer Partei mitgearbeitet. Bei der mittleren Einkommensklasse sind es bereits 4,5 Prozent und bei den Gutverdienenden 15,6 Prozent.

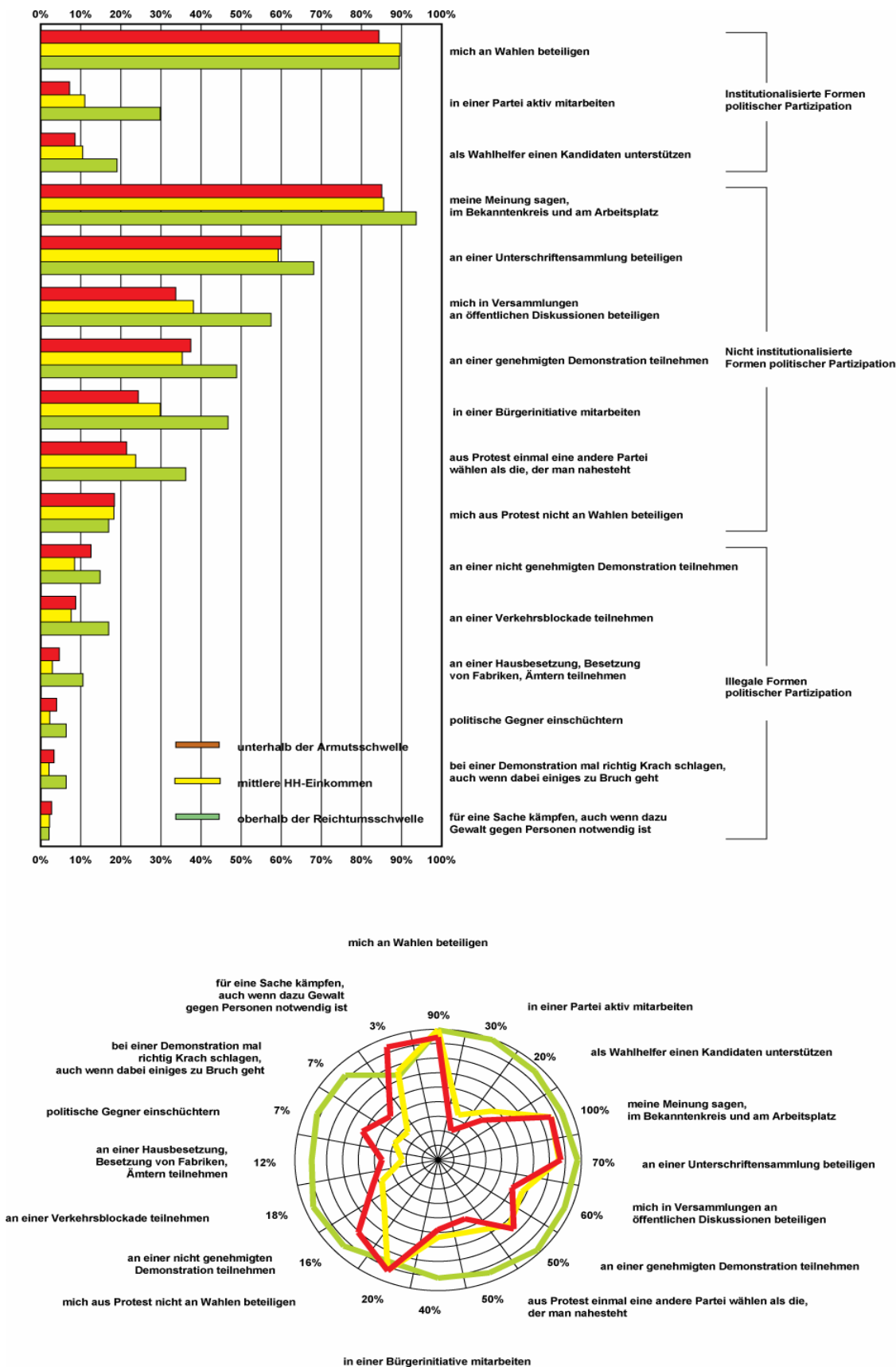
---

<sup>157</sup> Für die Mitgliedschaften bei Gewerkschaften oder Verbänden wurde im Allbus nur nach der tatsächlichen Praxis und nicht nach dem denkbaren Engagement und der erwarteten Effizienz einer derartigen Mitgliedschaft gefragt.

<sup>158</sup> Personen in Haushalten mit einem äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen oberhalb der 200-Prozentmarke des Median.

<sup>159</sup> Personen in Haushalten mit einem äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen unterhalb der 60-Prozentmarke des Median.

**Abbildung 49: Formen politischer Partizipation. Anteil der zustimmenden Antworten auf die Frage: „Welche der genannten Möglichkeiten würden Sie nutzen, um in einer Sache die Ihnen wichtig ist, politischen Einfluss zu nehmen?“**



Quelle: Allbus.

Die enge Assoziation zwischen der Einkommenshöhe und der Partizipation am politischen Geschehen findet sich auch in der formellen Mitgliedschaft in politisch handelnden Organisationen wie Gewerkschaften und Verbänden wieder. Auch hier geben Einkommensreiche weitaus öfter an, Gewerkschafts- oder Verbandsmitglied zu sein als Durchschnittsverdiener oder Einkommensarme. Insgesamt sind 14% der Befragten Mitglied in einer Gewerkschaft und 8% Verbandsmitglieder. Bei den Einkommensreichen liegen diese Anteile mit 22,6% und 32,1% sehr viel höher. Bei den Geringverdienenden erreichen sie lediglich 6 bzw. 4,5%.

Diese Zusammenhänge wiederholen sich bei den nicht institutionalisierten Formen politischer Partizipation. Mit Ausnahme der Option einer Wahlverweigerung (!) liegen die Anteile der Reichen immer deutlich über denen der beiden anderen Gruppen; auch wenn es um Aktionen am Rande der Legalität (Hausbesetzungen etc. ) oder illegale Handlungen (Verkehrsblockaden, Einschüchterungen) geht, geben deutlich mehr gut verdienende Personen an, hierbei aktiv gewesen zu sein. Erst wenn es darum geht, sich zur Gewalt gegenüber Personen zu bekennen, geht der Anteil der Reichen deutlich zurück. Es fällt zudem auf, dass bei einigen Formen politischer Aktionen der Anteil der Einkommensarmen höher ist als der Anteil der mittleren Einkommensklasse. Dies betrifft insbesondere die Teilnahme an genehmigten und nicht genehmigten Demonstrationen sowie an illegalen Aktionen.

Wie bei allen Umfragen, die persönliche, Tabu behaftete oder strafbewehrte Details abfragen, muss natürlich auch bei den oben erwähnten Statistiken berücksichtigt werden, dass die Befragten tendenziell in Richtung einer sozialen Erwünschtheit antworten. Die Antworten werden dabei bewusst oder unbewusst an die wahrgenommenen Erwartungen der Umgebung angepasst. Dies wird zum Beispiel daran deutlich, dass die im ALLBUS beteuerte Wahlbeteiligung um etliche Prozentpunkte höher liegt als bei den Bundestagswahlen. Die Antworten sind somit erkennbar "geschönt".

### **Potenzielle politische Partizipation**

Der ALLBUS gibt den Befragten gleichzeitig die Möglichkeit, sich zu den genannten Formen der politischen Partizipation rein hypothetisch zu äußern: „**Welche der genannten Möglichkeiten würden Sie nutzen, um in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, politischen Einfluss zu nehmen?**“

Damit wird den Interviewten insbesondere die Möglichkeit gegeben, sich auch zu den illegalen Optionen zu bekennen, ohne sich als „Täter“ outen zu müssen. Es handelt sich ja lediglich um ein Gedankenspiel. Es zeigt sich, dass bei allen Indikatoren die Zustimmung deutlich zunimmt. Das grobe Muster im Antwortverhalten bleibt zwar auf etwas höherem Niveau bestehen, lässt

aber einen wichtigen Unterschied erkennen. Bei den hypothetischen Antworten rücken die Geringverdienenden und die mittlere Gruppe bei einer Reihe von Indikatoren näher an die Reichen heran. Man sieht bei den ersten beiden Gruppen eine Teilhabe am politischen Prozess zwar als eine reale Option an, nimmt diese aber nur in geringem Maße wahr. Offensichtlich sind die Einkommensstarken besser in der Lage, ihrer Teilnahmebereitschaft auch eine tatsächliche politische Einflussnahme folgen zu lassen.

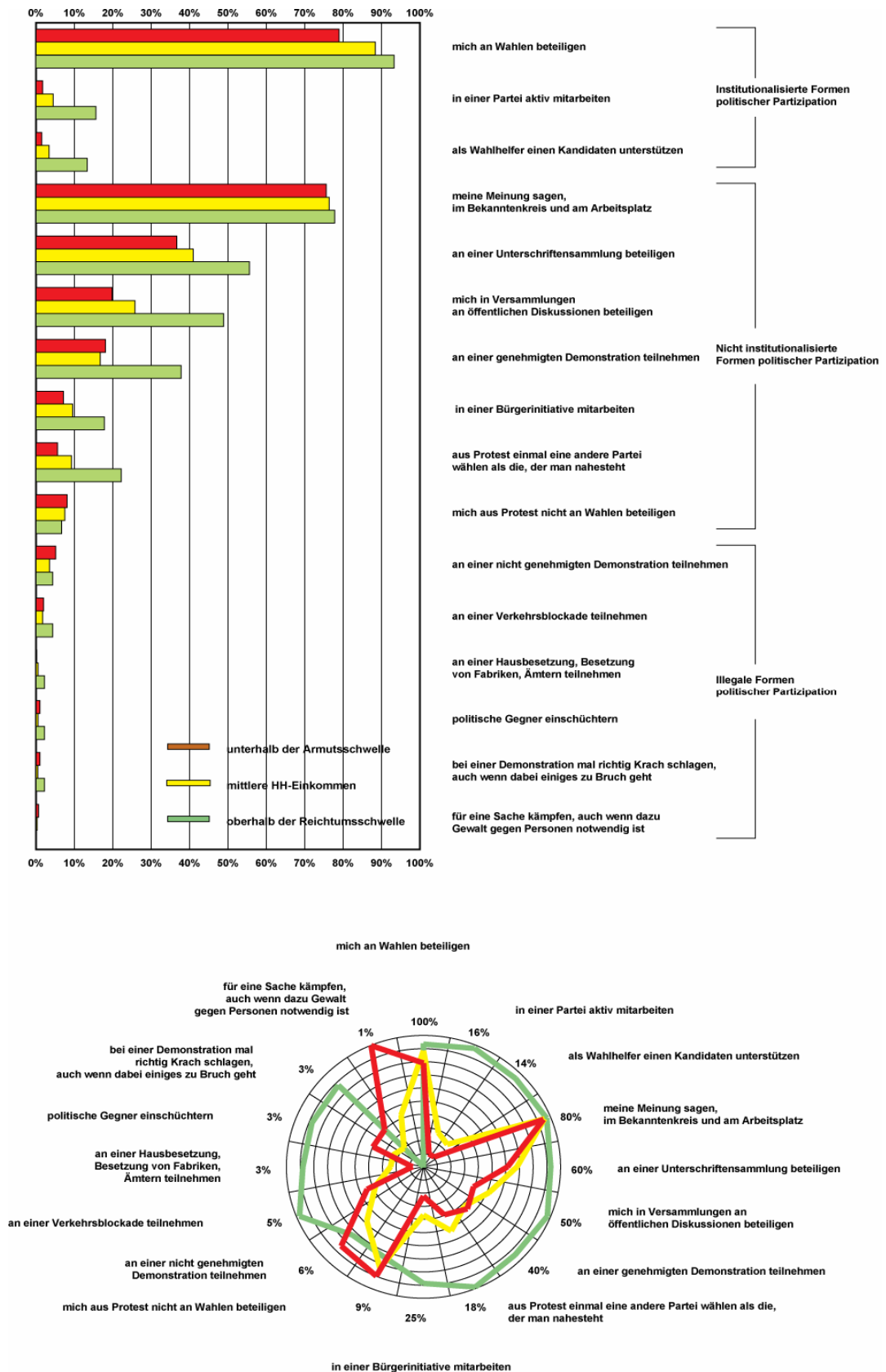
### **Einschätzungen der Effizienz politischer Partizipation**

Inwieweit haben die Bürger überhaupt den Eindruck, dass sich ihr politisches Engagement auszahlt? Im Rahmen der ALLBUS-Untersuchung konnten die Interviewten eine Reihe von politischen Aktivitäten hinsichtlich ihrer Effizienz bewerten. Sie sollten sagen, „**in welchem Maße Sie persönlich auf die Politik Einfluss nehmen könnten, wenn Sie die beschriebenen Handlungen ausführen würden**“. Der Wert 1 bedeutet, dass Sie persönlich dadurch überhaupt nicht auf die Politik Einfluss nehmen könnten, der Wert 7 bedeutet, dass Sie persönlich dadurch auf die Politik sehr stark Einfluss nehmen könnten. Mit den Werten dazwischen können Sie abstufen.“

Die Übersichtsgraphik zeigt, dass sich die Einkommensreichen von Ihrem politischen Engagement teilweise deutlich mehr versprechen als Personen mit geringerem Einkommen. Insbesondere die Effizienz von Parteiarbeit und Bürgerinitiativen wird von diesem Personenkreis deutlich höher eingeschätzt. Bei der Einschätzung der Bedeutung der Wahlen herrschte allerdings weitgehende Einigkeit zwischen allen Einkommensklassen.

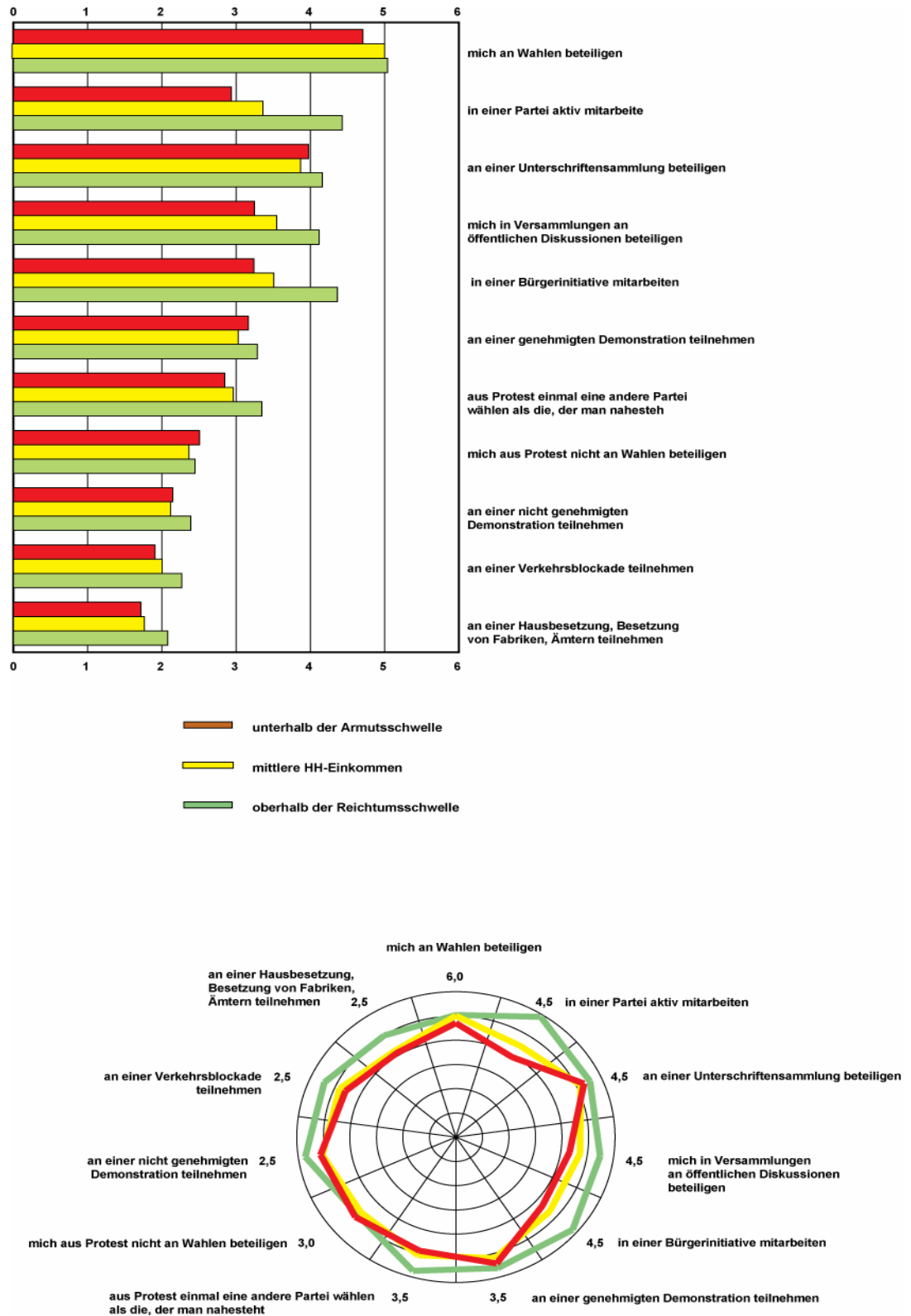
Die beschriebenen bivariaten Zusammenhänge zwischen dem Haushaltseinkommen und der politischen Partizipation der Bürger werden von einer Vielfalt weiterer Einflüsse überlagert. Dazu gehören insbesondere das Bildungsniveau und das Lebensalter der Befragten. Im Rahmen dieser eher überblicksartigen Darstellung eines Indikatorensets zu Fragen der politischen Partizipation ist eine vertiefte Analyse dieser komplexen Zusammenhänge allerdings nicht möglich.

**Abbildung 50: Formen eigener früherer politischer Partizipation. Anteil der zustimmenden Antworten auf die Frage: „Was haben Sie davon selbst gemacht? Woran waren Sie selbst beteiligt?“**



Quelle: Allbus.

**Abbildung 51:** Perzipierte Effizienz unterschiedlicher Formen politischer Partizipation. Antworten auf die Frage: „In welchem Maße könnten Sie auf die Politik Einfluss nehmen, wenn Sie die Handlungen, die im Folgenden genannt werden, ausführen würden?“ (0=kein Einfluss; 7=sehr großer Einfluss)



Quelle: Allbus.

Wie zu Beginn dieses Exkurses erwähnt, reicht die Informationsdichte der aktuellen SOEP-Erhebungen nicht aus, um mit den dort abgefragten Variablen sinnvolle Aussagen zur politischen Partizipation armer und reicher Bevölkerungsteile zu machen. Die für den ALLBUS konzipierte Fragenbatterie deckt dagegen das Themenfeld gut ab, müsste allerdings bei einer Verwendung im ohnehin schon sehr umfangreichen SOEP gekürzt bzw. verdichtet werden. Wir schlagen daher folgende Fragenkonstellation vor:

Drei Fragen beziehen sich auf die institutionalisierten Formen politischer Partizipation:

- Wahlbeteiligung (als Indikator für eine zumindest minimale Teilhabe)
- Aktive Mitarbeit in einer Partei (als Indikator für eine engagierte konventionelle politische Partizipation im engeren Sinne)
- Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und/oder in einen Verband (als Indikator für eine engagierte konventionelle politische Partizipation im weiteren Sinne, insbesondere auch für den Reichtumskontext).

Zwei weitere Fragen decken den Bereich der nicht institutionalisierten politischen Teilhabe ab:

- Mitarbeit (!) in einer Bürgerinitiative oder Unterschriftenaktion oder Teilnahme an einer genehmigten Demonstration (als Indikator für legale Aktionen).
- Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, Verkehrsblockade oder Hausbesetzung (als Indikator für illegale Aktionen).

Die von uns aus inhaltlichen Gründen vorgestellte Gliederung der politischen Partizipation in einen institutionalisierten sowie in zwei nicht-institutionalisierte (legal vs. illegal) Parts, lässt sich an Hand des ALLBUS-Indikatorensets auch im Rahmen einer konfirmatorischen Faktorenanalyse nachzeichnen. Die im Rahmen dieses Verfahren generierten latenten Merkmalsdimensionen sind hinsichtlich ihrer Zahl und der Richtung der Faktorladungen weit gehend deckungsgleich mit der inhaltlichen Gliederung. Die fünf ausgewählten Indikatoren bilden ein überschaubares und für eine breite Öffentlichkeit leicht interpretierbares Set zur Einschätzung der Bürgerbeteiligung an politischen (Entscheidungs-)prozessen.

## **Teil IV:   Zusammenfassung und Ausblick**





## **Teil IV: Zusammenfassung und Ausblick**

Eine wesentliche Zielsetzung dieser ersten Machbarkeitsstudie war es, die Möglichkeit einer empirischen Konkretisierung von Bestimmungsgrößen der Verwirklichungschancen unter Verwendung des SOEP zu untersuchen. Dabei sollten Mehrfachbelastungen und -privilegierungen sowie die Beziehungen zwischen finanziellen und nicht-finanziellen Dimensionen exemplarisch illustriert werden. Es ist zu betonen, dass eine solche erste und weitgehend deskriptive Illustration keine eingehende Auseinandersetzung mit den Verwirklichungschancen im Einzelnen und den bestehenden Zusammenhängen darstellen kann. Eine solche Aufgabe hätte den Rahmen dieser Machbarkeitsstudie gesprengt. Ansatzweise wurde jedoch im Rahmen von Probit-Analysen aufgezeigt, wie man in einer multivariaten Betrachtung die Bedeutung verschiedener sozio-demographischer Einflussgrößen eines Mangels oder Reichtums an Verwirklichungschancen empirisch gleichzeitig überprüfen kann. Methodische Vertiefungen, z. B. durch Faktorenanalysen, Fuzzy-Set-Ansätze oder die Verwendung von Modellen mit latenten Variablen, die inhaltlich weitergehende Einsichten in die Zusammenhänge versprechen, sind möglich und sinnvoll, jedoch nicht Gegenstand dieser Machbarkeitsstudie (vgl. dazu auch später).

Mit Blick auf die hier im Vordergrund stehende systematische Überprüfung der Datenverfügbarkeit zeigt sich, dass das SOEP bereits jetzt in der Lage ist, die meisten wesentlichen Dimensionen der Verwirklichungschancen zumindest annähernd zu erfassen. Einen zusammenfassenden und komprimierten Überblick geben die jeweils linken Spalten in den Tabellen 36 für die Armuts- und 37 für die Reichtumsmessung. Zwar besteht bei einigen Dimensionen durchaus Ergänzungsbedarf, doch kann bereits jetzt von einer prinzipiellen Eignung des SOEP für eine mehrdimensionale Messung von Verwirklichungschancen ausgegangen werden. Besonders auffällig ist lediglich, dass erhebliche Datenlücken im Bereich der politischen Chancen und Partizipation bestehen. Die vom SOEP an dieser Stelle gebotenen Indikatoren sind noch unzureichend und sollten dringend ergänzt werden. Schließlich ist dies eine Dimension der Verwirklichungschancen, die darüber entscheidet, ob ein Mangel an Chancen bzw. Privilegierungen gesellschaftlich überhaupt zum Ausdruck kommen. Erste Schritte in dieser Richtung haben wir in einem besonderen Exkurs zu diesem Thema in Kapitel 11 dargestellt.

Mit Blick auf das Ziel der Einbindung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in die internationale – insbesondere europäische – Diskussion, stellt sich zudem die Frage, in welchem Verhältnis eine Datenbasis, wie insbesondere das SOEP, zur neuen europäischen Erhebung des EU-SILC steht.

Im Weiteren wird daher zunächst ein kurzer Überblick über die Datengrundlage des EU-SILC gegeben. Darauf aufbauend werden dann Vor- und Nachteile des EU-SILC gegenüber dem SOEP diskutiert, wobei zwischen Vor- und Nachteilen in inhaltlicher Hinsicht und zwischen Vor- und Nachteilen hinsichtlich der Methodik der Erhebung und der Qualität der Stichprobe unterschieden wird.

### ***Darstellung des Erhebungskonzepts der EU-SILC-Erhebung***

Das Kürzel EU-SILC (European Survey on Income and Living Conditions) steht für eine europaweite Erhebung zum Thema Einkommen und Lebensbedingungen in Privathaushalten. An dieser jährlich nach Vorgaben der EU durchzuführenden Erhebung beteiligten sich ab 2004 zwölf Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island. Deutschland, Großbritannien und die Niederlande begannen erst im Folgejahr 2005 mit der Datenerhebung.

EU-SILC soll im jährlichen Turnus Quer- und Längsschnittdaten zu den Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Mitgliedsstaaten liefern. Die hier gewonnenen Daten sollen politische Aktionen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung unterstützen. Armut wird auch im EU-SILC nicht nur als fehlendes Einkommen oder Vermögen verstanden, sondern umfassend als ein „Mangel an Zugangschancen“ (etwa zu Arbeit, Bildung, ärztlicher Versorgung). Für die einzelnen Mitgliedstaaten wurde von der EU kein einheitlicher Fragebogen vorgegeben. Die EU legte lediglich die Zielvariablen fest. Die Mitgliedstaaten entscheiden dann selbst über Art und Ausgestaltung der Erhebung entsprechend der „besten nationalen Praxis“. In Deutschland startete EU-SILC 2005 als eine rein schriftliche Befragung: Haushalte erhalten einen Fragebogen für den Haushalt als Ganzes und für jedes Haushaltsmitglied, das 16 Jahre oder älter ist einen Personenfragebogen. Die Haushalte werden für ihre Mitarbeit in geringem Umfang vergütet. Die Haushalte bleiben maximal vier Jahre in einer rotierenden Stichprobe<sup>160</sup>, werden also in vier aufeinander folgenden Jahren befragt. Der Stichprobenumfang wurde für die EU auf ca. 140.000 Haushalte festgesetzt. Auf Deutschland entfallen dabei etwa 14.100 Haushalte. Erste Ergebnisse für Deutschland sind in der ersten Jahreshälfte 2006 zu erwarten.

In Deutschland stammen die zu befragenden Haushalte aus der so genannten „Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (DSP)“. Für die DSP werden Haushalte, die aus dem Mikrozensus ausscheiden, für weitere freiwillige Haushaltsbefragungen angeworben. Die DSP befindet sich allerdings noch in einer Aufbauphase. Momentan verfügt die DSP noch nicht

---

<sup>160</sup> Dabei basiert das Rotationsdesign der Stichprobe auf vier gleich großen Teilstichproben. Jedes Jahr soll eines dieser Viertel durch eine neu gezogene Teilstichprobe ersetzt werden. Die anderen drei Viertel werden weiterhin befragt. Folglich verweilt jeder Haushalt vier Jahre in der Stichprobe.

über genügend Haushalte, sie wird daher in den ersten 3 Jahren (2005 – 2007) durch eine Quotenstichprobe ergänzt.

Auf Ebene der Privathaushalte werden folgende Inhalte erhoben:

1. Haushaltszusammensetzung
2. Betreuungssituation von Kindern unter 12 Jahren
3. Wie wohnt der Haushalt?
4. Kosten des Wohnens
5. Ausstattung des Haushaltes
6. Was kann sich der Haushalt finanziell leisten?
7. Einkommen von Kindern und Jugendlichen
8. Öffentliche Zahlungen
9. Einkünfte aus Vermögen
10. Regelmäßige finanzielle Unterstützung
11. Angaben zum Haushaltsmitglied mit dem höchsten Einkommen

Auf Personenebene kommen folgende konstante Erhebungsinhalte hinzu:

1. Persönliche Daten
2. Derzeitige Lebenssituation
3. Frühere Erwerbstätigkeit
4. Aktuelle Erwerbstätigkeit
5. Lebenssituation im Vorjahr
6. Einkommen aus abhängiger Beschäftigung im Vorjahr
7. Einkünfte aus selbstständiger/freiberuflicher Erwerbstätigkeit oder Landwirtschaft im Vorjahr
8. Private Altersvorsorge im Vorjahr
9. Einkommen aus Renten im Vorjahr
10. Gesundheit
11. Ausbildung

Diese konstanten Erhebungsinhalte auf Personenebene werden dann durch jährlich wechselnde variable Module ergänzt. Für die ersten Jahre sind dies:

- 2005: Lebenssituation im Elternhaus
- 2006: Freizeitaktivitäten
- 2007: Unzureichende Wohnverhältnisse

### ***Vor- und Nachteile des EU-SILC gegenüber dem SOEP in der Armuts- und Reichtumsforschung aus inhaltlicher Sicht***

Die Tabellen 36 und 37 geben einen vergleichenden Überblick über die Verfügbarkeit von relevanten Informationen im SOEP sowie im EU-SILC. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass aus inhaltlicher Sicht weder das SOEP noch das EU-SILC als die eindeutig überlegende Datengrundlage eingestuft werden kann. Vielmehr weisen beide Datensätze eigene Vorteile, aber auch eigene Nachteile auf, die jedoch häufig durch gewisse Ergänzungen und Modifikationen in der Fragestellung gemildert oder behoben werden könnten. Insgesamt gelangen wir jedoch aus inhaltlicher Sicht zu dem Ergebnis, dass zumindest in der bisherigen Konzeption einiges dafür spricht, EU-SILC nicht als die zentrale Datengrundlage der Berichterstattung zu verwenden.

Vorteile des EU-SILC gegenüber dem SOEP liegen teilweise darin, dass das EU-SILC bereits von der Konzeption her auf die Untersuchung sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung ausgerichtet ist und daher weit über eine schlichte monetäre Abgrenzung des Armutsbegriffs hinausgeht. Dies ist insofern nicht erstaunlich, als sich das Wissenschaftlerteam um Anthony Atkinson, das mit der Weiterentwicklung der Indikatoren auf EU-Ebene betraut wurde, letztlich auch auf Sen berufen hat.<sup>161</sup>

---

<sup>161</sup> So formuliert Atkinson (2003, S. 186) mit Blick auf die Konzeption der Gruppe: "In our report (Atkinson et al. 2002), we emphasise the multidimensionality of social disadvantage, fully agreeing with those who argue that it is inadequate to look only at income. As Amartya Sen has put it, 'the role of income and wealth...has to be integrated into a broader and fuller picture of success and deprivation' (1999, p.20)."

Daher lassen sich bereits in der jetzigen Konzeption des EU-SILC die meisten inhaltlichen Dimensionen der Verwirklichungschancen relativ gut abbilden. Somit können auch einzelne Dimensionen des Konzepts der Verwirklichungschancen – wie z.B. bei der Erfassung chronischer Krankheiten – mit dem EU-SILC von der Fragestellung her gerade bei der Armutsmessung fundierter erfasst werden als mit dem SOEP.

Dennoch hat das dem EU-SILC zugrunde liegende Konzept nicht die gleiche Breite wie der Sensche Ansatz. Vor allem aber ist die Übertragung des Konzepts der Verwirklichungschancen auf die Reichtumsmessung nicht ohne weiteres möglich (vgl. Tabelle 37).

Dagegen erscheint das SOEP relativ gut geeignet, um das Spektrum von Armut bis hin zum Reichtum an Verwirklichungschancen abzubilden. Zumal durch die ergänzende Hocheinkommensstichprobe des SOEP, für die inzwischen – nicht jedoch bei Erstellung der hier dargestellten Berechnungen – endgültige Gewichte vorliegen, die sozio-demographischen Differenzierungsmöglichkeiten im Bereich der Reichtumsmessung weiter verbessert werden konnten.

Über den Bereich der Reichtumsmessung hinaus zeigt der vergleichende Blick auf Tabelle 36, dass das SOEP auch bei der Armutsmessung für eine Umsetzung des Konzepts der Verwirklichungschancen wesentliche Merkmale aufweist, die im EU-SILC nicht vorhanden sind. So fehlen im EU-SILC zentrale Indikatoren für die Bereiche politischen Chancen, ökologischer Schutz oder gesellschaftliche Transparenz, die sich mit dem SOEP immerhin ansatzweise abbilden lassen. Gerade der Bereich der politischen Chancen und der politischen Partizipation kommt jedoch in beiden Datensätzen zu kurz. Ebenfalls mit beiden Datensätzen nicht möglich ist eine fundierte Abbildung des Nettovermögens von Personen und Haushalten, die Abbildung von Kompetenzarmut oder auch eine Messung der subjektiv und objektiv empfundenen Arbeitsbedingungen als Bestandteil der ökonomischen Chancen.

Sowohl das SOEP als auch EU-SILC weisen somit grundsätzlich jeweils das Potenzial auf, durch gezielte Ergänzungen so verändert zu werden, dass sie inhaltlich noch besser für eine empirische Umsetzung des Konzepts der Verwirklichungschancen geeignet sind. In beide Richtungen kann man dabei aus einem Vergleich der beiden Datengrundlagen lernen. Insgesamt entsteht jedoch bereits aus inhaltlicher Sicht bislang der Eindruck, dass das SOEP eher geeignet ist, um das Spektrum der Verwirklichungschancen sowohl für die Armut als auch für den Reichtum umfassend und fundiert abzubilden.

### ***Vor- und Nachteile des EU-SILC gegenüber dem SOEP in der Armuts- und Reichtumsforschung aus methodischer Sicht***

Während aus inhaltlicher Sicht, wie dargestellt, beide Datengrundlagen über eigene Vor- und Nachteile verfügen, weist das EU-SILC hinsichtlich der Erhebung und der Qualität der Datengrundlage in seiner jetzigen Konzeption eine Reihe von teilweise schwerwiegenden Nachteilen gegenüber dem SOEP aus. Diese Schwächen betreffen aus unserer Sicht insbesondere das Stichprobendesign und die Feldphase.

Ohne zu sehr in die technischen Details statistischer Auswahlverfahren einzugehen, muss erwähnt werden, dass eine erfolgreiche Schlussfolgerung von einer Stichprobe auf eine Grundgesamtheit nur möglich ist, wenn alle Erhebungseinheiten (also die Befragten) eine benennbare Chance haben, in der Stichprobe zu landen. Zwar hat bei der Konstruktion der Datengrundlage des EU-SILC in Deutschland auf der ersten Stufe, dem Mikrozensus, (fast) jede Person die gleiche Chance an der Erhebung teilzunehmen. Die zweite Stufe des Auswahlverfahrens, die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (DSP), beruht jedoch auf freiwilliger Mitarbeit. Der Personenkreis, der sich für diese freiwillige Mitarbeit bereit erklärt, entspricht hinsichtlich der statistischen Verteilung seiner Indikatoren mit Sicherheit nicht der bundesdeutschen Bevölkerung. Hier ist ein deutlicher „Mittelstands-Bias“ zu erwarten. Gerade die interessierenden Personenkreise, wie etwa gesellschaftliche Randgruppen, werden nur in geringem Umfang für eine Mitarbeit zu gewinnen sein.

Grundsätzlich hat das SOEP an dieser Stelle mit denselben Problemen zu kämpfen. Allerdings wird das SOEP durch professionelle Erheber betreut, die mit den Befragten den Fragebogen durchgehen. Bei EU-SILC wurde dagegen auf den Einsatz von Interviewern verzichtet. Es ist daher davon auszugehen, dass ein großer Teil der Befragten – und auch hier wieder die gerade für eine Armutsberichterstattung besonders relevanten Teilgruppen – nicht in der Lage sein werden, den Fragebogen korrekt auszufüllen. Zumal der vorliegende Fragebogen zum EU-SILC neben guten Deutschkenntnissen eine klare Vorstellung von den persönlichen Lebens- und Einkommensverhältnissen erfordert, extrem umfangreich und detailliert ist, und an die Befragten hohe Kompetenzanforderungen richtet, die teilweise mit dem korrekten Ausfüllen komplexer Steuererklärungen vergleichbar sind. Inwieweit die eingerichtete Hotline via Telefon und Internet hier erfolgreich in Anspruch genommen wird, bleibt abzuwarten.

Ein weiterer Punkt, der in diesem Zusammenhang diskutiert werden muss, ist die Konzeption des EU-SILC als rotierendes Panel, während das SOEP ein echtes Panel ist. Das Rotationsdesign der Stichprobe beim EU-SILC führt dazu, dass Haushalte und Personen nur maximal vier Jahre beobachtet werden können. In jedem Jahr ist ein Viertel der Beobachtungseinheiten

jeweils im ersten Jahr im Datensatz, ein jeweils weiteres Viertel im zweiten, dritten und vierten Jahr. Damit sind Aussagen zur Persistenz von Armut (und Reichtum), aber auch die Analyse von dynamischen Prozessen wie z. B. Auf- und Abstiegsmobilitäten, mit EU-SILC nur eingeschränkt möglich, da ein erheblicher Teil der Panelmortalität konzeptionell eingebaut ist, während das SOEP „nur“ unter der natürlichen Panelmortalität leidet. Insofern ist von deutlichen Vorteilen des SOEP bei der Analyse der Dynamik von Armut und Reichtum und der Mobilität zwischen Armut und Reichtum auszugehen.

Letztlich führen uns die angeführten Kritikpunkte zu der Schlussfolgerung, dass die deutsche EU-SILC-Befragung lediglich ein ausbaufähiges Grundkonzept aufweist. Das problematische Auswahlverfahren, die überwiegend postalische Abwicklung sowie die Konzeption als rotierendes Panel erwecken jedoch bereits im Vorfeld deutliche Zweifel an ihrem Gelingen, so dass – prinzipiell mögliche – methodische Anpassungen vorgenommen werden müssten, um den Datensatz als zentrale Datengrundlage für eine möglichst umfassende Armuts- und Reichtumsmessung im Sinne des Konzepts der Verwirklichungschancen als besonders geeignet erscheinen zu lassen.



**Tabelle 36: Vergleich der Eignung von SOEP und EU-SILC für die Abbildung verschiedener Dimensionen der Armut als Mangel an Verwirklichungschancen**

Dimension	SOEP	EU-SILC
<b>Finanzielle Potenziale</b>		
Einkommensarmut	geeignet Armutsrisikoquote, Quote persistenter Armut, Einkommenslücke	geeignet Armutsrisikoquote, Quote persistenter Armut, Einkommenslücke
Vermögensarmut	geeignet Überschuldung, kein Vermögenseinkommen	geeignet Überschuldung, kein Vermögenseinkommen
	nicht geeignet Abbildung des Nettovermögens	nicht geeignet Abbildung des Nettovermögens
Abbildung der faktischen Lebenssituation	teilweise geeignet Im zweijährigen Rhythmus denkbar, nicht in der Welle 2002	nicht geeignet
<b>Nichtfinanzielle Potenziale</b>		
Gesundheit	teilweise geeignet Subjektive Einschätzungen zur Gesundheit und körperliche Beeinträchtigungen (nur in den letzten 4 Wochen) werden erfragt, aber keine Angaben zu (Beeinträchtigungen durch) chronischen Krankheiten; Mortalitätsraten möglich.	geeignet Subjektive Einschätzungen zur Gesundheit und körperliche Beeinträchtigungen im Alltag werden erfragt. Angaben zu chronischen Krankheiten liegen vor. Aber keine Berechnungen zur Lebenserwartung möglich.
Behinderung	geeignet Zumindest Behinderungsgrad gegeben	teilweise geeignet Behinderungsgrad liegt nicht vor, nur Angaben zur Arbeitsunfähigkeit und zu Renten und anderen Leistungen auf Grund von Invalidität bzw. Behinderung
	nicht geeignet Faktische Auswirkungen von Behinderungen auf die Lebensverhältnisse	nicht geeignet Faktische Auswirkungen von Behinderungen auf die Lebensverhältnisse
Bildung	geeignet Formale Bildungsarmut	geeignet Formale Bildungsarmut
	nicht geeignet Kompetenzarmut	nicht geeignet Kompetenzarmut
<b>Gesellschaftlich bedingte Chancen</b>		
Politische Chancen	wenig geeignet Politisches Interesse	nicht geeignet
	nicht geeignet Wahlbeteiligung, Ausübung von Ämtern, formale Mitgliedschaft in Initiativen, Verbänden, Parteien	nicht geeignet Wahlbeteiligung, Ausübung von Ämtern, formale Mitgliedschaft in Initiativen, Verbänden, Parteien
Ökonomische Chancen	geeignet Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglohnbezug und Working Poor; Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige	geeignet Langzeit-Arbeitslosigkeit, Niedriglohnbezug und Working Poor; Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige
	nicht geeignet Objektive und subjektiv empfundene Arbeitsbedingungen, nichtfinanzielle, psychische Folgen von Arbeitslosigkeit	nicht geeignet Objektiv und subjektiv empfundene Arbeitsbedingungen, nichtfinanzielle, psychische Folgen von Arbeitslosigkeit
Soziale Chancen	geeignet Ansatzweise Zugang zu angemessenem Wohnraum, Zugang zu Gesundheitssystem und Bildungssystem	

Dimension	SOEP	EU-SILC
	<p><b>nicht geeignet</b></p> <p>Für die drei Aspekte Zugang zu angemessenem Wohnraum, Gesundheitssystem und Bildungssystem fehlen mehrere Detailindikatoren, z.B. bei Wohnraum Obdachlosigkeit, Risiko eines Wohnungsverlustes; Mietschulden</p>	<p><b>möglicherweise geeignet</b></p> <p>Daten zur Wohnsituation werden 2007 erhoben. Genaue Ausgestaltung der Befragung noch nicht bekannt</p>
Sozialer Schutz (nachrichtlich, da kein Leitindikator)	<p><b>geeignet</b></p> <p>Abbildbar durch Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, ab 2004 wird auch die Belastung der Wohngegend durch Kriminalität ausgewiesen</p>	<p><b>geeignet</b></p> <p>Abbildbar durch Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt; Kriminalität?</p>
Ökologischer Schutz	<p><b>geeignet</b></p> <p>Ab 2004 werden auch die Beeinträchtigungen durch Lärmbelastung und Luftverschmutzung ausgewiesen</p>	<p><b>nicht geeignet</b></p>
Gesellschaftliche Transparenz	<p><b>geeignet</b></p> <p>Nichtinanspruchnahme von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, aber aufwändig</p>	<p><b>nicht geeignet</b></p>

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

**Tabelle 37: Vergleich der Geeignetheit von SOEP und EU-SILC für die Abbildung verschiedener Dimensionen des Reichtums als großem Ausmaß an Verwirklichungschancen**

Dimension	SOEP	EU-SILC
<b>Finanzielle Potenziale</b>		
Einkommensreichtum	geeignet Quoten für einkommensstarke / einkommensreiche Haushalte	geeignet Quoten für einkommensstarke / einkommensreiche Haushalte
Vermögensreichtum	geeignet Zumindest in Vermögensbilanz 2002	teilweise geeignet Keine Vermögensbilanz, aber Angaben zu Einkommen aus Vermögen
<b>Individuelle nicht-finanzielle Potenziale</b>		
Gesundheit	teilweise geeignet Subjektive Einschätzungen zur Gesundheit und körperliche Beeinträchtigungen (nur letzte 4 Wochen) werden erfragt, aber keine Angaben zu (Beeinträchtigungen durch) chronische Krankheiten; Mortalitätsraten.	geeignet Subjektive Einschätzungen zur Gesundheit und körperliche Beeinträchtigungen im Alltag werden erfragt. Angaben zu chronischen Krankheiten liegen vor. Aber keine Berechnungen zur Lebenserwartung möglich.
Behinderung	geeignet Zumindest als Behinderungsgrad	teilweise geeignet Behinderungsgrad liegt nicht vor, nur Angaben zur Arbeitsunfähigkeit und zu Renten und anderen Leistungen auf Grund von Invalidität bzw. Behinderung
Bildung	geeignet Angaben zum Abitur bzw. Hochschulabschluss	geeignet Angaben zum Abitur bzw. Hochschulabschluss
	nicht geeignet Promotion	geeignet Promotion
<b>Gesellschaftlich bedingte Chancen</b>		
Politische Chancen	wenig geeignet Politisches Interesse	nicht geeignet
	nicht geeignet Wahlbeteiligung, Ausübung von Ämtern, formale Mitgliedschaft in Initiativen, Verbänden, Parteien	nicht geeignet Wahlbeteiligung, Ausübung von Ämtern, formale Mitgliedschaft in Initiativen, Verbänden, Parteien
Ökonomische Chancen	geeignet Berufliche Autonomie	nicht geeignet
Soziale Chancen	teilweise geeignet Privilegierter Zugang zu Gesundheitssystem. Indikator für privilegierten Zugang zum Bildungssystem (z. B. zu Elitehochschulen) liegt nicht vor.	nicht geeignet
Sozialer Schutz	geeignet Transfersalden	geeignet Transfersalden
Ökologischer Schutz	teilweise geeignet Ab 2004 werden Beeinträchtigungen durch Lärmbelastung und Luftverschmutzung im Wohngelände ausgewiesen	nicht geeignet
Gesellschaftliche Transparenz	nicht geeignet Korruption und Steuerhinterziehung	nicht geeignet Korruption und Steuerhinterziehung

Quelle: SOEP Welle 2002, eigene Berechnungen.

Wären die methodischen Probleme des EU-SILC gelöst, böte sich eine ergänzende Arbeitsteilung zwischen dem EU-SILC und dem SOEP an. So bietet ein modifiziertes und ergänztes SOEP eine gute Basis für die im Rahmen der europäischen Armutsberichte angestrebte Weiterentwicklung der Indikatoren- und Datenbasis, etwa im Bereich der politischen Chancen, der auch von Atkinson et al. (2002) bereits als wesentlicher Bereich identifiziert wurde, allerdings nach wie vor der konzeptionellen und empirischen Überprüfung bedarf. Neben der substanziellen Erweiterung des SOEP im Bereich der politischen Chancen erscheinen auch einzelne weitere Modifikationen in anderen Dimensionen wesentlich, auf die im Bericht näher eingegangen wurde und die in den Tabellen 36 und 37 nochmals im Überblick ersichtlich sind.

Grundsätzlich wird sich eine zielführende Armuts- und Reichtumsberichterstattung jedoch nicht auf das SOEP allein stützen können, stößt es doch, wie jede vergleichbare Datenbasis, als Haushaltsbefragung an methodische Grenzen. So müssen für die Armutsberichterstattung beispielsweise ergänzende Angaben zur extremen Armut (Wohnungslosigkeit, Drogenabhängigkeit, illegale Immigration), zum Leistungsmissbrauch und zur Situation von Menschen in Einrichtungen herangezogen werden. Fragen der Kompetenzarmut lassen sich mit Hilfe der regelmäßigen OECD-Studien, etwa durch PISA, beantworten. Für die Reichtumsberichterstattung wird es beispielsweise notwendig werden, Fragen im Bereich der Intransparenz von Privilegien (Korruption oder Steuerhinterziehung) mit anderweitigen Analysen zu beantworten. Gleiches gilt für die Erfassung sehr hoher Einkommen, für die Einkommensteuerstatistik eine verlässlichere und umfassendere Datenbasis darstellt.

Diese Machbarkeitsstudie versteht sich als erster Vorschlag für eine Diskussion, auch über Leitindikatoren, wie sie dem von uns empfohlenen Mehrebenenchema zur Ergebnispräsentation zugrunde liegen. Insofern handelt es sich bei den verwendeten oder empfohlenen Messgrößen um die uns beim derzeitigen Stand als sinnvoll erscheinenden Primär- und Sekundärindikatoren. Dabei wurde auf eine Festlegung auf Primär- und Sekundärindikatoren verzichtet, da diese ohnehin nur unter Einbeziehung einer möglichst breiten Öffentlichkeit erfolgen sollte. Gleiches gilt für die Frage, ob weitere/andere Leitindikatoren sinnvoller wären und welche ergänzenden Tertiärindikatoren von Interesse sind.

Insgesamt kommen wir zu dem Schluss, dass sich die wesentlichen Zielsetzungen einer Armuts- und Reichtumsberichterstattung auf der Grundlage von Amartya Sens Ansatz der Verwirklichungschancen prinzipiell bereits jetzt mit dem SOEP verfolgen lassen. Es zeigt sich dabei schon in dieser ersten Machbarkeitsstudie, dass die Zielsetzungen der Berichterstattung – aus guten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Gründen – teilweise über den Bereich hinaus gehen, der umgangssprachlich mit Armut oder Reichtum verbunden wird. So ist im täglichen Wortgebrauch nicht arm, wer geringe politische Chancen aufweist oder durch

funktionalen Analphabetismus beeinträchtigt ist. Jedoch spielen diese Faktoren eine durchaus wichtige Rolle für eine ursachenorientierte Armutsberichterstattung, die sich zu Recht mit Fragen der Chancengleichheit auseinandersetzt. Ebenso gilt im umgangssprachlichen Bereich nicht zwangsläufig als reich, wer über eine private Krankenversicherung verfügt, den Zugang zu Elitehochschulen besitzt oder Steuerausnahmetatbestände sehr intensiv nutzt. Jedoch sind diese Faktoren wesentlich für eine Reichtumsberichterstattung, die sich gezielt mit Privilegierungen beschäftigen muss, um Fragen der sozialen Mobilität und Chancengerechtigkeit zu klären. Insofern bietet es sich an, den Fokus auf die Verwirklichungschancen zu intensivieren, zugleich jedoch Einkommens- und Vermögensarmut sowie Einkommens- und Vermögensreichtum begrifflich von einem weitergehenden Mangel oder hohen Maß an Verwirklichungschancen sauber zu trennen.

In verschiedener Hinsicht besteht auf der Grundlage dieser Machbarkeitsstudie ergänzender Forschungsbedarf. Bereits mehrfach wurde angesprochen, dass gerade der Bereich der politischen Chancen und der politischen Partizipation mit Hilfe des SOEP derzeit nur sehr unzureichend abgebildet werden kann. Auch das EU-SILC bietet hier keine Alternativen. Gleichzeitig ist diese Dimension jedoch im Gesamtkonzept der Verwirklichungschancen von einer ganz zentralen Bedeutung. Gerade eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung, die mit Blick auf Armuts- und Genderfragen einem Mainstreaming-Ansatz Rechnung tragen muss, kommt nicht umhin, das Thema politische Partizipation eingehender zu analysieren. In dieser Machbarkeitsstudie wurden anhand des ALLBUS hierzu erste Schritte vorgenommen, die jedoch einer fundierten Vertiefung bedürfen.

Darüber hinaus wurde das Thema Kinderarmut für die vorliegende Machbarkeitsstudie dadurch noch weitgehend ausgeblendet, dass sämtliche Indikatoren nur für Personen im Alter von mindestens 16 Jahren berechnet wurden und nur vereinzelt Ergebnisse auch unter Einbeziehung der Kinder nachrichtlich angegeben wurden. Für die Erstellung eines konsistenten und geschlossenen Systems einer mehrdimensionalen Armuts- und Reichtumsmessung stellt die Einbeziehung der Situation von Kindern eine Herausforderung dar, zumal bestimmte Dimensionen, wie z.B. die politische Partizipation oder die ökonomischen Chancen (Arbeitslosigkeit, Niedriglohnbezug etc.), auf der individuellen Ebene für Kinder nicht sinnvoll abgebildet werden können. *Die Möglichkeiten und Grenzen einer Messung von Kinderarmut* mit dem SOEP oder einer anderen Datenquelle sollte Gegenstand einer ergänzenden Überprüfung sein. Eine solche Erhebung zu den Verwirklichungschancen von Kindern könnte sich auf eine ganze Reihe von internationalen konzeptionellen und empirischen Vorarbeiten des Capability-Ansatzes zu den Verwirklichungschancen von Kindern stützen.

Nur angedeutet wurden im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie die Möglichkeiten einer vertieften Analyse möglicher Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Dimensionen der Verwirklichungschancen. Während die Auswertungen in dieser ersten Machbarkeitsstudie weitgehend deskriptiv bleiben mussten und mit Probit-Analysen nur angedeutet wurde, dass hier ohne Weiteres auch fundierte multivariate Analysen ergänzend möglich sind, sind hier verschiedene Vertiefungen sinnvoll und möglich. So werden bisher Personen hinsichtlich der verschiedenen Dimensionen entweder als arm/reich oder aber als nicht arm/nicht reich eingestuft. Gerade bei metrischen Variablen wie z.B. der Höhe des Einkommens oder des Vermögens oder auch der Dauer der Arbeitslosigkeit oder dem Bezug von Niedriglöhnen werden dabei insofern Informationen verschenkt, als man auch Aussagen über die Intensität der Armut bzw. des Reichtums treffen könnte. Im Rahmen von Fuzzy-Set-Ansätzen wird z.B. versucht, auch diese Intensität von Armut und Reichtum in eine mehrdimensionale Armuts- und Reichtumsmessung einfließen zu lassen. Mit Hilfe von Faktorenanalysen könnte darüber hinaus statistisch analysiert werden, ob und in welchem Maße verschiedene Indikatoren der mehrdimensionalen Armuts- und Reichtumsmessung korrelieren und zu übergeordneten Faktoren zusammengefasst werden könnten. Dabei ist inhaltlich von Interesse, ob und in welchem Maße die aggregierten Dimensionen, die dem Senschen Konzept zugrunde liegen und die in dieser Studie analysiert wurden, auch dann entstehen, wenn man „die Daten sprechen lässt“, um zu aggregierten Dimensionen zu gelangen.

Anzumerken ist nicht zuletzt, dass eine große Stärke des SOEP, der Panelcharakter der Daten, im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie bislang ebenfalls noch kaum genutzt wurde. So ist nicht nur die zeitliche Entwicklung der aggregierten Betroffenheit von Armut bzw. des Reichtums an Verwirklichungschancen per se von Interesse. Darüber hinaus erlaubt es das SOEP, auf der Ebene einzelner Personen und Haushalte Veränderungen in den individuellen Verwirklichungschancen (Armutsdynamik, Reichtumsdynamik) zu untersuchen und diese auch nach sozio-demographischen Kriterien zu analysieren. Von Interesse ist dann auch, in welchem Maße zeitliche Veränderungen, z.B. bei der finanziellen Armut im Zuge einer Aufwärts- oder Abwärtsmobilität, mit Veränderungen hinsichtlich anderer nicht-monetärer Dimensionen der Verwirklichungschancen einhergehen.

## Literaturverzeichnis

- Agarwal, Bina; Humphries, Jane; Robeyns, Ingrid (Hrsg.)(2006): Capabilities, Freedom and Equality. Amartya Sen's work from a Gender Perspective, Delhi: Oxford University Press.
- Agarwal, Bina; Humphries, Jane; Robeyns, Ingrid (Hrsg.)(2005): Amartya Sen's work and ideas. A gender perspective. London: Routledge.
- Allmendinger, Jutta; Leibfried, Stephan (2002): Bildungsarmut im Sozialstaat, in: Günter Burkart und Jürgen Wolf (Hrsg.): Lebenszeiten. Erkundungen zur Soziologie der Generationen, Opladen: Leske + Budrich, S. 287-315.
- Anand, Sudhir; Hanson, Kara (2004): Disability-adjusted life years: a critical review, in: Sudhir Anand, Fabienne Peter, Amartya Sen (Hrsg.): Public health, ethics and equality, Oxford: Oxford University Press, S. 183-199.
- Anand, Sudhir; Sen, Amartya (2000): The Income Component of the Human Development Index, in: Journal of Human Development, 1, S. 83-106.
- Andreß, Hans-Jürgen (1999): Leben in Armut. Analyse der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Andreß, Hans-Jürgen; Krüger, Anne; Sedlacek, Bronia Katharina (2004): Armut und Lebensstandard. Zur Entwicklung des notwendigen Lebensstandards der Bevölkerung 1996 bis 2003, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin.
- Andreß, Hans-Jürgen; Lipsmeier, Gero (2000): Armut und Lebensstandard. Gutachten im Rahmen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Bielefeld.
- Atkinson, A. B.; Cantillon, C.; Marlier, E.; Nolan, B. (2005a): Taking Forward the E.U. Social Inclusion Process. An Independent Report commissioned by the Luxembourg Presidency of the Council of the European Union, Final Version, 31 July 2005, Report.
- Atkinson, Anthony B. (2003): Developing Comparable Indicators for Monitoring Social Inclusion in the European Union, in: Richard Hauser und Irene Becker (Hrsg.): Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View, Berlin u.a.: Springer, S. 175-191.
- Atkinson, Tony; Cantillon, Bea; Marlier, Eric; Nolan, Brian (2002): Social Indicators. The EU and Social Inclusion, Oxford: Oxford University Press.
- Biggeri, Mario; Libanora, Renato; Stefano Mariani and Leonardo Menchini (2006): Children conceptualizing their Capabilities: Results of a Survey Conducted during the First Children's World Congress on Child Labour, Journal of Human Development, 7(1), S. 43-83.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Herausgeber) (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Bundesregierung (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Daniels, Norman; Kennedy, Bruce; Kawachi, Ichiro (2004): Health and Inequality, or, Why Justice is Good for Our Health, in: Sudhir Anand, Fabienne Peter, Amartya Sen (Hrsg.): Public health, ethics and equality, Oxford: Oxford University Press, S. 63 – 91.
- Dennis, Ian; Guio, Anne-Catherine (2003): Armut und soziale Ausgrenzung in der EU nach Laeken – Teil 2, in: Statistik kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen.

- Des Gasper. (2002): Is Sen's Capability Approach an Adequate Basis for a Theory of Human Development? in: Review of Political Economy, 14(4), 2002, S. 435-461.
- Deutscher Bundestag (2005): Unterrichtung der Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht. Drucksache 15/5015, 3.3.2005.
- Deutsches PISA-Konsortium (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen: Leske + Budrich.
- Deutsches PISA-Konsortium (2004): PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs, Münster: Waxmann.
- Döbert, Marion; Hubertus, Peter (2000): Ihr Kreuz ist die Schrift. Analphabetismus und Alphabetisierung in Deutschland. Bundesverband Alphabetisierung e.V. München.
- Eißel, Dieter (2001): Ziele und Widerstände einer Besteuerung der Reichen, in: Jörg Stadlinger, (Hrsg.): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 107-123.
- Faik, Jürgen (2001): Empirische Befunde zur Entwicklung der Vermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 68-80;
- Ferchhoff, Wilfried (1997): Pluralisierte Lebensstile von Jugendlichen zwischen Armut und Reichtum, in: Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 217-260.
- Fricke, Christa; Frick, Joachim; Wagner, Gert (2005): Sparen und Verschuldung privater Haushalte, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2004, S. 595-602.
- Hartmann, Michael; Kopp, Johannes (2001): Elitenselektion durch Bildung oder durch Herkunft? Promotion, soziale Herkunft und der Zugang zu Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 35. Jg., Heft 3, S. 436-466.
- Hauser, Richard; Becker, Irene (2003): Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen (Dunkelzifferstudie), im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin.
- Hauser, Richard; Neumann, Udo (1992): Armut in Deutschland. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Stephan Leibfried und Wolfgang Voges (Hrsg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 237 – 271.
- Hauser, Richard; Wagner, Gert (1992): Altern und soziale Sicherung, in: Paul B. Baltes und Jürgen Mittelstraß (Hrsg.): Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. Berlin, New York: de Gruyter.
- Hodess, Robin B. (2003): Global Corruption Report, Profile Books, London.
- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen; Geis, Alfons (2003): Berufsklassifikation und Messung des beruflichen Status/Prestige, in: ZUMA-Nachrichten 52, Jg. 27, S. 125-138.
- Hubertus, Peter (1998): Zur Größenordnung des funktionalen Analphabetismus in Deutschland – Kommentar aus der Alphabetisierungspraxis, in: Werner Stark, Thilo Fitzner, Christoph Schubert (Hrsg.): Wer schreibt, der bleibt! – und wer nicht schreibt? Dokumentation eines internationalen Kongresses in Zusammenarbeit mit der Deutschen UNESCO-Kommission, Stuttgart: Ernst Klett Verlag.
- Kayser, Hilke; Frick, Joachim R. (2000): Take It or Leave It: (Non-)Take-Up Behaviour of Social Assistance in Germany, in: DIW Discussion Paper No. 210.



- Klinger, Roland (1999): Was ist dran am Sozialhilfemißbrauch? Vermutung und Wirklichkeit, Landkreismagazin des Baden-Württembergischen Landkreistages, 38(4), S. 199-203.
- Kohli, Martin; Schupp, Jürgen (2005): Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung (Zwischenbericht), Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin.
- Korczak, Dieter (2001): Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart: Kohlhammer.
- Körner, Martin; Strotmann, Harald (2005): Steuermoral – Das Spannungsfeld von Freiwilligkeit der Steuerzahlung und Steuerhinterziehung, in: IAW-Forschungsbericht, Nr. 64.
- Krämer, Walter (2000): Armut in der Bundesrepublik. Zur Theorie und Praxis eines überforderten Begriffs, Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Krause, Peter; Wagner, Gert (1997): Einkommens-Reichtum und Einkommens-Armut in Deutschland. Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels, in: Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.): Reichtum in Deutschland: die Gewinner der sozialen Polarisierung, Frankfurt/Main, New York, S. 65-88.
- Kuklys, Wiebke (2005a): Armuts- und Ungleichheitsanalyse in Großbritannien – Vorschläge zur Operationalisierung von Sens Capability Ansatz, in: Volkert (Hrsg.): Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen. Amartya Sens Capability-Konzept als Grundlage der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, erscheint im VS Verlag, Wiesbaden.
- Kuklys, Wiebke (2005b): Amartya Sens Capability Approach: Theoretical Insights and Empirical Applications, Heidelberg: Springer Verlag.
- Lampert, Thomas; Ziese, Thomas (2005): Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit. Expertise des Robert Koch-Instituts zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin.
- Leisering, Lutz (1995): Zweidrittelgesellschaft oder Risikogesellschaft? Zur Gesellschaftlichen Verortung der 'Neuen Armut' in der Bundesrepublik Deutschland, in: Karl-Jürgen Bieback, Helga Milz (Hrsg.): Neue Armut, Frankfurt/M., New York: Campus, S. 58-92.
- Leßmann, Ortrud (2005): Der Capability-Ansatz von Sen als Gerüst für eine Neuinterpretation des Lebenslage-Ansatzes von Weisser, in: Volkert (Hrsg.): Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen. Amartya Sens Capability-Konzept als Grundlage der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, erscheint im VS Verlag, Wiesbaden, S. 147-166.
- Leuenberger, Petra (2001): Reichtum in der Schweiz. Eine repräsentative Umfrage bei 1.013 Schweizer Stimmbürgern im Auftrag des Bulletin der Credit Suisse.
- Lorek, Sylvia; Spangenberg, Joachim H. (2001): Reichtum und Ökologie, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 155-170.
- Neumann, Udo; Mingot, Karl (2003): Menschen in extremer Armut, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin.
- Nussbaum, Martha (2000): Women and Human Development: The Capabilities Approach, Cambridge University Press, N.Y., 2000.

- Nussbaum, Martha (2004a): Women and Theories of Global Justice: Our Need for New Paradigms, in: Deen Chatterjee (Hrsg.): The Ethics of Assistance: Morality and the Distant Needy, New York and Cambridge: Cambridge University Press, S. 147-176.
- Nussbaum, Martha (2004b): Women's Education: A Global Challenge, Signs 29: S. 325-355.
- OECD (2004): Lernen für die Welt von Morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2004, <http://www.pisa.oecd.org/dataoecd/48/48/34474315.pdf>.
- OECD (2005): Extending Opportunities: How active social policy can benefit us all, Meeting of OECD Social Affairs Ministers, Final Communiqué.
- OECD/Statistics Canada (2000): Literacy in the Information Age. Final Report of the International Adult Literacy Survey, Paris.
- Riphahn, Regina T. (2000): Rational Poverty or Poor Rationality? The Take-up of Social Assistance Benefits, in: IZA Discussion Paper No. 124.
- Robeyns, Ingrid (2005): The capability approach: a theoretical survey, in: Journal of Human Development, 6. Jahrgang, Nr. 1, S. 93 – 114.
- Schäfer, Claus (2001): Von massiven Verteilungsproblemen heute zu echten Standortproblemen morgen. Ein Beitrag zur Entmythologisierung der 'Standortdebatte', in: Jörg Stadlinger (Hrsg.): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts, Münster, S. 81-106.
- Schneider, Friedrich (2004): Arbeit im Schatten. Wo Deutschlands Wirtschaft wirklich wächst, Gabler Verlag.
- Schneider, Friedrich; Volkert, Jürgen (2005): Politische Chancen, Armut und Reichtum, in: Volkert (Hrsg.): Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen. Amartya Sens Capability-Konzept als Grundlage der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, erscheint im VS Verlag, Wiesbaden, S. 255-276.
- Schulze, Gerhard (1993): Soziologie des Wohlstands, in: Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz, Frankfurt am Main, New York, S. 261-285.
- Sen, Amartya (1992): Inequality re-examined, Oxford: Clarendon Press.
- Sen, Amartya (1997): Inequality, unemployment and contemporary Europe, in: International Labour Review, Vol. 136, No 2 (Summer), S. 155-171.
- Sen, Amartya (1999): Commodities and Capabilities, second impression, New Delhi: Oxford University Press.
- Sen, Amartya (2000a): Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, aus dem Englischen vom Christiana Goldmann, München, Wien: Carl Hansa Verlag.
- Sen, Amartya (2002): Rationality and Freedom, Cambridge, Mass., London U.K.: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Sen, Amartya (2004): Health Achievement and Equity: External and internal perspectives, in:
- Sen, Amartya (Hrsg) (2000b): Der Lebensstandard, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt/Rotbuch.
- Statistisches Bundesamt (2005): Statistik der schwerbehinderten Menschen. Kurzbericht, Wiesbaden, <http://www.destatis.de/download/d/solei/schwerbbehinderte03.pdf>

- Strengmann-Kuhn, Wolfgang (1997): Erwerbs- und Arbeitsmarktbeteiligung der Armutspopulation in Deutschland, in: Irene Becker, Richard Hauser (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg in die Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt am Main, New York, S. 113-133.
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2003): Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Frankfurt/New York: Campus.
- Sudhir Anand, Fabienne Peter, Amartya Sen (Hrsg.): Public health, ethics and equality, Oxford: Oxford University Press, S. 263-268
- UN Centre for Human Settlements (2001): The Habitat Agenda, UNCHS website: [www.unchsh.org/unchs/english/hagenda/index.htm](http://www.unchsh.org/unchs/english/hagenda/index.htm)
- UNDP (2002): United Nations Human Development Report 2002.
- UNEP/iisd – The United Nations Environment Programme/International Institute for Sustainable Development (2004): Exploring the Links: Human Well-Being Poverty and Ecosystem Services, Nairobi, Kenia und Winnipeg, Manitoba, Kanada.
- Van Doorslaer, Eddy; Koolman, Xander; Jones, Andrew M. (2004): Explaining income-related inequalities in health care utilisation in Europe, in: Health Economics, 2004, 13(7): 629-647.
- Voges, Wolfgang (2005/2003): Methoden und Grundlagen des Lebenslageansatzes, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Endbericht, Bremen und Bonn.
- Volkert, Jürgen (2006): E.U. Poverty Assessment – a Capability Perspective, erscheint in: Journal of Human Development, 7(3), Special Issue: Selected Papers from the 5<sup>th</sup> International Conference on the Capability Approach: 'Knowledge and Public Action' at UNESCO, Paris, September 2005, Fall 2006.
- Volkert, Jürgen (Hrsg.) (2005a): Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen. Amartya Sens Capability Approach als Grundlage der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, erscheint demnächst im VS Verlag, Wiesbaden
- Volkert, Jürgen (Hrsg.) (2005b): Ein adäquater Methodenansatz zur Bestimmung von Armut als Mangel an Verwirklichungschancen, erscheint demnächst im VS Verlag, Wiesbaden.
- Volkert, Jürgen (Hrsg.) (2005c): Das Capability-Konzept als Basis der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung, in : Volkert (2005a): S. 119-147
- Volkert, Jürgen; Klee, Günther; Kleimann, Rolf; Scheurle, Ulrich; Schneider, Friedrich (2004): Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung, Berlin und Tübingen.
- Volkert, Jürgen; Waskow, Stefan (2000): Umverteilung in Deutschland, in: IAW-Mitteilungen, 28. Jg, Heft 2, S. 23-42.
- Welsch, Johann (2002): Die schleichende Spaltung der Wissensgesellschaft, in: WSI Mitteilungen. Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans Böckler Stiftung, Heft 4, S. 195-202.
- World Bank (2001): World Development Report 2000/2001, Washington D.C.
- Wotschack, Philip (2001): Zeitreichtum und Zeitarmut. Aspekte sozialer Ungleichheit in der modernen Gesellschaft, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 238-257.



## Übersicht über Primärindikatoren

Bereiche	Armut	Reichtum
<b>Individuelle finanzielle Potenziale</b>		
Einkommen/Vermögen	Einkommensarmut < 60 % des Medianeinkommens <b>ODER</b> Überschuldung ✓	Einkommensreichtum > 200 % des Medianeinkommens <b>UND</b> Vermögensreichtum ✓
<b>Individuelle nichtfinanzielle Potenziale</b>		
Gesundheit	Schlechter oder sehr schlechter Gesundheitszustand ✓ <b>ODER</b> starke/häufige Beeinträchtigungen im Alltag ?	Sehr guter / guter Gesundheitszustand ✓ <b>UND</b> keine Beeinträchtigungen im Alltag ?
Behinderung	<b>ODER</b> Schwerbehinderung ✓	<b>UND</b> keine Schwerbehinderung ✓
Bildung	<b>ODER</b> Kein Schul-/ Ausbildungsabschluss ✓ Funktionaler Analphabetismus ⊖	<b>UND</b> Universitätsdiplom / Promotion ✓
<b>Gesellschaftlich bedingte Chancen</b>		
Politische Chancen	Fehlende Wahlbeteiligung ⊖	Mitgliedschaft in Partei ✓ <b>ODER</b> Mitgliedschaft in pol.Verband/Gewerkschaft ✓
Ökonomische Chancen	Langzeitarbeitslosigkeit ✓ <b>ODER</b> Person in erwerbslosen Haushalten ✓ <b>ODER</b> Working Poor ✓ <b>ODER</b> Niedriglohnbezug ✓	Hohe Autonomie beruflichen Handelns ✓
Soziale Chancen	Unzureichender Zugang zu Bildung ✓ <b>ODER</b> zum Gesundheitssystem ? <b>ODER</b> Obdachlosigkeit, mangelhafter Wohnraum ?	Besuch von (Elite-)(Hoch-)Schulen ⊖ Private Kranken(zusatz-) Versicherung ✓
Sozialer Schutz	Bezug von Grundsicherung, ALG II (2005) ✓ Schutz vor Kriminalität ? ab 2004	
Ökologischer Schutz	Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung und Lärm ? ab 2004	Keine Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung und Lärm ? ab 2004
Transparenzgarantien	Nichtinanspruchnahmequoten ✓	Steuermoral ⊖

<b>INDIVIDUELLE POTENZIALE (1)</b> <b>Finanzielle Potenziale: <u>Einkommen</u> und <u>Vermögen</u></b>	
<b>Primärindikator</b>	<b>Definition der Primärindikatoren auf Basis des SOEP</b> Indikator(en) im SOEP: ✓ = Verfügbar, ? = Bedingt verfügbar, ⊖ = Nicht verfügbar
<b>(Finanzielle Armut)</b>	- Einkommensarmut ( <b>ODER</b> ) Vermögensarmut
<b>Einkommensarmut</b>  <b>Überschuldung</b>	- Äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen (neue OECD-Skala) < <b>60 %</b> des entsprechenden Medians der Einkommen aller Haushalte (= Armutsrisikoschwelle). ✓ - Überschuldung: Personen in Haushalten, die einen Kredit aufgenommen haben und deren zur Verfügung stehendes Haushaltseinkommen (= HH-Nettoeinkommen – Kreditverpflichtungen) unterhalb des Pfändungsfreibetrags (= 930€, für die 1. Person, + 350 €, für die 2. Person, + 195 €, jede weitere Person) liegt. (VEREINFACHTE BERECHNUNG) ✓
<b>(Finanzieller Reichtum)</b>	- Einkommensreichtum ( <b>UND</b> ) Vermögensreichtum
<b>Einkommensreichtum</b>  <b>Vermögensreichtum</b>	- Äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen (neue OECD-Skala) > <b>200 %</b> des entsprechenden Medians der Einkommen aller Haushalte ✓ - Vermögenseinkommen reichen aus, um dauerhaft 200% des Medians der äquivalenzgewichteten Nettohaushaltseinkommen zu generieren ✓

<b>INDIVIDUELLE POTENZIALE (2)</b> <b>Nichtfinanzielle Potenziale: <u>Gesundheit</u>, <u>Behinderung</u> und <u>Bildung</u></b>	
<b>Primärindikator</b>	<b>Definition der Primärindikatoren auf Basis des SOEP</b>
<b>(Mangel an nichtfinanz. Pot.)</b>	Beeinträchtigung durch Krankheit ( <b>ODER</b> ) Behinderung ( <b>ODER</b> ) mangelnde Bildung
<b>Beeinträchtigung durch Krankheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gegenwärtiger Gesundheitszustand „schlecht“ (<b>ODER</b>) „sehr schlecht“ ?</li> <li>- In mindestens drei der fünf folgenden Bereiche <i>stark</i> bzw. <i>oft</i> (<b>ODER</b>) <i>immer</i> eingeschränkt ? <ul style="list-style-type: none"> <li>- beim Treppensteigen,</li> <li>- bei anstrengenden Tätigkeiten</li> <li>- in der Arbeit oder den alltäglichen Beschäftigungen (quantitativ (<b>ODER</b>) qualitativ) durch den <i>körperlichen</i> Gesundheitszustand</li> <li>- in der Arbeit oder den alltäglichen Beschäftigungen (quantitativ (<b>ODER</b>) qualitativ) durch den <i>seelischen</i> Gesundheitszustand</li> <li>- in den sozialen Kontakten durch gesundheitliche oder seelischen Probleme</li> </ul> </li> </ul>
<b>... durch Behinderung</b>	- Schwerbehind. (GdB >= 50%) ✓
<b>... durch mangelnde Bildung</b>	- Bildungssystem ohne Abschluss verlassen ( <b>ODER</b> ) Hauptschulabschluss ohne Berufsausbildung ✓
<b>Kompetenzen ⊖</b>	- Kompetenzarmut: funktionaler Analphabetismus bei 15-Jährigen und in der Gesamtbevölkerung ⊖
<b>(Reichtum an nichtfinanz. Pot.)</b>	- Keine Beeinträchtigung durch Krankheit ( <b>UND</b> ) keine Behinderung ( <b>UND</b> ) besonders hoher Bildungsstand
<b>Keine Beeinträchtigung durch Krankheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gegenwärtiger Gesundheitszustand „gut“ oder „sehr gut“ (<b>UND</b>)</li> <li>- keinerlei der ausgewählten Einschränkungen (s.o.) im Alltag ?</li> </ul>
<b>Keine Behinderung</b>	- Keine Behinderung ✓
<b>Besonders hoher Bildungsstand</b>	- Universitätsabschluss in Deutschland, Hochschulabschluss im Ausland oder Hochschulabschluss (Ost) (an allen Personen über 16 Jahre, die nicht mehr in Ausbildung sind) ✓

**GESELLSCHAFTLICH BEDINGTE CHANCEN / INSTRUMENTELLE FREIHEITEN (1):****Politische Chancen**

<b>Primärindikator</b>	<b>Definition der Primärindikatoren auf Basis des SOEP</b>
<b>Mangelnde politische Chancen und Beteiligung</b>	- BISHIER AUF BASIS EINES SEKUNDÄRINDIKATORS BERECHNET: Politisches Interesse ✓
<b>Sehr hohes Maß an politischem Einfluss</b>	- Mitgliedschaft in Partei ⊖ ( <i>ODER</i> ) - Mitgliedschaft in politischem Verband / Gewerkschaft ⊖



## GESELLSCHAFTLICH BEDINGTE CHANCEN / INSTRUMENTELLE FREIHEITEN (2): Ökonomische Chancen sowie sozialer und ökologischer Schutz

Primärindikator	Definition der Primärindikatoren auf Basis des SOEP
<b>(Eingeschränkte Ökonomische Chancen)</b>	- Langzeitarbeitslosigkeit ✓ (ODER) Personen in erwerbslosen Haushalten ✓ (ODER) Working Poor ✓ (ODER) Niedriglohnbezug ✓
<b>Langzeitarbeitslosigkeit</b>	- Personen, die im Dezember 2003 bereits seit mindestens 12 Monaten arbeitslos waren (an allen Personen).
<b>Personen in erwerbslosen Haushalten</b>	- Personen (außer Rentner) in Haushalten ohne Erwerbstätige (an allen Personen außer Rentnern)
<b>Working Poor</b>	- Personen, die einem Haushalt mit mind. einem Erwerbstätigen angehören und über ein Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle (s.o.) aufweisen (an allen Personen in Haushalten mit mind. einem Erwerbstätigen).
<b>Niedriglohnbezug</b>	- Letztes Nettomonatseinkommen vor Befragung (ohne Sondervergütungen) unterhalb der Armutsrisikoschwelle (s.o.) (an allen erwerbstätigen Personen über 16 Jahre)
<b>(Sehr hohes Maß an ökonomischen Chancen)</b>	- Sehr hohe Autonomie beruflichen Handelns (leitende Tätigkeit mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsbefugnissen) ✓
<b>Mangel an sozialem Schutz</b>	- Bezug von Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte, ALG II ✓ - Schutz vor Kriminalität ? ab 2004
<b>Steuer- und Abgabenprivilegien</b>	
<b>Mangel an ökologischem Schutz</b>	- Personen, die sich durch die Luftverschmutzung oder durch Lärmbelästigung in ihrer Wohngegend als sehr beeinträchtigt fühlen ? ab 2004
<b>Sehr guter ökologischer Schutz</b>	- Personen, die sich durch die Luftverschmutzung oder durch Lärmbelästigung in ihrer Wohngegend überhaupt nicht beeinträchtigt fühlen ? ab 2004

## GESELLSCHAFTLICH BEDINGTE CHANCEN / INSTRUMENTELLE FREIHEITEN (3): Soziale Chancen

Primärindikator	Definition der Primärindikatoren auf Basis des SOEP
<b>(Eingeschränkte soziale Chancen)</b>	- Eingeschränkter Zugang zu Bildung ( <b>ODER</b> ) zum Gesundheitssystem ( <b>ODER</b> ) zu angemessenem Wohnraum
<b>Eingeschränkter Zugang zu Bildung</b>	- Anteil der Jugendlichen (= zwischen 16 und 24 Jahren) ohne Hauptschulabschluss (an allen Jugendlichen) ? - Weiterbildung ✓ ab 2003
<b>Eingeschränkter Zugang zum Gesundheitssystem</b>	- Personen, die in den letzten drei Monaten trotz schlechter Gesundheit (s.o.) keinen Arzt besuchten. ?
<b>Eingeschränkter Zugang zu angemessenem Wohnraum</b>	- Personen, deren Wohnung ganz renovierungsbedürftig bzw. abbruchreif, ODER überbelegt ODER mangelhaft ausgestattet ist. ?
<b>(Hohe soziale Chancen)</b>	
<b>Zugang zu privilegierter Gesundheitsversorgung</b>	- Private Kranken (Zusatz-) Versicherung ✓
<b>Privilegierter Zugang zur Bildung ⊖</b>	- Besuch von Elite-(Hoch-)Schulen ⊖

**GESELLSCHAFTLICH BEDINGTE CHANCEN / INSTRUMENTELLE FREIHEITEN (4):**  
**Transparenz**

<b>Primärindikator</b>	<b>Definition der Primärindikatoren auf Basis des SOEP</b>
<b>Mangelnde Transparenz</b>	- Nichtinanspruchnahmequoten (BERECHENBAR AUF GRUNDLAGE DES SOEP) ✓
<b>Privilegierung durch Intransparenz</b>	- Steuermoral ⊖

Bereich	<b>Primärindikatoren: Vorschlag</b> Indikator(en) im SOEP: ✓ = Verfügbar ? = Bedingt verfügbar ⊖ = Nicht verfügbar	<b>Weitere Indikatoren: Vorschlag</b> Indikator(en) im SOEP: ① = Jährlich verfügbar ② = Alle zwei Jahre verfügbar	Anmerkungen
<b>INDIVIDUELLE POTENZIALE (1)</b> <b>Finanzielle Potenziale: <u>Einkommen</u> und <u>Vermögen</u></b>			
<b>Finanzielle Armut</b> <b>Einkommensarmut</b>  <b>(ODER)</b> <b>Überschuldung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nettoäquivalenzeinkommen &lt; 60 % d. Medianeinkommens ✓①</li> <li>- Haushalt überschuldet ✓①</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Persistente Einkommensarmut ✓①</li> <li>- Einkommenslücke ✓①</li> <li>- Pfändung ⊖, Zahlungsverzug ⊖, Vermögenslosigkeit ?, Beschaffbarkeit liquider Mittel ⊖, Sparfähigkeit ✓①</li> </ul>	Überschuldung wurde in der Machbarkeitsstudie nach vereinfachtem Verfahren berechnet
<b>Finanzieller Reichtum</b> <b>Einkommensreichtum</b>  <b>(UND)</b> <b>Vermögensreichtum</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nettoäquivalenzeinkommen &gt; 200 % des Medianeinkomm. ✓①</li> <li>- Vermögenseinkommen &gt; 200 % des Medianeinkommens ✓①</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zeitliche Reichweite priv. Vorsorge ✓①</li> <li>- Einkommensreproduktion ✓①</li> <li>- Einkommensreichtum &gt; 300 % des Medianeinkommens ✓①</li> </ul>	Verwendung armutsorientierter Äquivalenzziffern für Reichtumsstudien ist problematisch
<i>Haushaltsausstattung</i>		- Haushaltsausstattung / Lebensstandard als Deprivationskriterium ?	Gemeinsam mit Einkommensarmut als „Consistent poverty“ nach irischem Vorbild denkbar.
<i>Haushaltsausstattung</i>		- Haushaltsausstattung erscheint als Reichtumskriterium (Luxuskonsum o.ä.) kein methodisch sinnvolles Kriterium	

Bereich	Primärindikatoren: Vorschlag	Weitere Indikatoren:	Anmerkungen
<b>INDIVIDUELLE POTENZIALE (2)</b> <b>Nichtfinanzielle Potenziale: <u>Gesundheit</u>, <u>Behinderung</u> und <u>Bildung</u></b>			
<b>Mangel</b> <b>Beeinträchtigung durch Krankheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Lebenserwartung/Mortalität ✓① (BISHER NICHT BERECHNET)</li> <li>- Subjektiv als schlecht empfundener Gesundheitszustand ?①</li> </ul> <b>(UND)</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Starke / häufige Beeinträchtigungen im täglichen Leben durch chronische Krankheiten / Behinderungen ?② (02, 04, ...)</li> </ul>		Beeinträchtigungen be-ziehen sich im SOEP nur auf letzte vier Wochen, chronische Krankheiten und Behinderungen als dauerhafte Ursachen fehlen
<b>(ODER)</b> <b>... durch Behinderung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schwerbehind. (GdB &gt;= 50%) ✓①</li> </ul>		
<b>(ODER)</b> <b>... durch mangelnde Bildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildungsarmut: kein Schul- oder Ausbildungsabschluss ✓①</li> </ul>		
<b>Kompetenzen ⊖</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kompetenzarmut: funktionaler Analphabetismus bei 15-Jährigen und in der Gesamtbevölkerung ⊖</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mangelhafte Kompetenzen bei Grundschulern ⊖ + Weitere Kompetenzdefizite ⊖</li> </ul>	Ergebnisse zu Kompetenzarmut sollten aus OECD-Studien übernommen werden
<b>Reichtum</b> <b>Keine Beeinträchtigung durch Krankheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Lebenserwartung/Mortalität ✓①</li> <li>- Sehr guter oder guter Gesundheitszustand</li> </ul> <b>(UND)</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- keine gesundheitlichen Einschränkungen ?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine Schwerbehinderung ✓①</li> </ul>	
<b>(UND)</b> <b>keine Behinderung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine Schwerbehinderung ✓①</li> </ul>		
<b>(UND)</b> <b>bes. hoher Bild.-stand</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Universitätsdiplom ✓①</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Promotion ⊖</li> </ul>	Mittelfristig Promotion statt Diplom anbieten

## GESELLSCHAFTLICH BEDINGTE CHANCEN / INSTRUMENTELLE FREIHEITEN (1): Politische und ökonomische Chancen

<b>Mangelnde politische Chancen und Beteiligung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wahlbeteiligung ⊖</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Politisches Interesse ✓①</li> <li>- Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen (Partei, Verband, Gewerkschaft etc.) ⊖</li> <li>- Beteiligung an Bürgerinitiative, Unterschriftenaktion oder genehmigter Demonstration ⊖</li> <li>- Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration, Hausbesetzung, Verkehrsblockade ⊖</li> </ul>	
<b>Sehr hohes Maß an politischem Einfluss</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitgliedschaft in Partei ⊖ (ODER)</li> <li>- Mitgliedschaft in politischem Verband / Gewerkschaft ⊖</li> </ul>		
<b>Eingeschränkte ökonomische Chancen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Langzeitarbeitslosigkeit ✓① (ODER)</li> <li>- Personen in erwerbslosen Haushalten ✓① (ODER)</li> <li>- Working Poor ✓① (ODER)</li> <li>- Niedriglohnbezug ✓①</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nichtfinanzielle / psychische Folgen von Arbeitslosigkeit ?</li> <li>- Schlechte Arbeitsbedingungen ?</li> </ul>	Nichtfinanzielle Folgen von Arbeitslosigkeit sowie schlechte Arbeitsbedingungen sind im SOEPbisher nicht ausreichend genau abbildbar
<b>Sehr hohes Maß an ökonomischen Chancen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Berufliche Autonomie ✓</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufstiegsmöglichkeiten ⊖</li> </ul>	

Bereich	Primärindikatoren: Vorschlag	Weitere Indikatoren: Vorschlag	Anmerkungen
<b>GESELLSCHAFTLICH BEDINGTE CHANCEN / INSTRUMENTELLE FREIHEITEN (2): <u>Soziale Chancen</u></b>			
<b>Eingeschränkter Zugang zu Bildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Jugendliche ohne Hauptschulabschluss oder Berufsausbildung ?①(ab 16 Jahren)</li> <li>- Weiterbildung ✓(in 2004)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zugang zu Alphabetisierungskursen ⊖</li> <li>- Internet: Zugang und Nutzung? (Anschl.: ②(02), Nutz.: 01)</li> </ul>	
<b>(ODER) Eingeschränkter Zugang zum Gesundheitssystem</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kein Arztbesuch trotz gesundheitlicher Beeinträchtigungen ?②(02)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fehlender Vers.-schutz ✓①</li> <li>- Zu hohe finanz. Belastung ⊖</li> <li>- Mengenrationierung ⊖</li> <li>- Angemessenheit und Qualität der med. Leistungen ⊖</li> </ul>	Gesundheitliche Beeinträchtigungen beziehen sich nur auf letzte 4 Wochen; finanzielle Belastung im EU-SILC
<b>(ODER) Eingeschränkter Zugang zu angemessenem Wohnraum</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Obdachlosigkeit ⊖</li> <li>- Mangelhafter Wohnraum ?①</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Risiko des Verlusts der Wohnung ? (bis 98)</li> <li>- Mietrückstände ⊖</li> </ul>	Explizite Ermittlung von gesundheitsgefährdender Wohnsituation fehlt, da überwiegend sozio-kulturelle Mängel
<b>Privilegierter Zugang zur Bildung ⊖</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Besuch von Elite-(Hoch-)Schulen ⊖</li> </ul>		
<b>Zugang zu privilegierter Gesundheitsversorgung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Private Kranken (Zusatz-) Versicherung ✓①</li> </ul>		

### **GESELLSCHAFTLICH BEDINGTE CHANCEN / INSTRUMENTELLE FREIHEITEN (3): Sozialer und ökologischer Schutz und Intransparenz**

<b>Mangel an sozialem Schutz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bezug von Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte, ALG II ✓</li> <li>- Schutz vor Kriminalität ? (ab 2004)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Armutsrisiko vor und nach Transfers ✓①</li> </ul>	Schutz vor Kriminalität bezieht sich nur auf das Wohngebiet
<b>Steuer- und Abgabenprivilegien</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Transfersalden ✓①</li> </ul>	
<b>Mangel an ökologischem Schutz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung und Lärm ? (ab 2004)</li> </ul>		Beeinträchtigung durch Lärm und Luftverschmutzung bezieht sich nur auf das Wohngebiet
<b>Sehr guter ökologischer Schutz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung und Lärm ? (ab 2004)</li> </ul>		
<b>Mangelnde Transparenz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nichtinanspruchnahmequoten ✓①</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Sozialleistungsmissbrauch ⊖</li> </ul>	Nichtinanspruchnahmequoten lassen sich mit dem SOEP ermitteln, was den Rahmen dieser Studie aber gesprengt hätte.
<b>Privilegierung durch Intransparenz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Steuermoral ⊖</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Steuerhinterziehung ⊖</li> <li>- Korruption ⊖</li> </ul>	